Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Protokoll

der 10. Sitzung, Amtsjahr 2005-2006

Mittwoch, den 7. Dezember 2005, um 09.00 Uhr, 15.00 Uhr und 20.00 Uhr

Vorsitz:	*Bruno Mazzotti, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Thomas Dähler, I. Ratssekretär* *Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin* *Marianne Eggenberger, Texterfassung Wortprotokoll*
Abwesende:	
7. Dezember 2005, 09:00 Uhr	*Claudia Buess (SP), Lukas Labhardt (Bündnis), Martina Saner (SP), Rolf Stürm (FDP), Margrith von Felten (Bündnis), Fabienne Vulliamoz (SP).*
7. Dezember 2005, 15:00 Uhr	*Andreas Albrecht (LDP), Markus Benz (DSP), Claudia Buess (SP), Beat Jans (SP), Lukas Labhardt (Bündnis), Gabi Mächler (SP), Martina Saner (SP), Margrith von Felten (Bündnis), Fabienne Vulliamoz (SP).*
7. Dezember 2005, 20:00 Uhr	*Markus Benz (DSP), Hans Rudolf Brodbeck (FDP), Claudia Buess (SP), Felix Eymann (DSP), Irène Fischer (SP), Christophe Haller (FDP), Helmut Hersberger (FDP), Bernhard Madörin (SVP), Arthur Marti (FDP), Michael Martig (SP), Annemarie Pfeifer (VEW), Rolf von Aarburg (CVP), Margrith von Felten (Bündnis), Fabienne Vulliamoz (SP), Ruth Widmer (SP), Peter Zinkernagel (LDP).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Begrüssung und Genehmigung der Tagesordnung. 615
2. Entgegennahme der neuen Geschäfte 615
3. Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen 616
4. Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zur Abbitte von Regierungsrat Jörg Schild, Kenntnisnahme und Gewährung des Rücktritts auf den 31. März 2006. 616
5. Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates zur Wahl einer Strafbefehlsrichterin für den Rest der laufenden Amtsdauer 2004 - 2009. 616
6. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission. 617
7. Wahl von drei Mitgliedern in den neuen Verwaltungsrat der BVB. 617

8a. Schreiben des Regierungsrates zum Politikplan 2006 - 2009. 619

22. Neue Interpellationen. 637

8b. Stellungnahme des Regierungsrates zu den laufenden Planungsaufträgen gemäss Politikplan 2006 - 2009 639

8c. Planungsanzüge 1 - 7 641

9. Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zu einer Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB, SG 152.110) (Akkreditierung der Medienschaffenden und Zutritt zum Grossen Rat). 649
10. Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zur Einsetzung einer Spezialkommission für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung. 651

11. Bericht der Justiz- Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates betreffend Partnerschaftliche Behandlung des Ratschlags betreffend Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz). 655

12. Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Ratschlag betreffend Einführung einer Schuldenbremse 656

13. Ratschlag betreffend Ausrichtung von Betriebskostenbeiträgen an Basel Tourismus für die Jahre 2006 bis 2009. 667

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung) 671

Anhang B: Neue Vorstösse 675

1. Begrüssung und Genehmigung der Tagesordnung.

[07.12.05 09:05:24]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ich habe dem Fernsehen Nordwest 1 die Erlaubnis erteilt, heute und an den beiden Sitzungstagen der nächsten Woche im Ratssaal Bildaufnahmen zu machen.

Tagesordnung

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Tagesordnung zu **genehmigen**.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte.

[07.12.05 09:06:00]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: teilt mit, dass folgende **Rücktritte** eingegangen sind:

- Eugen Fischer, Präsident Appellationsgericht auf Ende 2006
- Stephan Breitenmoser, Richter Appellationsgericht auf Ende 2006

Stellvertretung in einer Sachkommission

Fraktion Grünes Bündnis hat für Margrith von Felten bis zum 12. März 2006 eine Stellvertretung in die JSSK bestimmt (§ 56a GO GR). Die Stellvertretung wird durch **Sibel Arslan** wahrgenommen.

Zuweisungen

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Zuweisungen gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang A) zu **genehmigen**.

Gleichzeitig **nimmt der Grosse Rat Kenntnis** von folgenden Geschäften:

- Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2004 (WSD;05.1782.01)
- Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005 (WSD;05.1435.01)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Rebgasse 1, Sonnensegel auf Allmend des Claraplatzes, Verleihungsbeschluss (Delegation an den Regierungsrat) (BD;05.1773.01)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Zentrums-Maut zur verbreiterten finanziellen Abstützung von städtischen Zentrumslasten (stehen lassen) (SiD;03.7730.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Gabi Mächler und Konsorten für Teilzeitstellen bei den Gerichtspräsidien (stehen lassen) (JD;03.7620.02)
- Abbitte von Eugen Fischer als Präsident des Appellationsgerichts per 31. Dezember 2006 (auf den Tisch des Hauses) (05.8430.01)
- Abbitte von Stephan Breitenmoser als Richter des Appellationsgerichts per 31. Dezember 2006 (auf den Tisch des Hauses) (05.8431.01)
- Abbitte von Margrith von Felten als Präsidentin des Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) per sofort (auf den Tisch des Hauses) (05.8432.01)
- Mitteilung des Appellationsgerichts betreffend Eingang der Einsprache der „Zürich“ Lebensversicherungs-Gesellschaft gegen den Beschluss des Grossen Rates vom 19. Oktober 2005 betreffend Einsprache Gerold Wunderle gegen die Änderung des Bebauungsplans für das Gebiet Messeplatz / Rosentalstrasse / Mattenstrasse (auf den Tisch des Hauses) (05.8437.01)

- Schreiben des Regierungsrates zur Kleinen Anfrage Jörg Vitelli betreffend Kein Vortritt – statt STOP (05.8303.02)
- Schreiben des Regierungsrates 05.8254.02 zur Kleinen Anfrage Dominique König-Lüdin betreffend Einführung des Gegenverkehrs für Velofahrer im Fussgängertunnel Gellertstrasse.

3. Schreiben des Regierungsrates zu Bürgeraufnahmen.

[07.12.05 09:07:08, JD, 05.1644.01 / 05.1734.01]

Der Regierungsrat beantragt mit Schreiben 05.1644.01 insgesamt 25 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht, unter gleichzeitiger Verleihung der Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadt Basel.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 13 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

Der Regierungsrat beantragt mit Schreiben 05.1734.01 insgesamt 9 Aufnahmen ins Kantonsbürgerrecht, unter gleichzeitiger Verleihung der Aufnahme in das Bürgerrecht der Gemeinde Riehen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 13 Stimmen die beantragten Bürgeraufnahmen.

4. Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zur Abbitte von Regierungsrat Jörg Schild, Kenntnisnahme und Gewährung des Rücktritts auf den 31. März 2006.

[07.12.05 09:07:57, Büro, 05.8429.02]

Das Büro des Grossen Rates beantragt dem Grossen Rat, auf den Bericht einzutreten und Herrn Regierungsrat Jörg Schild den Rücktritt per 31. März 2006 zu gewähren.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von der Abbitte von Jörg Schild als Mitglied des Regierungsrates auf den 31. März 2006.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, dem Begehren um Rücktritt auf den 31. März 2006 **stattzugeben**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates zur Wahl einer Strafbefehlsrichterin für den Rest der laufenden Amtsdauer 2004 - 2009.

[07.12.05 09:09:06, WVKo, 05.8334.02]

Die Wahlvorbereitungskommission beantragt dem Grossen Rat, auf den Bericht einzutreten, den vorzeitigen Rücktritt von Herrn Dr. iur. Philippe Weissenberger zu genehmigen und an seiner Stelle Frau lic. iur. Doris Hengge Weber als Strafbefehlsrichterin (25 Prozent) für den Rest der laufenden Amtsperiode (2004 – 2009) zu wählen.

Stephan Maurer, Präsident der Wahlvorbereitungskommission: Es steht wieder eine Wahl ins Strafgericht an. Strafbefehlsrichter Dr. Phillipe Weissenberger hat Ende August wegen Wohnortswechsel seinen vorzeitigen Rücktritt auf den 1. Dezember dieses Jahres eingereicht. Aufgrund der bei der letzten Stellenbesetzung wenigen Bewerbungen hat die Wahlvorbereitungskommission entschieden, neben dem Kantonsblatt auch in der Basler Zeitung zu inserieren, leider nur mit magerem Erfolg. Es sind nur drei Bewerbungen eingegangen. Glücklicherweise waren bei allen Bewerbungen die gesetzlichen Wahlbarkeitsvoraussetzungen erfüllt. Es waren gute Kandidaturen. Die Kommission konnte mit allen drei Bewerbern gute Gespräche führen.

Aufgrund der massgeblichen Kriterien hat die Kommission einstimmig entschieden, Frau Doris Hengge Weber, lic. jur., den Vorzug zu geben. Sie hat eine reiche Lebens- und Berufserfahrung und kennt als ehemalige Jugendanwältin die Aufgaben einer Strafbefehlsrichterin. Die Wahlvorbereitungskommission schlägt Ihnen deshalb für den Rest der laufenden Amtsdauer die Juristin Frau Doris Hängge Weber als Strafbefehlsrichterin mit einem 25%-Pensum vor und bittet Sie, den vorzeitigen Rücktritt von Phillipe Weissenberger zu genehmigen. Dies darum, weil seine Kündigungsfrist sechs Monate beträgt, die Anstellung also bis Ende Februar dauern würde. Es ist vorgesehen, dass Doris Hengge Weber die Stelle am 01. Januar 2006 antritt. Ich bitte Sie, den beiden Beschlüssen zuzustimmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme

1. Der vorzeitige Rücktritt von Dr. iur. Philippe Weissenberger als Strafbefehlsrichter im Sinne von § 81a. Abs. 2 des Gerichtsorganisationsgesetzes wird genehmigt.
2. Anstelle des zurückgetretenen Dr. Philippe Weissenberger wird als Strafbefehlsrichterin (25 Prozent) für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2009 gewählt:

   lic. iur. **Doris Hengge Weber**, geb. 1959, Thiersteinerallee 132, 4059 Basel.
3. Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

[07.12.05 09:12:32]

Die SP-Fraktion nominiert **Ernst Jost** (SP) als Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Wahl offen durchzuführen.

Der Grosse Rat wählt

einstimmig **Ernst Jost** zum Präsidenten der Justiz-, Sicherheits-, und Sportkommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

7. Wahl von drei Mitgliedern in den neuen Verwaltungsrat der BVB.

[07.12.05 09:13:25]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Für die Wahl der drei Mitglieder des Verwaltungsrates vorgeschlagen wurden:

Rolf Keller, Michael Wüthrich, Helmut Hersberger, Thomas Mall, Lukas Stutz, Bernhard Madörin, Stephan Maurer und Christoph Wydler.

Da mehr Wahlvorschläge eingereicht wurden, als Mitglieder zu wählen sind, findet gemäss § 26 der Geschäftsordnung eine geheime Wahl statt.

Ich beantrage Ihnen, folgende Damen und Herren als Wahlbüro zu bezeichnen:

Hans Peter Wessels (SP, Vorsitz), Oswald Inglin (CVP, Sektoren I und V), Conradin Cramer (LDP, Sektor II), Esther Weber (SP, Sektor III) und Karin Häberli (Grünes Bündnis, Sektor IV).

Der Rat ist einverstanden.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

[07.12.05 09:59:28]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ergebnis des ersten Wahlgangs:

Ausgeteilte Wahlzettel	120
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	120
Gültige Stimmen	360
Absolutes Mehr	61
Stimmen haben erhalten:	
Rolf Keller	59
Michael Wüthrich	55
Helmut Hersberger	25
Lukas Stutz	25
Bernhard Madörin	25
Thomas Mall	15
Christoph Wydler	8
Stephan Maurer	7
Vereinzelte	23
Leere Stimmen	118

Eine Wahl ist nicht zustande gekommen. Es findet sofort ein zweiter Wahlgang statt.

[07.12.05 10:33:51]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ergebnis des zweiten Wahlgangs:

Ausgeteilte Wahlzettel	118
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	118
Gültige Stimmen	354
Absolutes Mehr	60
Gewählt sind:	
Rolf Keller	71
Michael Wüthrich	66
Stimmen haben erhalten:	
Lukas Stutz	54
Helmut Hersberger	28
Bernhard Madörin	22
Thomas Mall	13
Christoph Wydler	8
Stephan Maurer	8
Vereinzelte	19
Leere Stimmen	66

Für den dritten Sitz findet sofort ein dritter Wahlgang statt. Dabei gilt das relative Mehr.

[07.12.05 10:58:03]

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ergebnis des dritten Wahlgangs:

Ausgeteilte Wahlzettel	120
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	120
Gewählt ist:	
Lukas Stutz	62
Stimmen haben erhalten:	
Helmut Hersberger	21
Bernhard Madörin	16
Thomas Mall	10
Christoph Wydler	5
Stephan Maurer	5
Vereinzelte	1
Leere Wahlzettel	0

Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder des Verwaltungsrates der Basler Verkehrsbetriebe für die Amtsdauer vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2009:

Rolf Keller, Michael Wüthrich und Lukas Stutz

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Mitteilung

Beat Jans wurde am 12. November Vater einer Tochter namens Zoe Maja Joy und spendiert heute den Kaffee. [Applaus].

8a. Schreiben des Regierungsrates zum Politikplan 2006 - 2009.

[07.12.05 09:20:59, 05.1070.01]

Der Regierungsrat beantragt, den Politikplan zur Kenntnis zu nehmen und die sieben Planungsschwerpunkte zu genehmigen.

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: gibt den Ablauf der Debatte bekannt.

Regierungspräsident Ralph Lewin: Sie behandeln heute die fünfte Ausgabe des Politikplans. Wie Sie wissen, ist das unser zentrales Planungs- und Steuerungsinstrument mit allen staatlichen Leistungen und deren Kosten, das wir Ihnen gemäss Paragraph 3a des Organisationsgesetzes jährlich zur Kenntnisnahme und dieses Jahr zum ersten Mal zur Beschlussfassung betreffend der Schwerpunkte vorlegen.

Als dynamisches Instrument weist der mittelfristig angelegte Politikplan auch in diesem Jahr Neuerungen auf. Er stellt einen Bezug zum Nachhaltigkeitsbericht her, den der Regierungsrat im Herbst verabschiedete, und er gibt eine politische Interpretation der Analysen der Bevölkerungsbefragung. Die wichtigste Neuerung betrifft seine Einbettung in Basel 2020, unsere langfristige Perspektive, die wir im vergangenen und in diesem Jahr bearbeitet haben.

Basel 2020: Politische Entscheide reichen in ihren Wirkungen sehr oft über den Zeithorizont einer Legislatur hinaus. Wir haben uns als Gesamtregierungsrat deshalb erstmals der Aufgabe gestellt, eine längerfristige Entwicklungsperspektive des Stadtkantons zu beschreiben. Basel 2020 ist das Resultat dieser Arbeit. Grundlage für die Beschreibung von Basel im Jahre 2020 war neben den demografischen Faktoren und den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kenndaten, der Wille, Basel als entwicklungsstarkes, attraktives und leistungsfähiges Zentrum einer starken Metropolitanregion mit hohem eigenen Potential zu etablieren. Basel soll im Jahre 2020 in einer trinationalen Region, die bis zu einer Million Menschen umfasst, als das urbane Zentrum wahrgenommen und genutzt werden und damit weit über seine regionalen Grenzen hinaus strahlen. Auf der Basis eines starken, attraktiven und urbanen Lebensraumes baut diese Zentrumsfunktion auf die Pfeiler Lehre- und Forschungsstandort Basel, Wirtschaftsstandort Basel und Kulturstadt Basel. In allen vier Bereichen, in der Basis und in den Pfeilern, wollen wir höchste Standards erreichen, die Basel im Jahre 2020 eine massgebliche Position innerhalb Europas sichern.

Die Umsetzungsstrategie von Basel 2020 zu entwickeln, wird eine der wesentlichen Aufgaben des Regierungsrates sein. Indem die Umsetzungsschritte ihren Niederschlag im jährlich aktualisierten Politikplan finden, werden wir in den kommenden Jahren sicherstellen, dass die mittelfristige Planung mit der langfristigen korreliert. Auch dieses Jahr, in Kenntnis des Entwicklungsstandes von Basel 2020, ist im aktuellen Politikplan dieser Zusammenhang ersichtlich. Ich komme darauf zurück.

Zu den Schwerpunkten: Die Schwerpunkte sind bestimmte Bereiche der politischen Tätigkeit, in welcher wir uns als Gesamtexekutive besonders engagieren werden. Die darin gesetzten Vorgaben wollen wir innerhalb von etwa zwei bis fünf Jahren erreichen. Somit erscheint derselbe Schwerpunkt über mehrere Jahre im Politikplan. Sind die Vorgaben erfüllt, dokumentiert dies ein spezielles Kapitel Erreichtes, und im folgenden Jahr erscheint der Schwerpunkt nicht mehr im Politikplan. Die erforderlichen Geschäfte und Tätigkeiten sind entweder ganz abgeschlossen, wenn es sich um ein klar begrenztes Projekt handelte, oder sie sind, wenn die Schwerpunktziele als Initiierung gesetzt worden waren, in den courant normale der täglichen Geschäfte übergegangen. Dort wird die weitere Umsetzung und Arbeit am nun etablierten Thema mit einem gleichen Engagement vorwärts getrieben, wie es ihm bisher als Schwerpunktthema gegolten hat.

Die Schwerpunkte des aktuellen Politikplans 2006 bis 2009:

Stärkung der regionalen Zusammenarbeit. Ich setze diesen Schwerpunkt an die erste Stelle, weil er besonders gut zeigt, wie sich die mittelfristigen Ziele an den langfristigen orientieren. Zentrale Aussage von Basel 2020 ist die übergreifende regionale Ausrichtung. Damit Basel innerhalb der trinationalen Metropolitanregion seine besondere Entwicklungschancen nutzen kann, ist es vor allem nötig, die Systemgrenzen, die Kantonsgrenzen und die Staatsgrenzen konsequent weiter abzubauen oder durchlässiger zu machen, damit wir in unserem engräumigen Korsett handlungsfähig und entwicklungsfähig bleiben. Der Schwerpunkt Stärkung der regionalen Zusammenarbeit, an welchem sich mehrere Departemente beteiligen, vereint entsprechend Aussenbeziehungen, Hochschulentwicklung, Spitalplanung sowie Aktivitäten im Bereich Life Sciences und den Aspekt der grenzüberschreitenden Regionalität. Grenzüberschreitend, was sowohl die innerschweizerischen und nordwestschweizerischen Kantone anbelangt als auch über die Schweiz hinaus, insbesondere unsere Nachbarn Deutschlang und Frankreich im grenznahen Gebiet, mit einschliesst. Damit legen wir die strategische Grundlage in Richtung der langfristigen Ziele von Basel 2020 fest.

Schwerpunkt Harmonisierung der Sozialleistungen und spezifische Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene. Basel 2020 nennt den Stadtkanton ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Gemeinwesen für Menschen mit unterschiedlichsten Lebensentwürfen. Basel ist Arbeitsstadt, Dienstleistungszentrum, aber auch Wohnstadt mit bester Lebensqualität in der trinationalen Agglomeration. Der ebenfalls neue und interdisziplinäre Schwerpunkt Harmonisierung der Sozialleistungen und spezifische Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene widmet sich dem armutsbetroffenen Teil der Bevölkerung in zwei Ansätzen. Zur Harmonisierung der Sozialleistung: Im Kanton Basel-Stadt sind die der Sozialhilfe vorgelagerten bedarfsabhängigen Sozialleistungen in den vergangenen Jahrzehnten unkoordiniert gewachsen. Für Betroffene präsentiert sich das Netzwerk der Sozialleistungen inzwischen teilweise als undurchsichtig, während das System selbst einige logische Brüche aufweist. Wir streben hier eine Systemverbesserung bei den kantonalen Bedarfsleistungen an und wollen, soweit es die Komplexität erlaubt, ein einheitliches und transparentes Sozialleistungssystem, das verstärkt Anreize für Erwerbstätigkeit enthält. Spezifische Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene: Die stärkste Zunahme an Sozialhilfeempfänger sind junge Erwachsene, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Die alarmierenden sozialpolitischen Bestandesaufnahmen und die langfristig negativen Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft sind absehbar. So wollen wir das Problem der steigenden Fallzahlen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe sehr gezielt angehen. Sie wissen, dass sich der Regierungsrat kürzlich damit befasst hat. Er wird diesen wichtigen Aspekt auch weiterhin sehr stark beachten. Die Handlungsoptionen einer Kantonsregierung sind zwar beschränkt. Unsere Aktivitäten lassen sich aber dennoch klar optimieren. Da der Sozialhilfebezug Endpunkt einer längeren Entwicklung darstellt, wollen wir bei den zahlreichen bestehenden und zu planenden Massnahmen eine umfassende Optik entwickeln. Diese Gesamtschau wird neben zusätzlichen Massnahmen bei der Sozialhilfe und den Arbeitsmarktbehörden auch die Aktivitäten in der Schul- und Berufsbildung und in der Jugendsozialarbeit koordinierend mit einbeziehen.

Zu den weiteren Schwerpunkten: Schwerpunkte Innenstadt, Qualität im Zentrum und Stadtwohnen. Die beiden neuen Schwerpunkte widmen sich ebenfalls dem urbanen Lebensraum Basel. Sie haben zum Ziel einerseits der starken Konkurrenz am Stadtrand und in der Agglomeration die Stärken der Stadt entgegenzustellen, um das Stadtzentrum wirtschaftlich noch besser zu positionieren und andererseits die Qualität des städtischen Wohnens zu fördern.

Schwerpunkt nachhaltige Finanzpolitik: Dieser letzte neue Schwerpunkt steht in der Nachfolge des bisherigen Schwerpunkts Reduktion der staatlichen Aufgaben und Leistungen. Wir verbinden unsere Zukunftsentwürfe von Basel 2020 mit dem Anliegen und der Vorgabe, im finanziellen und ökonomischen Bereich weiterhin sehr umsichtig zu handeln.

Schwerpunkte Stadtentwicklung Basel-Nord und Bildungswege in der Volksschule. Diese letzten beiden Schwerpunkte kennen sie bereits aus dem Vorjahr. Sie führen die begonnen Massnahmen im Sinne der gesetzten Ziele fort. Einige Stichworte sind hier die integrale Aufwertung Kleinbasel, die von den Stimmberechtigten beschlossene Überbauung der Erlenmatt, ProVolta und die geplante Neunutzung des Hafens St. Johann. Im Erziehungswesen wurde ein pädagogisches Leitbild für die Basler Schulen als Grundlage für die Reorganisation der Bildungswege in der Volksschule entwickelt. Wir legten einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Kompetenzen

in Standarddeutsch. Wir arbeiten daran, den Fremdsprachenunterricht vorzuverlegen. Auf der Grundlage eines Gesamtkonzepts werden wir die Tagesschulen weiterentwickeln, und die laufende Kooperation der Schulen in beiden Basel sollen eine identische gesetzliche Grundlage erhalten.

Ich habe Ihnen einen kurzen Überblick über die Schwerpunkte gegeben. Ich möchte mit meinen Ausführungen schliessen und bitte Sie, den Anträgen des Regierungsrates zuzustimmen.

Angelika Zanolari (SVP): Namens der Fraktion der Basler SVP nehme ich zu diesem Geschäft wie folgt Stellung. Vorab möchte ich festhalten, dass nicht alles, was in diesem Papier geschrieben steht, als negativ zu bezeichnen ist. Aus zeitlichen Gründen muss ich mich aber auf die wesentlichen Punkte beschränken.

Unsere Fraktion hat sich mit dem Politikplan und Basel 2020 sehr eingehend auseinander gesetzt. Hellseherisch wird das Jahr 2020 skizziert. Hoffen wir, dass dann in Basel nicht das Licht ausgeht und vor allem, dass noch einer da ist, der als letzter das Licht löscht. Selbstverständlich werden nach Visionen der Regierung, die Integration und die Gleichstellung in allen Lebensbereichen erfolgreich umgesetzt sein. Unbeachtet dessen, dass die Betroffenen möglicherweise nicht mitspielen. So, wie es die neusten Ereignisse in den banlieues von Frankreich aufzeigen. Frankreich, aber auch England und weitere europäische Länder sind am Erwachen. Hoffentlich ist es nicht zu spät. Die im Schosse des Staates herangebildeten Ghettokinder, die an Nihilismus leiden, üben den Aufstand, denn sie haben nie gelernt, was eigenverantwortliches Handeln heisst. Der Staat, gleichzeitig der Feind, hat alles schön geregelt. Die Integration ist gescheitert. Nach den Ausschreitungen in den banlieues sind die wirklich Verantwortlichen sprachlos und machen die Täter zu randalierenden Opfer. Nach unserer Ansicht kann Integration nur erfolgreich sein, wenn der Intoleranz nicht mit Toleranz begegnet wird. Integration kann nach unserer Auffassung nicht heissen, Parallelgesellschaften zu akzeptieren. Diese sind auch bei uns schon längst vorhanden. Eine erfolgreiche Integration kann nur auf Forderungen an die Migranten beruhen, sich zu assimilieren, das heisst Anpassung an unsere kulturellen und sprachlichen Verhältnisse. Solange die Kommunikation unter der Bevölkerung mit über 140 verschiedenen Sprachen, die im Kanton Basel-Stadt statistisch erfasst wurden, nicht funktioniert, wird es keine erfolgreiche Integration geben. Für eine erfolgreiche Integration braucht es ein obligatorisches und möglichst schnelles Erlernen unserer Sprache.

Aller Voraussicht nach wird dereinst auch die Entmachtung der Eltern bezüglich ihrer Kinder gefällt und gesetzt sein. Im Jahr 2020 heisst es dann: Herzlich willkommen auf der Welt, liebe Staatskinder. Der Staat hat die Kinder vor ihren Eltern zu schützen. Diese sind schliesslich neben ihrer Berufstätigkeit mit der Erziehung total überfordert. Eine Mutter, die sich ihren Kindern widmet, ist nicht attraktiv, weil sie sich nicht verwirklichen kann. Der Staat hat die Kinder von den überforderten entnervten Eltern zu schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind selbstverständlich die Familienstrukturen aufzubrechen. Der Staat überwacht die gesamte Erziehung in Krippen, Tagesschulen und Schulen, was zu einer schleichenden Entmachtung der Eltern führt. Mit öffentlichen Geldern wird die familienferne Erziehung forciert, derweil die Staatsschulden ins Unermessliche steigen und jedes Kind, das in Basel-Stadt das Licht der Welt erblickt, bereits mit erheblichen Schulden belastet ist. Die grössten Probleme werden für die Kinder nicht überforderte Eltern sein, sondern die staatliche Defizitwirtschaft, welche in zunehmendem Masse die Chance für kommende Generationen verschlechtert. Selbstverständlich geschieht alles im Namen der alleine um des Kindes Wohl besorgten Politikerinnen und Politiker. Die Begriffskette der politischen Klasse werden nach der Methodik der Begriffsverwirrung im Zuge der Gleichstellung von Mann und Frau erreicht haben, dass die Quoten der erwerbstätigen Frauen zunehmen, wogegen der Anteil der erwerbstätigen Männer entsprechend zurückgegangen ist. Ich frage Sie: Zu welchem Preis wird mit aller Gewalt diese Gleichstellung umgesetzt? Parallel dazu fehlt den Jugendlichen der familiäre Halt. Dieser kann aus unserer Sichtweise niemals durch Institutionen ersetzt werden. Natürlich ist das alles kein Problem für die Begriffsverwirrer. Mit dem Schwerpunkt Harmonisierung der Sozialleistungen und spezifischen Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene wird auch die gescheiterte Zukunft dieser Kinder staatlich geregelt werden können, während die Sozialhilfekosten erneut um 30% oder mehr ansteigen werden. Was macht die Regierung? Sie übt sich im Schweigen. Es gibt dazu keine Forderungen, keine Lösungen und somit keine Zukunft für die Jugendlichen. Auch dazu nichts Neues in der neuesten Ausgabe der Regierung mit Blick auf das Jahr 2020.

Der Zusammenhang Schulbildung, Sozialhilfe und die Bedeutung des Haltes im Schosse der Familie wird nicht erkannt. Eine Schule, die nur fördert und nicht fordert, produziert Schulabgänger, welche mit massiven Problemen im Arbeitsleben zu kämpfen haben. Die Wirtschaft fordert primär und sie fordert jene, die eigenverantwortlich sich um ihre Weiterentwicklung und Weiterbildung bemühen. Das wird sich in Zukunft noch stärker akzentuieren. Damit komme ich zum Pudels Kern. Dies bedingt, dass nicht nur von Förderungen bei den Basler Schulen die Rede sein muss, sondern ebenso auch von Forderungen. Genau dieses Wort fehlt im Schwerpunkt Bildungswege in der Volksschule. Sie können es Drehen und Wenden wie Sie wollen und man kann es nicht genügend wiederholen. Wir leben in einer Leistungsgesellschaft und die Schule hat die Aufgabe, die Kinder und Jugendlichen auf diese vorzubereiten. Dazu gehören der Wettbewerb und die Bereitschaft, Leistung zu erbringen. Dazu gehört auch das Erlernen der Fähigkeit, eigene Schwächen zu akzeptieren. Es macht keinen Sinn, Kindern und Jugendlichen diesen oft schmerzlichen Prozess zu ersparen, um sie dann nach Ablauf der obligatorischen Schulzeit in die Jugendarbeitslosigkeit respektive in die Sozialhilfe zu entlassen. Mit dem soeben vorgestellten Schulleitbild ist die Wende noch längst nicht geschafft.

Abschliessend komme ich zum Schwerpunkt Harmonisierung der Sozialleistungen. Da ist von Anreizen zur Erwerbstätigkeit zu lesen. Solange die Wirtschaft klagt, dass Basler Schulabgänger für eine Lehre nicht zu gebrauchen sind, werden wir massive Probleme mit der Sozialhilfe haben. Da können Sie noch lange die Sozialhilfe

harmonisieren. Das nützt nichts. Die Probleme mit den Jugendlichen sind nicht die Sozialhilfeleistungen, sondern die Schulen. Fehlt es an der ausreichenden Ausstattung in Sachen Lesen, Schreiben und Rechnen, dann gibt es keine Zukunftsperspektive in der modernen Arbeitswelt. Basel braucht eine Schule, welche das Wort Fordern ins Zentrum ihrer Arbeit stellt. Dazu braucht es eine Umkehr von der Denkweise in der Leitung des Ressorts Schulen des Erziehungsdepartement.

Die SVP nimmt den Politikplan zur Kenntnis, wird sich aber bei den Schwerpunkten der Stimme enthalten.

Christine Wirz-von Planta (LDP): Im aktuellen Politikplan wird erstmals berücksichtigt, dass für Massnahmen zur Steigerung eines in jeder Beziehung attraktiven Standortes langfristig geplant werden muss. Die Liberalen sind mit dieser Stossrichtung sehr einverstanden und begrüssen es, dass die Regierung Schwerpunkte setzt und Perspektiven aufzeigt, die allesamt von grösster Bedeutung für eine gesunde Entwicklung, nicht nur für Basel, sondern weit über die regionalen Grenzen hinaus sind.

Wer nach Basel zieht - wir sind daran interessiert, dass möglichst viele Steuerzahlende nach Basel kommen - will gute Bedingungen antreffen. Diese beginnen beim Wohnraum, beim Stadtwohnen. Das sieht auch die Regierung so, setzt hier einen Schwerpunkt und will die Erstellung von hochwertigem Wohnraum fördern. Als Massnahme soll ein Anreiz zur Bestandesveränderung geschaffen werden. Der Umstrukturierung des Baubestandes kommt eine zentrale Bedeutung zu. Dem ist zuzustimmen. Wir weisen aus diesem Grund auf das Gesetz betreffend Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnraum hin. Dieses Gesetz bestimmt, dass günstiger Wohnraum erhalten werden muss. Das bedeutet, dass kleine billige Wohnungen nicht zugunsten neuer grösserer Wohnungen abgebrochen werden dürfen. Diese Gesetzgebung steht im Widerspruch zur Aussage des Regierungsrates, dass der Umstrukturierung des Baubestandes zentrale Bedeutung zukommt. Das genannte Gesetz muss revidiert werden und wir werden eine entsprechende Motion einreichen.

Wir sind mit der Regierung einig, dass Basel Wohnstadt, Arbeitsstadt und Dienstleistungszentrum sein soll und dass der Detailhandel ein wichtiges Element der Innenstadt bleiben soll. Wir vermissen hier Aussagen über die Parkraumfrage und einen erleichterten Zugang zur Innenstadt. Die Schaffung von qualitativem Wohnraum bedingt die Anbindung der Stadt mit dem motorisierten Individualverkehr. Lösungen sind hier dringend nötig und zwar mit Sofortmassnahmen, die das Abwandern des Detailhandels aus der Innenstadt verhindern.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit über die regionalen Grenzen, die bereits auf vielen Gebieten in Angriff genommen wurde und zum Teil erfolgreich umgesetzt wurde. Ich möchte die Förderung der Life Sciences erwähnen, durch beide Kantone in Zusammenarbeit mit der Handelskammer beider Basel. Hier bleibt aber noch viel zu tun. Für die Vertiefung der Beziehungen mit den umliegenden Kantonen, mit dem Landkreis Lörrach und zur Commune des trois frontière gehört auch die Unterstützung und Forderung, dass die H18 vom Bund als wichtige Strassenverbindung unterstützt wird. Zu diesem Begehren erwarten wir ein klares Bekenntnis der Regierung.

Ein weiterer Schwerpunkt, die nachhaltige Finanzpolitik, passt eigentlich wunderbar zur bevorstehenden Debatte über die Schuldenbremse. Wir stellen mit Genugtuung fest, dass dem Gesamtregierungsrat besondere ökonomische Umsichtigkeit noch immer am Herzen liegt und liegen muss, wie im Politikplan wortwörtlich nachzulesen ist. Die Liberalen sind der Meinung, dass die Reduktion der staatlichen Aufgaben und Leistungen weiterhin Bestandteil einer nachhaltigen Finanzpolitik sein muss, dass das Wachstum der Staatsausgaben grundsätzlich eher unter der Teuerung zu halten ist und dass es gilt, die Verschuldung auf einem tiefen Niveau zu stabilisieren. Die grosse Kunst bei der Ausübung einer nachhaltigen Finanzpolitik liegt wohl darin, trotz aller Sparbemühungen Investitionen zu tätigen, die nachhaltigen Effekt erzielen. Dazu gehören Bildung, Lehre und Forschung. Dazu gehört aber auch, dass Investoren keine Steine in den Weg gelegt werden. Namentlich erwähnt sei hier das Novartis Campus. Diese letzte Bemerkung betrifft weniger die Regierung, sondern richtet sich an jene Parteien und Gruppierungen, die solch zukunftsgerichteten und für die Entwicklung unserer Stadt segensreichen Plänen den Kampf angesagt haben.

Wir machen uns alle Sorgen über die steigenden Ausgaben im sozialen Bereich. Wenn im Sozialbereich von einer Systemverbesserung die Rede ist, dann müsste vor allem die Eigenverantwortung gefördert werden und eine Abkehr vom Gieskannenprinzip erfolgen. Wir erwarten ein griffiges Konzept zur Bearbeitung der Jugendarbeitslosigkeit.

Ich habe eingangs vom billigen Wohnraum gesprochen. Einer der Gründe für den Zuwachs bei der Sozialhilfe ist unbestritten das grosse Angebot von günstigen Ein- und Zweizimmerwohnungen. Hier erwarten wir eine Änderung. Die Liberalen nehmen den Politikplan zur Kenntnis und stimmen ihm zu. Wir werden die Umsetzung der politischen Ziele, Projekte und Vorhaben mit Kontrollblick mitverfolgen. Wir danken dem Regierungsrat für dieses Steuerungsinstrument.

Daniel Stolz (FDP): Gerne nehme ich im Namen der FDP-Fraktion zum Politikplan 2006 bis 2009 und zur Vision Basel 2020 Stellung. Die FDP hat sich mit den beiden Themen eingehend beschäftigt. Die FDP-Fraktion findet es gut, wenn der Regierungsrat eine Vision von Basel skizziert. Wir sind nicht der Meinung, dass wer Visionen hat, zum Arzt gehen müsse, vor allem dann nicht, wenn ein Regierungsrat selber Arzt ist. Im Gegenteil, Visionen sollen nicht vergessen lassen, wie trist manchmal die Realität sein kann, sondern Visionen sollen dazu dienen, sich zu orientieren und sich ein Ziel zu geben. Man muss wissen, wohin man will. Basel muss wissen, wohin Basel will. Das

Ziel, Basel als Zentrum einer trinationalen Metropolitanregion ist naheliegend. Anspruchsvoller ist das Ziel, ein führendes europäisches Zentrum im Bereich Life Sciences zu sein. Da die Ausgangslage dazu sehr günstig ist, ist uns Freisinnigen dieses Ziel zu wenig ambitiös. Wir Freisinnigen sind klar der Meinung, dass Basel im Bereich Life Sciences weltweit zur Spitzengruppe gehören muss. Das erfordert einige Anstrengungen und ist ambitiös. Wir Freisinnigen würden uns gerne hinter dieses Ziel und diese Anstrengungen stellen. Um das Ziel zu erreichen, ziehen wir dieselben Konsequenzen wie der Regierungsrat. Nur haben wir das schon in unserem Wahlprogramm 2004 geschrieben. Erstens: Basel muss attraktiv als Wohnort für Spezialistinnen und Spezialisten aus der ganzen Welt sein. Dazu gehören nicht nur grosse Wohnungen, sondern auch architektonisch interessante Gebäude. Zweitens gehört dazu, dass Basel ein lebhaftes Kulturleben hat. Nur so kann es gelingen, dass man jemand dazu bewegen kann, von zum Beispiel Los Angeles nach Basel zu kommen. Hinter diese Forderungen des Regierungsrates stellen wir uns voll und ganz. Aber er hat unseres Erachtens zwei wichtige Punkte vergessen oder zumindest nicht aufgeführt. Denn drittens gehört auch dazu, dass Basel diesen Personen und ihren Kindern ein gut funktionierendes Schulsystem anbieten kann. Viertens gehört dazu, dass man bei den Steuern wenigstens so massvoll ist, dass nicht alle Zuzüger zum Beispiel nach Biel-Benken anstatt Basel-Stadt ziehen und fünftens gehört auch dazu, dass Basel das Image einer gesunden anstatt einer kranken und einer dynamischen anstatt einer bankrotten Stadt hat, also nicht überschuldet ist. Selbstverständlich kann und soll sich Basel nicht nur an den Zuzügern ausrichten. Für Basel-Stadt ist es von enormer Bedeutung, dass wir auch weiterhin attraktiv für die jetzt hier lebende Einwohnerschaft sind. Beides schliesst sich nicht aus. Sowohl die Kommenden als auch die hier Ansässigen haben die gleichen Interessen. Ich wiederhole es gerne: Hochqualitativer Wohnraum, ein gutes Schulsystem, eine massvolle finanzielle Belastung, sprich massvolle Steuern, massvolle Gebühren, massvolle Krankenkassenprämien, ein attraktives Basel in Sachen Kultur und ein gesundes, also nicht überschuldetes Basel. Wenn uns dieses eben skizzierte Basel gelingt, dann haben wir genügend Ressourcen auch denen zu helfen, die es tatsächlich nötig haben. Zu dieser sozialen Verantwortung stehen wir Freisinnige. Aber zuerst müssen wir das gesunde Fundament dazu legen. Das Fazit aus freisinniger Sicht: Ja zu einer Metropolitanregion Basel mit einem Zentrum, nämlich Basel. Unsere Unterstützung dafür haben Sie.

Konkret: Dass der Grosse Rat die Schwerpunkte im Politikplan beschliessen soll, ist unseres Erachtens nur ein erster Schritt. Wir sind noch immer der Ansicht, dass wenn der Politikplan für Basels Politik wegweisend sein soll, dann muss er auch vom höchsten Gremium des Kantons beschlossen werden, also von uns.

Zu den Schwerpunkten:

Die integrale Aufwertung Kleinbasel ist grundsätzlich richtig und für das Quartier sehr wichtig. Wir sehen auch die Potentiale in Basel-Nord, sprich ProVolta und das St. Johann, vor allem wenn wir an die Chancen denken, die der Novartis Campus für unsere Region bietet. Diese Chance ist unbedingt zu nutzen, alles andere wäre ein unverzeihlicher Fehler. Ein bisschen skeptischer sind wir beim Erlenmattprojekt. Wir nehmen die zuständige Regierungsrätin gerne beim Wort. Mit attraktiver Architektur und geschickter Planung soll dort ein Schmuckstück geschaffen werden. Wir hoffen, dass das klappt und wünschen aufrichtig alles Gute.

Innenstadtqualität im Zentrum. Wir teilen die Analyse des Regierungsrates und vor allem auch sein Bekenntnis zum Detailhandel. Nur machen wir dazu auch das Nötige. In der Vergangenheit zwar nicht, aber heute wollen wir uns um die Zukunft kümmern. Die Freisinnigen sind bereit, sich dort einzubringen. Deshalb warten wir bereits heute auf die Einladung zum runden Tisch. Ich hoffe, dass der Regierungsrat dort nicht nur die Verbände mit ihren Partialinteressen einlädt, sondern auch die Parteien und Fraktionen. Wenn Sie uns einladen, dann kommen wir.

Stadtwohnen: Das ist ein zentrales Thema. Wir benötigen nicht einfach 5000 Wohnungen mehr. Das wäre eine rein quantitative Zielsetzung. Wir benötigen 5000 Wohnungen mit gehobenen Ausbaustandard mehr. Dieser Unterschied ist von essentieller Bedeutung, wenn wir die vorher angesprochenen Zuzüger nach Basel locken wollen und die schon hier wohnenden Nettosteuerzahlenden hier behalten möchten. Vorschläge von unserer Seite gab es schon mehrmals und stehen in Kürze wieder auf der Tagesordnung, wenn ich an den Vorstoss von Emmanuel Ullmann denke.

Die Bildungswege in der Volksschule. Hier können wir ebenfalls unsere Unterstützung anbieten, wenn es darum geht, die Volksschule Schritt für Schritt zu reformieren. Der Freisinn unterstützt ausdrücklich das neue Schulleitbild, die Verfassung der Schule, wie es Regierungsrat Christoph Eymann kürzlich präsentiert hat. Wir wollen aber nicht nur reformieren, sondern das Schulsystem der Zeit und den gesellschaftlichen Gegebenheiten anpassen. Wir stehen voll hinter dem schrittweisen Ausbau der Tagesschulen im Rahmen eines Gesamtkonzepts. Deshalb unterstützen wir die Motion Schürch. Sehr erfreut sind wir, dass im jetzigen Schuljahr der Schwerpunkt auf Verbesserung im Standarddeutsch gelegt wird. Dies nicht zuletzt aus integrationspolitischen Überlegungen. Wichtig ist uns, dass man neben all den wichtigen Förderprogrammen die normal Begabten nicht vergisst.

Stärkung der regionalen Zusammenarbeit. Hier kann ich mich kurz fassen: Ja, wir stehen zur Zusammenarbeit mit allen unseren Nachbarn, gemeinsam und in Offenheit. So, wie es der Regierungsrat skizziert.

Harmonisierung der Sozialleistungen, spezifische Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene. Hinter diesem eher schwerfälligen Titel verbirgt sich ein Thema mit grosser Sprengkraft. Wir finden es gut, dass der Regierungsrat dieses Thema jetzt aufgreift. Wir haben die Ausführungen interessiert zur Kenntnis genommen und erwarten die ersten konkreten Vorschläge beziehungsweise wir Freisinnigen bieten Hand zu pragmatischen Lösungsansätzen und sind bereit, auch neue Wege zu beschreiten. Dies müssen wir, denn nur mit einem “weiter so” enden wir in einer Sackgasse, wie wir das in anderen Ländern sehen.

Nachhaltige Finanzpolitik. Die FDP-Fraktion ist sehr zufrieden, dass auch unter rot/grüner Mehrheit im Regierungsrat

dieses Thema so prominent platziert wird. Wir hoffen, dass das auch für den Grossen Rat gilt. Hier sind wir um einiges skeptischer. Wir können uns im Grossen und Ganzen hinter die Ausführungen des Regierungsrates stellen. Wichtig ist, dass die Ausführungen auch umgesetzt werden. Das ist der entscheidende Punkt.

Zur finanziellen Lage des Kantons selber werde ich mich im Rahmen der Budgetdebatte in einer Woche im Namen der FDP-Fraktion äussern.

Zusammenfassend: Wir schicken den Regierungsrat nicht zum Mars, weil er Visionen für Basel hat. Wir finden es gut, wenn er sich Überlegungen macht und wenn er sich überlegt, in welche Richtung er Basel steuern möchte. Wir sind mit der Richtung einig, wenn es tatsächlich darum geht, Basel als dynamisches und lebenswertes Zentrum einer Metropolitanregion mit dem Anspruch ein weltweit führende Life-Sciences-Pflaster zu sehen.

Ich beantrage Ihnen im Namen der FDP-Fraktion Zustimmung zu den sieben Schwerpunktthemen.

Dieter Stohrer (VEW): Ich möchte Ihnen die Stellungnahme der VEW zu den Schwerpunkten vorlegen.

Stadtentwicklung Basel-Nord. Wir stimmen der Quartierentwicklung Basel Nord zu. Verschiedene Teilprojekte dieser Stadtentwicklung sind bereits am laufen. Dabei denken wir unter anderem an die integrale Aufwertung Kleinbasel oder an die Erlenmatt. Bei diesen Teilprojekten findet unserer Meinung nach eine gute und positive Stadtentwicklung statt. Es werden klare Strukturen ersichtlich, Lebensraum wird verbessert und es werden Gewerbe- und Industriezonen gebildet. Die Einschränkung, dass wir nur limitiert Platz haben, wird aktiv angegangen und erfährt eine gute Entwicklung. Bei der Neunutzung des Hafens St. Johann entsteht ein zukunftsgerichteter Campus. Ein klarer Industrie- und Wirtschaftsschwerpunkt, den wir für Basel brauchen, ausbauen und erhalten wollen. Wichtig ist uns dabei, dass wir die entsprechende Kommunikation gegenüber der Bevölkerung optimal gestalten und absolute Klarheit darüber schaffen, wo was stattfindet. Wir betrachten das bisher erreichte als eine gute Verbindung der verschiedensten Interessen und wünschen uns weiterhin einen konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten. Wir fordern in dieser Beziehung besondere Anstrengung der Regierung.

Innenstadt, Qualität im Zentrum. Ich stimme mit der Regierung überein, dass die Innenstadt für Stadt und Region eine wichtige Funktion übernimmt. Wir unterstützen die Bemühungen, dass es nicht zu einer weiteren Dezentralisierung der Zentrumsfunktionen kommt und erwarten, dass der geplante runde Tisch im 2006 das erhoffte positive Entwicklungskonzept bringen wird. Wir begrüssen die Erkenntnis, das Umgestaltungsprojekte der Innenstadt unter einem Gesamtkonzept erstellt werden sollen. Das verspricht mehr Erfolg als einzelne lokal geplante Massnahmen. Wir sind dabei der Meinung, dass Kultur in der Innenstadt ihren Platz haben muss. Im Rahmen des Möglichen muss Rücksicht auf die Wohnbevölkerung genommen werden. Wir fordern aber auch, dass die Bewilligungswege für die Kulturschaffenden einfacher und effizienter werden.

Stadtwohnen. Was nach unserer Meinung fehlt, ist ein definiertes Ziel über die Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner und deren Zusammensetzung. Der Regierungsrat muss sich mit der Frage auseinander setzen, wie viele Einwohner und in welcher demografischen und wirtschaftlichen Zusammensetzung er als anstrebenswert erachtet. Erst dann kann man die Massnahmen planen. Die Anzahl von 5000 neuen Wohnungen ist kein primäres Ziel, sondern eine Massnahme. Immerhin kann man davon ausgehen, dass in neue Wohnungen tendenziell gute Steuerzahlende einziehen werden. Offen bleibt die Frage, woher diese kommen. Kommen Sie aus schlechten Wohnungen aus Basel, so werden dort schlechte Steuerzahlende einziehen, mit anderen Worten, man hat nichts erreicht. Anders sieht die Sache aus, wenn in die neuen Wohnungen Zuwanderer einziehen. Der Regierungsrat sollte sich mit der Frage der Wohnungsbelegung auseinander setzen. Dies ist das zentrale Element der Bevölkerungsabnahme. Wir haben nicht zu wenig Wohnraum, sondern zu kleine Haushalte, seit 1965 minus 55'000 Einwohner bei plus 15'000 Wohnungen. Mehr Wohnungen bei abnehmender Wohnungsbelegung heisst letztlich nur: Beton anstelle von Menschen. Es liegt auf der Hand, dass das Problem der abnehmenden Haushaltsgrösse nicht einfach zu lösen ist. Dies bedeutet aber nicht, dass man davor die Augen verschliessen soll. Wir empfehlen der Regierung dringend, eine breit abgestützte Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich diesem Problem, das auch etwas mit Familienpolitik zu tun hat, annimmt.

Bildungswege in der Volksschule. Die Volksschule ist mit der im Dezember 2002 beschlossenen Doppellösung auf einem guten Weg zur Gesamtplanung. Mit der Veröffentlichung des Leitbildes für die Schulen des Kantons Basel-Stadt am 29. November wurden Grundlagen für den angekündigten Entwicklungsplan gelegt. Wir begrüssen diesen Weg, der zur Verbesserung der Schulkoordination im Wirtschaftsraum Basel führen muss. Die Koordination mit dem Nachbarkanton Baselland ist deshalb im Rahmen der vorgegebenen Bildungsziele anzustreben. Insbesondere unterstützen wir Massnahmen zur Verbesserung der Schullaufbahn im Sekundarschulbereich I durch keine zusätzlichen Schulwechsel innerhalb dieses Bereiches. Im Sinne der Förderung, der Integration und der Chancengleichheit müssen die Schulen, die Tagesbetreuung und die Tagesschulen rasch ausgebaut werden, möglichst schon für das Schuljahr 2006/2007. Skeptisch sind wir gegenüber einer so genannten Eingangsstufe, da wir einen zu frühen Leistungsstress für Kinder befürchten. Wir begrüssen Möglichkeiten für eine Flexibilisierung des Schuleintrittes. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass unsere Basler Volksschulen eine hohe Qualität auf der Grundlage des Prinzips Fordern und Fördern gewährleisten sollen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sie kind- und jugendgerecht sind. Zu den entsprechenden Aufgabenfeldern im Bereich des Erziehungsdepartements haben wir folgende Meinung. Anstrengungen zur Verbesserung des Übergangs in Berufslehre und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind dringend notwendig. Wir meinen, dass auch in der Kantonsverwaltung vermehrt Ausbildungsplätze geschaffen und angeboten werden müssen.

Der Weg der gemeinsamen Trägerschaft in den Bereichen der Fachhochschulen und der Universitäten muss weiter gegangen werden. In diesem Sinne ist der Schwerpunkt der regionalen Zusammenarbeit weiter zu verfolgen. In der Nordwestschweiz müssen im Bildungs- und Kulturbereich sowie in weiteren Bereichen partnerschaftliche Lösungen gesucht und gefunden werden. Mittel- und längerfristig garantieren nur solche Kooperationen, auch über die Landesgrenzen hinaus, eine finanzpolitisch verantwortbare Lösung.

Es ist auch ein Auftrag des Kantons, Kulturförderung und Pflege zu betreiben. Es geht dabei um die Pflege unseres kulturellen Erbes und seine Weiterführung. Nur wer sich seiner Vergangenheit und Geschichte bewusst ist, wird auch Gegenwart und Zukunft gestalten können. Die Stadt Basel ist eine Kulturstadt mit Vergangenheit und Geschichte, sie soll das auch in der Gegenwart und in der Zukunft sein. Damit wird ein wichtiges Argument für den Standort Basel geliefert, das den Wohnsitz in der Region attraktiv macht. Der Regierungsrat muss gemeinsam mit unseren Partnern innerhalb nützlicher Frist ein Kulturkonzept entwickeln, das Grundlagen für partnerschaftliche Verhandlungen bilden kann. Es kann nicht sein, dass ohne Konzept, wie jetzt gerade, vereinzelt über Kulturträger diskutiert und beschlossen wird. Nur wenn wir klar sagen, was uns wichtig ist, haben wir eine Chance auf Unterstützung aus der Region, von staatlicher Seite, nur dann sind wir attraktiv für private Geldgeber, die sich an der Kultur in Basel beteiligen.

Wenn wir für Familien attraktiv sein wollen, dann ist es unsere Pflicht, dass wir als Staat das nötige soziale und kulturelle Umfeld zur Verfügung stellen. Nur wenn auch in dieser Beziehung das Umfeld stimmt, werden Menschen bei uns wohnen wollen. Es geht letztlich um Menschen, die sich in unserem Kanton wohl fühlen sollen. Davon wird auch die Wirtschaft profitieren. Dass nun bald ein umfassendes Jugendkonzept vorliegt, ist sehr zu begrüssen. Dass auch im Bereich der Familienpolitik Anstrengungen unternommen werden, ist für die Zukunft der Wohnbevölkerung in unserem Kanton von grosser Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass der Mensch im Mittelpunkt steht. Dabei ist die Familie als kleinste Zelle unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens äusserst wichtig.

Stärkung der regionalen Zusammenarbeit. Es ist erfreulich, dass das Thema regionale Zusammenarbeit zum ersten Mal in den Politikplan aufgenommen wird. Basel-Stadt kann grössere Aufgaben nur noch überregional lösen.

Gesundheitswesen. In den letzten Jahrzehnten hatte Basel-Stadt nicht immer eine glückliche Hand in der Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn. Gerade im Bereich des Gesundheitswesens mussten Rückschritte hingenommen werden. Vor allem mit Frankreich fehlt ein grenzüberschreitendes Ambulanzsystem, auch mit Deutschland ist eine grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung erschwert. Die Bildung einer gemeinsamen Trägerschaft für ein spitzenmedizinisches Zentrum ist zu begrüssen. Allerdings sollte auch hier grenzübergreifend geplant werden.

Verkehr. Mit dem Ausbau der S-Bahn wurde viel erreicht, besonders die geplante Anbindung der S6 zum Bahnhof SBB bringt für die Landgemeinden grosse Standortvorteile. Diese sollen zügig realisiert werden. Basel soll beim Bund dezidiert auf die Zuteilung von Bundesgeldern pochen.

Harmonisierung der Sozialleistung, spezifische Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene. Wir stimmen mit der Analyse überein, dass die heutigen Systeme negative Leistungsanreize haben, unkoordiniert und untransparent sind und unterschiedliche Einkommensdefinitionen aufweisen. Damit ergibt sich klar, dass das ganze System im Detail überarbeitet, erneuert und aufeinander abgestimmt werden muss. Was uns in diesem Bereich fehlt, ist die grundlegende Auseinandersetzung mit der Frage, wo die Eigenverantwortung aufhört und wo die Verantwortung der Gemeinschaft beginnt. Es fehlen insbesondere zusätzliche Massnahmen und Ideen, wie nur teilweise Leistungsfähige beschäftigt werden können. Solche Angebote müssen gefördert werden, zum Beispiel Job Factory und 1000 Franken-Jobs.

Nachhaltige Finanzpolitik. Wir begrüssen den im Politikplan erfassten Schwerpunkt, die nachhaltige Finanzpolitik. Der Regierungsrat bekräftigt damit, dass staatliches Handeln immer ganzheitlich angeschaut werden muss. Wenn die hier erwähnten Ziele und Massnahmen dazu führen, dass in Zukunft finanzieller Handlungsspielraum da ist, um innovativ auf die aktuelle Situation rasch zu reagieren, ohne dass die Staatsfinanzen, wie in den 90er Jahren, aus dem Ruder laufen, so begrüssen wir dies. Mit der vorgeschriebenen Schuldenbremse wird hoffentlich der Grosse Rat das seine dazu beifügen, so dass Legislative und Exekutive am selben Strick ziehen.

Die VEW wird den Politikplan 2006 bis 2009 zur Kenntnis nehmen und den Schwerpunkten mit ihren Zielen zustimmen.

Anita Lachenmeier (Grünes Bündnis): Ich möchte vorweg mitteilen, dass sich das Grüne Bündnis nicht an der Abstimmung zu den Schwerpunkten beteiligen wird. Wir werden weder zustimmen noch ablehnen, noch uns enthalten. Gerne nehmen wir die Schwerpunkte der Regierung zur Kenntnis und nehmen dazu Stellung. Auch wenn wir sie ergänzen oder abändern würden, was wir zwar nicht vorhaben, würden es die Schwerpunkte der Regierung bleiben. Wir begrüssen es, dass sich die Regierung auf Schwerpunkte und Ziele geeinigt hat, welche sie in den nächsten Jahren angehen und erreichen möchte. Wir denken, dass es wichtig ist, dass die ganze Regierung am selben Strick zieht und gemeinsame Pflöcke einschlägt, um in Basel etwas zu bewegen.

Zu den Schwerpunkten. Zwei Schwerpunkte, die Stadtentwicklung im Bereich Basel-Nord und der neue Wohnraum, sind sehr bauorientiert. Natürlich müssen wir nach der Verwüstung durch die Nordtangente die abgerissenen Häuser ersetzen. Erlenmatt und ProVolta sind zweifellos sehr wichtige Projekte. Es muss hier aber auch darum gehen, das Wohnumfeld instand zu setzen. Wir hoffen, dass nach den fertig gebauten Projekten Dreisrosenanlage, Claramatte und Klybeckstrasse im Kleinbasel weitere Aufwertungen hinzukommen, zum Beispiel im sehr vernachlässigten

Kleinhüningen. Und dass die Bewohnerschaft im Gebiet ProVolta bald aufschnaufen kann und nicht noch viele Jahre unter Bau- und Verkehrslärm leiden muss. Darum wird es nicht nur darum gehen, dass man baut, sondern, dass man quartierverträglich organisiert, und dass trotz Bautätigkeit die Wohnqualität verbessert werden kann.

Auch der Schwerpunkt neuer Wohnraum ist uns zu einseitig. Wir unterstützen den Wohnungsbau, vor allem die Zusammenlegung von kleinen Wohnungen und Dachausbauten, wenn diese sozialverträglich gestaltet werden. Wir wehren uns aber dagegen, dass neue Bauten in Quartieren gebaut werden, wo der öffentliche Grünraum schon sehr gering ist, zum Beispiel beim Landhofareal. Beim Schwerpunkt Wohnen fehlen uns auch Ziele zur Verbesserung des Wohnumfeldes. Schöne Wohnungen reichen nicht. Ein attraktives und intaktes Wohnumfeld kann nicht unabhängig von Emissionen betrachtet werden. Wir vermissen Aussagen bei den Schwerpunkten zum Thema Verkehr, Luft, Lärm und Mobilfunkstrahlungen, obwohl eine Reduktion dieser Belastungen Voraussetzung für ein attraktives Wohnen sind. Auch der ÖV und der Veloverkehr wird totgeschwiegen. Seit vielen Jahren wird ein Konzept zur Parkraumbewirtschaftung diskutiert und schubladisiert und schafft es immer noch nicht, als Schwerpunkt betrachtet zu werden. Dabei wäre dessen Umsetzung ein wichtiger Schritt zur Attraktivitätssteigerung.

Das Thema Verkehr wird wie eine heisse Kartoffel vor sich hergeschoben. Dies sieht man auch beim Schwerpunkt Innenstadt, Qualität im Zentrum. Hier möchte man eine spannende Mischung aus Gastronomie, Läden und Kultur. Dafür möchte man vor allem den öffentlichen Raum neu gestalten. Wir begrüssen das. Dass eine grosszügige Fussgängerzone alleine schon Wesentliches zum Ziel beitragen würde, und dass dafür nur das fertig ausgearbeitete Verkehrskonzept umgesetzt werden müsste, davon steht in den Zielen nichts. Vernehmlassungen und runde Tische gab es dafür schon genug. Den einen geht es zu weit, den anderen zu wenig weit. Erst wenn man durch die Umsetzung Erfahrungen sammelt, kann fundiert darüber diskutiert werden. Ich persönlich sitze lieber auf einem Plastikstuhl in einem ruhigen Strassenrestaurant, als dass ich im Holzstuhl sitzend von Autolärm und Gestank gestört werde.

Bildung an der Volksschule. Dies ist ein wichtiger Schwerpunkt. Viele Ziele wurden bereits diskutiert und für wichtig befunden, wie die bessere Sprachkompetenz, die Integration, die Problematik des achten und neunten Schuljahres und die Ausweitung der Tagesbetreuung. Die Befragung betreffend der Flexibilisierung der Schuleingangsphasen bei den Kindergarten- und Primarlehrkräften hat eher skeptische Reaktionen ausgelöst. Umso mehr erstaunt, dass es vor einer breiten Vernehmlassung und vor Schulversuchen als Schwerpunktziel der Regierung genannt wird. Bei der Schule fehlt uns ein wichtiges Ziel. Die Volksschule soll dazu führen, dass die Jugendlichen im Anschluss daran eine Lehre oder eine weitere Schule besuchen können. Uns fehlt hier das Ziel der weiteren Lehrstellen und der Übergang in die Berufswelt.

Damit sind wir auch schon beim Schwerpunkt Harmonisierung der Sozialleistungen und den spezifischen Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene. Ein Systemwechsel und ein gerechtes Sozialsystem, das Anreize zur Erwerbstätigkeit enthält, ist für uns wichtig. Eigentlich, und darüber sind wir uns alle einig, müssen wir verhindern, dass Jugendliche und junge Erwachsene überhaupt den Weg zum Sozialamt gehen müssen. Dazu braucht es eine gute Volksschule, genügend Lehrstellen und Ausbildungsmöglichkeiten, und funktionierende Scharniere zwischen diesen beiden Schnittstellen. Wir müssen noch früher ansetzen, nämlich bei der Kinder- und Jugendarbeit. Dort könnten wir mehr investieren und präventiv vorausschauend diese Probleme verhindern.

Die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit ist auch für uns ein sehr wichtiges Thema. Als Stadtkanton sind wir auf eine gute Zusammenarbeit mit der Nachbarschaft angewiesen. Aber auch diese ist von uns abhängig und wir können sehr selbstbewusst in die Verhandlungen einsteigen.

Das wichtige Thema Gesundheit, das wir sonst bei den Schwerpunkten vermissen, treffen wir hier an. Wir sind froh, dass sich die Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen intensiviert hat.

Wir begrüssen die Koordination der Verkehrs- und Siedlungsplanung und die Agglomerationsplanung mit Einbezug des TAB.

Auch eine nachhaltige Finanzpolitik finden wir gut. Dass wir nicht auf Kosten der nächsten Generation leben, ist wichtig. Die Rechnung 2004 zeigte, dass wir sehr nahe an diesem Ziel sind. Bei der Nachhaltigkeit geht es um eine Gesamtschau. Wir dürfen auch nicht auf Kosten der nächsten Generationen zum Beispiel bei der Bildung, der Gesundheit und der Prävention sparen. Sparen bei den Ausgaben darf nicht dazu führen, dass Folgekosten die nächsten Generationen belasten. Hier bewegen wir uns auf einem sehr schmalen Pfad. Nachhaltig heisst für uns auch, dass sich die Politik bemüht, die Umwelt für die nächste Generation intakt zu halten.

Ich kann zu den weiteren wichtigen Zielen, die im Politikplan aufgelistet sind, nicht Stellung nehmen, die Zeit ist vorbei. Ich möchte der Regierung für diese Arbeit danken und nochmals darauf hinweisen, dass wir uns nicht an der Abstimmung beteiligen.

Lukas Engelberger (CVP): Die CVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, dem Grossratsbeschluss betreffend Politikplan 2006 bis 2009 zuzustimmen. Einleitend einige Bemerkungen zum Format und zur Rechtsnatur des Beschlusses, den wir fällen werden. Leider ist es nicht viel mehr als eine Resolution, eine mehr oder weniger deklaratorische Willensäusserung des Parlaments. Leider sind damit nicht konkrete Schwerpunktsetzungen verbunden, mit denen wir Wirkungen, Leistungen und Kosten verbindlich steuern könnten. Das ist zu bedauern. Einmal mehr zeigt sich, dass wir seit der Ablehnung des NPM-Steuerungsgesetzes ein Vakuum haben, und dass uns die griffigen Instrumente zur Einflussnahme auf die langfristige strategische Planung unseres Gemeinwesens fehlen.

Zum Politikplan. Wir begrüssen und unterstützen die Vision Basel 2020 aus voller Überzeugung. Wir sind froh, dass man etwas weiter in die Zukunft blickt und ein Fernziel definiert. Das Fernziel selbst überzeugt uns, weil hier endlich einmal in optimistischer Grundhaltung ein Bekenntnis zu einer Wachstumsstrategie abgelegt wird. Das Schrumpfen muss einmal ein Ende haben, eine Stadt wie Basel muss wachsen und eine gewisse Grösse und Ausstrahlung haben, damit sie zukunftsfähig ist. Die Elemente dieser Vorwärtsstrategie sind unserer Meinung nach die richtigen. Wissenschaft, Industrie, Spitzenkultur und Urbanität sind tatsächlich die Standorttrümpfe dieses Gemeinwesens und diese Stärken gilt es zu fördern. Dazu passen auch die Schwerpunkte in Kapitel 3, indem sie grundsätzlich Ausdruck dieser Offensivstrategie sind. Ich will die Schwerpunkte nicht im Einzelnen aufzählen oder auf einzelne Formulierungen eingehen. Wichtig ist für uns, dass die Richtung stimmt, und das tut sie. Aufwertung unserer Stadt als Wohnraum, Verbesserung der Bildung, Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und nachhaltige Finanzpolitik sind die Themen, die zu Recht im Vordergrund stehen.

Was danach kommt, ist allerdings weniger berauschend. Es ist eine ziemlich vollständige und seriöse Abbildung kantonaler Staatstätigkeit. Was aber fehlt, ist die Weiterführung der Vision 2020. Man hat zwar Vorne im Politikplan definiert, was die Domaine d'excellence sein sollen und sich dazu verpflichtet, sie zu stärken, hat dann aber weiter hinten nicht den Mut, auch Abbaubereiche zu bezeichnen. Es gibt zwar auf den ersten Blick Prioritäten, aber es gibt keine Posterioritäten, womit die Prioritäten keine mehr sind. Es kann nicht nur Schwerpunkte geben. Wenn man Schwerpunkte definiert, muss man auch Bereiche definieren, die man nicht dazu zählt.

Die Vision lautet: Mehr Forschung und Lehre, bessere Hochschulen, bedeutendere Kultur und höhere Lebens- und Wohnqualität. Man muss erwarten, dass sich dies auch in der Haushaltsstruktur niederschlagen wird, mehr Geld für Bildung und mehr Geld für Kultur. Schauen Sie sich den Politikplan auf Seite 112 an. Dort wird aufgezeigt, wie sich die Haushaltsstruktur gemäss Politikplan bis im Jahr 2009 anteilmässig verändern wird. Sie werden feststellen, weniger Geld für Bildung und weniger Geld für Kultur. Wie wollen Sie eine Bildungsoffensive lancieren, wenn die Mittel für die Bildung nicht einmal mit der Teuerung mithalten können? Wie sollen die Kulturinstitutionen an Ausstrahlungskraft gewinnen, wenn sie teuerungsbereingt an Geld verlieren. Dies ist kein Plädoyer für mehr Staat oder mehr Staatsausgaben. Es ist viel mehr ein Plädoyer für Mut, die Vision 2020 umzusetzen und auf die Stärken zu setzen. Das bedeutet, dass man auch den Mut haben muss, dem Kostenanstieg in den anderen Bereichen entgegenzutreten. Das passiert nämlich nicht. Auf Seite 112 sehen Sie, was Sie ohnehin schon wissen, dass nämlich die einzige Wachstumsbranche die soziale Sicherheit ist. Der Anteil dieses Bereichs an den Gesamtausgaben soll als einziger steigen, und zwar um 1,3% auf 24,8%. Das bedeutet, dass jeder vierte Franken, den der Kanton ausgibt, unmittelbar in eines der sozialen Sicherungssysteme oder die Sozialhilfe bezahlt wird. Dem werden die vermeintlichen Schwerpunkte untergeordnet. Ich will das nun nicht weiter zuspitzen. Selbstverständlich ist das Problem der explodierenden Sozialkosten komplex und muss mit der notwendigen Empathie mit den Betroffenen diskutiert werden. Ich habe auch kein Patentrezept dafür, und ich bekenne mich dazu, dass dieser Staat jene nicht im Stich lassen soll, denen es schlecht geht. Aber wir sind an einem Punkt, an dem wir es uns nicht mehr leisten können, Leistungsbegrenzungen und Leistungskürzungen im Sozialbereich aus blosser political correctness zum Tabu zu erklären. Wohin das führt, sehen wir jetzt. Wir haben eine schöne Vision, aber keinen finanziellen Spielraum, um entsprechende Schwerpunkte zu setzen. Das ist verheerend, denn Basel braucht einen Schub wie die Vision 2020, sonst kann es auch nicht mehr das soziale Basel sein, von dem man so gerne spricht.

Der Politikplan hat zwei grosse Verdienste. Erstens zeigt er auf, in welche Richtung die Reise gehen soll. Zweitens beweist er, wohl eher unfreiwillig, dass wir für diese Reise noch nicht in Form sind. Hartes Training ist angesagt und über die Trainingsmethoden werden wir uns hier wahrscheinlich noch herzhaft streiten.

Stephan Maurer (DSP): Zum Teil sind meine Vorredner sehr ins Detail gegangen. Ich beschränke mich auf den Zeithorizont 2020. Der Politikplan 2006 bis 2009 liegt bereits zum fünften Mal vor. Ich stelle fest, dass dieser Bericht von Jahr zu Jahr an Aussage gewonnen hat und uns interessierten Parlamentariern einen Überblick über die laufenden und die künftigen Problemstellungen ermöglicht. Dass sich darin der Regierungsrat erstmals mit dem längerfristigen Zeithorizont mit der Zentrumsfunktion Basels im Jahre 2020 befasst, ist besonders begrüssenswert. Nur wenn wir es schaffen, die aus der Grenzlage entstehenden Systemgrenzen weiter abzubauen und die Beziehungen zum Umland laufend zu intensivieren, können wir das grosse Potential unserer Kernstadt voll ausspielen. Wir dürfen aber bei aller trinationalen Entwicklung unseren Hauptpartner, den Kanton Basel-Landschaft, nicht vergessen. Mit ihm sind wir in jeder Hinsicht am meisten verbunden, kulturell, wirtschaftlich und bildungspolitisch. Mit ihm zusammen müssen wir die Entwicklung vorantreiben. Nur mit dem Kanton Baselland zusammen kann es uns gelingen, die weiteren Partner in der trinationalen Agglomeration für uns und unsere Zukunftsideen zu gewinnen. Der Regierungsrat sieht im Politikplan langfristig vor allem die Themen Lehr- und Forschungsstandort, Wirtschaftsstandort und Kulturstadt. Hier fehlen mir die Bereiche Verkehr und Steuern. Beispielsweise wird das kürzlich in die Vernehmlassung gegebene Aggloprogramm mit einem Zeithorizont bis nach 2020 unter den mittel- und langfristigen Themen nicht erwähnt. Warum ist das so? Die im Aggloprogramm vorgesehenen Ausbauschritte müssen in den nächsten wenigen Jahren planerisch aufbereitet werden, damit wir auch für die nächste Generation wieder eine verkehrliche Perspektive haben. Es zeichnet sich schon heute ab, dass die Themen umweltschonender Verkehr, Platzmangel und Ressourcenknappheit im Zeithorizont 2020 und danach einen viel höheren Stellenwert gegenüber heute haben werden. Hier möchte ich den Regierungsrat bitten, deutlich engagierter zu wirken. Die vielen in der letzten Zeit eingereichten Anzüge aus praktisch allen Fraktionen zeigen den vorhandenen Handlungsbedarf. Der zweite ganz wichtige Standortfaktor wäre die Harmonisierung der Steuerbelastung. Es ist gegenüber einer zunehmenden Anzahl Einwohnern und Steuerzahlern nur schwer erklärbar, weshalb die Steuerbelastung und die Krankenkassenprämien gegenüber dem Umland zum Teil massiv höher sind.

Die DSP bittet den Regierungsrat auch hier noch aktiver zu werden. Wir sehen hier vor allem den verstärkten und permanenten Austausch mit den umliegenden Gebietskörperschaften, Lastenausgleich. Dies muss eine Kernaufgabe des künftigen Präsidialdepartements darstellen.

Die wesentlichen Erneuerungen im Politikplan, die Perspektive Basel 2020, begrüssen wir ausdrücklich. Wir können die künftigen Fragestellungen nicht genügend früh angehen, damit unsere Stadt in der ganzen Metropolitanregion ausstrahlen kann und damit der attraktivste Anziehungspunkt bleibt.

Christine Keller (SP): Die SP-Fraktion nimmt den ersten Politikplan der Regierung unter den neuen Mehrheitsverhältnissen mit Genugtuung zur Kenntnis. Sie stimmt den darin enthaltenen Schwerpunkten und Zielen zu. Wir begrüssen es ausserordentlich, wie dies auch Lukas Engelberger getan hat, dass die Regierung den Politikplan als ihr mittelfristiges Planungsinstrument in eine langfristige Perspektive einbettet. Wer Regierung will und nicht nur verwalten, der muss so planen und führen. Man muss langfristige Ziele mit kurzfristigen und mittelfristigen Optionen abgleichen, sonst entsteht ein mut- und konzeptloses Stückwerk. Genau von dieser Mutlosigkeit ist der vorliegende Politikplan weit entfernt. Im Gegenteil, er überwindet ein Stück weit mit Basel 2020 die typisch baslerische Bescheidenheit, die manchmal in Grau- oder Schwarzmalerei ausarten kann. Getragen von Selbstbewusstsein und Zuversicht wird ein Basel 2020 präsentiert, das als städtisches Zentrum unserer Region, ob man den Namen Metropolitanregion besonders mag oder nicht, Attraktion und Ausstrahlung vermittelt. Ich denke, dass uns dieses Selbstbewusstsein zusteht. Wir konnten kürzlich lesen, dass die Region Basel neben Zürich und Genf eine der grossen Wirtschaftsmotoren ist. Basel 2020 bekennt sich dazu, weiterhin und vermehrt ein bedeutender Wirtschaftsstandort und eine Kulturstadt von internationalem Rang sein zu wollen. Dieses nicht selbstverständliche Bekenntnis stösst bei der SP auf grosse Zustimmung. Dass die Regierung in allen Bereich nachhaltig wirken will, bei Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft und bei der Finanzpolitik, stellt sie mit dem mitgelieferten Nachhaltigkeitsbericht eindrücklich unter Beweis. Wir begrüssen auch diese Neuerung. Als sinnvoll und wichtig erachten wir auch die Integration der Bevölkerungsumfrage in den Politikplan. So ist sichergestellt, dass die damit gewonnen Erkenntnisse nicht einfach verpuffen, sondern wo möglich in konkrete Handlungen umgewertet werden.

Zu den Schwerpunkten des vorliegenden Politikplans. Auch aus unserer Sicht ist die Situation bei der Sozialhilfe und spezifisch die Situation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die von Arbeitslosigkeit, mangelnden Perspektiven und drohender Sozialhilfeabhängigkeit bedroht sind, ein grosses Sorgenkind. Es muss ein Schwerpunkt sein, auch wenn man dies bedauern kann, wie es einer der Vorredner gemacht hat und von einer Wachstumsbranche spricht. Wir wissen, es ist nicht hausgemacht und es gibt keine Patentrezepte. Es braucht viel mehr besondere Anstrengungen, differenzierte Lösungen und den Mut, Neues auszuprobieren. Die SP-Fraktion hat Ihnen vor kurzem Vorstösse dazu vorgelegt. Es ist sehr gut, dass das Ziel Harmonisierung der Sozialleistungen im entsprechenden Schwerpunkt so hoch gewichtet wird. Auch dazu haben wir einen Vorstoss von Sibylle Schürch eingereicht. Wir betrachten es als vorrangig, dass den Betroffenen Wege aus dem für sie oft undurchsichtigen Dschungel der Systemen gezeigt wird. Das Fernziel: optimal aufeinander abgestimmte Leistungen mit einheitlichen Berechnungsgrundlagen, eine Anlaufstelle für Menschen in unserem Kanton, die soziale Unterstützung benötigen.

Ein Schwerpunkt ist auch für die SP das Wohnen in der Stadt, die urbane Lebensqualität. Hier wünschen wir uns vermehrt eine aktive Rolle des Kantons bei Kauf und Verkauf von Liegenschaften, auch bei Grünflächen, zum Beispiel beim Kauf von Hinterhöfen. Hier werden wir Ihnen bald noch weitere Vorschläge vorlegen. Anreize für Wohnungszusammenlegungen sind, wie im Politikplan betont, zu verstärken und auszubauen. Das Problem der zu vielen kleinen Wohnungen und der Mangel an grossen ist bekannt. Eine Wohnungszusammenlegung kann ein pragmatischer und sinnvoller Weg sein, Lösungen zu schaffen.

Zum Schwerpunkt Bildungswege in der Volksschule. Wir begrüssen die vorgesehene Weiterentwicklung des Angebotes an Tagesschulen. Ein Ausbau der Tagesschulen hat für die SP hohe Priorität, wie sie aus verschieden von unserer Seite vorgelegten Vorstössen erkennen können. Tagesschule und Tagesbetreuungsangebote sind sozial-, wirtschafts-, familien- und integrationspolitisch prioritär. Auf das triste Familienbild von Angelika Zanolari möchte ich in diesem Zusammenhang nicht mehr eingehen. Daniel Stolz hat ein gutes Schulsystem verlangt. Aus meiner Sicht ist das grösste Problem unserer Schulen das, dass sie immer wieder schlecht geredet werden. Leider nicht nur heute von Angelika Zanolari. Dazu ein interessantes Detail aus der Bevölkerungsumfrage, das Sie im Politikplan nachlesen können. Die Schulen werden von den Befragten, die ein Kind haben, positiver bewertet, als von Befragten ohne Kinder. Diese Tatsache spricht vielleicht ein wenig für sich.

Wir stellen uns hinter eine nachhaltige Finanzpolitik. Die Bereitschaft dazu haben wir schon verschiedentlich betont, nicht zuletzt mit eigenen Vorschlägen zur Schuldenbremse.

Schliesslich begrüssen wir auch die Stärkung zur regionalen Zusammenarbeit, die Stärkung dieses Themas durch die Schaffung eines eigenen Schwerpunktes im Politikplan. Länderübergreifende Zusammenarbeit wird immer wichtiger, um gute Lösungen zu finden, bei Gesundheitspolitik, Bildungspolitik und Umweltpolitik. Die trinationale Lage, auch dies zeigt uns die Bevölkerungsumfrage, wird zu Recht als Plus unseres Kantons gewertet.

Es kann nicht Aufgabe sein, hier an jedem Detail des Planes der Regierung herumzufeilen. Konkrete Vorlagen werden wir hier immer wieder zu besprechen haben. Für meine Fraktion zählt, dass die Marschrichtung stimmt. Wir sind mit diesem Politikplan auf Kurs. Zu einzelnen Punkten werden auch noch die Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher Stellung nehmen. Die SP-Fraktion bittet Sie, den Schwerpunkten und Zielen des Politikplans zuzustimmen.

Kurt Bachmann (SVP): Gestatten Sie mir als Einzelsprecher die Sichtweise der SVP zu den Schwerpunktthemen Stadtentwicklung Basel-Nord, Innenstadt, Qualität im Zentrum und Stadtwohnen darzulegen.

Zuerst zu Basel-Nord. Bei aller Sympathie für diese dringenden Anliegen, stellt sich für die SVP die zentrale Frage, wie sieht die Erfolgsquote bei den bereits erfolgten integralen Aufwertungen im Kleinbasel aus. Wir haben diese Frage bereits den dazu zuständigen Verantwortlichen gestellt und nach Statistiken und Indikatoren gefragt, welche gemäss Aussage der Regierung vorhanden sind. Diese Kennzahlen wurden uns zwar versprochen, aber nicht geliefert. In Tat und Wahrheit zeichnet sich im Kleinbasel anstelle der Aufwertung ein Flop nach dem anderen ab. Die integrale Scheinaufwertung hat, wenn wir mit hellem und wachem Sinn und offenen Augen und Ohren durch das Kleinbasel gehen, auch nach Aussagen der Bevölkerung, nicht stattgefunden, weder an der Clarastrasse noch an der Klybeckstrasse. Die Kritik wegen der Ummöblierung der Clarastrasse findet kein Ende. Bevor solche von Misserfolgen gekennzeichneten Aufwertungen im St. Johann appliziert werden, verlangt die SVP zuerst die Indikatoren und Kennzahlen von vermeintlichen integralen Aufwertungen. Es ist allein der messbare und effektiv sichtbare Erfolg, der zählt. Bleiben wir noch etwas im Kleinbasel. Geradezu unverzeihlich ist, dass über Kleinhüningen kein Wort zu lesen ist. Wer dieses ehemalige Fischerdorf kennt, muss mit Erstaunen feststellen, dass bei den Planungsaufträgen vom Gundeli und seinen Bewohnern und vom Dreispitzareal die Rede ist. Aber die Kleinhüningerbevölkerung, die seit Jahren um die Identität ihres Quartiers kämpft, ist im neuen Politikplan keine Zeile wert. Der Sprechende kennt die Probleme dieses von allen Seiten mit Fabrik- und Hafenanlagen, aber auch mit Staatsbetrieben brutal in den Würgegriff genommenen Quartiers. Lärm, Geruch und Staubemissionen haben die Lebensqualität der dortigen Bevölkerung auf ein nicht mehr verantwortbares Mass absinken lassen. Der über die ganze Woche andauernde Lastwagenverkehr aus den Hafenanlagen, zum Teil durch Wohngebiete, aber auch der an den Wochenenden auf über 10'000 PW anschwellende Individualverkehr, haben unerträgliche Ausmasse erreicht. Zustände, die der Regierung und den verantwortlichen Planungsstellen längst bekannt sind, aber der Ignoranz und der Gleichgültigkeit zum Opfer gefallen sind. Im neuen Politikplan fällt auf, dass Schwerpunkte für Basel-Nord nicht im Kleinhüningen sind. So gefährden die nach wie vor ungelösten verkehrstechnischen Probleme in Kleinhüningen, die nicht einmal ansatzweise vorhandenen Vorstellungen in Sachen Verkehrsplanung, weitere ohnehin politisch hoch brisante Projekte. Aufgrund der geschilderten Problematik fordert die SVP mit allem Nachdruck auf allen Ebenen und mit höchster Priorität die Planung und die Realisierung der Verkehrsinfrastrukturmassnahmen mit dringendem notwendigem Elan an die Hand zu nehmen. Dazu gehören auch die Transitrampenbrücke zur Entlastung der Wohngebiete vom Lastwagenverkehr sowie die Steigerung der Kapazität des Wiesekreisels. Im Anschluss an mein Votum werden ich einen Anzug ausarbeiten und abgeben.

Zum St. Johann. Geübt im Warten, Ausharren und Leiden ist offenbar auch die Bevölkerung im St. Johann. Im Politikplan stehen die blumigen Worte, dass die tatsächlichen bestehenden Probleme damit nicht gelöst werden können. Ich werde hier unterbrechen und in einem zweiten Votum Ihnen sagen, was zu sagen ist.

Patrick Hafner (SVP): Wenn ich den Politikplan lese, dann sehe ich zwei Teile. Ich sehe einen visionären Teil, Basel 2020. Sehr lobenswert, die Umsetzung muss allerdings folgen. Auf der anderen Seite sehe ich, und ich komme auf den Begriff Flughöhe zu sprechen, nebst der stratosphärischen Schwebeaktion Arbeiten im Hangar. Also keine Flughöhe, sondern wir sind bereits im Detail. Das finde ich schade. Das Instrument Politikplan hätte etwas anderes verdient.

Ich vermisse das Herzblut, ich vermisse den Mut, Aussagen zu treffen, an denen sich die Regierung messen kann und messen lassen müsste. Sie könnte dann nach der entsprechenden Frist hinstehen und sagen, dass sie Erfolg gehabt hat oder dass es schief gegangen ist und nun die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden müssen. Was ich hier sehe, sind viele Sachen, wo man niemandem auf die Füsse treten will. Man sieht Probleme, nimmt sie als gegeben an und versucht mit kleinen Massnahmen denen beizukommen.

Das Ziel ist, konsequent diese Probleme anzupacken. Ich will nicht zu sehr ins Detail gehen. Dazu bräuchte ich viel mehr Zeit. Wenn wir hier lesen, dass sich die Regierung an Resultaten von Bevölkerungsumfragen messen lassen will, dann haben wir ein Problem. Die Leute, die massgeblich wären und denen wir zuhören müssten, die sind schon lange gegangen. Die guten Steuerzahler sind leider schon ausgewandert. Wenn man die fragt, die hier geblieben sind, das sind nämlich zum grossen Teil nicht mehr die guten Steuerzahler, dann kommen Umfrageresultate heraus, die natürlich nicht in die Basel 2020 Vision hinführen, sondern die an einen anderen Ort hinführen, wo wir nie Erfolg haben werden.

Es gibt aber auch sehr viele positive Elemente in diesem Politikplan. Ich möchte ihn nicht als Verwaltungsbericht verschreien. Das ist mir zwar zum Teil so vorgekommen. Ein ganz positives Element ist, dass sich die Regierung bewusst ist, dass die Finanzen ein grosses Problem sind. Wir können nicht so weitermachen, wir sind es uns und unseren nachfolgenden Generationen schuldig, bei den Finanzen ein wachsames Auge zu haben.

Ein weiteres Thema ist die Integration. Ich möchte nicht mit polemischen Begriffen kommen. Aber unter Integration wird in unserem Kanton etwas falsches verstanden. Integration ist eine gute Sache. Aber denken Sie zurück an alte Zeiten, vor 20 oder 40 Jahren, wie damals Integration funktionierte. Ich kann Ihnen reihenweise Beispiele liefern von Leuten, die in die Schweiz gekommen sind, die in unserem Kanton leben, die sich angestrengt haben, um sich zu integrieren. Diese Leute haben das problemlos geschafft. Ich habe Bekannte aus verschiedenen Ländern, die diese Integration durchgemacht haben. Die wurden nicht gehätschelt, sondern harten Bedingungen ausgesetzt, welchen sie sich gestellt haben. Das sind heute wertvolle Leute in unserem Kanton, ohne die wir nicht sein können. Ich möchte Sie dringend bitten, den Massnahmen, die hinsichtlich einer richtigen Integration wirken, Ihre Unterstützung

zu geben.

Ernst Jost (SP): Ich werde mich als Einzelsprecher auch mit den Details des Politikplans beschäftigen.

Zur Gestaltung des Politikplans. Bis anhin waren die wichtigsten Leistungserbringer in den Politikfeldern auf einen Blick festzustellen. Man konnte sofort sehen, welche Dienststellen wo involviert waren. Das finden Sie heute nicht mehr. Es gibt eine Zusammenfassung der Leistungserbringer auf Seite 8. Das erscheint mir etwas unübersichtlich.

Zu inhaltlichen Fragen. Der Schwerpunkt regionale Zusammenarbeit wurde schon mehrmals angesprochen. Seit es diesen Politikplan gibt, haben wir vor allem von Seiten der Regiokommission darauf hingewiesen, dass es für einen Stadtkanton von 37qm2 unabdingbar ist, sich in seiner Planung schwerpunktmässig mit seinem Umfeld zu befassen. Daher freue ich mich, dass dieser Hinweis nun aufgenommen und umgesetzt worden ist.

Zum Bereich Recht und Sicherheit. Gegen die unveränderte Zielsetzung, dass die Bevölkerung in Frieden, Sicherheit und Menschenwürde leben soll, ist selbstverständlich nichts einzuwenden. Etwas zu bedenken gibt das Resultat der Bevölkerungsbefragung. 9% der Befragten sagen, sie seien in der Öffentlichkeit persönlich bedroht oder angegriffen worden. 3,6% verbal und immerhin 5,4% sagen, sie seien tätlich angegriffen worden. Hier vermisse ich ein konkretes Vorhaben, um das Ziel, sich sicher zu fühlen zu fördern.

Zum Aufgabenfeld regionale Zusammenarbeit zwischen den Einsatzdiensten. Hier will man die regionale Zusammenarbeit über die Grenzen verstärken und ausbauen. Das ist als Konkretisierung sehr zu begrüssen und wir freuen uns auf die Ergebnisse.

Aufgabenfeld Dokumentation. Da sind wir sehr dafür, dass das Informationsangebot für die Bevölkerung ausgebaut wird. Insbesondere die kürzliche Aufschaltung der Staatsarchivbilder ist eine tolle Sache. Ich hoffe, dass es in diesem Stil weitergeht.

Rechtssprechung der Rekurskommission. Hier stellen sie fest, dass eine Zunahme von 120, im Jahre 2002, auf 188, im Jahre 2004, Rekursen wegen fürsorgerischem Freiheitsentzug ausgewiesen wird. Das ist eine ziemlich eklatante Zunahme. Die Frage drängt sich auf, warum das so ist. Ein konkretes Projekt, was man dem entgegenhalten will, habe ich auch nirgends gefunden. Soweit zu den Details des Politikplans.

Maria Berger (SP): Ich habe drei Gründe für dieses Einzelvotum aus der SP-Fraktion. Das Erste ist der Dank an die Regierung für dieses Planungs- und Steuerungsinstrument mit den langen Entwicklungslinien, das uns ermöglicht bildungspolitische Vorhaben der Regierung zu verfolgen. Das Zweite ist eine Replik auf das Votum von Angelika Zanolari und das Dritte ist die Betonung der Schwerpunkte im Bereich Bildung.

Die grossen Linien ermöglich uns gerade im Bereich Bildung die eingeleiteten und geplanten Massnahmen zu verfolgen.

Die Replik auf Angelika Zanolari wird kurz sein. Wir sind sehr froh, dass auch die SVP-Vertreterin im Erziehungsrat dem Leitbild der Basler Schulen zugestimmt hat, sodass doch ein gewisser Konsens vorhanden ist.

Zu den Schwerpunkten im Bereich Bildungspolitik, die uns besonders wichtig sind. Ich möchte mit Stichworten entlang der typischen Bildungslaufbahn verfahren. Ich beginne ganz am Anfang. Der Anfang kann der SP nicht früh genug sein, Stichwort Frühförderung. Wir wollen, dass vor dem Kindergarten bereits die pädagogische und sprachliche Förderung der Kinder einsetzt, um vor allem bei fremdsprachigen Kindern zu vermeiden, dass sprachliche Defizite entstehen oder um bereits entstandene Defizite aufzuholen. Damit lassen sich die Bildungsressourcen in unserer urbanen Bevölkerung mit einem grossen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund ausschöpfen und einige Mankos ausgleichen. Ausserdem ermöglicht eine frühzeitige Förderung der Kinder in guten Einrichtungen der Tagesbetreuung die für uns sehr wichtige Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Männer und Frauen.

Tagesschulen. Hier möchte ich auf ein weiteres Einzelvotum aus unserer Fraktion verweisen, wo stark unterstrichen wird, wie wichtig uns der Ausbau der Tagesschulen ist. Dieser ist aufgegleist, es geht uns aber nicht schnell und konsequent genug.

Der dritte Schwerpunkt liegt auf der Sekundarstufe II. Hier orten wir ein Detailproblem bei der Fachmaturitätsschule, die immer noch nicht den vollständigen Zugang ohne Bedingungen an die Fachhochschulen garantieren kann. Ausserdem möchten wir in Zusammenhang mit dem grossen Problem der Lehrstellensuche vieler Jugendlicher darauf hinweisen, dass die Schule für Brückenangebote keine Warteschlaufen mit ständiger Verlängerung werden darf. Es ist wichtig, dass Jugendliche so schnell wie möglich konkrete Bewährung im Berufsleben finden können, damit sie zu den für sie wichtigen Erfolgserlebnissen kommen können. Es braucht bei der Lehrstellensuche noch viele konsequente und initiative Lösungsansätze.

Zur Tertiärstufe. In der SP-Fraktion haben wir die partnerschaftliche Teilung für die nicht akademischen Berufe im Gesundheitswesen sehr begrüsst. Es besteht allerdings noch ein Detailproblem im Fall der Ausbildung für Physiotherapie. Dort scheint noch nicht alles unter Dach und Fach zu sein. Es ist eine Kooperation mit der Fachhochschule Bern anzustreben. Die Fachhochschule beider Basel, neu FHNW, verspricht eine Erfolgsgeschichte zu werden. Die SP-Fraktion wird das mit besonderem Interesse am Leistungsauftrag verfolgen.

Zum Schluss zur Universität. Hier wüssten wir gerne mehr über die Profilierung von zwei erwähnten Schwerpunkten. Zu den Schwerpunkten Life Sciences, medizinische Forschung, liegt sehr viel Material vor. Zu den Schwerpunkten Energie und Kulturwissenschaften wüssten wir gerne einiges mehr.

Schliesslich noch zur Weiterbildung. Nur 40% unserer Bevölkerung besuchen eine Weiterbildung. Das scheint uns in Anbetracht des Schlagwortes vom lebenslangen Lernen zu wenig. Im nächsten Politikplan hätten wir gerne Vorstellungen dazu, wie man diesen Anteil steigern könnte.

Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis): Verstehen Sie mein Votum als eine Replik. Das Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung wurde vom Regierungsrat im Politikplan und heute von vielen Anwesenden als das städtische Problem Nummer 1 verteufelt. Ich frage mich, ob sich überhaupt jemand die Mühe gemacht hat, sich in das Gesetz zu vertiefen und dieses zu lesen. Das Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung verhindert keineswegs Abbrüche und Teilabbrüche. Es werden bereits heute etliche Wohnungen zusammengelegt. Das GAZW ist ein wichtiges sozial und familienpolitisches Instrument zum Schutz preisgünstiger Wohnungen. Das Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung erlaubt grössere zusammengelegte Wohnungen, wenn folgende Kriterien erfüllt sind: Erstens wenn Familienwohnungen entstehen, zweitens wenn die neuen Familienwohnungen mietzinsangemessen sind. Das Gesetz, das die Preisangemessenheit von Wohnungen zum Ziel hat, ist die beste Familienpolitik. Wir wissen alle, dass Familien sich keine Luxuswohnungen leisten können.

Kurt Bachmann (SVP): Das St. Johann ist nicht erst seit heute heruntergewirtschaftet. Seit Jahren kann eine schleichende negative Entwicklung festgestellt werden. Diese kann nicht einfach auf den Wohnraum um die Nordtangente reduziert werden, insbesondere weil es genügend guten Wohnraum in diesem Quartier gibt. Aus den hinlänglich bekannten Gründen - Kriminalität, Drogenhandel, Vandalismus und sonstige negative Einflüsse - hat das Quartier an Wertschätzung eingebüsst und ist schwer vermietbar. In diesem multikulturellen Schmelztiegel sind tiefe Risse entstanden, an deren Entstehung die Regierung und verschiedene Amtsstellen eine grosse Verantwortung tragen. Dazu gehören irrwitzige Belegungen von Wohnraum, von Asylantenheimen und weiteren in unzähligen Interpellationen aufgegriffenen Unzulänglichkeiten. Um Wiederholungen zu vermeiden, verweise ich auf die vielen eingereichten Interpellationen. Die Worte der Quartierbevölkerung: “Dies ist keine Gegend mehr, um hier zu leben”, müssen von der Regierung endlich ernst genommen werden. Wohin sonst die Reise gehen könnte, zeigen uns die jüngsten Ereignisse in den berühmt berüchtigten banlieues der Grossstädte Frankreichs.

Zur Innenstadt. Der Aussage und der Tatsache, dass die Entwicklung der Innenstadt eng mit dem Detailhandel verbunden ist, kann nichts entgegengesetzt werden. Es stellt sich die Frage, weshalb der Detailhandel die Leine zieht - ich komme aus dem Detailhandel - und auch weshalb viele sich ständig neu orientieren und ihre Tätigkeit in andere Kantone verlegen. Die Regierung macht es sich hier etwas zu einfach, den Schwarzen Peter dem Detailhandel zuzuschieben. Sie tut dies mit den Worten, die Expansion des Detailhandels findet ausserhalb des Zentrums statt. Wieso? Tatsache ist, das sehe ich an meinem eigenen Verhalten, die Kunden werden in Ermangelung von bequemen Parkmöglichkeiten von der Stadt abgehalten. Der öffentliche Verkehr, welcher in der Tat gut erschlossen ist, eignet sich denkbar schlecht, um schwere und volle Einkaufstaschen in gerammelt vollen Trams nach Hause zu schleppen. Die Entwicklung geht in die Richtung der realitätsfremden Planern. Dem Autor der Aussage im Politikplan: “Es ist die Qualität des Angebots, die im Zentrum steht” sei gesagt: Es ist immer die Qualität, die im Zentrum steht. Diese Erkenntnis möge im aufgeblähten Staatsapparat sich endlich einmal durchsetzen. Der erfolgreiche Unternehmer hat schon längst erkannt, dass weder die stärkste noch die intelligenteste Spezies überlebt, sondern diejenige, die sich am besten auf Veränderungen einstellt. Das ist im Detailhandel der Fall. Genau das haben viele Detailhandelsunternehmen gemacht. In Zusammenhang mit dem runden Tisch, der zum Thema Parkraum ins Leben gerufen werden soll, fehlt eine klare Aussage. Sie wird zwar nebenbei, aber ohne jegliche Gewichtung erwähnt.

Damit wäre ich am Schluss meines Votums wieder bei der ärgerlichen Verkehrssituation in unserer Stadt, welche eben im Politikplan keine Beachtung findet. Deshalb können wir diesem Politikplan nur mit grössten Bedenken und stellenweise als zu Papier gebrachtes Wunschdenken nur zur Kenntnis nehmen. Ein Wunschdenken vor einem diffusen Hintergrund.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, auf den Politikplan **einzutreten**.

Detailberatung

Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission: Erlauben Sie mir namens der Finanzkommission einige Bemerkungen zum Politikplan 2006 bis 2009, insbesondere zum Kapitel 3.7, Nachhaltige Finanzpolitik. Die Finanzkommission als parlamentarische Oberaufsichtskommission nimmt gern zur Kenntnis, dass der Regierungsrat mit dem neuen Schwerpunkt Nachhaltige Finanzpolitik sein Kostenbewusstsein klar dokumentiert und bereit ist, auch zukünftig eine restriktive Ausgabenpolitik zu verfolgen. Dabei soll sich das Wachstum der Staatsausgaben vorerst grundsätzlich an der Teuerung orientieren, auch wenn vereinzelt höhere Wachstumsraten zugelassen

werden, sofern die Mehrausgaben in den Folgejahren zur struktureller Entlastung und Verbesserung der Standortattraktivität führen.

Auch bei der Schuldenbewirtschaftung strebt der Regierungsrat an, diese mittel- und langfristig im Verhältnis zur Wirtschaft und Steuerkraft auf einem tragbaren Niveau zu stabilisieren. Konkret möchten wir aus Sicht der Finanzkommission ausdrücklich würdigen, dass die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in den Politikplan eingeflossen sind. Für die Zukunft könnten wir uns vorstellen, dass einzelne aussagekräftige Elemente oder Grafiken aus dem Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel 2005 in den Politikplan einfliessen. Wir denken dabei zum Beispiel an die Nettoschuldenquote berechnet, sofern Sie heute der Schuldenbremse zustimmen, in Promille des Bruttoinlandproduktes. Wir denken auch an entsprechende Kennzahlen aus dem Sozialhilfebereich. Die vom Regierungsrat aufgeführten Massnahmen für eine nachhaltige Finanzpolitik verlangen unter anderem auch eine vollständige Umsetzung der unter den Massnahmenpaketen zur Reduktion der staatlichen Aufgaben und Leistungen beschlossenen Kürzungen sowie eine Kompensation von nicht realisierbaren Massnahmen. Hier haben wir vor allem im Justizdepartement nicht den Eindruck erhalten, dass dem so ist. Wir werden bei der Budgetdebatte noch einmal darauf zurückkommen.

Die Revision und Sanierung der staatlichen Pensionskasse ist und bleibt ein Thema von zentraler Bedeutung. Hier möchten wir kurzfristig, das heisst im nächsten Jahr, konkrete Lösungen sehen. Mehr als erstaunt sind wir über die Tatsache, dass der Goldsegen aus Bern im Finanzplan, Tabelle 11, Seite 134, keinen Niederschlag gefunden hat, das heisst, die Fortschreitung des Nettoschuldenbestandes um ca. CHF 236 Millionen zu hoch ist. Wir bitten den Regierungsrat um eine entsprechende Erklärung.

Philippe-Pierre Macherel, Präsident der Gesundheits- und Sozialkommission: Die Gesundheitskommission hat den Politikplan in einer Sitzung beraten, was ihre Aufgabenfelder anbetrifft. Sie stellt sich positiv zur neuen Gestaltung, zum Einbezug von Zukunftsaussichten und zur Bevölkerungbefragung.

Dem Schwerpunkt 3.6 können wir voll und ganz zustimmen. Wir unterstützen die Ziele dieses neuen Schwerpunktes und empfehlen Ihnen den Beschluss positiv zu fassen.

Zum Gesundheitsdepartement. Was die Gesundheitsversorgung angeht, wurde bemängelt, dass neben den durchaus gerechtfertigten in seiner Bedeutung auch für den Raum Basel wichtigen spitzenmedizinischen Belangen auch die Grundversorgung einen Gedanken wert sein sollte. Trotz der sehr begrüssenswerten Gründung des Institutes für Hausarztmedizin ist davon auszugehen, dass gerade in der Grundversorgung ein Mangel entstehen wird. Die Regierung sollte sich Klarheit über ihre Strategie verschaffen. Wir empfehlen Ihnen, dem Beschluss zuzustimmen.

Hermann Amstad, Präsident der Regiokommission: Sie werden wohl nicht erstaunt sein, dass die Regiokommission den Politikplan 2006 bis 2009 erfreut zur Kenntnis genommen hat. Unmissverständlich macht der Regierungsrat in seiner Vision 2020 klar, dass Basel nur eine Zukunft hat, wenn die Zusammenarbeit mit den Nachbarn diesseits und jenseits der Landesgrenzen über das heutige Mass hinaus noch weiter intensiviert wird. Folgerichtig betrachtet der Regierungsrat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch als einen Schwerpunkt seines politischen Handelns. Die Regiokommission begrüsst dies ausdrücklich. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bleibt aber nicht nur Lippenbekenntnis. In vielen Aufgabenfeldern und Vorhaben tauchen Projekte auf, bei denen diese Zusammenarbeit konkret umgesetzt wird, so namentlich in den Bereich Raumplanung, Bildung auf Tertiärstufe, Kulturförderung, Rettungswesen, Gesundheitsversorgung und öffentlicher Verkehr. Leider macht der Politikplan keine Aussagen zur der Vielzahl von Strukturen, die im Bereich grenzüberschreitende Zusammenarbeit nebeneinander existieren: Trinationale Agglomeration TAB, Infobest, Nachbarschaftskonferenz, Regio Trirhena, Oberrheinkonferenz, Oberrheinrat und seit kurzem gibt es noch die Projekte Eurodistrict und Metro Basel. Der Durchschnittsbürger und die Durchschnittsbürgerin haben Mühe, sich hinter all diesen Begriffen etwas vorzustellen. Das sind leider schlechte Voraussetzungen dafür, dass sich die Bevölkerung für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit interessiert und begeistern lässt. Wir wünschen uns eine Verschlankung der Strukturen. In diesem Kontext sehen wir ein weiteres Problem.

Viele der Strukturen, in denen grenzüberschreitende Projekte geplant und umgesetzt werden, sind der demokratischen Kontrolle entzogen. Diese Gefahr besteht auch beim Projekt Eurodistrict, welches die Regierung im Moment mit hoher Priorität vorantreibt. Die Regiokommission wird deshalb dem Thema demokratische Kontrolle bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Zukunft besondere Beachtung schenken und falls nötig, politisch aktiv werden.

Baudepartement

Brigitta Gerber (Grünes Bündnis): Ich habe mir den Politikplan unter dem Aspekt der Stadtentwicklung angeschaut und möchte am Beispiel Anlagen und Bauten im öffentlichen Raum folgendes anmerken. Hier wird relativ breit über Ziele und Vorhaben im Bereich Strassenbau berichtet. Die Allmendbewirtschaftung beschränkt sich alleinig auf die Wirtschaft des öffentlichen städtischen Grüns und Umsetzung rechtlicher Verordnungen. Ganzheitliche Stadtentwicklung, die übergreifende Koordination von staatlichen Ausgaben, sollten wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Aspekte in allen Teilen des staatlichen Arbeitens berücksichtigen. Dies wird zum Teil

gemacht, zum Beispiel im Abschnitt Stadtentwicklung Basel-Nord. Aufgezählt werden aber auch hier vor allem Grossraumprojekte. Im Bereich Allmend ist davon gar nichts zu finden. Allmend beinhaltet nicht nur städtisches Grün, sondern sollte auch übergreifende Ziele berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wäre es interessant gewesen, etwas über den Stand der Arbeiten an der Revision des Allmendgesetzes zu erfahren. Ich hoffe, dass sich im künftigen Politikplan die Regierung zu einem kohärenten stadtentwicklerischen Ansatz bekennt und diesen in allen Teilen berücksichtigt und einbringt.

Erziehungsdepartement

Katharina Herzog (SP): Es gefällt mir, dass im Kapitel Volksschulbildung das Weiterentwickeln und das Ausbauen der Tagesschulen neu aufgenommen wurde. Das ED arbeitet seit der Überweisung eines Anzuges dazu und der Einreichung der Tagesschulinitiative an dieser Aufgabe. Ich möchte mich zu drei Punkten äussern.

Das Angebot soll in Bezug auf die Plätze verdoppelt werden. Das heisst, pro Jahr sollen neu 50 Kinder anstatt 25 in eine Tagesschule eintreten können. Das reicht natürlich nicht. Wenn es nochmals 18 Jahre bis zur nächsten Verdoppelung dauert, dann reicht es erst recht nicht. Ich hätte gerne einen genaueren Fahrplan gehabt.

Zweitens sind die Tagesschulen als Schwerpunkt angeführt. Es ist mir wichtig, klargestellt zu bekommen, dass unter Tagesschulen auch Tagesschulen verstanden werden. Schulen mit einem pädagogischen Konzept, in denen die Kinder ganztags gefördert werden und nicht einfach Schulen mit angehängtem und eventuell sogar ausgelagertem Betreuungsangebot. Wenn es um Chancengleichheit, Integration, Sprachkompetenz und Sozialkompetenz geht, reicht ein ergänzendes Betreuungsangebot nicht aus. Die Betreuung soll nicht nur schulnah sein, sondern von der Schule übernommen werden.

Drittens: Die Verdoppelung des Angebots soll auf das Schuljahr 2006/2007 realisiert werden und nicht erst ein Jahr später. So war es ursprünglich geplant. Am Gesamtkonzept kann trotzdem weiter gearbeitet werden. Die bestehenden Tagesschulen und die neuen Standorte können sich anpassen und verändern, damit es zum Gesamtkonzept passt.

Rolf Häring (Grünes Bündnis): Sie haben von unserer Fraktionssprecherin schon vernommen, dass wir uns an der Abstimmung über die Schwerpunkte und Ziele nicht beteiligen werden. Ein Beispiel, warum wir das tun, finden Sie beim Erziehungsdepartement. In der Politik des Erziehungsdepartements, so wie sie im Politikplan dargestellt wird, gibt es viele Unklarheiten und Unausgegorenes. Ich beziehe mich auf die Seiten 29,30 und 66,67, Volksschulen. Vor einigen Tagen hat das Erziehungsdepartement das pädagogische Leitbild publiziert. Die Arbeit dazu stand unter dem Motto Inhalt vor Struktur. Im Politikplan Seite 29 lesen wir: Um Zickzack-Kurse zu vermeiden, dürfen die Anliegen nicht isoliert betrachtet werden. Auf Seite 66 lesen wir: Die Arbeiten am Bildungsgesetz beginnen, sobald klar ist, wie die Bildungswege verlaufen. All diese Prinzipien können wir unterstützen. Das ED weist selber von diesen Prinzipien ab. Das pädagogische Leitbild ist in einer aufwändigen Vernehmlassung mit grossen Hearings zustande gekommen und in der Schlussform des Leitbildes entdecken wir auf wundersame Weise eine Reform der Leitungsstrukturen der Schulen. Die Leute, die sich an der Vernehmlassung und an den Hearings beteiligt haben, haben sich die Augen gerieben, als sie das festgestellt haben. Es ist kein Versehen, dass dies nachträglich ins Leitbild hineingeraten ist, sondern das ist ein bewusstes Vorgehen. Derart grosse Veränderungen vergisst man nicht einfach. Die neuen Leitungsstrukturen kommen sehr harmlos daher. Bereits der Name Schulleitungsstrukturen ist eine Verniedlichung und eine Beschönigung. Im wesentlichen geht es dabei um völlig veränderte Schulstrukturen, um eine Reform der gesamten Schule. Bereits die Reform der Schulleitungsstrukturen stellt Fragen. Ist es wirklich richtig, eine Volksschulleitung aus den Rektoraten zu bilden, die mit weitgehenden bildungspolitischen und pädagogischen Kompetenzen ausgestattet sind, welche zum Teil in die Hand politischer Behörden gehören, zum Beispiel den Erziehungsrat oder das Parlament. Ist es richtig, Schulhausleitungen zu Schulleitungen zu machen und damit eine neue Hierarchiestufe zu schaffen? Die bisherigen Schulhausleitungen waren keine eigentliche Hierarchiestufe. Ist es richtig, grosse pädagogische Autonomie an die einzelnen Schulen zu geben, mit der Gefahr des Auseinanderdriftens der Schulen? Damit sind wir beim Hauptpunkt unserer Kritik. Mit den Leitungsstrukturen sind natürlich viele andere Probleme verhangen. Die Primarschulen als eigene Schulen werden aufgehoben. Die Kindergärten als eigene Schulen werden auch aufgehoben. Die Kleinklasse als eigene Schulen werden aufgehoben. Dafür werden stufenübergreifende Einheiten geschaffen, die die Gefahr des Auseinanderdriftens dieser Schulen beinhalten. Durch diese Strukturänderung werden zudem weitere bildungspolitische und pädagogische Entscheide vorgespurt. Die umstrittene Schuleingangsstufe wird dadurch gefördert. Die Aufhebung der Kleinklassen wird präjudiziert. Die Abschaffung des Jahrgangsklassenprinzips, das zur Diskussion steht, wird vorgespurt. Das Grüne Bündnis ist nicht gegen Schulreform. Aber diese Fragen sollten sauber diskutiert werden und etwas mehr demokratische Langsamkeit bei so vielen Projekten wäre wohl am Platz. Wenn feststeht, wie die Schullaufbahn verläuft, welche Strukturen die pädagogisch richtigen sind, dann kann man nach den entsprechenden Leitungsstrukturen suchen und nicht umgekehrt. Im Moment wird es genau umgekehrt gemacht, und zwar ohne, dass die entsprechenden Diskussionen breit geführt werden. Damit bin ich nicht einverstanden.

Martin Lüchinger (SP): Ich möchte mich zum Aufgabenfeld der Kulturförderung und Kulturpflege äussern. Im Politikbereich Kultur wird die Bedeutung der Kultur für Basel positiv herausgehoben. Es wird betont, dass die Kultur eine Bereicherung für die gesamte Region ist. Diesen Aussagen kann ich voll und ganz zustimmen. Interessant sind

die Schlussfolgerungen der Bevölkerungsbefragung zu diesem Politikbereich. Die Kultur steht an der Spitze der positiven Aspekte, die der Kanton zu bieten hat. Aber die Zufriedenheit ist je nach Alter der Befragten unterschiedlich. Am unzufriedensten mit dem Kulturangebot sind die 18- bis 19-jährigen. Abgeleitet von diesen Aussagen, wäre zu erwarten, dass bei den Aufgaben der Kulturförderung dieser Punkt aufgenommen wird. Leider lassen sich dazu keine Aussagen finden, was sehr erstaunlich ist. Aus meiner Sicht fehlt hier die innere Logik. Das Problem wurde erkannt, aber es werden keine Projekte und Vorhaben dazu aufgeführt. Ich bitte die Regierung zukünftig dem zu Recht erkannten Thema Förderung des Freizeit- und Kulturangebots für Jugendliche mehr Beachtung zu schenken und dazu die entsprechenden Projekte und Vorhaben in den Politikplan aufzunehmen.

Roland Stark (SP): Ich muss mich hier ausnahmsweise kritisch mit einem Votum von Rolf Häring auseinander setzen. Allerdings weniger in meiner Eigenschaft als Parlamentsmitglied, sondern in meiner Eigenschaft als Schulhausleitungsmitglied der OS Dreilinden. Was er und seine Mitkameraden und Mitkameradinnen zum Thema Schulhausleitbild jetzt und an einer Pressekonferenz letzte Woche gesagt haben, stimmt hinten und vorne nicht. Ausnahmsweise muss ich hier sagen, dass das Erziehungsdepartement genau das macht, was die Lehrerschaft immer gefordert haben, nämlich eine breite Vernehmlassung zu dem Schulhausleitbild. Es gibt zwei Stufen, das ist vielleicht nur für Insider interessant, muss aber trotzdem gesagt werden. Für das Schuljahr 2006/2007 wird eine simple Anpassung der Aufgaben der Schulhausleitung auf der Stufe OS gemacht, die sich im Wesentlichen darauf beschränkt, dass wir etwa gleich bezahlt werden, wie bis jetzt die WBS Schulhausleitungen. Wir machen ungefähr das gleiche wie vorher, es wird einfach ein bisschen besser bezahlt. Das braucht keine Änderung der Gesetze oder der Verordnung. Dazu wurden auch die Kolleginnen und Kollegen befragt. Der zweite Schritt, den Rolf Häring erwähnt, nämlich die Volksschulleitung, braucht eine Gesetzesänderung. Diese Gesetzesänderung geht erstens in die Vernehmlassung bei den Lehrerverbänden, das ist bereits unterwegs, und sie kommt ins Parlament in die Bildungs- und Kulturkommission. Von irgendwelchen Überfällen in Bezug auf zukünftige Strukturen der Schulhausleitungen kann in diesem Fall nicht die Rede sein. Rolf Häring weiss, dass ich seine Meinung zum Thema Rektorat, Kleinklassen und Kindergärte teile. In Bezug auf die Schulhausleitungsstrukturen stimmt das, was er und seine Firma letzte Woche gesagt haben, überhaupt nicht.

Rolf Häring (Grünes Bündnis): Roland Stark hat sich in eigener Sache geäussert, ich nicht. Ich möchte zu der Geschichte folgendes sagen. Es wurde immer wieder gesagt, dass man die Autonomie der Schulhäuser verstärken wolle. Dagegen haben ich und das Grüne Bündnis nichts, und auch meine Firma nichts. Es ist übrigens nicht meine Firma. Wir halten es auch für richtig, dass mehr pädagogische Fragen in der Schule entschieden werden. Aber was mit der Veränderung der Schulleitungsstrukturen vorgeschlagen wird, geht weit über das hinaus. Es bedeutet, dass es einzelne Schulhäuser, die Stufen, nicht mehr gibt, und die einzelnen Schulhäuser eine erhebliche pädagogische zusätzliche Kompetenz erhalten in der Definition des pädagogischen Alltags. Es ist nicht so, dass alles beim Alten bleibt. Es gibt massive Veränderungen und Kompetenzerhöhungen, auch im Personalbereich.

Die Lehrkräfte wurden über den Umfang dieser Reform nicht orientiert. Die ganze Tragweite ist nicht bekannt. Es dürfte auch Roland Stark bekannt sein, dass die ganze Sache in den Schulhäusern auf breiten Widerstand stösst. Es mir klar, dass es eine Gesetzesänderung dazu braucht. Das wurde vom Erziehungsdepartement bis vor kurzem verschwiegen, nämlich als man in den Schulhäusern Propaganda machte und gesagt hat, dass das sowieso kommt. Mir geht es darum, dass nicht separat eine Strukturreformänderung ins Parlament kommt, bevor nicht die ganze pädagogische Gestaltung unserer Schule in einem neuen Bildungsgesetz vorgelegt wird. Das gehört in ein Paket, so hat es die Regierung auch geschrieben im Politikplan. Sie hält sich offenbar nicht daran.

RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED): Katharina Herzog hat die Tagesschulen erwähnt. Fahrplan, Inhalt und Beginn des erweiterten Angebots. Das sind alles Forderungen, die wir im Erziehungsdepartement teilen. Wir haben unterschiedliche Ansichten zur Intensität des Angebots, zur Flächendeckung und zu verschiedenen wichtigen Detailfragen. Wir haben uns vorgenommen, die Einführung im Schuljahr 2006/2007 zu machen. Da werden wir Ihnen im Zusammenhang mit der Beantwortung der hängigen Motion mitteilen, weshalb wir dies für nicht so geschickt erachten, dass man bereits im 2006/2007 diese Forderungen umsetzt. Es braucht einen gewissen Vorlauf, um die Angebote so anzubieten, dass sie genutzt werden. Wir haben in Riehen schlechte Erfahrung gemacht, indem Angebote bereitgestellt worden sind, nicht genügend kommuniziert und dann auch nicht genutzt und wieder geschlossen wurden. Wir sind überzeugt, dass es die Nachfrage gibt. Lassen Sie uns mit der notwendigen Sorgfalt vorgehen. Gewisse Änderungen brauchen in den Schulen einen längeren Vorlauf als man sich dies vielleicht vorstellt. Von der Zielsetzung her sind wir uns einig. Sie erhalten präzisere Informationen mit der Beantwortung der Motion.

Rolf Häring hat schwere Vorwürfe an das Erziehungsdepartement ausgesprochen. Ganz kurz kann ich Ihnen sagen, dass wir sehr wohl wissen, welche Oberbehörde entscheidungsbefugt ist. In gewissen Fragen ist das der Erziehungsrat, in gewissen anderen Fragen ist es dieses hohe Haus mit seiner vorberatenden Kommission und dem Plenum. Daran werden wir uns selbstverständlich halten. Es ist mir selber ein wichtiges Anliegen, eine Gesprächskultur mit denjenigen, die direkt betroffen sind, zu pflegen, nämlich mit den Lehrerinnen und Lehrern. Heute über Mittag werde ich mich mit den Primarlehrkräften unterhalten und ihnen sagen, weshalb wir die Standardsprache einführen möchten. Ich werde am 17. Januar alle Lehrerinnen und Lehrer einladen, um ihnen dann einen Werkstattbericht zu geben, zusammen mit meinen engsten Mitarbeitern im Ressort Schulen, was unterwegs ist und was wir angehen wollen mit allen Vorbehalten in Bezug auf die Entscheidkompetenz. Es geht uns auch

darum zu sagen, was wir nicht wollen, damit keine Gerüchte in den Umlauf gesetzt werden. Ich finde, das ist ein wichtiger Teil der Zusammenarbeitskultur. Im Vernehmlassungsverfahren werden wir selbstverständlich die richtigen Fragen aufwerfen, da hat Roland Stark Recht. Zu diesen Leitungsstrukturen kann ich Ihnen sagen, dass dies ein Mittel zum Zweck ist. Wenn Sie gewisse Schulen ansehen mit einer Schulleitung von zwei oder drei Personen und mit mehreren 100 Lehrkräften, dann ist es nicht möglich, ein anständiges Mitarbeitergespräch zu führen. Das ist aus unserer Sicht kein Detail. Wenn wir Kompetenzen nahe zu den Schülerinnen und Schülern geben, dann tun wir dies auch um der Qualität Willen. Es wird sicher nicht so sein, dass dann alle für sich etwas basteln können und keine Gesamtleitung mehr da ist. Es ist richtig, dass die Zwischenstufe Rektorat wegfallen soll. Aber auch diese Schritte werden den entscheidungsbefugten Gremien sorgfältig vorgestellt und mit genügend Zeit vorgelegt. Ich finde es nicht gut, wenn hier Stimmung gemacht wird. Ich habe Verständnis für gewerkschaftliche Anliegen. Wir haben mit der Synode einen sehr guten Austausch.

Martin Lüchinger hat sich Sorgen gemacht und mit Recht darauf hingewiesen, dass es nicht nur die Hochkultur gibt, sondern auch Kulturangebote und Bedürfnisse unserer jüngeren Bevölkerung. Dem stimme ich zu. Sie haben vielleicht Teile und Ansätze unserer Haltung erkannt. Wir sind dezidiert der Meinung, dass das Jugendkulturfestival weiterleben soll und in der Stadt stattfinden soll. Wir sind daran, Übungslokale zu suchen. Es gibt Widerstände, die wir ernst nehmen. Wir setzen auf den Dialog.

Etwas möchte ich zu beiden angesprochenen Themen sagen. Es sind hier viele Forderungen und Vorstellungen im Haus, die jede für sich Sinn macht und vernünftig tönt. Aber beachten Sie bitte auch, dass auch wir im Erziehungsdepartement ein beschränktes Budget haben, und dass wir, wenn zusätzliche Aufgaben übernommen werden sollen, dies irgendwo kompensieren müssen. So sieht es der Mechanismus und die Absprache zwischen den Departementen vor. Wir müssen sehr kreativ sein, nehmen aber offenen Geistes Ihre Vorstellungen entgegen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie die Themen seriös prüfen und sich nicht in einem Schnellschuss eine Meinung bilden, vor allem in Bezug auf die Themen wie Schulhausleitung. Wir dürfen auch nicht einzelne zu hoch hängen, es gibt sonst eine Schieflage zu anderen Bereichen, die mindestens so wichtig sind wie die Schulleitungsstrukturen.

Justizdepartement

Keine Wortmeldungen

Sicherheitsdepartement

Keine Wortmeldungen

Gesundheitsdepartement

Keine Wortmeldungen

Wirschafts- und Sozialdepartement

Jörg Vitelli (SP): Ich möchte kurz etwas zum Bereich Verkehr sagen. Der Bereich Verkehr ist in drei Departementen angesiedelt, im Wirtschafts- und Sozialdepartement am prominentesten vertreten. Den Bereich Verkehr gibt es im Baudepartement, im Wirtschafts- und Sozialdepartement und im Sicherheitsdepartement. Um die Übersichtlichkeit besser zu wahren, müsste man im nächsten Politikplan den Bereich Verkehr zusammenfassen. Er sollte gesamtheitlich und nicht nach Sparten behandelt werden. Interessant ist die Meinung der Bevölkerung bei den Ergebnissen der Umfrage auf Seite 50. Die Konsequenz findet leider keinen Niederschlag im Politikplan. Man müsste in Zukunft schauen, dass wenn man schöne Worte macht, man auch die entsprechenden Ziele formuliert.

Bei den Aufgabenfeldern fällt mir im Bereich Raumplanung und Verkehr auf, dass dort gewisse Sachen aufgelistet sind, konkrete politische Ziele aber fehlen. Man redet von Kanalisierung des Verkehrs in Zusammenhang mit den Autobahnen, aber es fehlt ein klares Bekenntnis mit flankierenden Massnahmen zur Nordtangente. Es werden kleine Detailprojekte aufgelistet. Aber solch wichtige Projekte, die in Zukunft sicherstellen müssen, dass die Bevölkerung vom Durchgangsverkehr entlastet wird, fehlen. Es fehlen auch klare Formulierungen und Zielvorgaben, welche Projekte in der nächsten Zeit gemacht werden sollen und wie die Richtung bei den Investitionen beim Fuss- und Veloverkehr ist.

Das Agglomerationsprogramm ist in der Vernehmlassung. Ich bin erstaunt, dass im Bereich Raumplanung und Verkehr das Agglomerationsprogramm fehlt, obwohl das für die Zukunft von grosser Bedeutung ist. Wenn wir das ÖV-Programm nächstens hier behandeln werden, so werden wir sehen, dass dort in Bezug auf wegweisende Projekte und das weitere Vorgehen für die nächsten Jahre viel mehr enthalten ist als im Politikplan. Es sollte umgekehrt sein.

Beim WSD fehlen mir klare Äusserungen zum grenzüberschreitenden Tramlinienverkehr, wie soll das finanziert werden etc. Dies sind Punkte, die im nächsten Politikplan Niederschlag finden sollten.

RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD): Ich möchte nicht inhaltlich darauf eingehen, das würde den Rahmen sprengen, sondern sagen, dass die Bereiche klar nach Departement strukturiert sind. Das ist ein Grundsatzentscheid, den wir getroffen haben. Es gibt Schnittstellen, die gibt es auch in anderen Bereichen. Ich denke, wir müssen daran festhalten. Anders ist es bei den Schwerpunkten. Dort orientieren wir uns ganz klar nach den Sachthemen, völlig egal, wie viele Departemente betroffen sind. Bei den Aufgabenfeldern brauchen wir eine Kongruenz zu den Departementsbudgets.

Finanzdepartement

RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD): Nur kurz zum Punkt, den vorhin Hanspeter Gass seitens der Finanzkommission aufgeworfen hat, nämlich warum die Golderlöse sich im Finanzplan nicht niederschlagen. Das liegt daran, dass der Politikplan und der Finanzplan schon relativ lange bestehen. Die Golderlöse sind ausserordentliche Erlöse, die in die Rechnung 2005 einfliessen werden, und die nicht budgetiert waren. Selbstverständlich wird sich das in der nächsten Finanzplanung, im nächsten Politikplan, niederschlagen. Im Herbst gab es dazu noch Vorstösse und wir wussten noch nicht, ob das ganze Gold zur Schuldentilgung verwendet werden kann.

Bereinigung der Schwerpunkte

Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis): Ich möchte Ihnen noch ganz kurz erklären, weshalb sich die Fraktion Grünes Bündnis an den Beschlüssen zu den Schwerpunkten nicht beteiligen wird. Sie wissen, dass wir den Politikplan für ein sehr gutes Instrument halten. Wir halten die Diskussion, die wir eben geführt haben für sehr sinnvoll und wir haben in dem Sinn den Politikplan zur Kenntnis genommen.

Die Beschlüsse der Schwerpunkte halten wir für nicht sinnvoll. Würden wir das ernst nehmen, dann möchten wir diese Schwerpunkte zu unseren eigenen Schwerpunkten machen. Dann müssten wir eine Anzahl von Anträgen stellen. Gewisse Dinge finden wir sehr gut, andere nicht. Würden das alle Fraktionen machen, dann hätten wir hier eine Redaktionskonferenz, die noch einige Stunden dauern würde. Das halten wir für nicht sinnvoll. Wir halten es auch nicht für sinnvoll, dass sich der Grosse Rat an diese Schwerpunkte, die ja Schwerpunkte des Regierungsrates sind, bindet. Nicht nur wir, sondern auch andere Fraktionen versuchen laufend durch Planungsanzüge den Politikplan zu verbessern. Das ist der Grund, weshalb wir uns an diesem Prozedere nicht beteiligen werden.

3.1 Stadtentwicklung Basel-Nord (bisher): keine Wortmeldungen.

3.2 Innenstadt – Qualität im Zentrum (neu): keine Wortmeldungen.

3.3 Stadtwohnen (neu): keine Wortmeldungen.

3.4 Bildungswege in der Volksschule (bisher): keine Wortmeldungen.

3.5 Stärkung der regionalen Zusammenarbeit (neu): keine Wortmeldungen.

3.6 Harmonisierung der Sozialleistungen und spezifische Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene (neu): keine Wortmeldungen.

3.7 Nachhaltige Finanzpolitik (neu): keine Wortmeldungen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 67 gegen 0 Stimmen bei 7 Enthaltungen :

1. Der Politikplan 2006 – 2009 wird zur Kenntnis genommen.

2. Die folgenden Schwerpunkte und deren Ziele werden beschlossen:

   3.1 Stadtentwicklung Basel-Nord (bisher)

   3.2 Innenstadt – Qualität im Zentrum (neu)

   3.3 Stadtwohnen (neu)

   3.4 Bildungswege in der Volksschule (bisher)

   3.5 Stärkung der regionalen Zusammenarbeit (neu)

   3.6 Harmonisierung der Sozialleistungen und spezifische Massnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene (neu)

   3.7 Nachhaltige Finanzpolitik (neu)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Sitzungsunterbruch um 12.00 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung: 7. Dezember 2005, 1500 Uhr

22. Neue Interpellationen.

Interpellation Nr. 83 Philippe Pierre Macherel betreffend personeller Probleme in der Abteilung Sucht. 2. Auflage

[07.12.05 15:05:41, GD, 05.8433.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Philippe Pierre Macherel (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 05.8433 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 84 Andreas Ungricht zu gewaltbereiten Jugendgruppen auf dem Kasernenareal während der Herbstmesse

[07.12.05 15:12:37, SiD, 05.8440.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Jörg Schild, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD); Andreas Ungricht (SVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 05.8440 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 85 Beatrice Alder Finzen betreffend Beitrag an die Sanierung der Wasserfallenbahn

[07.12.05 15:17:35, WSD, 05.8441.01]

Interpellation Nr. 86 Hansjörg Wirz betreffend: Basel-Stadt stiftet 1 Million Franken an die Sanierung der Wasserfallenbahn - und wie dies finanziert werden kann

[07.12.05 15:17:35, WSD, 05.8442.01]

Die Interpellationen 85 und 86 werden sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Jörg Schild, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD);*
Beatrice Alder Finzen (Grünes Bündnis), Hansjörg M. Wirz (DSP)

Die Interpellantin Beatrice Alder erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Die Interpellation 05.8441 ist **erledigt**.

Der Interpellant Hansjörg Wirz erklärt sich von der Antwort höchst befriedigt.

Die Interpellation 05.8442 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 87 Claudia Buess betreffend Massnahmen des Gesundheitsdepartements zum Umgang mit häuslicher Gewalt

[07.12.05 15:25:01, GD, 05.8443.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Interpellation Nr. 88 Patrick Hafner betreffend Lärm in Basel - im Privatbereich, durch das Gewerbe in Wohngebieten, durch Baustellen im Wohngebieten

[07.12.05 15:25:14, BD, 05.8445.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*

Interpellation Nr. 89 Baschi Dürr betreffend Steuerung von Basel ins Jahr 2020

[07.12.05 15:27:16, WSD, 05.8448.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Regierungspräsident Ralph Lewin; Baschi Dürr (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 05.8448 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 90 Kurt Bachmann betreffend erhöhter Infiltrationsgefahr krimineller Elemente - Wird «Basel bald grenzenlos Kriminell» - was meint die Regierung?

[07.12.05 15:34:05, SiD, 05.8450.01]

Die Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Kurt Bachmann (SVP)*

Interpellation Nr. 91 Michael Wüthrich betreffend der Folgen eines Bundesgerichtsurteils vom März 2005 auf die Baubewilligungspraxis von Mobilfunkanlagen

[07.12.05 15:39:01, BD, 05.8451.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD); Michael Wüthrich (Grünes Bündnis)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 05.8451 ist **erledigt**.

Interpellation Nr. 92 Heidi Mück betreffend Umsetzung der flankierenden Massnahmen (Bilaterale II)

[07.12.05 15:47:22, WSD, 05.8452.01]

Die Interpellation wird sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD); Heidi Mück (Grünes Bündnis)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 05.8452 ist **erledigt**.

8b. Stellungnahme des Regierungsrates zu den laufenden Planungsaufträgen gemäss Politikplan 2006 - 2009.

[07.12.05 15:52:19, 02.7090.06 / 02.7324.04]

Der Regierungsrat beantragt

1. den Planungsauftrag Nr. 04 der Reform-, der Geschäftsprüfungs- und der Finanzkommission betreffend zur Ergänzung des Politikplans mit Indikatoren und Kennzahlen, die sich fürs „Politikcontrolling“ eignen, als erledigt abzuschreiben;
2. den Planungsauftrag Nr. 27 von Giovanni Orsini zur Schaffung von Pflegeplätzen für schwerst behinderte junge Menschen in Basel-Stadt stehen zu lassen.

Baschi Dürr (FDP): beantragt namens der FDP-Fraktion, den **Planungsauftrag Nr. 04 stehen zu lassen**.

Der Regierungsrat beantragt Ihnen abschreiben, die Freisinnigen beantragen Ihnen, das stehen zu lassen. Ich kann nahtlos an die unbefriedigende Beantwortung meiner Interpellation von eben anschliessen. Es geht um die Grundfrage, wer steuert in diesem Kanton? Überlassen wir alles dem Regierungsrat oder sollten wir als Parlament das eine oder andere zu sagen haben betreffend Steuerung dieses Kantons.

Es geht beim Politikplan ganz allgemein um das grosse Projekt wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Ich kann an das anknüpfen, was Lukas Engelberger heute Morgen ganz allgemein zum Politikplan gesagt hat. Der Regierungsrat schreibt hier etwas lapidar, dass das Parlament NPM zurückgewiesen hat. Deswegen sei das Parlament - ich überspitze ein wenig - auch aus der weiteren Steuerungsdiskussion auszuschliessen. Das wäre falsch. Es ist auch falsch, dass das Parlament nie Ja oder Nein zu NPM gesagt hat. Es ging um das Steuerungsgesetz, ein wichtiger Teil der wirkungsorientierten Verwaltungsführung, aber nicht das einzige. Ansonsten geht die wirkungsorientierte Verwaltungsführung weiter, sei es im Regierungsrat oder bei uns. Wir werden nächste Woche über das ÖV-Programm und Globalbudget beraten, NPM pur. Wenn Sie es mit dem Datentrümmersatz des eigentlichen Staatsbudgets vergleichen, wie es sich an Lesbarkeit unterschiedlich präsentiert, dann ist es nicht so falsch, wenn wir auf dem Weg in Richtung wirkungsorientierte Verwaltungsführung weitermachen. Um was geht es bei dem Planungsauftrag?

Es geht darum, den Politikplan mit weiteren Indikatoren anzureichern. Wir denken, das sei richtig. Natürlich ist der Politikplan primär ein Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrates, aber wir haben auch etwas zu sagen. Wir haben heute Morgen etwas zu den Schwerpunkten gesagt und wir sollten auch zum Inhalt etwas sagen können. Der Regierungsrat sagt in seiner Beantwortung, dass es auch noch andere Berichte gibt, Nachhaltigkeitsbericht etc. Ohnehin wird das Budget und die Verwaltungsrechnung neu werden. Das ist auch ein Ziel, das im Politikplan so formuliert ist und geht sicher in die richtige Richtung. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht einfach alles dem Regierungsrat überlassen und alle Ansätze, wie wir die Steuerung weiterentwickeln könnten, aus der Hand geben. Einfach zu sagen, dass Grosse Rat NPM nicht wollte, was er so gar nie gesagt hat, und deshalb sagen jetzt wir, wie es in Sachen Steuerung weitergeht, ist falsch. Wir als Parlament sollten schauen, dass wir noch ansetzen können.

Schon nur wegen diesem psychologischen Element finden wir es richtig, den Planungsanzug stehen zu lassen, aber auch inhaltlich. Sehr wohl können Indikatoren aus anderen Berichten hier einfliessen. Man könnte sich fragen, ob man die Berichte mittelfristig zusammenlegen will. Auf jeden Fall ist diese Thematik alles andere als abgeschlossen. Wir vergeben uns nichts, wenn wir das heute stehen lassen. Wenn wir es heute abschreiben, dann geben wir einmal mehr die Weiterentwicklung der Steuerungsinstrumente in diesem Kanton aus der Hand. Die Freisinnigen finden das falsch. Der Grosse Rat sollte das als letztlich höhere Behörde als der Regierungsrat auch finden. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns folgen.

Daniel Wunderlin (SP): Ich schätze die Lage auch so ein wie Baschi Dürr und die FDP. Die Situation mit den Kennzahlen und Indikatoren ist noch nicht gelöst und nicht befriedigend. Es ist eine wichtige Grösse. Auch die Begründung, dass wir nicht das ganze Jahrbuch abschreiben können, finde ich eine schlechte Begründung. Trotzdem komme ich zu einem anderen Schluss. Wir müssen der Regierung die Zeit geben, das ganze Berichtswesen neu aufzubereiten und die Indikatoren und Kennzahlen einzubringen. Wenn wir die neue Berichterstattung sehen und den Politikplan dazu, dann muss man gezielt einen neuen Auftrag schreiben, der Hand und Fuss hat. Ich selbst bin nicht glücklich mit dem, was im Politikplan steht und ein Mitautor dieses Planungsauftrags. Ich denke, man muss zu gegebener Stunde einen neuen schreiben, falls unsere Ziele nicht erfüllt sind. Deshalb kann man diesen jetzt abschreiben und einen neuen Planungsauftrag schreiben, wenn man mehr weiss.

Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis): Die Fraktion des Grünen Bündnis beantragt Ihnen, den Planungsauftrag abzuschreiben. Weil ich auch einer der Autoren bin, möchte ich das kurz begründen. Baschi Dürr hat vorhin, obwohl ich das einen guten Planungsauftrag gefunden habe, die Latte ein bisschen zu hoch gesetzt. Es ging damals nicht darum, mit diesem Planungsauftrag die Einführung von NPM zu garantieren, sondern ein Planungsinstrument, nämlich den Politikplan, zu verbessern. Wir haben diesen Planungsauftrag bereits zweimal stehen gelassen. Die Frage ist, ob man das nochmals tun soll. Ich bin der Ansicht, dass der Politikplan auch aufgrund dieses Planungsauftrags in verschiedener Hinsicht deutlich verbessert worden ist. Es sind heute mehr Kennzahlen drin. Ich bin vor allem sehr befriedigt, dass der Nachhaltigkeitsbericht integraler Bestandteil dieses Politikplans ist. Ich bin auch noch nicht ganz zufrieden. Wenn es um das Budget geht, dann sind wir uns einig, dass hier noch einiges zu erarbeiten ist, aber das ist bereits eingefädelt.

Beim Politikplan hat mir nicht ganz gefallen, dass es bei den Kennzahlen viele weisse Flecken hat. Ich finde es schade, dass man dieses Papier nicht bedruckt hat. Wenn man den Nachhaltigkeitsbericht anschaut, dann sieht man dort gute Kennzahlen, die diejenigen aus dem Politikplan ergänzen würden und die Aussagekraft erhöhen würden. Ich verstehe nicht, warum man das nicht gemacht hat. Es lesen nicht alle den Nachhaltigkeitsplan so genau wie die Grünen. Es wäre deshalb sinnvoll gewesen, zum Beispiel bei der Umwelt nicht nur die Prozentsätze der lärmbelasteten Einwohnerinnen und Einwohner, sondern auch die Zahl der Einwohner mit lärmsanierten Fenstern zu publizieren. Da hätte man gesehen, wie viel der Kanton in den letzten Jahren getan hat. Man hätte nicht nur die CO2-Emission pro Kopf und Jahr publizieren können, sondern auch den Anteil erneuerbarer Energien. Da hätte man gesehen, wie viel der Kanton in den letzten Jahren gemacht hat. Man hätte die Nettoschuldenquote in den Politikplan hineinbringen können. Bei der Sozialhilfequote hätte man nicht nur die existenzsichernden Leistungen, sondern die Sozialhilfequoten publizieren können. Wir hätten dann weniger weisse Flecken und mehr Informationen im Politikplan gehabt.

Aber ich bin der Meinung, dass man diesen Planungsauftrag nun abschreiben kann. Es wird weitere Vorstösse brauchen, um dieses Instrument zu verbessern. Aber sie sollten dann präzis auf diejenigen Probleme eingehen, die

wir heute haben.

RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD): Vielen Dank für die Anregungen. Der Regierungsrat wird sich weiterhin bemühen, gute Kennzahlen zu veröffentlichen, sei es im Politikplan, aber auch im Rechnungs- und Budgetbuch. Hier liegt bereits das Resultat einer Arbeitsgruppe vor, das bei der Finanzkommission und bei der GPK in die Vernehmlassung gehen wird. Sie haben Gelegenheit, Ihre Vorstellungen einzubringen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 70 zu 18 Stimmen, den Planungsauftrag Nr. 04 (02.7090) als **erledigt** abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Planungsauftrag Nr. 27 (02.7324) **stehen zu lassen**.

8c. Planungsanzüge 1 - 7

Planungsanzug Nr. 1 Lorenz Nägelin betreffend rauchfreie kantonale Gebäude des Kantons Basel-Stadt und Anrecht auf einen Nichtraucherarbeitsplatz in den kantonalen Betrieben

[07.12.05 16:05:50, GD, 05.8413.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsanzug 05.8413 entgegenzunehmen.

Baschi Dürr (FDP): stellt den Antrag, den Planungsanzug abzulehnen.

Nach NPM ist das Rauchen mein anderes Hobby. Wir hatten diese Diskussion schon mehrmals, Lorenz Nägelin. Ich bin immer wieder erstaunt, wenn ich heute Morgen Ihre Präsidentin höre, die für Freiheit, gegen die Bevormundung und für die Selbstverantwortung spricht, und dann immer wieder aus Ihrer Ecke solche Bevormundungen kommen. Wir haben etliche Anzüge, Motionen und Interpellationen und jetzt haben wir noch einen Planungsanzug zu dieser Thematik. Ich bin überzeugt, bald folgt die Standesinitiative und die parlamentarische Erklärung. Einmal geht es um den Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten, die gezwungen werden in ein Restaurant zu gehen, ein anderes Mal um den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die gezwungen werden, irgendwo zu arbeiten, und manchmal ganz grundsätzlich um den Schutz der Menschen vor sich selbst, die gezwungen sind, Menschen zu sein und zu rauchen. Sie sprechen hier von Raucherschutz am Arbeitsplatz. Wenn man es genau liest, dann geht es um mehr. Besonders der dritte Absatz hat mich gestört und der zeigt, um was es letztlich geht. Sie sprechen da vom Klinikum I. In der Tat darf zwischen dem Lift und den Trakten des Klinikums geraucht werden. Dort sind ein paar in der Regel nicht Erstklassversicherte. Es ist offenbar den Besuchern nicht zuzumuten, zwei Schritte zwischen Lift und Krankenbett zu machen, wo vielleicht ein Rauchschwade sein könnte. Das zeigt augenfällig um was es geht. Es geht um einen immer fundamentaleren Kampf, wo man aus irgendeinem Grund das Rauchen, wenn nicht den Raucher, als etwas Böses sieht. Ein anderes Mal sind dann es wieder die Ausländer oder die Kapitalisten. Aus irgendeinem Grund sind es derzeit die Raucher. Die WHO ist heute soweit, dass sie Raucher nicht mehr anstellt, auch wenn sie gar nicht am Arbeitsplatz rauchen. Wer sich sonntags im Geheimen eine Zigarette gönnt, darf bei der WHO nicht mehr arbeiten. Das nimmt Züge an, die wirklich gefährlich sind. Man kann sagen, es geht nur um das Verbieten von etwas Gefährlichem. Wenn wir hier einmal mehr beginnen, in die Freiheit einzugreifen und den Leuten sagen, was sie tun und lassen sollen, dann gehen wir in eine falsche Richtung. Auch wenn es hier nur um das Rauchen geht. Ein anderes Mal geht es um etwas anderes. Diese Geschichte zeigt augenfällig, wie gefährlich solche Eingriffe in das Private sind. Die Freisinnigen empfehlen deshalb, den Planungsanzug nicht zu überweisen. Ohnehin hat der Regierungsrat eine ganze Beige von diesen Anzügen. Irgendeine Vorlage wird dazu mal kommen. Carlo Conti hat das bereits in Aussicht gestellt. Wir können dann die ganze Sachlage mal unter die Lupe nehmen und schauen, wo allenfalls eine gewisse Schutzverschärfung von Nöten ist und wo sicher nicht. Aber wir müssen diese Beige nicht unnötig mit parlamentarischen Vorstössen ergänzen.

Annemarie Pfister (Grünes Bündnis): Herr Vasella ist Nichtraucher, Franz Humer raucht Zigarren und Herr Ospel Zigaretten. Dementsprechend wird dieses Thema in den Firmen gehandhabt. Bei Novartis ist ab 2006 das Rauchen auf dem ganzen Firmengelände verboten, bei Roche gibt es pro Gebäude ein separater Raucherraum und bei der UBS geht man am liberalsten damit um. Das Rauchen ist dort in speziellen Räumen und Zonen erlaubt.

Im September 2005 haben drei Viertel der Schweizerinnen und Schweizer laut einer Umfrage des waadtländischen

Instituts für Sozial- und Präventivmedizin gesagt, dass ein Rauchverbot in geschlossenen öffentlichen Räumen nicht in Frage kommt. Über 60% befürworten eine Ausweitung des Verbots auf alle Arbeitsplätze. Selbst bei Rauchenden liegt die Zustimmung für ein allgemeines Rauchverbot bei 60%. Wir sind gegen ein generelles Rauchverbot. Verbote schaffen dissidente Täter und Opfer und Verbote schaffen immer Schuldige. Ich selber bin eine Genussraucherin und möchte das auch bleiben. Ich bitte Sie daher, diesen Planungsanzug zu überweisen.

Andrea Bollinger (SP): Aus den Reihen der SP kam unlängst tatsächlich ein ähnlich gelagerter Vorstoss zum Schutz der Arbeitnehmer vor Passivrauchern. Ich werde die Argumente nicht mehr vollumfänglich auflisten. Was damals galt, gilt heute immer noch. Es muss offenbar immer wieder mal nachgestossen werden. Es gibt immer noch Individuen und Verbände, die in verzweifelten Rückzugsgefechten das Passivrauchen auf ziemlich verantwortungslose Weise verharmlosen. Tabakrauch, dazu gehört auch Passivrauch, wird von internationalen Gesundheitsorganisationen offiziell der Kategorie krebserzeugende Arbeitsstoffe zugeordnet. Aufgrund dessen wird immer mehr anerkannt, dass Nichtraucher ein Recht darauf haben, nicht dem Tabakrauch von anderen ausgesetzt zu sein. In verschiedenen Kantonen sind Vorstösse hängig oder überwiesen, die rauchfreie Innenräume insbesondere bei den kantonalen Verwaltungen verlangen. Dieses angeblich heisse Eisen Rauchregelung kühlt sich bei klugem Vorgehen zum Vorteil aller sehr rasch ab. Das haben die Erfahrungen im Tessin, in vielen europäischen Ländern und in Übersee zur Genüge gezeigt. Das im Planungsanzug erwähnte Beispiel des Universitätsspital Klinikum I ist in der Tat ein besonders krasses Beispiel, das aufzeigt, wie viel tatsächlich noch im Argen liegt. Die baselstädtische Verwaltung täte gut daran, mit gutem Beispiel voranzugehen und Massnahmen für einen wirklich griffigen Nichtraucherschutz zu prüfen. In diesem Sinne bitte ich Sie, den Planungsanzug zu überweisen.

Lorenz Nägelin (SVP): Sie haben sicher bemerkt, dass meine Fraktion eine andere Auffassung hat als ich. Trotzdem muss ich dieses Thema ansprechen. Baschi Dürr hat eigentlich Recht. Wir unterhielten uns schon mehrmals über dieses Thema. Aber es passiert im Moment noch nichts, deshalb ist es sinnvoll, das in den Politikplan zu nehmen, dann müssen wir schlussendlich weniger darüber sprechen. Einmal mehr möchte ich betonen, dass sich dieser Vorstoss nicht gegen die Raucherinnen und Raucher richtet, sondern die Nichtraucher vor dem unangenehmen und gesundheitsschädigenden Rauch schützen soll. Leider hat der Kanton Basel-Stadt die Nase nicht vorn, sondern platziert sich auf den hinteren Rängen. Obwohl Regierungsrat Guy Morin erwähnte, dass betreffend der Tabakproblematik im Herbst ein Ratschlag erscheinen wird, stehen wir heute mit leeren Händen da. Kann sein, dass er noch kommt, der Herbst geht bis zum 21. Dezember. Somit ist es wichtig, dass der Regierungsrat dieses Thema in den Politikplan nimmt. Wir beschäftigen uns ständig mit gesundheitspolitischen Themen, wie Suchtprophylaxe, Übergewicht und lancieren Projekte, wie das Projekt Purzelbaum. Vor der Tabaklobby gehen wir in die Knie. Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, dass man beim Staat einen rauchfreien Arbeitsplatz hat. Wenn man dies hätte, wäre kein Widerstand gegen die Überweisung dieses Planungsanzugs vorhanden. Ich denke, der Wunsch nach einem rauchfreien Arbeitsplatz ist legitim. In verschiedenen Betrieben und Werkstätten musste ich mit Schrecken feststellen, dass Staatsangestellte dem unfiltrierten Rauch ausgesetzt sind. Warum hier der Arbeitgeber Basel-Stadt keine Vorbildrolle übernehmen will, ist mir schleierhaft. Die Novartis verbietet sogar das Rauchen auf dem ganzen Firmengelände. Soweit geht diese Motion bei weitem nicht. Bei der Roche sind sämtliche Grossraum- und Einzelbüros rauchfrei. Ich weiss nicht, warum Baschi Dürr noch dort arbeiten kann. In enorm vielen Gemeindeverwaltungen ist der Tabakduft tabu und auch die Regierung des nahe gelegenen Kantons Solothurn erarbeitete eine entsprechende Vorlage aus. Mehr gibt es zu diesem Thema nicht zu sagen. Mein bescheidener Wunsch ist es lediglich, dass ein Arbeitnehmer nicht täglich 8,5 Stunden im Qualm arbeiten muss. Damit die Regierung diese ungelöste Problematik nicht vergisst und endlich Nägel mit Köpfen macht, wäre es meiner Ansicht nach sinnvoll, dieses gesundheitspolitische Thema in den Politikplan aufzunehmen. Ich bitte Sie, den Planungsanzug zu überweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 54 gegen 28 Stimmen, den Planungsanzug an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

Planungsanzug Nr. 2 Helmut Hersberger und Konsorten betreffend Zukunftsplanung der Pensionskasse

[07.12.05 16:17:48, FD, 05.8416.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsanzug 05.8416 entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Planungsanzug an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

Planungsanzug Nr. 3 Christian Egeler und Konsorten betreffend "Langfristiges Energiekonzept"

[07.12.05 16:17:54, BD, 05.8417.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsanzug 05.8417 entgegenzunehmen.

Eduard Rutschmann (SVP): stellt den Antrag, den Planungsanzug abzulehnen.

Weihnachten steht vor der Türe. Vor einigen Jahren, als meine Kinder noch klein waren, habe ich mich mit ihren Wunschlisten auseinander gesetzt. Zwei Kinder haben sich wenige, aber sehr interessante Wünsche aufgeschrieben, das dritte Kind hat alle Wünsche von den Geschwistern und Klassenkameraden aufgeschrieben. Ich habe diesem Kind gesagt, dass ich weiss, war für seine Geschwister wichtig ist und ich werde schauen, ob wir uns das leisten können. Seine Wünsche seien so überladen, sodass der Weihnachtsmann nicht feststellen kann, was wirklich wichtig ist.

Ich möchte damit den Planungsanzugsstellern mitteilen, dass es nicht immer sinnvoll ist, Einzelvorstösse in einem Gesamtkonzept zu beurteilen. Viele gute Projekte werden untergehen und nie realisiert werden. Einzelne Projekte sind überblickbarer und haben die grössere Chance realisiert zu werden, wie zum Beispiel das Holzkraftwerk, das hier im Ratsaal eine sehr grosse Zustimmung erhalten hat. Schade, dass die dadurch gewonnene Energie mit einem neuen Beleuchtungskonzept wieder verpufft worden ist. Die SVP-Fraktion ist gegen eine Überweisung.

Helmut Hersberger (FDP): Wir beschäftigen uns seit einiger Zeit mit dem Politikplan und das ist gut so. Die FDP hat sich darauf konzentriert, nicht redaktionelle Änderungen zu finden, sondern die ganz grossen Lücken aufzuzeigen. Wir finden den Politikplan gut. Aber nachdem hier schon die Möglichkeit genommen wird, zu einem der wichtigsten Probleme - Pensionskasse - zu reden, möchte ich mich dem Thema Energiekonzept widmen. Was wir wollen, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir haben ein Thema, zu dem wir erwarten, dass wir in einer Mittelfrisplanung Ziele setzen, dass wir einen Katalog von Massnahmen ausarbeiten und dass wir überprüfen, ob diese Massnahmen auch zum Ziel führen. Wenn heute jemand einen Vorstoss macht, der zum Beispiel beabsichtigt, Energie zu sparen oder den CO2-Ausstoss zu verringern oder erneuerbare oder saubere Energie zu fördern, wagt niemand zu widersprechen. Wer von Ihnen wagt in Frage zu stellen, ob diese Massnahmen tatsächlich zielführend sind? Genau deshalb möchte wir in der Mittelfristplanung Leitplanken, nach denen wir uns richten können. Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Viele machen mit einer guten Zielsetzung, aber mit schlechten Massnahmen einen Vorstoss. Deswegen bitten wir die Regierung, eine Vorgabe zu geben. Damit können wir vernünftige Energiepolitik betreiben. Ich bitte Sie, den Anzug zu überweisen.

Christian Egeler (FDP): Es wurde erwähnt, dass wir zur Wahl und Beurteilung von Massnahmen unsere Ziele kennen sollten und die nötigen Grundlagen dafür haben müssen. Die Hoffnung ist ein wichtiger Begleiter auf unserem Weg in die Zukunft, aber darauf zu bauen ist gefährlich. Die Energieeffizienz wird zunehmen, wir haben immer mehr Häuser im Minergiestandard. Sie nahm schon in den letzten 20 Jahren zu. Trotzdem brauchen wir heute mehr Energie. Ich hoffe, dass wir so effizient werden, dass wir weniger Energie brauchen. Aber als Ingenieur kann ich das nicht voraussetzen.

Wenn wir die ersten Kernkraftwerke vom Stromnetz nehmen, müssen wir diese Energie ersetzen. Zu hoffen, dass wir diese auf dem Markt erhalten werden, ist sehr gefährlich. Zu erwähnen ist auch, dass unsere Wasserkraftwerke ab 2030 heimfallen werden. Das heisst, wir müssen dann die Verträge neu aushandeln.

Das Dilemma, das wir haben, erweckt bei mir den Eindruck, dass die Energiepolitik ein bisschen populistisch ist. Jede alternative Energieform wird gefördert. Das ist gut. Jeder Baum und jeder Quadratmeter Moor wird verteidigt. Das kommt immer gut an, ist aber nicht unbedingt gut. Die vielseitig propagierte Windkraft auf dem Meer, von denen immer noch keines steht, werden ihren Tribut an der Natur fordern. Ich bin gespannt, ob die Fischer und die Küstenbewohner Hollands sich davon nicht gestört fühlen und ob die Umweltverbände diese auch bekämpfen werden, wenn halb Europa ihre Windformen dort aufbauen will.

Zur Beurteilung, was wir unterstützen sollen in Zukunft, brauchen wir dringend die nötigen Grundlagen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 70 gegen 15 Stimmen, den Planungsanzug an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

Planungsanzug Nr. 4 Roland Vögtli und Konsorten betreffend Planung in den Quartieren

[07.12.05 16:27:18, BD, 05.8418.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsanzug 05.8418 entgegenzunehmen.

Karin Haeberli Leugger (Grünes Bündnis): stellt den Antrag, den Planungsanzug abzulehnen.

Auch der Fraktion Grünes Bündnis ist aufgefallen, dass der Politikplan keine wirklichen Visionen für das Gundeldingerquartier enthält. Auch wir wünschen uns eine Aufwertung dieses Quartiers. Der Planungsanzug von Roland Vögtli enthält unserer Meinung nach einige brauchbare Vorschläge dazu. Seine Vorschläge scheinen uns aber nur schöne Verpackung für ein hässliches Weihnachtsgeschenk zu sein, nämlich die Realisierung der Umfahrungsstrasse. Dieses Anliegen können wir als Grünes Bündnis in keiner Weise unterstützen und lehnen deshalb diesen Planungsanzug ab und bitten Sie das gleiche zu tun.

Die Umfahrungsstrasse, welche die Autobahnausfahrt City mit dem Dreispitz und durch einen Tunnel mit dem Zolli verbinden soll, wird gemäss dem Anzugssteller vom ganzen Quartier verlangt. Ob das ganze Quartier diese Strasse will, bezweifeln wir sehr. Hat denn Roland Vögtli mit allen Bewohnerinnen und Bewohnern gesprochen? Sicher nicht mit denjenigen Personen, die im Gundeli wohnen und die eine Entlastung des Gundeli durch diese Umfahrungsstrasse als Illusion bezeichnen. Eventuell bringt sie etwas für die Leimentaler, die damit eine Anbindung an die Autobahn hätten. Der Nutzen für das Gundeli selbst wird überschätzt. Das Gundeli mit seinen ca. 20'000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist eines der Quartiere mit dem dichtesten Parkplatzbestand. Dies zeigt vor allem eines, nämlich dass viele Leute ins Gundeli wollen. Der Transitverkehr ist nur ein Teil des Problems. Der Anteil der Personen, welche die Umfahrungsstrasse nehmen würden, wäre nicht sehr gross. Ausserdem nimmt der Verkehr im Gundeli eher ab. Messungen des SID aus den Jahren 2000 und 2003 ergaben an der Dornacherstrasse 49 im Jahr 2000 8'500 Autos im Jahr 2003 7'700 Autos. An der Gundeldingerstrasse sah es ähnlich aus. Eine Abnahme von circa 10%. Dies hängt sicher zum Teil mit der Entlastung durch die Nordtangente zusammen. Um das Gundeli wohnlicher zu gestalten gäbe es verschiedene Möglichkeiten. Ein Riesenprojekt von circa CHF 300 Millionen, so steht es in der Gundeldingerzeitung, ist weder nötig noch sinnvoll. Wir denken, dass bei den drei verkehrsreichen Querachsen des Gundeli - Güter-, Dornacher- und Gundeldingerstrasse - einige Verbesserungsmassnahmen möglich wären. Der Boulevard Güterstrasse ist am entstehen. Die Dornacher oder die Gundeldingerstrasse könnte in beide Richtungen befahren werden und könnte so das Quartier entlasten. Ausserdem könnten die Seitenstrassen, die von dicht parkierten Autos verstellt sind, attraktiver und wohnlicher gestaltet werden.

Das Grüne Bündnis will diese Umfahrungsstrasse auf keinen Fall im Politikplan und lehnt diesen Anzug deshalb ab. Wir danken Ihnen, wenn Sie uns folgen.

Thomas Baerlocher (SP): Sie sehen, dass die SP-Fraktion zu den drei Planungsanzügen der FDP Überweisung beschlossen hat. Wir sind immer noch davon überzeugt, dass wir diese Planungsanzüge wollen. Der Grundsatz, den wir diskutiert haben, ist, dass die FDP Themen aufnimmt, die inhaltlich überhaupt nichts Neues sind. Boulevard oder die Entwicklung Dreispitz sind bereits in Planung und werden umgesetzt. Bei der Umfahrungsstrasse können wir uns inhaltlich an das, was Karin Haeberli gesagt hat, anschliessen. Sie ist bereits Bestandteil der Gesamtplanung im Gundeli. Diese Planungsanzüge rennen eigentlich offene Türen ein, sind Schaumschlägerei und politisch unnötig. Die SP-Fraktion erwartet von der stärksten bürgerlichen Fraktion in diesem Parlament, dass sie inhaltlich Pfähle einschlägt und dass man darüber debattieren kann, wo die politische Auseinandersetzung stattfinden soll. Sie bietet uns nicht einmal die Chance dazu. Ich möchte Ihnen darum beantragen, diesen Planungsantrag zu überweisen.

Roland Vögtli (FDP): Zuerst ein Wort an Karin Haeberli. Haben Sie schon einmal die Kleinbasler Leute gezählt? So komme auch ich im Gundeldingen nicht dazu, alle Leute zu befragen, ob sie für oder gegen etwas sind.

Zu Thomas Bärlocher. Heute steht in der BaZ, dass die SP das nicht so schöne Wort Schaumschlägerei für uns genannt hat. Es gibt auch Einwohner im Gundeli, die meiner Meinung sind, und die das nicht als Schaumschlägerei betiteln. Die Gundeldingerzeitung stellt in der Frontgeschichte von ihrer Oktoberausgabe die provokative Frage, ob im Politikplan das Gundeli vergessen worden ist. Ich habe mir daraufhin die Mühe genommen, den Politikplan 2006 bis 2009 entsprechend zu analysieren. Schwerpunkte für die Quartiere St. Johann, Rosental, Matthäus und Horburg, vom Baudepartement neuerdings Basel-Nord genannt, sind unübersehbar. Fraglich ist, ob in Basel alles Gold ist, was im Planungsbüro des Baudepartements glänzt. Immerhin wird zur Zeit über das Kleinbasel eine Fülle toller Ideen ausgeschüttet, auch die Innenstadtquartiere werden in der einen oder anderen Form berücksichtigt. Wie in der erwähnten Quartierzeitung festgestellt wird, kommt das Gundeldingerquartier im Politikplan nur im Kleingedruckten vor. Das Baudepartement ist der Ansicht, dass mit dem Bau der Passerelle die Wünsche des Quartiers restlos befriedigt seien. Falls man im Baudepartement auf die Idee käme, auf die andere Seite der Geleise zu gehen, würde man sehen, dass anstelle der kühnen Pläne, trostlose unbenutzte und aufgegebene Gebäude stehen. In diesem Sinne beantrage ich den Politikplan entsprechend zu ergänzen und die übergeordneten Themen aus Sicht der einzelnen Quartiere aufzuarbeiten.

Für das Gundeldingenquartier heisst das, dass der Kanton sich aktiv einsetzen muss, dass nicht nur der Baubeginn

des Südparks forciert werden sollte, sondern dass auch die Ausstattung des Bahnhof Südausganges sofort an die Hand zu nehmen ist. Was man dort findet, ist schlicht und ergreifend grusig. In meinem Planungsauszug habe ich bewusst auf die Entwicklung des Dreispitzareals hingewiesen. Derzeit entsteht leider der Eindruck, dass CMS und Hochbauamt und diverse berühmte Architekten primär bemüht sind, ein bewährtes Gewerbe- und Industrieareal zu zerstören. Schliesslich liegt es mir daran, darauf hinzuwirken, dass die von der Bevölkerung geforderte Umfahrung des Gundeli nicht vergessen geht. Hier wünsche ich von der Regierung eine klare Aussage, dass man die Quartierentlastung will, dass man sie vorantreibt und dass man die Bundesbehörden auf das Thema aufmerksam macht. Wurde das Gundeli von den anderen Parteien schon aufgegeben? Es kann nicht sein, dass man in Bern oder im Baudepartement beschliesst, was für ein Quartier gut ist. Damit bin ich wieder im Kleinbasel. Dort hat man auch beschlossen, dass der Boulevard Clarastrasse erwünscht sei. Aus diesem Grund bitte ich Sie namens der FDP, den Planungsantrag zu überweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 45 gegen 14 Stimmen, den Planungsanzug an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

Planungsanzug Nr. 5 Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Aufgabenfeld 6.4 "Öffentlicher Verkehr" des Politikplans 2006-2009

[07.12.05 16:37:22, WSD, 05.8422.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsanzug 05.8422 entgegenzunehmen.

Helmut Hersberger (FDP): stellt den Antrag, den Planungsanzug abzulehnen.

Dieser Planungsanzug ist für mich ein deutliches Beispiel dafür, wie man die richtigen Ziele mit falschen Methoden anstreben kann. Es ist sicher niemand dagegen, Wege zu suchen, um den ÖV in unserer Region zu verbessern und insbesondere die Pendlerströme zu beachten, die natürlich grossteils aus dem Elsass und aus dem Südbadischen stammen. Lesen Sie nun mit mir zusammen den kurzen Text. Michael Wüthrich sagt, beim Modalsplit im Pendlerverkehr wird der Anteil des motorisierten Individualverkehrs signifikant reduziert und anteilsmässig zum öffentlichen Verkehr verlagert. Er wird signifikant reduziert. Man ist versucht dazu zu setzen, koste es was es wolle. Damit meine ich nicht Franken. Ich glaube, das ist der falsche Ansatz. Ich fühle mich in die tiefste Kolonialzeit zurückversetzt. Wir sagen, was geschehen muss und die Partner werden später vielleicht auch einmal gefragt, wie sie sich das vorstellen können. So geht es nicht. Wenn wir unsere Pendlerverkehre in den Griff bekommen wollen, dann müssen wir vorgängig konstruktive realisierbare Lösungen suchen und dann reduzieren. Dies bedingt, dass wir mit den Partnern sprechen. In diesem Zusammenhang ist mir sehr wichtig, dass die Regierung bereits eine Priorität diesbezüglich gesetzt hat. Sie sagt im Politikplan, dass die Förderung der regionalen Zusammenarbeit entscheidend ist. Wir müssen aufpassen, dass wir unser Image - die Kolonialherren aus Basel, die bestimmen wollen - loswerden. Über das Ziel sind wir uns einig. Der Weg ist unserer Meinung nach falsch. Ich bitte Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis): Der Modalsplit zeigt, wie gross die Anteile des motorisierten Verkehrs und des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr sind. Wir werden an der Budgetsitzung nächste Woche sehen, dass der Modalsplit als ein Wirkungsziel definiert wird. Wenn alle vorgeschlagenen Massnahmen greifen, dann wird es zur erwünschten Wirkung kommen, sodass der Modalsplit zugunsten des ÖV zunimmt, oder vielleicht auch nicht.

Wir vom Grünen Bündnis sind der Meinung, dass die Veränderung des Modalplits nicht lediglich eine Wirkungsgrösse sein sollte, sondern in erster Linie ein politisches Ziel. Genauer gesagt, die Senkung des Anteils vom motorisierten Individualverkehr am Gesamtverkehr muss politische Pflicht sein. Die Vergrösserung des ÖV am Gesamtverkehr führt, das wurde auch im Politikplan erkannt, zu besserer Luft, zur Abnahme von Lärm und sie verhindert die Zunahme von versiegelten Flächen. Wir beantragen Ihnen deshalb, den Planungsanzug zu überweisen.

Annemarie Pfeifer (VEW): Die VEW ist sehr stark für die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Die VEW wünscht, dass weniger Autoverkehr durch unsere Strassen geht und unsere Atemwege weniger verstopft. Wir wünschen uns eine autofreie Innenstadt und die Verlagerung der oberflächlichen Parkplätze unter den Boden. Die VEW unterstützt Massnahmen, die den öffentlichen Verkehr vergrössern. Wir fragen uns trotzdem, ob dieser Planungsanzug der richtige Weg ist, um dies zu erreichen. Gehört dieses Ziel in den Politikplan oder gibt es andere Instrumente, um den Modalsplit zu verändern? In der nächsten Sitzung werden wir als Pioniertat erstmals ein ÖV-Programm diskutieren können. Dort lesen wir unter anderem, dass der grösste Effekt bezüglich des Modalsplits nach Einschätzung des Regierungsrats mit einem grenzüberschreitenden Netzausbau erreicht werden kann. Der Regierungsrat schreibt weiter, dass davon ausgegangen werden kann, dass im Modalsplit zwischen Basel-Stadt und denen in Frankreich

und Deutschland liegenden Agglomerationsgemeinden mit einem attraktiven Angebot vergleichbar mit demjenigen in Richtung Baselland mindestens mittelfristig auf 25 bis 30 Prozent erhöht werden kann. Es gibt eine signifikante Erhöhung des Modalsplittes. Das ÖV-Programm nennt eine ganze Anzahl von Massnahmen, welche zu diesem Ziel führen können. Wir als VEW unterstützen dies. Wir finden, dass dieses Anliegen mit der Annahme des ÖV-Programms umgesetzt werden. Wie ein Vorredner schon gesagt hat, dieser Planungsanzug rennt offene Türen ein. Wir möchten uns dem Ansturm von Anzügen entgegenstellen und nur jene Anzüge überweisen, die wirklich notwendig sind und wo es keinen Ersatz gibt in anderen Möglichkeiten der politischen Einflussnahme. Wir sind für die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Wir finden, dass diese Forderung im ÖV-Programm diskutiert und umgesetzt werden kann. Deshalb werden wir gegen diesen Planungsanzug stimmen.

Michael Wüthrich (Grünes Bündnis): Der Hintergrund dieses Planungsanzugs ist, dass das ÖV-Modell den Modalsplit drin hat, aber im Politikplan ist der Modalsplit nirgends als Ziel formuliert. Wenn ein Ziel formuliert ist, dann wird auch daraufhin gearbeitet.

Von den 200'000 Arbeitnehmern aus der Schweiz im Kanton Basel-Stadt kamen 40% im Jahr 2000 mit dem motorisierten Individualverkehr. Wenn man das grenznahe Ausland dazu nimmt, dann sind ungefähr 50'000 weitere Arbeitnehmer pro Tag hier. 90% davon kommen mit dem motorisierten Individualverkehr. Das ergibt total 125'000 Arbeitnehmer. Rechnen Sie das mal zwei, es ist eine Hin- und eine Rückfahrt, dann haben wir täglich eine Viertelmillionen Fahrten durch den motorisierten Individualverkehr. Schauen Sie in der Bevölkerungsumfrage, was einer der Faktoren ist, die die Wohn- und Lebensqualität von Basel-Stadt beeinträchtigen, dann sind das diese Viertelmillion Fahrten. Mein Planungsanzug verlangt, dass das als Ziel in den Politikplan hinein soll. Helmut Hersberger, ich sage nichts von Kolonialisierung oder von Kommunikationsmethoden. Ich möchte nur sagen, dass es als Ziel formuliert werden soll, den Verkehr signifikant zu verschieben. Es liegt mir fern, das nahe Elsass oder den Süddeutschen Raum mit Basler Truppen zu besetzen. Ich bitte Sie, diesen Planungsanzug zu überweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 54 gegen 39 Stimmen, den Planungsanzug an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

Planungsanzug Nr. 6 Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Aufgabenfeld 1.5 "Umwelt und Energie" des Politikplans 2006-2009

[07.12.05 16:47:46, BD, 05.8423.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsanzug 05.8423 entgegenzunehmen.

Eduard Rutschmann (SVP): stellt den Antrag, den Planungsanzug abzulehnen.

In einem voll besetzten Combino bin ich vor kurzer Zeit von Riehen nach Basel gefahren. Mehrere Fahrgäste telefonierten und die meisten anderen hatten, wie ich auch, ein Natel in der Tasche. Wir alle wissen, dass das automatische Abchecken des Handys, ob und mit welcher Antenne es verbunden ist, enorm viele Strahlung verbreitet. In einem Tram hat ein Handy nicht unbedingt die beste Verbindung. Dies nicht, weil die Antennen draussen zu schwach sind, sondern weil das Metall und die speziellen Scheiben vom Tram die Sendungs- und Empfangswellen sehr stark brechen und beeinflussen. Die Handys suchen vermehrt nach einem besseren Netz und die Strahlungen nehmen stark zu. Das heisst, ich habe in dieser 20-Minuten-Tramfahrt eine Strahlentherapie über mich ergehen lassen müssen. Die meisten Politiker und Journalisten möchte gerne immer und überall erreichbar sein. Ich bin überzeugt, dass in diesem Raum mehr als 100 Handys eingeschaltet sind und nicht unbedingt einen guten Empfang haben, weil dieser Ratssaal gegen aussen sehr stark abschirmt. Aber zum Glück sind wir alle gegen die Strahlen unserer Handys immun.

Nicht die Antennen draussen auf den Dächern sind das Problem. Diese haben wir dank eidgenössischen Vorschriften im Griff. Schwächen wir diese Antennen, dann suchen die Handys vermehrt nach einem besseren Netz und setzen somit mehr Strahlungen frei, welche direkt auf den Körper abgegeben werden. Die Konsumenten sind das Problem, die sogar nachts das Handy mit ins Bett nehmen, damit wir immer erreichbar sind. Wir brauchen keine kantonalen Zusatzvorschriften. Es kann nur jeder einzelne etwas dagegen tun. Es ist ganz einfach: Stellen wir das Handy doch einfach ab. Die SVP-Fraktion ist gegen eine Überweisung.

Eveline Rommerskirchen (Grünes Bündnis): Das Grüne Bündnis beantragt die Überweisung des vorliegenden Planungsanzugs. Dieser Planungsanzug möchte, dass im Aufgabenfeld Umwelt und Energie die politischen Ziele ergänzt werden. Es soll die Belastung von ionisierender Strahlung auf Werte, die dem vorbeugenden Schutz der Gesundheit dienen, reduziert werden. Es geht dabei nicht darum, dass man die Handys verteufelt, sondern es geht um den Grenzwert, der zu senken ist. Dabei geht es auch um die im Kantonsbesitz befindlichen Gebäude und um

die Allmend. Mit einer Zusatzvorschrift soll als Voraussetzung für die Bewilligung von Mobilfunksendeanlagen ein Grenzwert festgelegt werden, der ein Zehntel des heutigen Grenzwerts ist. Diesen niedrigeren Grenzwert empfehlen viele Verbände, unter anderem die schweizerischen Ärzte und Ärztinnen FMH, die Ärzte und Ärztinnen für Umweltschutz, die schweizerische Energiestiftung unterstützt diese niedrigeren Grenzwerte auch, Greenpeace, WWF, Pro Natura und weitere mehr. Das BUVAL hat auch einen tieferen Grenzwert gefordert. Dieser wurde aber nach und nach von Mobilfunklobbyisten nach oben korrigiert.

Das Grüne Bündnis befürwortet einen verantwortungsbewussten Umgang seitens des Kantons Basel-Stadt, das heisst das Festlegen eines tieferen Grenzwertes der nicht ionisierenden Strahlungen. Wir beantragen deshalb die Überweisung des Planungsanzugs, damit das im Politikplan festgeschrieben wird.

Christian Egeler (FDP): Die Ausführungen von Eduard Rutschmann waren sehr interessant. Ich kann das insofern bestätigen. Wenn hier eine Natelantenne hängen würde, dann würde die Belastung wegen den vielen Handys sinken. Ich nehme an, dass jeder von uns sich schon einmal geärgert hat, dass ein Gespräch unterbrochen wurde und über die Telefonrechnung Ende Monat. Bezüglich Gesundheitsschädigung möchte ich mich nicht äussern. Es gibt so viele Gutachten, Gegengutachten und Gegengutachten gegen die Gegengutachten, dass man nicht mehr weiss, wo einem der Kopf steht. Man muss den Sachverhalt abklären. Prophylaktisch in unserem kleinen Kanton eine nicht einheitliche Lösung zu schaffen, kann es nicht sein. Eduard Rutschmann hat aufgezeigt, wo man das Problem anpacken muss. Unsere Handys haben internationale Standards und in der Schweiz haben wir nationale Standards.

Was ist die Folge von diesem Anzug, wenn man es tatsächlich machen würde? Die Netzbetreiber haben zwei Möglichkeiten. Sie weichen auf andere Gebäude aus und stellen ihre Antennen nicht auf Kantonsgebäude. Das würde uns um Einnahmen bringen und andererseits hätten wir noch mehr Antennen, weil diese Gebäude nicht so optimal liegen wie die meisten kantonalen Gebäude. Bleiben sie auf diesen Gebäuden, dann haben sie kleinere Leistungen, was unzufriedene Kunden oder zusätzliche Antennen generiert. Beides führt zu zusätzlichen Kosten, die der Konsument bezahlen muss.

Es ist sinnvoll, diesen Planungsanzug nicht zu überweisen, weil es nicht sein kann, dass der Kanton eine uneinheitliche Regelung aufstellt. Wir sollten dies national regeln.

Michael Wüthrich (Grünes Bündnis): Der Hintergrund ist klar. Alle nutzen ein Handy und alle haben eines, mit wenigen Ausnahmen. Viele wissen nichts über die potentiellen Risiken. Wenn eine Basisstation in die Nähe kommt, haben sie plötzlich Angst davor und werden unsicher. Ich vergleiche die Situation mit dem Autofahren. Sie fahren mit 120 km/h auf der Autobahn und es kommt eine Nebelbank. Was ist die automatische Reaktion, wenn Sie darauf zufahren? Niemand von Ihnen würde nicht vom Gaspedal gehen. Die Nebelbank im Mobilfunk sind die Publikationen und Untersuchungen, die zeigen, dass ab der Grössenordnung 0,5 Volt pro Meter potentielle Risiken bestehen. Es gibt Untersuchungen, die Schlaf- und Konzentrationsstörungen zeigen. Das BUVAL, ursprünglich auf einen Zehntel der heutigen Grenzwerte fixiert, hat das auch untersucht. Bakom hat Druck gemacht, damit dieser Grenzwert um den Faktor 10 höher wird. Dieser Faktor gilt heute in der Schweiz und in Basel-Stadt. Der Kanton Basel-Stadt kann für Antennen, die auf seinen Gebäuden potentiell errichtet werden sagen, dass man die Angst der Bevölkerung vor diesem potentiellen Risiko anerkennt. Im Sinne eines Vorsorgecharakters kann man mit den Grenzwerten runtergehen und die Zusatzvorschriften für Antennen auf den öffentlichen Gebäuden erlassen. Mein Vorredner hat gesagt, dass, wer das nicht will, auf ein anderes Gebäude ausweichen kann. Als Kanton setzen wir damit ein Zeichen, dass wir achtungsvoll mit der Umwelt und den Menschen umgehen. Was hat es für eine Folgewirkung? Ich gebe zu, Sie können dann im 2. UG im Betonkeller nicht mehr telefonieren. Das tut mir für alle leid, die dort mehrere Stunden verbringen und dort unbedingt erreichbar sein müssen.

Ich habe vorhin bei meinem Banknachbar geschaut - er hat so ein tolles Handy, ich habe keines - und er hat beim Empfang fünf Striche von fünf möglichen. Der Empfang hier drin ist sehr gut. Bei einer Herabsetzung dieser Grenzwerte werden Sie hier drin immer noch Empfang haben. Salzburg praktiziert dieser Modell seit Jahren und dort können Sie auch telefonieren. Sie können nicht in jedem Winkel des Gebäudes telefonieren. Und im Tram können Sie auch nicht mehr in der ganzen Stadt telefonieren. Ich sehe das nicht als ein so grosses Problem an. Vielleicht werden Sie dann durch die vielen Telefonanrufe weniger gestört.

Der Planungsanzug möchte ein Zeichen setzen, Basel tickt anders, wir nehmen die Sorgen der Bevölkerung ernst und wir setzen im Sinne einer Vorsorge ein Zeichen, welches vielleicht auch private Gebäudeeigentümer übernehmen werden. Interessanterweise haben grosse Vermietungsfirmen heute bereits grösste Bedenken gegen die Antennenanlagen. Es gibt grosse Vermieter, die keine Antennen mehr auf ihren Gebäuden zulassen. Das hängt auch damit zusammen, dass beispielsweise Rückversicherer solche Risiken nicht mehr decken. Darüber sollten wir nachdenken. Ich bitte Sie, den Planungsanzug zu überweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 60 gegen 41 Stimmen, den Planungsanzug an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

Planungsanzug Nr. 7 Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend "Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung"

[07.12.05 17:02:13, ED, 05.8424.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Planungsanzug 05.8424 entgegenzunehmen.

Oswald Inglin (CVP): stellt den Antrag, den Planungsanzug abzulehnen.

Die CVP lehnt diesen Anzug ab, weil sie der Auffassung ist, dass in diesem Prozess, der in Sachen Staatsvertrag und Leistungsauftrag jetzt läuft - der Staatsvertrag zwischen beiden Kantonen ist in der Vernehmlassung, der Leistungsauftrag ist im Entwurf bereits vorhanden - durch diesen Antrag präjudiziert wird. Es wird hier gesagt, dass die Universität die so genannten Kernwissenschaften qualitativ verbessern soll. Ich frage mich, was denn die Kernwissenschaften sind. Ich frage mich, was qualitätsverbessernd. Ist damit gemeint, dass gewisse Wissenschaften bei uns eine schlechte Qualität haben? Im gleichen Planungsanzug steht auch, dass die Uni weiterhin in der Welt an der Spitze sein soll.

Präjudiz, unklarer Begriff und in sich widersprüchlich, dieser Planungsanzug ist nicht nötig und ich bitte Sie, ihn nicht zu überweisen.

Rolf Häring (Grünes Bündnis): Ich schliesse mich vollumfänglich meinem Vorredner an.

Emmanuel Ullmann (FDP): Ich möchte zuerst auf die CVP und das Grüne Bündnis eingehen. Die CVP, vertreten durch Oswald Inglin, ist der Ansicht, dass der Unirat die Marschrichtung selber bestimmen sollte. Wir wollen dem Unirat nicht vorgreifen und ihn auch nicht bevormunden. Aber es liegt in unserer Verantwortung, die Richtung vorzugeben. Zu den Kernwissenschaften haben wir sehr wohl eine Meinung. Unsere Universität hat im Laufe der Jahre ihr Wissenschaftsspektrum laufend erweitert. Sie konnte in den letzten Jahren immer höhere Studierendenzahlen verbuchen. Man könnte auf diesem Weg fortfahren. Die Anzugsunterzeichner fragen sich, ob statt Quantität nicht viel mehr die Qualität im Vordergrund der Entwicklung stehen sollte. Heute kann ein in Basel Studierender die Wirtschaftswissenschaften in Basel, Freiburg im Preisgau, Zürich, Bern, St. Gallen, Fribourg oder Lausanne studieren. Zu erwähnen wären auch noch Genf und Neuenburg. Die Liste der Möglichkeiten ist gross.

Es ist ähnlich wie in der medizinischen Versorgung. Hochkomplexe Apparate finden sich in der Zwischenzeit an jeder Strassenecke. Es fragt sich, ob ein solcher Luxus vertretbar ist. Auch fragt es sich, ob dieses Überangebot nicht zu einer Qualitätseinbusse der Universitäten führt. Ich bin davon überzeugt, dass es eine Qualitätseinbusse geben wird. Hochqualifizierte Dozentinnen und Dozenten gibt es nicht beliebig viele. Folglich müssen gewissen Hochschulen mit mittelmässigen Lehrpersonen Vorlieb nehmen, was für die Qualität der Ausbildung unausweichliche Konsequenzen hat. Nehmen wir als Beispiel, ohne dass daraus eine Abbauforderung abgeleitet werden darf, die juristische Fakultät in Basel. Sie schneidet im nationalen Vergleich regelmässig schlecht bis sehr schlecht ab. In Basel gibt es elf ordentliche Professoren und Professorinnen in der Jurisprudenz. Nur wenige davon geniessen einen nationalen oder sogar internationalen Ruf. Zum Vergleich: In Zürich hat es über 40 Professoren und Professorinnen in der juristischen Fakultät. Wäre es verwegen, im Sinne einer Qualitätskonzentration eine Zusammenlegung der Basler und Zürcher Rechtsfakultäten zu verlangen? Wäre der Versuch der juristischen Vorlesungen in Zürich für Basler Studenten unzumutbar? Die gleiche Frage kann man sich auch bei den Wirtschaftswissenschaften stellen. Ich selber habe in Basel Wirtschaftswissenschaften studiert und muss zugeben, dass die geringe Anzahl an Professoren eine Spezialisierung zwangsläufig erschwert. Auch bei den Wirtschaftswissenschaften drängt sich eine Konzentration auf ein paar wesentliche Standorte in der Schweiz auf. In anderen Bereichen, wie etwa die Life Sciences, ist die Universität Basel führend. Hier ist eine weitere Konzentration angebracht und zwingend, damit sich Basel als wirtschaftliches Zentrum im Bereich Life Sciences weiterentwickeln kann. Im Politikplan des Regierungsrates vermissen wir eine klare Vorstellung der Regierung zum Leistungsauftrag an die Universität. Auf Seite 69, Kapitel Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung, steht zwar etwas zur Trägerschaft der Universität mit dem Kanton Basel-Landschaft, es steht etwas zu einer erweiterten Trägerschaft sowie zu einer punktuellen Zusammenarbeit mit der ETH Zürich. Man sucht allerdings vergebens nach einer klaren Vorstellung der Regierung zur generellen Ausrichtung unserer Universität. Wir sind deshalb der Ansicht, dass sich die Universität in jenen Fachbereichen spezialisieren soll, wo sie national und international führend ist. Auch andere Fachbereiche sollen in Zusammenarbeit mit Partneruniversitäten angeboten werden. Wir sind der Überzeugung, dass dabei alle gewinnen werden, sowohl die Studierenden als auch die Universitäten und damit der Standort Basel. Deshalb ist es uns ein Anliegen, dass im Politikplan des Regierungsrates klar zum Ausdruck kommt, wie die Rahmenbedingungen des zukünftigen Leistungsauftrags gegenüber der Universität aussehen werden.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 22 Stimmen, den Planungsanzug an den Regierungsrat zur Stellungnahme **zu überweisen**.

9. Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zu einer Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB, SG 152.110) (Akkreditierung der Medienschaffenden und Zutritt zum Grossen Rat).

[07.12.05 17:09:36, Büro, 05.8376.01]

Das Büro beantragt, auf den Bericht einzutreten und § 13 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 24. März 1988 zu revidieren.

Roland Stark, Referent des Büros: Sie haben das letzte Mal die Dringlichkeit dieses Geschäftes abgelehnt, darum kommt es nun ordentlich traktandiert zur Verhandlung.

An der letzten Sitzung wurde insbesondere bemängelt, dass vor der Verabschiedung dieses Berichts des Büros das Gespräch mit den Medienschaffenden nicht gesucht worden sei. Dieser Vorwurf ist berechtigt. Wir haben unterdessen das Gespräch geführt. Wir haben am 02. Dezember 2005 mit einer grossen Anzahl Journalistinnen und Journalisten das Gespräch geführt, haben ihnen diese Regelung erklärt und ihre Bedenken versucht auszuräumen. Die Bedenken haben sich auf einen Punkt konzentriert. Die Frage war, was passiert, wenn akkreditierte Journalistinnen und Journalisten nicht zur Verfügung stehen, oder wenn ein Geschäft zu kurzfristig angesetzt wird, sodass ein zusätzlicher Medienschaffender zugezogen werden muss, der nicht akkreditiert ist. Dieses Problem ist in diesem Reglement bereits ausgeführt. Wir konnten noch einmal erklären, dass dies in der Praxis zu keinerlei Problemen führen wird. Sollte dieser Fall eintreten und am Morgen stellt eine Zeitung oder ein Radio fest, dass sie für dieses Geschäft einen Spezialisten mobilisieren müssen, der nicht akkreditiert ist, dann bekommt er eine kurzfristige Akkreditierung vom Leiter Parlamentsdienst über den Präsidenten umgehängt. Er ist dann für die Grossratssitzung akkreditiert. Das wurde einigermassen wohlwollend aufgenommen und es gibt in der Praxis damit kein Problem.

Der andere Vorwurf, der allerdings nicht von den Journalistinnen und Journalisten erhoben wurde, dass damit das Büro gewisse Kontrollmöglichkeiten über die jeweiligen Journalistinnen und Journalisten ausüben wolle, wurde gar nicht erhoben. Weder das Büro noch die einzelnen Büromitglieder haben ein Interesse daran, die Journalistinnen und Journalisten zu kontrollieren.

Wir müssen das äusserst wichtige Gut der Meinungsäusserungsfreiheit und der Medienfreiheit wahren. Das ist völlig unbestritten und das hat noch nie jemand bestritten. Auf der anderen Seite hat das Büro, der Grossratspräsident und wir alle auch, die Verpflichtung für eine gewisse Sicherheit unserer Parlamentsmitglieder und für die Angestellten des Parlamentsdienstes und anderer hier tätiger Leute zu sorgen. Das muss gegeneinander abgewogen werden. Wir hatten hier eine Zeit lang Sicherheitsvorkehrungen, die sehr einschneidend waren. Wir mussten durch Polizeikontrollen und es wurden Türen geschlossen. Dies wurde alles wieder abgeschafft und wir sind auf einem Normallevel angelangt. Wir haben hier ein Rathaus, in dem der Zugang von der Strasse über die Treppe durch das Gebäude praktisch ohne Kontrolle von A - Z möglich ist. Jeder und jede kann hinein und hinaus ohne jegliche Kontrolle. Das gilt auch für Journalisten und Journalistinnen. Wenn Sie zum Beispiel die Situation in Liestal im Landrat vergleichen, dann sehen Sie, dass die Journalistinnen und Journalisten nicht in das Ratsgebäude kommen. Sie müssen über die Treppe auf die Tribüne und sie sind nur dort zugelassen. Es ist ihnen nicht möglich, den Parlamentssaal zu betreten. Das gleiche gilt zum Beispiel für den Kantonsratssaal in St. Gallen. Da kommen Sie auch nicht in das Parlamentsgebäude. Sie werden abgefangen und an einen anderen Ort geleitet. Wir haben hier eine schwierige Situation. Aus dieser Situation haben wir eine Regelung vorgeschlagen, die für alle, die andere öffentliche Anlässe besuchen, eine Selbstverständlichkeit ist. Sie werden akkreditiert, bekommen einen Batch, damit haben sie Zugang zu allen notwendigen Räumlichkeiten.

Wir konnten das an diesem Gespräch erläutern. Es wurde nicht gerade vor Begeisterung geklatscht. Aber wir konnten diese Regelung allen Journalistinnen und Journalisten plausibel machen. Wir haben ihnen zugesichert, dass wir diese Regelung nach ein oder zwei Jahren überprüfen werden und regelmässig das Gespräch mit den Journalisten suchen, um in Erfahrung zu bringen, wie diese Regelung in der Praxis angekommen ist.

Zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass das Büro auch in seiner alten Zusammensetzung unter dem Präsidium von Beatrice Inglin regelmässige Gespräche mit den Medien aufgenommen hat. Wir haben in den letzten Jahren mit sämtlichen auf unserem Platz tätigen Zeitungen, Radio und Fernsehstationen Gespräche geführt. Wir haben uns angehört, was der Parlamentsdienst oder das Büro für die Arbeit der Journalistinnen und Journalisten machen. Sie haben sich angehört, was wir für Wünsche haben. Diese Gespräche haben alle in einer guten Atmosphäre stattgefunden und werden auch weitergeführt.

Wir haben die Arbeitsbedingungen seit der Einführung des Parlamentsdienstes insgesamt auf einen hohen Standard, im Vergleich zu früher, gesetzt. Als akkreditierte Journalisten erhalten sie den Grossratsversand selbstverständlich zugestellt. Wer das sonst will, muss CHF 1'000.- bezahlen. In Klammer haben wir es nicht so gerne, wenn die Journalisten nur akkreditieren lassen, damit sie die Abonnementsgebühren für die Grossratsunterlagen nicht bezahlen müssen und sonst aber nie eine Zeile über uns schreiben.

Neu ist, dass wir die Ergebnisse der interfraktionellen Sitzungen bereits am Dienstag durch den Parlamentsdienst an die Medien verschicken lassen. Sie können sich so besser ein Bild machen, wie die Verhältnisse am Mittwoch dann sind. Dass sie nicht immer so sind, das ist dann ein anderes Problem. Wir haben sowohl im Vorzimmer als auch im Grossratssaal Wireless Lan eingerichtet zur Vereinfachung der Kommunikation vom Rathaus zu den Redaktionen.

Die Medienmitteilung über die Debattenschwerpunkte erhalten die Medien zehn Tage vor der Sitzung. Sie erhalten die Beschlussprotokolle 24 Stunden nach Schluss der Grossratssitzung via Internet und die Wortprotokolle drei bis vier Wochen nach Abschluss der Sitzung via Internet und gedruckt. Damit möchte ich sagen, dass das Büro grossen Wert darauf legt, die Kommunikation und die Zusammenarbeit mit den Medienschaffenden auf ein optimales Niveau zu heben. Alle Vorstellungen, dass wir an diesem Anliegen kein Interesse hätten, sind an den Haaren herbeigezogen. Wir sind froh, dass die Medienschaffenden an diesem Gespräch das auch so gesehen haben. Ich bitte Sie, dem Bericht des Büros zuzustimmen.

Patrick Hafner (SVP): Wenn ich namens der SVP-Fraktion zu diesem Bericht des Büros Stellung nehmen, dann heisst das nicht, dass ich einmal mehr Nein sagen möchte. Es geht um eine ganz unproblematische Sache. Es geht um eine Änderung der Geschäftsordnung. Dass diese kleine Zeile unsauber formuliert ist, hat mich ein wenig stutzig gemacht. Wenn Sie das lesen, dann stellt es jedem Deutschlehrer die Nackenhaare. Ich bin zum Glück kein Deutschlehrer, darum kann ich ohne Schauder auf dem Rücken weiter sprechen. Leider geht es mit der unsauberen Formulierung im Reglement weiter.

Das eine ist, dass Sie in Zukunft im Kaffee leider nicht mehr bedient werden können. In Paragraph 9 kommt der Gerant oder die Gerantin des Grossratskäffeli zwar vor, erhält aber keinen Batch, weil in Paragraph 12 diese Person fehlt. Ohne Batch kein Zutritt, es sei denn wir finden einen Grossrat oder eine Grossrätin der das Käffeli führen möchte.

In Paragraph 9 geht es mit diesem Problem weiter. Es fehlen die temporär akkreditierten, die in Paragraph 13 erwähnt werden. Dann steht in Paragraph 9 im letzten Alinea eine logisch falsche Formulierung. Das darf nicht “oder” heissen, es muss “und” heissen. Die temporär Akkreditierten erhalten zwar Zugang, aber leider nur zum Parlamentsbereich. Der Parlamentsbereich ist nicht definiert. Es wird sonst von der Parlamentszone gesprochen. Ich wäre froh, wenn in Zukunft solche Reglemente genauer überprüft werden, bevor sie zur Vernehmlassung vorgelegt werden.

Thomas Baerlocher (SP): beantragt, auf den Bericht des Büros **nicht einzutreten**.

Die SP-Fraktion hat bei der Dringlichkeitserklärung beantragt, es als nicht dringlich zu erklären und erwartete, dass die Gespräche mit den Medien geführt werden. Der Sprecher des Büros hat uns berichtet, dass diese Gespräche stattgefunden haben und gegenüber den Medien erläutert werden konnte, wie die Regelung der Akkreditierung stattfinden soll.

Die SP-Fraktion hat sich im Rahmen der ganzen Überprüfung Gedanken gemacht, was das Ziel dieser Geschäftsordnung ist. Die SP-Fraktion beantragt nicht einzutreten. Das Reglement, das uns vorgelegt wird, ist ein Zeichen der Überregulierung. Wir erachten dies als unnötig. Man sieht im Bericht eine Zielsetzung, nämlich eine ungestörte Tätigkeit des Parlamentsbetriebes und dass der Kontakt zu den Politikerinnen gewährleistet werden soll. Dahinter können wir stehen. Aber Sie wissen, dass für die ungestörte Tätigkeit wir oft selber der Stolperstein sind. Wir sind sehr gesprächig, hören nicht immer zu und der Grossratspräsident hat Probleme, eine gewisse Ordnung bei den Abstimmungen zu haben. Ich glaube nicht, dass sich die ungestörte Tätigkeit über den Batch der Medienschaffenden definiert oder darüber, dass andere politische Träger klar erkenntlich sind.

Was soll sich ändern? Die Akkreditierung ist heute geregelt. Sie ist in einer Art und Weise geregelt, die wir als sinnvoll erachten. Ich habe lange Erfahrung im Parlamentsbetrieb. Ich habe auch die Zeit erlebt, als im Parlament in Folge des Attentates in Zug verschärfte Bedingungen festgelegt wurden. Wir haben damals selber eine gewisse Unsicherheit verspürt, sind aber froh, dass diese scharfen Bedingungen heute nicht mehr gelten. Es geht schlussendlich darum, wie der Zugang zu diesem Parlament ist. Der Sprecher des Büros hat gesagt, dass kein Parlament in der Nachbarschaft einen solch direkten Zugang hat. Aus meiner Erfahrung stelle ich fest, dass die Leute, die hier hereinkommen in der Regel Leute sind, die wir kennen. Ich bin mir bewusst, dass es für die Weibel nicht immer einfach ist, zu differenzieren. Ich gehe davon aus, dass eine gewisse Sozialkontrolle gewährleistet ist.

Wir müssen uns selber an die Hand nehmen und uns Wertschätzung geben, indem wir uns an gewisse Regeln halten. Die Regeln sind, dass man nicht beliebig Leute hier hereinholt, sondern, dass wenn man Gespräche mit Parteisekretären oder Journalistinnen und Journalisten hat, dies den Weibeln sagt. Ich denke, es geht um ein vernünftiges Mass, wie wir selber damit umgehen. Wir finden den Vorschlag unnötig. Unser Ratschlag ist keineswegs eine Desavouierung vom SP-Mitglied des Büros. Selbstverständlich hat das Büro sich darüber Gedanken gemacht. Wir als Partei sind frei darüber zu urteilen, ob das sinnvoll ist. Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion nicht einzutreten und dieses Reglement abzulehnen.

Roland Stark, Referent des Büros: Lassen sie mich eine Bemerkung zu der Kritik von Thomas Bärlocher machen. Er hat die Akkreditierungsfrage mit der Zutrittsregelung vermischt. Die Zutrittsregelung und die Verabreichung eines Batches gilt nicht nur für Journalistinnen und Journalisten. In den letzten Jahren ist dazu gekommen, dass wir einen unkontrollierten Zulauf von allen Seiten hatten, sodass wir gerne eine bessere Übersicht hätten, wer sich hier im Parlament aufhält und wer sich hier aufhalten darf. Die Zutrittsregelung gilt in Zukunft auch für die Angestellten des Parlamentsdienstes und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die sich hier aufhalten müssen. Wir können es nicht dulden, dass jeder und jede im Parlamentssaal ein- und ausgeht. Das ist in keinem Betrieb der Welt

möglich heute. Ich glaube nicht, dass wir von allen Menschen auf dieser Welt am wenigsten schutzbedürftig sind. Mit den Journalistinnen und Journalisten hat diese Regelung nichts zu tun. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, wie das herauskommen kann. Vor ein paar Monaten ist ein Herr hier hereingekommen, hat sich in unserer Präsenzliste eingeschrieben. Thomas Dähler hat ihn gefragt, was er da macht. Er sagte, dass er eine Vorlesung der Volkshochschule oder der Seniorenuniversität besuchen wolle. Sie werden sagen, dass das harmlos ist. Wäre aber etwas passiert, dann hätte man sich über die Verhältnisse gewundert, dass man in einen Parlamentssaal einfach direkt von der Strasse bis zum Grossratspräsidenten durchmarschieren kann, ohne dass man erkennt, ob das ein Grossratsmitglied, ein Journalist oder ein Verwaltungsangestellter ist. Ich halte das für untolerierbar und unseren Vorschlag, wie man zwischen den extremen Sicherheitsvorkehrungen von früher und dem laisser faire-System von heute einen guten akzeptablen Mittelweg.

Ich bitte Sie, diese Regelung anzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 61 gegen 34 auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 60 gegen 33 Stimmen:

I.

Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (AB) vom 24. März 1988 werden gemäss Antrag des Büros geändert.

II.

Diese Änderung ist zu publizieren; sie wird sofort wirksam.

Die Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 7. Dezember 2005 und das Reglement des Büros des Grossen Rates betreffend Akkreditierung der Medienschaffenden und Zutritt zum Grossen Rat vom 7. Dezember 2005 sind im Kantonsblatt Nr. 96 vom 10. Dezember 2005, Seiten 1755 – 1756 publiziert.

10. Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zur Einsetzung einer Spezialkommission für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung.

[07.12.05 17:36:06, Büro, 05.8414.01]

Das Büro beantragt, auf den Bericht einzutreten und die Bildung einer Spezialkommission mit neun Mitgliedern für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung gutzuheissen. Die von der regulären Grösse von 15 Mitgliedern abweichende Mitgliederzahl bedarf gemäss § 42 Abs. 2 GO der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Ratsmitglieder.

Die Fraktion Grünes Bündnis beantragt eine Spezialkommission von 15 Mitgliedern einzusetzen.

Roland Stark, Referent des Büros: Die Stimmbevölkerung unseres Kantons hat am 30. Oktober 2005 mit 29'000 gegen etwa 9'000 Stimmen mit einem Mehr von 75% die neue Kantonsverfassung angenommen. Diese Kantonsverfassung hat zur Folge, dass eine ganze Reihe von Gesetzen angepasst werden müssen. Dies wird gestaffelt vor sich gehen. Es gibt Paragraphen, die eine dringliche Behandlung erfordern. Das sind die Paragraphen, die sich auf die nächsten Wahlen, auf die Organisation und die Grösse des Parlaments beziehen. Sie müssen bei den Wahlen im Jahr 2009 in Kraft sein. Dann gibt es Paragraphen, die mehr Zeit benötigen und längerfristig angeschaut werden können.

Das Büro des Grossen Rates hat sich an einer Reihe von Sitzungen zusammen mit den Vertretern, die in der Task Force des Justizdepartements zur Umsetzung der Kantonsverfassung arbeiten, mit diesen Problemen beschäftigt. Wir sind zum Schluss gekommen, dass für diejenigen Paragraphen in der Kantonsverfassung, die eine direkte Auswirkung auf die Geschäftsordnung unseres Parlaments haben, es sinnvoll ist, eine Spezialkommission einzusetzen. Im Unterschied zur teilweise vertretenen Meinung, dass es sich dabei nur um ganz wenige Paragraphen handle, hat sich herausgestellt, dass der Anpassungsbedarf für unsere Geschäftsordnung wesentlich grösser ist. Selbst in der vom Justizdepartement erarbeiteten vorläufigen Synopse, die auflistet, welche Paragraphen einen unmittelbaren Revisionsbedarf haben und wer dafür zuständig ist, gibt es eine grosse Anzahl von

Paragraphen, die bei der Zuständigkeit die Bemerkung Grosser Rat oder Büro haben. Wir beantragen Ihnen deshalb eine Spezialkommission. Es ist uns klar, dass die jetzige Geschäftsordnung ein Flickwerk ist. Wir haben diese Geschäftsordnung mehrmals teilrevidiert. Es gibt Bestimmungen, die merkwürdig eingereiht oder unpräzise sind. Es gibt solche, die in den Ausführungsbestimmungen fehlen. Wenn jetzt ein oder zwei Dutzend Paragraphen in Folge der Umsetzung der Kantonsverfassung revidiert werden müssen, dann wird es zwangsläufig so sein, dass wir schlussendlich eine Neufassung unserer Geschäftsordnung machen müssen, damit wir damit arbeiten können. Die Geschäftsordnung ist eine wichtige Arbeitsgrundlage unseres Parlaments. Wir können nicht mit einem Flickwerk herumfuchteln, wo niemand mehr draus kommt.

Diese Spezialkommission sollte möglichst rasch, im Verlaufe des Januars, an die Arbeit gehen können. Die Grösse der Kommission scheint umstritten zu sein. Wir sind im Büro davon ausgegangen, dass es sich bei der Umsetzung dieser Paragraphen nicht um eine parteipolitische Angelegenheit im eigentlichen Sinne handelt. Es ist eine technische Materie. Der politische Handlungsspielraum dieser Kommission ist äusserst gering und die Materialien zur Kantonsverfassung aus den Kommissionen müssen berücksichtigt werden. Es handelt sich um eine technische Anpassung der Geschäftsordnung an die Bedingungen der neuen Kantonsverfassung. Diese Arbeit muss zügig vorangebracht werden. Wir haben Fristen in der Kantonsverfassung und wir haben Fristen, wann die nächsten Wahlen sind. Darum haben wir gesagt, dass eine möglichst kleine Gruppe dies erarbeiten soll. Die Fraktionen sollen selbstverständlich vertreten sein. Dies ist mit einer Kommission von neun Personen gewährleistet. Ich bitte Sie den Anträgen des Büros, Einsetzung einer Spezialkommission und Änderung der Geschäftsordnung auf 9 anstatt 15 Mitglieder zuzustimmen.

Urs Müller (Grünes Bündnis): Roland Stark hat die Geschichte, wie es zu dieser Kommission gekommen ist, teilweise geschildert. Der Regierungsrat hat uns vor ein paar Tagen mit einem ehrgeizigen Schreiben seinen Zeitplan aufgezeigt und was alles getan werden muss. Dass es dabei grossratsspezifische Anliegen gibt, die wir in unserem Hause selber regeln müssen und dazu eine Kommission brauchen, ist unserer Fraktion nach einigen Diskussionen klar geworden. Es ist richtig, dass das nicht das Büro selbst macht, weil es doch einige Anliegen sind, die durchaus eine politische Brisanz haben und nicht nur technischer Art sind. Wir anerkennen das Anliegen und wir wissen, dass ein breites Fachwissen in dieser Kommission vorhanden sein muss. Wenn wir aber gleichzeitig aus dem Umfeld der Befürworter der Kommission hören, dass eine Expertise bei ehemaligen Verfassungsräten gemacht werden muss, dann fragt man sich, ob eine kleine schlanke Kommission das richtige ist und ob wir uns nicht breiter abstützen sollten. Bei den Wahlkreisen, bei den Kommissionsangelegenheiten und bei der Frage der Unvereinbarkeit sind durchaus Diskussionen im Gange, die nicht nur technischer Art sind. Aus diesem Grund, weil wir das politisch breit abstützen wollen, sind wir der Meinung, dass es wie in allen anderen Fällen auch eine Kommission mit 15 Mitgliedern braucht. Dadurch kann mehr Fachwissen einfliessen, es können alle Fraktionen berücksichtigt werden und gleichzeitig kann auf Expertisen bei Alt-Verfassungsräten, welche ihre Arbeit erfolgreich abgeschlossen haben, verzichtet werden.

Wir stellen den Antrag auf eine Kommission mit 15 Mitgliedern und erwarten, dass die Kommission ihre Arbeit selbst erledigt und nicht viel Geld für Expertisen ausgibt.

Michael Martig (SP): Die Spezialkommission ist sicher sinnvoll. Es ist klar, dass die Spezialkommission einen eng umschriebenen Auftrag hat. Es geht um die Umsetzung von den Grossen Rat betreffenden Verfassungsbestimmungen. Es gilt hier ein ganz pragmatisches Werk zu erledigen. Vor diesem Hintergrund ist für die sozialdemokratische Fraktion eine Verkleinerung der Spezialkommission durchaus möglich. Es ist gewährleistet, dass alle Fraktionen mit einer kleinen Ausnahme vertreten sind. Wir bekommen damit vielleicht auch etwas Übung, was wir in Zukunft sowieso üben müssen, nämlich dass diese Kommissionen kleiner werden. Die Verkleinerung des Grossen Rat ist beschlossene Sache. Ich gehöre auch nicht zu denen, die das nur gut finden.

Die Spezialkommission soll entscheiden, ob und in welcher Form sie Experten beiziehen will. Das ist Sache der Spezialkommission und es soll niemand sonst entscheiden, ob Experten zuzuziehen sind, auch nicht das Büro. Die Kommission soll ihren Auftrag nicht einfach ausweiten und sich nicht über alles in der Geschäftsordnung Gedanken machen. Dass man die Ordnung neu strukturiert ist denkbar, aber es geht nicht darum, eine Kommission zur Überarbeitung der Geschäftsordnung einzusetzen. Mit diesen klaren Leitplanken, die im Vorschlag vom Büro gesetzt sind, stimmt die sozialdemokratische Fraktion der Neunerspezialkommission zu.

Annemarie von Bidder (VEW): Ich bitte Sie bei der Neunerkommission zu bleiben und nicht dem Antrag des Grünen Bündnis zuzustimmen. Als Mitglied einer kleinen Partei hätten wir allen Grund dazu für eine Fünfzehnerkommission zu votieren. Wir hätten dann einen ganzen Sitz und nicht nur, wie bei einer Neunerkommission, einen halben. Wir sehen es als sachgerecht an, dass es nur eine Neunerkommission ist. Es geht in erster Linie darum, die Geschäftsordnung an die neue Verfassung anzupassen und dabei die Gelegenheit zu nutzen, die in den letzten Jahren schrittweise eingeführten Reformen in die Geschäftsordnung zu übernehmen.

Die politische Diskussion ist geführt. Die Verfassung wurde vom Volk angenommen. Natürlich hat diese Kommission ein paar wichtige Aufgaben, da stimme ich Urs Müller zu, die gerade für kleinen Parteien lebensnotwendig sind. Es geht um die Grösse der Fraktionen, um die Festlegung der Wahlkreise, nachdem dem Grossen Rat nur noch 100 Mitglieder angehören. Ich bin etwas stutzig, weil ich überall höre, dass man das eigentlich nicht wollte. Im Verfassungsrat haben die 100 Mitglieder eine Mehrheit erhalten. Ich höre von grossen Fraktionen, dass sie es auch

nicht wollten. Ob wir nun zwei Vertreter in einer Fünfzehnerkommission oder ein Vertreter in einer Neunerkommission sind, wir haben gleich viele Stimmen. Es ist für uns wichtig, dass man die Anliegen der kleinen Parteien in dieser Neunerkommission ernst nimmt und dass sie in der neuen Geschäftsordnung berücksichtigt werden. Es spielt keine Rolle, ob das eine Fünfzehner- oder eine Neunerkommission ist. Wir sind in beiden Fällen auf den Goodwill der grösseren Parteien angewiesen. Ich appelliere hier, dass man uns anhört.

Als gemeinsame Vertreter haben wir uns für einen DSP-Vertreter entschieden, Stephan Maurer. Stephan Maurer hat unser Vertrauen und wir werden eng miteinander zusammenarbeiten, wenn es um diese Punkte geht. Ich bitte Sie, der Neunerkommission zuzustimmen.

Hansjörg M. Wirz (DSP): Ich möchte zwei Bemerkungen zum Votum von Urs Müller machen. Über die Grösse dieser Kommission möchte ich mich nicht äussern. Ich könnte mich auch der Fünfzehnerkommission anschliessen. Was Urs Müller gesagt hat, dass wir keine Experten brauchen, das würde ich in vielen Fällen unterzeichnen. Ich habe diesem Verfassungsrat auch angehört. Von 60 Mitgliedern waren 20 Juristen. Wir hatten insbesondere zwei Juristen, Stephan Wullschleger, SP, und Bernhard Christ, LDP, deren Verdienste enorm waren, wenn es darum ging, juristische Fragen zu klären und zwar so, dass sie links, rechts und in der Mitte akzeptabel waren. Ich möchte unserem Justizminister nicht zu nahe treten, aber es war oft der Fall, dass die juristische Expertise die aus dem Justizdepartement kam, der Sache nicht genügte. Wir waren dankbar, dass es diese Experten gab, die dem Büro des Verfassungsrates und dem Verfassungsrat zur Seite stehen konnten. In diesem Fall würde ich die mögliche Rolle von Experten nicht zum Vornherein ausschliessen. Damit würde man einen grossen Fehler machen.

RR Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD): Ob die Juristen aus dem Justizdepartement die genügend Expertisen bei der Umsetzung der neuen Verfassung haben, um behilflich sein zu können, das kann ich aufgrund der Erfahrungen im Verfassungsrat nicht einschätzen. Ich war damals noch nicht im Amt. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir sehr bereit sind mit dieser Spezialkommission zusammenzuarbeiten und dass wir uns freuen, dass wir einen Teil der Umsetzungsarbeit, nämlich den Teil, der den Grossen Rat direkt betrifft, sehr gerne abgeben. Das ist Ihre Aufgabe, das betrifft Sie ganz direkt und Sie sollen das in Eigenregie tun. Wir wünschen uns eine enge Zusammenarbeit. Es gibt Schnittstellen zu anderen Gesetzesanpassungen. Da können wir unsere Hilfe anbieten und geben Ihnen die Garantie, dass wir diese Arbeiten sehr eng mit Ihnen koordinieren möchten. Wir wünschen uns das Gegenrecht und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Roland Stark, Referent des Büros: Eine kurze Bemerkung zu der Expertise. Das Büro hat keine Expertise bestellt. Das Büro hat die Kompetenz gemäss Geschäftsordnung für Geschäfte, die sie nicht selber behandeln kann oder will, Hilfe in irgendwelcher Form beizuziehen, Experten oder juristische Ratgeber. Die Verwaltung kann das übrigens auch. Das Büro hat in diesem Fall tatsächlich einen Experten berufen, der uns einen Überblick macht, wie der Anpassungsbedarf bei der Geschäftsordnung bei der Umsetzung der Kantonsverfassung ist. Diese Arbeit wird der Kommission zur Verfügung gestellt. Die Kommission ist frei zu sagen, dass sie das nicht will und wieder von Vorne beginnen möchte. Wir haben diesen Auftrag in unserer Kompetenz erteilt. Die Sache ist nicht so einfach. Der Regierungsrat hat uns in seinem Schreiben mitgeteilt, dass wir uns mit den Paragraphen 97 bis 99 der Geschäftsordnung befassen sollen. Abgesehen davon, dass die Geschäftsordnung nur 60 Paragraphen hat, haben wir uns damit befasst und festgestellt, dass etwa 33 bis 35 Paragraphen direkt oder indirekt mit der Geschäftsordnung verhängt sind. Es geht hier um eine Arbeit mit einem grösseren Ausmass als nur um die Anpassung von einem oder zwei Paragraphen. Aus diesem Grund hat das Büro beschlossen, eine zusammenfassende Darstellung eines Experten einzuholen.

Der Verfassungsrat hat fünf Jahre gearbeitet. Sie haben den Text der Verfassung vor sich. Dahinter müssen Sie aber bei der Erarbeitung des Gesetzes auf die Materialien des Verfassungsrates zurückgreifen. Sie müssen die Kommissionsberichte lesen, Sie müssen die Diskussionen nachvollziehen, Sie müssen wissen, was der Verfassungsrat bei der Beschlussfassung gemeint hat und was er nicht gemeint hat. Es steht jeder Kommission frei, diese Arbeit selber zu machen und im Staatsarchiv monatelang in den Materialien des Verfassungsrates zu graben, um dies herauszufinden. Das Büro hat es für zweckmässig befunden auf den Sachverstand von Leuten zurückzugreifen, die an dieser Arbeit bereits beteiligt waren. Das gleiche hat im Übrigen das Justizdepartement auch gemacht. Sie haben für die Revisionsarbeit der Verfassung auch den Sachverstand von Aussen beigezogen. Sie haben im Gegensatz zum Büro auf einen Sozialdemokratischen Experten zurückgegriffen, wir eben nicht. Sie sehen, wie konsensorientiert wir hier arbeiten. Darum bitte ich Sie, dem Bericht des Büros zuzustimmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Abstimmung

für den Antrag des Büros (9 Kommissionsmitglieder) stimmen 78 Mitglieder,

für den Antrag der Fraktion Grünes Bündnis (15 Kommissionsmitglieder) stimmen 12 Mitglieder.

Die erforderliche Zweidrittelmehrheit (Quorum: 60) für den Antrag des Büros ist zustandegekommen.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig:

I.

Es wird eine Spezialkommission im Sinne von § 42 der Geschäftsordnung des Grossen Rates eingesetzt, welche den Auftrag hat, die Umsetzung der den Grossen Rat betreffenden Verfassungsbestimmungen in gesetzgeberischer Hinsicht vorzubereiten und dem Grossen Rat rechtzeitig vor Inkrafttreten der neuen Verfassung Änderungen der Organisationsnormen des Grossen Rates zu beantragen. Der Rat kann der Kommission weitere Aufgaben im Zusammenhang mit der neuen Verfassung zuweisen.

II.

Die Spezialkommission umfasst 9 Mitglieder.

III.

Das Büro wird beauftragt, umgehend die Spezialkommission zu bestellen und das Präsidium zu bestimmen.

IV.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Sitzungsunterbruch: 18:02 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung: 20:00 Uhr

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: ich gebe Ihnen die Zusammensetzung der Spezialkommission zur Behandlung der Vorlagen für die neue Verfassung bekannt (Beschluss des Büros vom 7. Dezember 2005):

Präsident:	Lukas Engelberger (CVP)
Mitglieder:	Andreas Burckhardt (LDP)
	Talha Ugur Camlibel (SP)
	Anita Heer (SP)
	Bruno Mazzotti (FDP)
	Stephan Maurer (DSP)
	Roland Stark (SP)
	Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis)
	Angelika Zanolari (SVP)

11. Bericht der Justiz- Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates betreffend Partnerschaftliche Behandlung des Ratschlags betreffend Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz).

[07.12.05 20:05:36, JSSK, SiD, 04.1309.02]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und die partnerschaftliche Behandlung des Ratschlags zum neuen Integrationsgesetz gutzuheissen.

Ernst Jost, Präsident der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission: Zuerst möchte ich Ihnen für die heutige Wahl in dieses Präsidium danken und für das Vertrauen, das Sie mir mit dieser Wahl entgegenbringen. Zweitens möchte ich es nicht unterlassen, Margrith von Felten für ihre Genesung alles Gute zu wünschen und der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, dass sie bald wieder in alter Frische am Geschehen dieses Hauses teilnehmen kann.

Zur Sache: Der Bericht, der Ihnen die JSSK heute vorlegt, hat seine Grundlage in einer Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Zusammenarbeit der Behörden. Diese Vereinbarung wurde im Jahre 1977 abgeschlossen. Sie finden diese Vereinbarung auf Seite 71 unserer Grossratsfibel. In dieser Vereinbarung wird einerseits die Zusammenarbeit der Regierungen geregelt. Die Regierungen haben die Ziele der Zusammenarbeit der beiden Kantone zu entwickeln, einander laufend über Gesetzesrevisionen und Planungsprojekte zu informieren und alle Fragen von gemeinsamem Interesse zu beraten. Dieser Aufgabenstellung sind die beiden Regierungen nachgekommen und haben ihre bereits existierende partnerschaftliche Integrationspolitik in den Gesetzesentwurf umgemünzt, der nun dem basellandschaftlichen und unserem Parlament zur Behandlung vorliegt. Der Antrag an die Parlamente, das Gesetz als partnerschaftliches Geschäft zu behandeln, wurde vom Regierungsrat in seinem Ratschlag gestellt. Die Parlamente können nach Paragraph 7 der Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Behörden den Beschluss fassen, ein Geschäft als partnerschaftliches zu behandeln. Da ein Integrationsgesetz schon seiner Natur nach ein Zusammenwirken erfordert und es sich auch nicht um eine Genehmigung von Verträgen betreffend gemeinsame Institutionen handelt, ist die JSSK zur Auffassung gelangt, dass es im vorliegenden Fall einen expliziten Grossratsbeschluss braucht, um die partnerschaftliche Behandlung durchführen zu können. Heute geht es ausschliesslich um diese Frage. Wie das Integrationsgesetz inhaltlich aussehen soll, steht hier nicht zur Debatte. Über diese Frage werden wir uns sicher noch die Köpfe heiss reden, wenn Sie heute über das Vorgehen beschlossen haben. Die JSSK hat die Frage, ob eine partnerschaftliche Behandlung wünschenswert ist, ausführlich beraten und präsentiert Ihnen die Überlegungen dazu im Bericht, den Sie vor sich haben. Die Kommission gelangt zum Schluss, dass inhaltlich ein gemeinsames Integrationsgesetz absolut wünschbar ist. Es war nicht einzusehen, wieso eine Integrationspolitik dies- oder jenseits der Hülftenschanz andere Ziele oder Inhalte haben soll. Wir haben mit Baselland Umweltbedingungen, Arbeitsbedingungen und Lebensbedingungen gemeinsam und darum macht es Sinn, die Migrationsbevölkerung in beiden Kantonen mit den gleichen Zielsetzungen in den Integrationsprozess zu führen. Die JSSK hat zur Kenntnis genommen, dass auch in Baselland Integrationsmassnahmen auf kantonaler Ebene behandelt und finanziert werden. Die Verschiedenheit in den kommunalen Strukturen in den beiden Kantonen muss einem gemeinsamen Gesetz nicht im Wege stehen. Das alles hat die JSSK dazu bewogen, die partnerschaftliche Behandlung des Integrationsgesetzes mit unserem Partnerkanton zusammen einstimmig beliebt zu machen. Für die JSSK bitte ich Sie, diesem Antrag zu folgen.

Sibel Arslan (Grünes Bündnis): Auch wir vom Grünen Bündnis sind für eine partnerschaftliche Behandlung des Integrationsgesetzes. Eine regionale Zusammenarbeit beider Kantone ist auch in unserem Interesse, da dieses Gesetz grenzüberschreitend für Migrantinnen und Migranten in beiden Kantonen von grosser Bedeutung ist. Ein weiteres dafürsprechendes Kriterium für eine partnerschaftliche Bedeutung ist das gemeinsame Auftreten der beiden Kantone beim Bund. Es ist klar, dass Verhältnisse genau zu beachten und Kompromisse einzugehen sind, wobei ich an dieser Stelle erwähnen möchte, dass diese Kompromisse für uns nur in organisatorischen Abläufen in Betracht kommen, aber keine inhaltlichen Verschärfungen bedeuten dürfen. Soweit wir eine gemeinsame und befriedigende Zusammenarbeit sehen, widerspricht nichts gegen eine partnerschaftliche Behandlung dieses Geschäftes. Deshalb bitte ich Sie im Namen des Grünen Bündnis diesen Antrag zu überweisen, wie auch wir das machen werden.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig:

Der Ratschlag betreffend Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz) vom 21. Juni 2005 (04.1309.01) wird im Sinne von § 7 der Vereinbarung zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über die Zusammenarbeit der Behörden vom 17. / 22. Februar 1977 als partnerschaftliches Geschäft mit dem Landrat behandelt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Ratschlag betreffend Einführung einer Schuldenbremse.

[07.12.05 20:13:00, FKom, FD, 03.0155.02]

Die Finanzkommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und die Einführung einer Schuldenbremse gutzuheissen.

Die LDP-Fraktion beantragt, die Schuldenbremse gemäss dem Vorschlag des Regierungsrates zu beschliessen.

Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission: Ich freue mich, Ihnen heute namens der Finanzkommission den Bericht zum Ratschlag 9220 betreffend einer Schuldenbremse vorzustellen. Wir schlagen Ihnen heute ein eigenes Modell einer Schuldenbremse vor, dass zwar auf dem Ratschlag des Regierungsrates beruht, im Vergleich zu diesem aber einfach, verbindlich und ausgewogen ist. Wir sind davon überzeugt, dass unser Vorschlag, der in der Kommission einstimmig bei zwei Enthaltungen verabschiedet wurde, im Grossen Rat eine Mehrheit finden wird, sind wir doch alle daran interessiert, den am 30. Oktober 2005 vom Volk gutgeheissenen Verfassungsauftrag bestmöglich zu erfüllen.

Lassen Sie mich einen kurzen Blick zurück machen. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Schuldenlast des Kantons Basel-Stadt in den 90er-Jahren hat der Regierungsrat 2003 einen Ratschlag zur Einführung einer Schuldenbremse vorgelegt. Die Schuldenbremse soll ein Überschiessen der Ausgaben erschweren und dazu beitragen, dass künftig keine schmerzhaften Sparpakete notwendig sind. Die Finanzkommission der letzten Legislatur unterstützte dieses Vorhaben von Beginn an, konnte aufgrund anderer Prioritäten in ihrer Amtszeit keinen Bericht mehr vorlegen. In einer intensiven und sich über mehrere Monate erstreckenden Beratung gelangten wir, die neue Finanzkommission, zur Überzeugung, dass das Modell der Regierung nicht mehrheitsfähig ist und in einigen Punkten noch verbessert werden muss. Insbesondere war es uns ein Anliegen, die Schuldenbremse möglichst einfach zu gestalten, ohne dabei Abstriche an ihrer Verbindlichkeit zu machen. Ausgehend vom Ratschlag 9220 und dem Auftrag in der kürzlich vom Volk gutgeheissenen neuen Verfassung, haben wir uns nach internen Diskussionen und Anhörungen von Experten auf folgende drei Prinzipien einer Basler Schuldenbremse geeinigt:

Prinzip einfach. Die Schuldenbremse soll einem möglichst einfachen Mechanismus folgen. Den Vorschlag des Regierungsrates erachten wir als zu kompliziert.

Prinzip verbindlich. Die Schuldenbremse muss grundsätzlich verbindlich sein und namentlich einem klaren Korrekturmechanismus für den Fall definieren, falls die Schulden das erlaubte Mass überschreiten.

Prinzip ausgewogen. Die Schuldenbremse muss dazu führen, dass die Schulden des Kantons ein gewisses Verhältnis zur volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht übersteigen. Darüber hinaus soll sie keine Neigung zu mehr oder weniger Ausgabenwachstum oder zu einer bestimmten Entwicklung der Staatsquote enthalten.

Im Vergleich zum Ratschlag 9220 des Regierungsrats enthält unser Modell im wesentlichen folgende Änderungen, die ich Ihnen gerne noch einmal kurz erläutern möchte.

Erstens die Zielgrösse Nettoschuldenquote. Wir begrüssen, dass als Massgabe für die Schuldenbremse einerseits die Nettoschulden, das sind die Bruttoschulden abzüglich des Finanzvermögens, andererseits nicht deren absolute Höhe, sondern deren Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft dienen soll. So sieht es auch die Kantonsverfassung vor. Wir schlagen konkret vor, dass zur Messung der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht das kantonale Volkseinkommen verwendet werden soll, sondern das Bruttoinlandprodukt der Schweiz. Die Grösse Volkseinkommen weist verglichen mit dem BIP starke und unvorhersehbare Schwankungen auf.

Zweitens die Höhe der Nettoschuldenquote. Schulden sind aus ökonomischer Sicht weder prinzipiell gut noch böse. Es gibt keine objektiven Kriterien, wie hoch das Niveau der Nettoschuldenquote sein darf und folgerichtig unterschiedliche politische Bewertungen. Nach einer ausführlichen Diskussion haben wir uns auf eine maximal zulässige Schuldenquote von 7,5 Promille verständigt. Dieser Wert liegt wie jener im Ratschlag - 20% der Volkseinkommens - deutlich über der aktuellen Nettoschuldenquote, lässt aber der Politik nur soviel Spielraum, dass diese angehalten wird, die aktuelle Quote zu stabilisieren.

Dies ist der Korrekturmechanismus. Wir sprechen uns wie der Regierungsrat dafür aus, dass es einen klaren Korrekturmechanismus für den Fall bedarf, dass die Schuldenquote über der zulässigen Höhe von 7,5 Promille liegt. Eine so genannte Korrekturphase soll unmittelbar einsetzen, aber keinen Zeitpunkt definieren, bis zu dem die Vorgaben der Schuldenbremse wieder eingehalten werden müssen. Sobald und so lange die Nettoschuldenquote über 7,5 Promille liegt, darf der ordentliche Nettoaufwand lediglich mit der Teuerung wachsen. Legt die Regierung ein Budget vor, das diese Vorgabe nicht einhält, braucht sie dafür die Zustimmung einer Mehrheit von zwei Dritteln im Grossen Rat. Zur Erinnerung: Der Ratschlag der Regierung sah dafür nur ein absolutes Mehr vor. Wird dieses Mehr nicht erreicht muss die Regierung dem Grossen Rat an dessen nächsten Sitzung ein Budget vorlegen, das konform zur Schuldenbremse ist. Im Gegensatz zum Ratschlag macht unser Vorschlag in keinem Fall eine Vorgabe zur Entwicklung des ordentlichen Nettoaufwandes, wenn die Nettoschuldenquote unter dem zulässigen Wert liegt. Ganz von einer Regelung ausgenommen, sind die Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen.

Zum Ausgleichskonto. Der Ratschlag sieht für den ordentlichen Nettoaufwand sowie die Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen je eine Schattenrechnung vor, der Unter- und Überschreitungen der Budgetvorgaben gutgeschrieben beziehungsweise belastet werden. Die Ausgleichskonti müssten für das nächste Budget ganz oder teilweise bezogen beziehungsweise kompensiert werden. Wir, die Finanzkommission, verzichten vollständig auf dieses Ausgleichskonto, was eine weitere Vereinfachung der Schuldenbremse mit sich bringt.

Zur Einnahmenseite. Wir sprechen uns klar dafür aus, dass der Vorschlag der WAK, den Sie im Mitbericht zum Ratschlag 9220 im März 2004 gemacht hat, nicht ins Finanzhaushaltsgesetz aufgenommen wird. Wir unterstützen das Anliegen, dass in einer Phase, in der die Nettoschuldenquote über 7,5 Promille liegt und der ordentliche Nettoaufwand nicht mehr wachsen darf, der Grosse Rat keine Steuern senken soll. Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass diese Haltung Ausdruck des politischen Willens sein sollte und keiner expliziten Regelung bedarf.

Wir legen Ihnen heute einen konkreten Vorschlag zur Schuldenbremse vor, der auf dem Antrag des Regierungsrates beruht, aber unserer Meinung nach politisch breiter abgestützt ist. Er ist, wie mehrfach gesagt, einfach, verbindlich und ausgewogen und steht im Einklang mit der neuen Verfassung. Auch wenn man bezüglich der Höhe der Nettoschuldenquote eine unterschiedliche Meinung haben kann, appelliere ich heute an alle Fraktionen, diesen austarierten 7,5 Promille zuzustimmen.

Ich bin gespannt auf Ihre Debatte und wir werden sehen, was die einzelnen Fraktionen dazu meinen.

RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD): Die neue Basler Verfassung verlangt die Einführung einer Schuldenbremse. Die Finanzkommission hat sehr schnell reagiert und legt Ihnen heute bereits einen Vorschlag zur Umsetzung dieses Verfassungsartikels vor. Sie hat sich bei ihrer Arbeit nicht nur mit dem Ratschlag des Regierungsrates auseinander gesetzt, sondern auch mit den Beratungen des Verfassungsrates und den Beratungen der früheren Kommission für Wirtschaft und Abgaben, welche den Ratschlag der Regierung in der letzten Legislatur bereits beraten hatten, ohne das Geschäft abzuschliessen. Die Finanzkommission hat es nicht dabei belassen, Ja oder Nein zu sagen zum Ratschlag der Regierung oder Ihnen einfach ein paar Änderungsanträge zu stellen. Sie macht einen Vorschlag, der von der Schuldenbremse der Regierung ausgeht, der aber einige wesentliche Änderungen beinhaltet. Ich möchte Ihnen die Einschätzung des Regierungsrates zum Vorschlag der Finanzkommission darlegen und Ihnen aufzeigen, wo die wesentlichen Unterschiede liegen. Um es vorweg zu nehmen, der Regierungsrat akzeptiert die Vorschläge der Finanzkommission.

Wie der Vorschlag des Regierungsrates will auch der neue Vorschlag die Schulden im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stabilisieren. In dieser langfristigen Zielsetzung besteht in der Einschätzung der Regierung praktisch kein Unterschied zwischen den beiden Vorlagen. Der neue Vorschlag ist hingegen einfacher und transparenter als derjenige des Regierungsrates. Dies könnte die Wirksamkeit des Instrumentes letztlich verstärken. Der Vorschlag der Finanzkommission bringt zudem eine technische Verbesserung, indem nicht mehr das Volkseinkommen, sondern das Bruttoinlandprodukt der Schweiz die Basis für die Schuldenquote bringt. In diesem Punkt hätte der Vorschlag des Regierungsrates wahrscheinlich angepasst werden müssen, da sich in der Zwischenzeit gezeigt hat, dass das Volkseinkommen zu starken Schwankungen ausgesetzt ist. Damit ist es als Basis einer so wichtigen Steuerungsgrösse nicht geeignet.

Der Vorschlag der Finanzkommission unterscheidet sich vor allem in einem Punkt deutlich vom Vorschlag des Regierungsrates. Die Korrekturphase dauert im Vorschlag der Finanzkommission nur so lange bis die zulässige Nettoschuldenquote unterschritten wird. In der so genannten Expansionsphase ist das Wachstum der Ausgaben nicht eingeschränkt wie im Vorschlag des Regierungsrates. Dies bedeutet mehr Verantwortung für Regierungsrat und Parlament. Mehr Verantwortung aber kein Freipass für Ausgabenwachstum auch und gerade in Zeiten wie heute, in denen die Steuereinnahmen aufgrund der guten Konjunktur wieder etwas reichlicher fliessen. Der Regierungsrat wird alles daran setzen, das Ausgabenwachstum zu beschränken und nur dort neue Ausgaben beantragen, wo Schwerpunkte gesetzt werden und dadurch unsere zukünftige Position verbessert werden kann. Es darf auf keinen Fall passieren, dass unachtsam mehr Geld ausgegeben wird, weil die Zeiten momentan etwas besser scheinen.

Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass es im Vorschlag der Finanzkommission für die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen auch in eine Korrekturphase keine Vorgaben gibt. Der Regierungsrat teilt die Meinung der Finanzkommission, dass dadurch die Wirksamkeit der Schuldenbremse nicht beeinträchtigt wird. In einer Korrekturphase besteht eher die Gefahr, dass bei den Investitionen überproportional gespart wird. Steigen die Investitionsausgaben zu stark an, widerspiegelt sich dies in der Schuldenquote. Die Korrekturphase dauert entsprechend länger, woran niemand ein Interesse haben kann.

Bei Ausnahmeregelungen, also wenn das Budget in der Korrekturphase nicht eingehalten werden kann, muss der Grosse Rat ein Zweidrittelsmehr erreichen anstelle eine absoluten Mehrs. Das ist eine Verschärfung gegenüber dem Vorschlag des Regierungsrates.

Zur Höhe der maximal zulässigen Schuldenquote von maximal 7,5 Promille des Bruttoinlandproduktes. Sie entspricht dem Durchschnitt der letzten Jahre der Obergrenze von 20 Prozent im Vorschlag der Regierung. Hier besteht kein Unterschied. Durch die momentan steigenden Steuererträge der juristischen Personen kann die Schuldenbremse mit einem angemessenen Abstand zur zulässigen Obergrenze starten. Allerdings wird sich die Regierung dadurch nicht in Sicherheit wiegen. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen sind in unserem Kanton sehr volatil, sie können zwischen CHF 250 und CHF 500 Millionen pro Jahr schwanken. Ausserdem laufen die Massnahmenpakte A+L nächstes Jahr aus. Mit diesen Paketen konnten in den letzten Jahren die steigenden Sozialkosten finanziert werden. Wenn sie daran denken, welche finanziellen Veränderungen durch den Bund auf uns zukommen könnten, Stichwort AHV-Revision, IV-Revision, Steuerreformen, dann ist der finanzielle Handlungsspielraum, den wir haben, weiterhin sehr klein.

Ein Wort noch zur Deckungslücke der Pensionskasse. Diese wird derzeit als Eventualverpflichtung im Anhang der Staatsrechnung geführt. Der Regierungsrat unterstützt das Vorgehen der Finanzkommission, diese Verpflichtung nicht zur Berechnung der maximal zulässigen Nettoschuldenquote beizuziehen, da bisher weder der Regierungsrat noch der Grosse Rat beschlossen haben, wie mit dieser Deckungslücke umgegangen werden soll. Wir möchten an dieser Stelle die Aussage der Finanzkommission bekräftigen, dass je nach Ausgestaltung der Revision des Pensionskassengesetzes befristete Änderungen an der Schuldenbremse beziehungsweise an der maximal zulässigen Schuldenquote vorzunehmen sind.

Der Regierungsrat will eine Schuldenbremse. Es ist schwer genug für uns alle, uns darauf zu einigen, wie viel Geld wir insgesamt ausgeben wollen, können und dürfen. Allzu mechanistische Instrumente erleichtern uns das Leben in dieser Hinsicht nicht, da sie eher zu unkontrollierten Ausgaben führen, anstatt zu langfristig gut durchdachter Planung. Gleichzeitig sind klare Leitplanken, die eine nachhaltige Finanzpolitik garantieren, eine Erleichterung für uns alle. Diese Leitplanken setzen der Vorschlag der Finanzkommission und der Ratschlag der Regierung. Beide führen langfristig zum selben Ziel, die Schuldenstabilisierung. Gleichzeitig ist der Vorschlag der Finanzkommission einfacher und weniger mechanistisch und gewichtet in der Umsetzung die politische Verantwortung der Entscheidungsträger höher. Dass er einfacher ist, könnte seine Wirksamkeit verstärken. Der Regierungsrat teilt ausserdem die Meinung der Finanzkommission, dass ihr Vorschlag mehrheitsfähiger sein dürfte und kann sich ihm deshalb anschliessen. Aber, und das ist ein wichtiger Zusatz, in der Form, wie ihn die Finanzkommission heute vorschlägt. Es ist ein Gesamtpaket und wir beantragen Ihnen, alle heute vorliegenden Änderungsanträge abzulehnen.

Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis): Seit in der Mitte der 90er Jahre die Verschuldung des Kantons enorm zugenommen hat, bestimmt das Thema der mangelnden Staatsfinanzen die Politik des Kantons. Sparpakete folgt auf Sparpaket. Das Paket zur Überprüfung von Aufgaben und Leistungen besetzt immer noch in vielerlei Hinsicht die politische Agenda. Sparen ist zu einem Sparzwang geworden, das Lamentieren über die hohe Verschuldung zu einem Dauerthema, das droht kreative Impulse, notwendige Investitionen und mutige Visionen zu ersticken. Es muss in Erinnerung gerufen werden, dass sich die Schuldensituation des Kantons deutlich verbessert hat. In den letzten Jahren wurden Schulden in der Höhe von CHF 300 Millionen abgebaut, trotz Steuersenkungen von mehreren CHF 100 Millionen und trotz grösseren Rückstellungen für die Pensionskasse. Die Schuldenquote ist unter die Schwelle gesunken, die noch vor wenigen Jahren selbst bürgerlichen Politikern als kaum erreichbares Ziel vorschwebte. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als der damalige Finanzdirektor Ueli Vischer erklärte, man könnte zufrieden sein, wenn die jährliche Neuverschuldung nicht grösser als CHF 100 Millionen betrage. Derselbe Regierungsrat definierte als Ziel die Unterscheidung einer Nettoschuldenquote von 20%, entsprechend den 7,5 Promille des Bruttoinlandproduktes, das die Finanzkommission vorschlägt. Wir haben es geschafft, wir liegen darunter. Das ist die Ausgangslage, wenn wir jetzt über die Einführung der Schuldenbremse diskutieren. Unsere Fraktion hat immer deutlich erklärt, dass wir die Zielsetzung einer nachhaltigen Finanzpolitik unterstützen, Einnahmen und Ausgaben

des Staatshaushaltes sollen im Gleichgewicht stehen, ebenso Schulden und Vermögenswerte. Wir können deshalb die Forderung oder das Anliegen unterstützen, dass die jährliche Neuverschuldung nicht stärker wachsen soll als das Volkseinkommen. Anders formuliert, wir sind damit einverstanden, dass die Nettoschuldenquote unter einem bestimmen Niveau bleiben sollte. Wir haben auch immer gesagt, dass bei dieser Balance nicht nur die Ausgabenseite sondern auch die Einnahmenseite zu berücksichtigen ist. Gleichzeitig hat sich unsere Fraktion immer deutlich gegen einen starren institutionalisierten Mechanismus, das heisst eine Schuldenbremse, gewehrt, weil er den Handlungsspielraum der Politik, also den Handlungsspielraum von Regierungsrat und Parlament, einschränkt. Es gibt zwei Argumente für diese Haltung.

Erstens ein radikaldemokratisches Argument: Wir formulieren den Anspruch an die Politik, dass diese auch unter schwierigen Bedingungen in der Lage sein muss, rationale und notwendige Entscheide zu fällen, auch ohne dass ein institutionalisierter Mechanismus diese erzwingt.

Zweitens sind wir der Überzeugung, dass nicht nur Politikversagen, sondern auch konjunkturelle Umstände dazu führen können, dass kurzzeitig der Finanzhaushalt eines Staatswesens aus dem Lot gerät. Wir behaupten nicht, dass wir es nur den damalig bürgerlich dominierten Regierung und Grosser Rat zu verdanken haben, als die Schuldenquote in den 90er Jahren auf über 30% anstieg. In solchen konjunkturell bedingten Situationen erweisen sich in der Regel institutionalisierte Schuldenbremsen als untaugliche Instrumente und müssen ausser Kraft gesetzt werden.

Drittens haben wir erlebt, dass Schuldenbremsen als Instrument des institutionalisierten Staatsabbaus missbraucht werden.

Sie haben es gehört, unsere Fraktion hält an ihrer grundsätzlich kritischen Einschätzung des Instruments Schuldenbremse fest. Wir ziehen daraus die Konsequenz, dass wir in der Eintretensdebatte uns der Stimme enthalten werden. Damit ist auch gesagt, dass wir anerkennen, dass mit dem Vorschlag der Finanzkommission ein valabler Kompromiss auf dem Tisch liegt, den wir nicht radikal bekämpfen werden, weil er in Vergleich zum ursprünglichen Vorschlag der alten Regierung deutliche Verbesserungen enthält, was unsere Fraktion anerkennt. Unsere Haltung wird nicht zuletzt mitbestimmt von der Tatsache, dass die neue Verfassung eine Bestimmung enthält, die verlangt, dass der Kanton eine Schuldenbremse einführt. Der alte Vorschlag des Regierungsrates wäre für uns untragbar. Wir begrüssen, dass die Finanzkommission den Vorschlag der SP aufgenommen hat, das Bruttoinlandprodukt und nicht das kantonale Volkseinkommen als Bezugsgrösse zur Berechnung der Nettoschuldenquote zu nehmen. Das Basler Volkseinkommen ist viel zu variabel und zu stark von Zufälligkeiten bei den grossen Konzernen abhängig. Es wäre unvorsichtig und fahrlässig, die ohnehin starke Abhängigkeit unseres Kantons von der Grosspharmazie noch auf der finanzpolitischen Ebene zu institutionalisieren. Positiv ist auch, dass die Finanzkommission die der alten Regierungsvariante inhärente Tendenz nach unten eliminiert hat. Der Vorschlag der Kommission legt nur dann eine Vorgabe für die Ausgabenentwicklung fest, wenn die Nettoschuldenquote über der Quote von 7,5 Promille liegt. Schliesslich, und das ist für uns wichtig, ist der auf dem Tisch liegende Vorschlag unkompliziert und für jedermann verständlich und nachvollziehbar. Die Nettoschuldenquote des Kantons soll nicht höher als 7,5 Promille liegen. Das kann jedermann verstehen. Wir erwarten, dass die Entwicklung der Nettoschuldenquote alljährlich im Politikplan publiziert wird.

Ein letzter Punkt, weshalb unsere Fraktion der aktuellen Situation auch Positives abgewinnen kann. Es sollte heute allen deutlich geworden sein, dass sich die Schuldensituation des Kantons entspannt hat. Die Schuldenquote liegt unter den vor Jahren selbst gesetzten Zielwerten. Es ist deshalb nicht mehr länger gerechtfertigt, sinnvolle und notwendige Aufgaben mit dem Hinweis auf die Verschuldung zurückzustellen. Noch weniger gerechtfertigt und sehr schlecht beraten wäre der Kanton, wenn er notwendige Investitionen, welche in Zukunft die Leistungsfähigkeit, die Wohnlichkeit und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes steigern, vernachlässigen würde.

Eine abschliessende Bemerkung zur Höhe der Nettoschuldenquote. Diese wird nicht nur durch die Ausgaben, sondern auch durch die Höhe der Steuereinnahmen beeinflusst und lässt sich deshalb durch Steuersenkungen manipulieren. Aus diesem Grund unterstützt unsere Fraktion den Vorschlag der WAK, die vorgeschlagen hat, dass in Jahren, in denen wegen Überschreitung der zulässigen Quote der Nettoschulden eine Vorgaberegelung für den ordentlichen Nettoaufwand gilt, vom Grossen Rat keine Steuersenkungen beschlossen werden dürfen. In der Detailberatung wird unsere Fraktion einen diesbezüglichen Vorschlag einbringen.

Unsere grundsätzlichen Vorbehalte gegen eine Schuldenbremse werden wir mit unserer Stimmenthaltung beim Eintreten zum Ausdruck bringen.

Patrick Hafner (SVP): Ich nehme im Namen der Fraktion der SVP zum vorliegenden Bericht der Finanzkommission zur Schuldenbremse Stellung. Es ist richtig, dass etwas unternommen wird. Auch wenn in den letzten Jahren gewisse erste Erfolge verzeichnet werden konnten bezüglich Einschränkung der Schulden unseres Kantons, müssen wir dieses Thema auch weiterhin scharf im Auge behalten. Wir müssen insbesondere vorbeugen, damit in Zukunft keine Ausgabenexzesse mehr getätigt werden. Ich bin froh, dass die Stimmen der Regierung, auch wenn sie zum grossen Teil auf der anderen Seite des politischen Spektrums liegen, dem beipflichten.

Leider hat die vorliegende Form der Schuldenbremse gewisse Mängel, die ich kurz erwähnen möchte.

Der vorliegende Vorschlag lädt ein zum mehr Schulden machen. Wenn wir die Zahlen so akzeptieren, wie sie hier stehen, dann dürfen wir noch ein bisschen mehr Schulden machen. Das kann nicht der Sinn der Schuldenbremse sein. Offenbar ist es aus Akzeptanzgründen notwendig, so breit zu regeln und nicht schärfere Massnahmen

einzuführen. Ich finde das schade, es wäre schön, wenn wir durch das ganze politische Spektrum hinweg für unseren Kanton die Nettoschuldenquote entsprechend reduzieren beziehungsweise beschränken würden.

Insbesondere stört mich, dass im vorliegenden Bericht alle Mechanismen herausgefallen sind, die sich konkret um die Ausgaben kümmern. Ich verweise auf die Paragraphen 4a, b und c im Antrag des Regierungsrates.

Weiter ist für mich als Betriebswirtschafter und auch in Nationalökonomie nicht ganz Unbewandertem störend, dass man sich auf das BIP der Schweiz bezieht. BIP ist ein denkbar ungeeignetes Mass für die Schweiz, BSP wäre richtiger. Aber das scheint der Aufmerksamkeit entgangen zu sein, wie auch das meistens in den Medien und anderen politischen Äusserungen der Fall ist. Man müsste den Unterschied zwischen BIP und BSP mal genauer erklären, damit das alle wissen.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, diese Schuldenbremse zu akzeptieren. Lieber jetzt den Spatz in der Hand als von der Taube auf dem Dach träumen. Wir werden das Thema sehr streng im Auge behalten und uns vorbehalten, die Schuldenbremse allenfalls zu verstärken, wenn sich das als notwendig erweisen sollte.

Martin Hug (LDP): beantragt, die Detailberatung anhand dem Ratschlag des Regierungsrates durchzuführen.

Namens der liberaldemokratischen Fraktion beantrage ich Ihnen Eintreten und stelle den Antrag, wie er Ihnen vorgelegt wurde, dass die Detailberatung anhand des Ratschlags der Regierung durchzuführen sei. Wir werden zu Paragraph 4 verschiedene Änderungsanträge in der Detailberatung stellen.

Die LDP steht im am zweitstärksten verschuldeten Kanton der Schweiz mit voller Überzeugung hinter der Idee einer Schuldenbremse. Wir möchten nicht nur die Bremskabel anschaffen, sondern auch die Bremsklötze. Seit dem schon lange vorliegenden regierungsrätlichen Ratschlag, der nicht erst seit der Annahme der neuen Verfassung ausgearbeitet wurde, auch nicht von der Finanzkommission, hat sich die Schuldenquote durch grosse Anstrengungen reduzieren lassen. Es ist deshalb nicht zwingend, an den damaligen Vorgaben zur Höhe der Schuldenquote festzuhalten, zumal die zufliessenden Mittel aus dem Golderlöss der Nationalbank nicht berücksichtigt sind. Der Ratschlag der Regierung ist von zwei ausgewiesenen Experten schon längst geprüft und für sehr gut befunden worden, auch wenn er naturgemäss auf den ersten Blick etwas kompliziert erscheinen mag. Die vereinfachte abgespeckte Variante der Finanzkommission ist deswegen nicht per se besser, nur weil sie vereinfacht ist. Mit dem Festhalten am regierungsrätlichen Ratschlag unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen wird nach Ansicht der Fraktion der LDP der Zweck der Schuldenbremse besser oder überhaupt erst erreicht. So wird die Nettoschuldenquote reduziert, was mittelfristig ohne weiteres zu erreichen ist. Auch die Finanzkommission sagt, dass jede festgelegte Grenze der Nettoschuldenquote nicht eine objektivierbare Grösse, sondern eine politische Grösse ist.

Paragraph 4 Absatz 2 entspricht dem Vorschlag der Finanzkommission und ist vernünftig. Das BIP ist geringeren Schwankungen als das kantonale Volkseinkommen ausgesetzt. In Paragraph 4a Absatz 5 und 6 sind die redaktionellen Änderungen als Nachführungen der Änderung in Paragraph 4 Absatz 1 bezüglich der Vergleichsgrösse BIP eingefügt. Am Inhalt von Absatz 5 und Absatz 6 sollte nach Ansicht unserer Fraktion unbedingt festgehalten werden. Paragraph 4b des Kommissionsvorschlags soll sicherstellen, dass überhaupt ein Beschluss zustande kommt. Ein Zweidrittelmehr aller Stimmen ist ein authentischeres Abbild der Willensbildung, als die absolute Mehrheit alles Mitglieder des Grossen Rates, weil es immer von Zufällen und vom Zeitpunkt einer Sitzung abhängt, wer überhaupt da ist. Zwei Drittel der Anwesenden sind sicher eine vernünftige Grösse.

Wenn der Ratschlag anhand des Vorschlags der Finanzkommission beraten wird, so wird unsere Fraktion die vorliegenden Änderungsanträge in der Detailberatung einbringen.

Beat Jans (SP): Schuldenbremsen sind Bremsen im Kopf. Sie sind politisch völlig überbewertet, weil sie erstens meistens nicht funktionieren - der Bund und viele Kantone haben uns das vorgemacht - und weil sie zweitens unnötig sind. Wenn man einen ausgeglichenen Finanzhaushalt haben will, dann kann man das auch ohne Schuldenbremse, man muss es nur wollen. Es ist weniger der Mechanismus als der Wille, der entscheidet. Insofern ist die liberale Partei nicht ganz konsequent, wenn sie uns einen besonders rigorosen Mechanismus beliebt machen. Auch sie hat das Problem, dass der Mechanismus und der Wille nicht immer ganz identisch sind. Schauen wir die Theaterdebatte an. Wenn der zuständige Regierungsrat nicht sparen will beim Theater, dann will er das nicht, Schuldenbremse hin oder her. Vielleicht hat er ja gute Gründe, warum er das will, Schuldenbremse hin oder her. Was zählt, ist das, was wir wollen, ob wir uns einen Mechanismus auferlegen oder nicht. Die SP hat gesagt, dass sie die Belastung der Schulden für die künftigen Generationen nicht mehr erhöhen will, das heisst, sie sollen nicht stärker als die Wirtschaft wachsen. Das ist für uns ein Ziel, an dem wir arbeiten wollen, Schuldenbremse hin oder her.

Ich möchte Ihnen im Namen der SP-Fraktion beliebt machen, den Kompromiss, den die Finanzkommission ausgearbeitet hat, zu unterstützen, ohne Änderungen. Die Finanzkommission hat gut gearbeitet. Sie hat einen fein austarierten Kompromiss geschaffen und ich gratuliere der Finanzkommission und ihrem Präsidenten. Sollte sich an diesem Kompromiss etwas ändern, also die Anträge der Liberalen angenommen werden, stehen wir nicht mehr zum Paket. Wir werden die Zweidrittelmehrheit bekämpfen und das ganze Paket am Schluss ablehnen.

Wir finden den Kompromiss aus zwei Gründen gut. Erstens weil die Nettoinvestitionen nicht direkt tangiert werden. Der Staat muss auch in Krisensituationen Ausgaben investieren können. Das kann unter Umständen das richtige

Mittel sein, um einer Krise zu begegnen. Zweitens finden wir es gut, dass das Bruttoinlandprodukt gewählt wurde und nicht das Volkseinkommen. Das war ein Vorschlag der SP, namentlich unseres Finanzexperten Christoph Brutschin.

Wir möchten betonen, dass wir die Diskussion um die Pensionskasse mit der Schuldenbremse auf keinen Fall vorwegnehmen. Die Finanzkommisson will das auch nicht und die Regierungsrätin hat betont, dass die Nettoschuldenquote, je nach Lösung für die Deckung der Lücke in der Pensionskasse, nicht mehr relevant ist. Ich finde es wichtig, dass die Fraktionen, die das anders sehen, es heute deklarieren.

Wir werden an diesem Kompromiss festhalten und auch den Antrag des Grünen Bündnis nicht unterstützen, obwohl wir den inhaltlich durchaus mittragen würden. Es wäre konsequent, dass man auch bei den Einnahmen schaut, wenn man Schuldenabbau als Ziel hat. Aber man hat einen tragfähigen Kompromiss gefunden und jetzt wird daran nicht mehr geschraubt, weder auf der einen noch auf der anderen Seite.

Ich bitte Sie um eine konsequente klare Linie und der Finanzkommission zu folgen.

Annemarie von Bidder (VEW): Das Thema Schuldenbremse beschäftigt die Politikerinnen und Politiker beim Bund und in den Kantonen schon seit geraumer Zeit. In Basel war es die Finanzkommission unter dem SP-Präsidenten, Peter Bachmann, die erstmals die Einführung einer Schuldenbremse verlangt hat. Dies weil Anfang bis Mitte der 90er-Jahre die Staatsverschuldung explodiert ist. Die Regierung hat dies in ihrem Ratschlag vom 04. Februar 2003 sehr ausführlich dargelegt und ich empfehle allen Skeptikerinnen das Kapitel Management Summary nochmals zu lesen. Im Ratschlag redet die Finanzkommission davon, dass Schulden weder gut noch böse sind. Dieser Ausdruck fasziniert mich immer wieder. Nach Ansicht der VEW müssen die Schulden sorgsam beobachtet werden, damit sie nicht aus dem Ruder laufen.

Der Regierungsrat will mit dem Vorschlag einer Schuldenbremse eine nachhaltige Finanzpolitik. Die VEW will das auch und ist deshalb erfreut, dass der Regierungsrat in seiner neuen Zusammensetzung dies als Schwerpunkt im neuen Politikplan erwähnt. Der Vorschlag der Regierung ist kompliziert und hätte in der Korrekturphase kritisch für die Finanzierung von Staatsaufgaben werden können. Dies hätte dazu führen können, dass wir jahrelang in einer Korrekturphase hätten stecken bleiben müssen. Das wollten verschiedene Leute nicht. Das vorgeschlagene Modell ist einfach und effizient. Der Regierungsrat hat sich übrigens in den vergangenen Jahren, wenn man genau hinschaut, bei den Budgetvorgaben selbst daran gehalten. Was dazu geführt hat, dass trotz Steuersenkungen Schulden abgebaut werden konnten. Heute stehen wir mit einem fast ausgeglichenen Budget da, obwohl die Sozialausgaben überdurchschnittlich steigen. Dank den A+L Massnahmen können wir diese zur Zeit noch verkraften. Sorgsam zu budgetieren und sich dabei an eine Regelung zu halten, so verstehen wir die Schuldenbremse. Das vorliegende Modell überzeugt.

Ich bitte Sie im Namen der VEW dem Antrag der Finanzkommission zuzustimmen und alle Abänderungsanträge abzuweisen. Den Vorschlag der WAK, der noch beim Vorliegen des alten Ratschlags des Regierungsrates entstanden ist, lehnen wir ab.

Daniel Stolz (FDP): In der neuen Verfassung, Paragraph 120, steht unter Schuldenbremse: “Der Kanton sorgt dafür, dass seine Verschuldung im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mittelfristig einen vom Gesetzgeber zu definierenden Wert nicht überschreitet. Die nachhaltige Entwicklung des Finanzhaushaltes ist dabei zu gewährleisten.” Ein kurzer, klarer und einfach zu verstehender Text. Der Regierungsrat hat uns schon vor der neuen Verfassung eine eigene Variante vorgelegt, einen komplexen Mechanismus. Ich weiss nicht, wie viele hier im Saal den ganzen Ratschlag gelesen haben und beurteilen können, was, wann, wie passiert. Es ist ein sehr komplexes System. Komplexe Systeme beherbergen inhärent die Gefahr, dass sie in entscheidenden Augenblicken versagen. Manchmal ist einfach besser.

Die alte FKom hat zum Ärger der FDP-Fraktion dieses Geschäft damals nicht abgeschlossen. Die neue FKom hat innert nützlicher Frist einen einfachen und unseres Erachtens auch praktikablen Mechanismus erarbeitet und schlägt ihn uns heute vor. Kompliment an Hanspeter Gass und sein Team. Es war eine Teamarbeit, denn das Kind der FKom hat deshalb auch einen Namen, nämlich Kompromiss. Es ist ein Kompromiss, aber es ist kein fauler Kompromiss. Wir von der FDP stellen uns klar dahinter.

Unser grösster Wehrmutstropfen ist die festgelegte Höhe der Nettoschuldenquote. Wir hätten sie selbstverständlich gerne tiefer gesehen. Die 7,5 Promille sind nicht so schlecht. Der regierungsrätliche Vorschlag ist je nach dem, welche Datenlage man berücksichtigt, höher. Die FDP steht zu dem Kompromiss und lehnt alle Änderungsanträge, auch die der LDP, ab. Wir wollen heute eine Mehrheit garantieren für eine Vorlage, die wir grundsätzlich als extrem wichtig erachten. Der SVP-Sprecher hat es erwähnt, wir wollen lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.

Ich kann unter dem umgekehrten Vorzeichen die Worte von Beat Jans wiederholen. Wir sind nicht bereit, auch nur die kleinste Verschlechterung an diesem Kompromiss zu akzeptieren. Wir tragen genau diesen Kompromiss und keinen anderen. Abweichungen nach links oder rechts bekämpfen wir vehement und würden am Schluss Nein sagen. Und ich bin überzeugt, dass wir mit Hilfe des Volkes auch eine schärfere Vorlage in diesem Kanton durchbringen. Dieser Kompromiss ist gut, tragfähig und wir sind überzeugt, dass wir damit für Basel etwas Gutes machen. Es ist ein Teil des finanziellen Handlungsspielraumes des Kantons.

Ich bitte Sie im Namen der FDP-Fraktion, diesem Kompromiss zuzustimmen.

Fernand Gerspach (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt der Einführung einer Schuldenbremse zu. Ich möchte das Thema anders beleuchten. Über das System und Vor- und Nachteile wurde von meinen Vorredner bereits viel gesagt. Mit der Zustimmung des Ratschlags werden wir einen ersten Schritt zur Umsetzung der neuen Kantonsverfassung vollziehen. In Paragraph 120 steht: "Der Kanton sorgt dafür, dass seine Verschuldung im Verhältnis zu seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mittelfristig einen vom Gesetzgeber zu definierenden Wert nicht überschreitet. Die nachhaltige Entwicklung des Finanzhaushaltes ist dabei zu gewährleisten. Die jährlichen Ausgaben werden unter Berücksichtigung der Finanzlage und des Grundsatzes einer stabilen Ausgabenentwicklung festgelegt."

Wir wissen, dass der Ratschlag ein Kompromiss ist. Den einen geht er zu weit, den anderen zu wenig weit. Dies ist eine gute Voraussetzung, damit wir der Schuldenbremse zustimmen können. Mit der Gesetzesänderung haben wir aber noch nichts erreicht. Wenn die Regierungen und das Parlament nicht den festen Willen und die Absicht haben, die Schuldenbremse konsequent umzusetzen, dann ist der heutige Beschluss ein reines Lippenbekenntnis. Nach meiner Auffassung hat der Vorschlag zwei gravierende Mängel. Einerseits wird das Vermögen mit einem Federstrich um eine halbe Milliarde erhöht und andererseits verkleinern sich die Schulden um keinen einzigen Franken. Von Schuldenabbau ist keine Rede.

Es stellen sich verschiedenen Fragen. Nach welchen Bewertungsgrundsätzen wurde die Bewertung der Höhe vorgenommen? Werden Abschreibungen bei Investitionen nach den kaufmännisch gültigen Grundsätzen vorgenommen? Wie steht es mit den Rückstellungen für Sanierungen? Ein weiterer Fragenkomplex betrifft die Teuerung. In den letzten Jahren lag die Teuerung selten über einem Prozent. Heute sieht das bereits anders aus und längerfristig wird sich die Teuerung kaum auf diesem Niveau halten können. Wir erwarten dringend einen Konjunkturaufschwung und damit ist automatisch eine Teuerung verbunden. Es wäre fatal, wenn auch in Zukunft mit hohen Steuereinnahmen gerechnet würde. Wie sollen in Zukunft die Personalkosten, Löhne, Sozialleistungen und die Pensionskasse angepasst werden? Die Regierung hat die schwierige Aufgabe, das Budget im Lot zu halten. Budgetkürzungen sind immer unpopulär. Um diese nicht vornehmen zu müssen, gibt es immer gute Gründe. Angst machen mir die laufenden Forderungen und Begehrlichkeiten oder neue Aufgaben für den Staat aus den Reihen der Parlamentarier. Sehen wir uns doch nur die heutige Tagesordnung an und welche Forderungen da gestellt werden. Motion Rolf Häring und Konsorten zur Schaffung eines kantonalen Berufsfonds. Motion Gabi Mächler für eine stärkere Äuffnung des Arbeitslosenfonds. Motion Sibylle Schürch für den Ausbau der Tagesschule oder Anzug Anita Heer für eine unabhängige Beschwerdestelle bei der Polizei. Anzug Jörg Vitelli für eine Busverbindung nach Grenzach-Wyhlen. Anzug Anita Lachenmeier für die Aufwertung des Marktplatzes. Anzug Martina Saner betreffend Massnahmenplanung für die Jugendarbeitslosigkeit. Diese sieben Beispiele sind bestimmt wohlgemeinte Ideen, aber alle kosten Geld. Wir können nicht von der Regierung verlangen, dass sie sich an die Schuldenbremse halten muss und wir Parlamentarier kommen laufend mit neuen Forderungen. Was müssen unsere Stimmbürger von uns halten? Wir sprechen von Schuldenbremse und fordern im gleichen Atemzug Geld und neue Aufgaben vom Staat. Nicht nur die Regierung, auch wir haben dafür Sorge zu tragen, dass unsere Finanzen im Lot bleiben.

Wir brauchen die Schuldenbremse dringender denn je, auch wenn sie nicht perfekt ist. Alle Abänderungsanträge lehnt die CVP ab.

Stephan Maurer (DSP): Unser in diesem Geschäft zuständiges Fraktionsmitglied hat sich kurzfristig krank gemeldet. Ich beschränke mich auf den Entscheid der Fraktion, auch in einer gewissen Ehrfurcht vor diesem komplexen Thema. Ich werde Ihnen jetzt auch nicht alle Anzüge der letzten Wochen aufzählen, zumal ich davon ausgehe, dass es noch nicht gesagt ist, dass es mehr kostet. Ich bin mit Ihnen einig, dass der Schuldendienst auf eine gewisse Höhe beschränkt sein muss.

Die DSP unterstützt die Vorschläge der Kommission, wird der Vorlage unverändert zustimmen und lehnt die Anträge der LDP und des Grünen Bündnis ab.

Susanna Banderet (SP): In den vergangenen Jahren hat die Regierung von sich aus schon so budgetiert, wie wenn wir eine Schuldenbremse hätten. Sie hat die Staatsaufgaben nur mit der Teuerung wachsen lassen. Vielleicht braucht die Regierung gar keine Schuldenbremse, auch die jetzige Regierung nicht. Das Budget 2006 ist nahezu schuldenbremskonform. Meiner Ansicht nach hat das wenig mit linker oder rechter Mehrheit zu tun, sondern mit dem Verständnis über die Rolle des Staates. Wir brauchen einen finanziell gesunden Staat. Sätze, wie "mehr Freiheit, weniger Staat" tragen einen Widerspruch in sich. Erst ein gesunder Staat mit gesicherten Staatsfinanzen sichert diese Freiheiten. Zitat frei nach Willi Ritschard: "Ein armer Staat ist immer ein unsozialer Staat". Eine funktionierende Justiz, gute Schulen, ein soziales Netz und zugängliche medizinische Versorgung braucht es in einem guten und sozialen Staat. Diese Leistungen werden von unserem Staatspersonal erbracht. Damit der Staat seinen Aufgaben nachkommen kann, braucht er gesicherte Finanzen. Mit dieser Schuldenbremse fixieren wir ein tragbares Verhältnis von Verschuldung zur wirtschaftlichen Leistungskraft. Die Schuldenbremse regelt nur die Neuverschuldung. Sie hat keinen Anspruch, die alten Schulden abzubauen. Das ergibt sich zwangsläufig, wenn die Erträge steigen. Sie hat nicht das Ziel, die Staatsquote zu senken. Es wäre ein anderer Auftrag zu überlegen, ob dies oder jenes Staatsaufgabe sein muss. Das Gesetz zur Schuldenbremse sichert uns nachhaltige Finanzen. Es soll verhindern, dass wir wieder mit harten Sparmassnahmen, wie es die A+L Pakete waren, eingreifen müssen. Die

sozialdemokratische Partei hat am Ratschlag der Regierung kritisiert, dass er zu kompliziert sei und zu lange in der Korrekturphase verhaftet bleibe und dass das kantonale Volkseinkommen eine untaugliche Basis sei. Sie hat einen eigenen Vorschlag gebracht. Auf der anderen Seite haben bürgerliche Kreise einen Vorschlag mit einer festgeschriebenen Obergrenze für die tolerierbare Verschuldung gebracht. Die Finanzkommission hat aus den verschiedenen Vorschlägen das beste herausgenommen und die vorliegende Version entworfen. Wenn die Schuldenquote unter 7,5 Promille liegt, dürfen die Nettoausgaben des kommenden Jahres wachsen und zwar ohne Vorschriften. Wenn die Schuldenquote 7,5 Promille übersteigt, dürfen die Nettoausgaben nur mit der Teuerung wachsen, also kein Realwachstum. Damit haben wir eine klare, einfach zu verstehende und doch griffige Schuldenbremse. Diese Schuldenbremse kann erfolgreich sein, weil sie vernünftig ist und weil sie in einem breiten politischen Konsens entstanden ist. Ich bitte Sie, der unveränderten Fassung der Finanzkommission zuzustimmen.

Andreas C. Albrecht (LDP): Ich möchte als Einzelsprecher auf einige Punkte antworten, die in der Diskussion vorgebracht wurden. Jürg Stöcklin hat gesagt: Uff, wir haben es geschafft. Das ist nicht so. Jürg Stöcklin hat gesagt, dass wir in den letzten Jahren CHF 300 Millionen Schulden abgebaut haben. Wenn Sie auf Seite 29 des Berichts der Finanzkommission nachschauen, dann sehen Sie die Spalte mit den Nettoschulden. Sie sehen, dass im Jahr 2000 die Nettoschulden bei CHF 3,6 Milliarden waren, und jetzt sind wir bei CHF 3,57 Milliarden. Da gibt es keinen Abbau von CHF 300 Millionen. Wir sind zwar jetzt unter der magischen Schwelle. Das hat damit zu tun, dass das Volkseinkommen in jüngster Zeit stark angestiegen ist und wir uns statistisch gesehen in einem günstigen Zeitpunkt befinden. Bitte in keine Euphorie verfallen, wir hätten eine Meisterleistung vollbracht und hätten es geschafft. Aus diesem Grund kann dem Vorschlag der Finanzkommission nur im Sinne eines Kompromisses zugestimmt werden. Es sind gewichtige Zugeständnisse drin. Ich sehe, dass es auch von der anderen Seite nur im Sinne eines Kompromisses mitgetragen werden kann. Das gewichtigste Zugeständnis in diesem Vorschlag besteht darin, dass so lange die Schulden im grünen Bereich sind, also unter 7,5 Promille des BIP, besteht keine Limite für die Ausgaben, im Gegensatz zum Vorschlag des Regierungsrates. So lange wir uns in diesem Bereich befinden, da hat Beat Jans natürlich Recht, müssen wir wollen. Wir müssen dafür sorgen wollen, dass die Ausgaben nicht steil nach oben steigen bis wir an dieser Schwelle anstossen und dann wieder ein grosses Problem haben. Das halte ich für das gewichtigste Zugeständnis in diesem Paket gegenüber der Vorlage der Regierung. Wenn Beat Jans uns sagt, dass die SP gewillt ist, das zu wollen, dann bin ich sehr dankbar. Aber so lange wir unter dieser Schwelle liegen, sind wir auf den guten Willen auf beiden Seiten des politischen Spektrums angewiesen. Sobald wir uns dieser Schwelle nähern oder sie sogar überschreiten bin ich der Überzeugung, dass eine Schuldenbremse ein wirksames Instrument ist. Dass es ein wichtiges Instrument ist, bin ich auch mit dem von Ihnen zitierten Finanzexperten aus Ihrer Partei, Christoph Brutschin, einig. Für das Staatswesen ist eine Schuldenbremse etwas Wirksames. Diese Vorlage hat gewichtige Mängel. Wenn man das aus bürgerlicher Sicht mittragen will, dann kann man das nur im Sinne eines Kompromisses tun.

Die Pensionskasse bleibt ausgeklammert, da sind wir uns einig. Ob und wie diese Eventualverpflichtung zur Staatsverpflichtung wird, müssen wir mit der Pensionskasse diskutieren.

Jürg Stöcklin (Grünes Bündnis): Andreas Albrecht, ich weiss, das wir das politische Heu nicht immer auf der gleichen Bühne haben, aber vielleicht können wir uns beim Rechnen einigen. Im Anhang 3, Entwicklung der Nettoschuldenquote, können Sie nachlesen, dass im Jahre 1997 die Nettoschulden CHF 3'798 Millionen betrugen. Bei der Rechnung 2004 betrugen die Nettoschulden CHF 3'494 Millionen. Wenn ich das subtrahiere, dann ergibt das CHF 304 Millionen. Das "Uff" war so etwas wie ein virtuelles Votum von Regierungsrat Ueli Vischer. Sein gesetztes Ziel wurde erreicht.

Beat Jans (SP): Fernand Gerspach, Sie haben eine Reihe von Projekten genannt, die Geld kosten sollen, vielleicht würden sie auch helfen, Geld zu sparen. Sie haben ein ganz teures Projekt vergessen. Es wird im Moment von der CVP lanciert und kostet uns etwa CHF 100 Millionen Steuereinnahmenausfall.

Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission: Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme unseres Berichtes. Ich stelle fest, es ist ein gleicher Prozess wie bei uns in der Finanzkommission passiert. Wir sind nämlich aufeinander zugegangen. Ich habe heute auch den Eindruck, dass wir aufeinander zugehen. Beide Seiten wissen, dass es für beide Seiten nicht das Optimum darstellt. Trotzdem haben wir uns mit einer mehrheitsfähigen Lösung gefunden. Ich möchte speziell für das Votum von Beat Jans danken. Es ist tatsächlich so, dass die Schuldenbremse im Kopf funktionieren muss. Die Existenz einer Schuldenbremse alleine wirkt disziplinierend und präventiv. Schlussendlich sind wir es, die das Geld ausgeben. Wir haben die Budgetkompetenzen und deshalb ist es wichtig, dass wir darauf Acht geben und nicht in die Nähe dieser Schuldenquote kommen und dann nur noch teuerungsbedingt unsere Ausgaben wachsen lassen dürfen.

Ich bitte Sie namens der Finanzkommission, nicht auf die Anträge der liberalen Fraktion und des Grünen Bündnis einzugehen, sondern das Paket unverändert anzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen, für die Detailberatung dem Antrag der Kommission zu folgen.

Detailberatung

§ 4 Abs.1

Die Finanzkommission beantragt folgende Fassung:

Die Nettoschuldenquote des Kantons, definiert als Nettoschuld des Kantons relativ zum Brutto-inlandprodukt der Schweiz, darf nicht mehr als **7,5 Promille** betragen.

Die Fraktion der LDP beantragt folgende Fassung:

Die Nettoschuldenquote des Kantons, definiert als Nettoschuld des Kantons relativ zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz, darf nicht mehr als **7 Promille** betragen

Conradin Cramer (LDP): Wir schlagen Ihnen abweichend von der Finanzkommission für die maximale Nettoverschuldung einen anderen Promillesatz vor. Die Finanzkommission schlägt uns vor, dass die maximale Nettoverschuldung des Kantons im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt eine Quote von 7,5 Promille nicht überschreiten darf. Das ist für die Liberalen ein zu wenig griffiger Hebel. Wir möchten, dass diese Grenze bei 7,0 Promille liegt. Diese Differenz von 0,5 Promille macht rund CHF 250 Millionen aus. Die obere Schuldenschwelle läge CHF 250 Millionen tiefer. Beat Jans hat vorhin sehr klar gesagt, und diese Klarheit ehrt ihn, dass für die SP-Fraktion eine Änderung des Kompromisses ein Killerfaktor für das ganze Paket wäre. Das kann man als Drohung verstehen. Mich schüchtert das wenig ein. Sicher erinnern Sie sich noch, wie das Volk im Jahr 2001 entschieden hat, als es um die Einführung der Schuldenbremse auf Bundesebene ging, die zumindest in ihrer systematischen Anlage durchaus als strenger als die jetzige Vorlage bezeichnet werden kann. Damals stimmten 84,8 Prozent der Baslerinnen und Basler für die Einführung dieser Schuldenbremse. Ich habe keine Angst vor einer allfälligen Volksabstimmung auch über eine strengere Vorlage. Ich denke, dass der Kompromiss nicht zerstört wird, wenn wir die 0,5 Promille abziehen. Ich bin überzeugt, dass damit dem Verfassungsauftrag besser gerecht wird. Ich glaube, man darf davon ausgehen, dass eine Mehrheit der Baslerinnen und Basler eine echte Machtbeschränkung für die Politikerinnen und Politiker beim Geldausgeben wollen, zumal es sich bei der Schuldenbremse immer um Geld handelt, das gar nicht vorhanden ist. Deshalb plädieren wir für eine strengere Grenze und sind sicher, dass wir mit diesem Plädoyer die Anliegen einer grossen Zahl von Wählerinnen und Wähler vertreten.

Unser zweiter Vorschlag, die Hinzufügung eines Absatzes in Paragraph 4, hat mit dem ersten nicht direkt etwas zu tun. Ich vermute, er wäre kein Killerfaktor für die SP. Es ist uns wichtig, dass der von niemandem materiell bestrittene Vorschlag des Regierungsrates, in guten Zeiten die Schulden nicht bis zum obersten Limit anzuhäufen, gesetzt wird. Das bedeutet, dass wenn die Schuldenquote im Vorjahr den Wert von 7 oder 7,5 Promille erreicht hat, der ordentliche Nettoaufwand des laufenden Jahres nur um den Satz der Teuerung zuzüglich des Trendwachstums des Bruttoinlandprodukts wachsen darf. Dieser Vorschlag begünstigt die Tendenz, in guten Zeiten nicht freudig Geld auszugeben, das man volkswirtschaftlich sinnvoller in schlechteren Zeiten ausgibt, oder den Menschen mittels Steuersenkungen zurückgibt. Das ist unseres Erachtens eine nachhaltige Finanzpolitik.

Die Liberalen bitten Sie, dem Verfassungsauftrag mit einer realistischen und wirksamen Obergrenze für Schulden nachzukommen und zusätzlich das Schuldenwachstum in den Zeiten tieferer Verschuldung moderat zu beschränken.

Patrick Hafner (SVP): Ich habe in meinem Votum vorhin erwähnt, dass der Ratschlag gemäss FKom meiner Meinung nach gewisse Mängel hat. Da die Anträge der LDP mindestens zwei dieser Mängel beseitigt, bitte ich Sie, diese Anträge anzunehmen.

Baschi Dürr (FDP): Es freut mich, dass sich Conradin Cramer von Beat Jans nicht einschüchtern lässt. Das mache ich auch nicht, aber hin und wieder kann man sich vom Parlament einschüchtern lassen. Es gab einige Kompromissvorlagen, die knapp gescheitert sind, auch vor dem Volk. Ich erinnere an die PK-Abstimmung oder die Parkplatzgeschichte. Ich bin gewiss nicht für faule Kompromisse bekannt, aber wir haben hier einen Kompromiss, den es unverändert zu tragen gilt.

Immerhin hat Conradin Cramer die Zahl richtig gestellt. Fernand Gerspach sprach von einer halben Milliarde, es ist aber eine Viertelmilliarde. Man kann sagen, dass wenn das Gold dazu kommt, es nochmals eine Viertel Milliarde

tiefer ist. Wenn, dann hätte ich eine Promillegrenze unter der aktuellen erwartet, dann würden der Politik tatsächlich Fesseln angelegt. Wir sollten beim Kompromiss bleiben.

Beim zweiten Punkt schreiben Sie, dass auch in der Phase, wo die Nettoschuldenquote unterschritten ist, gewisse Vorgaben gelten sollen. In der Tat sind das nur Vorgaben, dass der Regierungsrat soweit gehen kann, er muss nicht soweit gehen. In der Praxis interpretiert er das Kann vielleicht als ein Muss und würde dann mehr ausgeben als das, was er sich selber auferlegt und im Politikplan definiert hat, nämlich nur mit der Teuerung zu wachsen ausser in ausgewählten Bereichen. Der Regierungsrat ist heute bereits strenger.

Ich bitte Sie, dem Kompromiss unverändert zu folgen.

Susanna Banderet (SP): 7 Promille sind eindeutig zu eng für uns Sozialdemokraten. Wir brauchen den Spielraum für kommende Ausgaben. Die Ausgaben können auch ohne unsere aktive Einwilligung steigen. Denken Sie an die steigenden Sozialausgaben, denken Sie an die Möglichkeit, dass das KVG eine andere Finanzierung verlangt und wir vom dialfixen System zum monistischen System kommen. Das bedeutet einen markanten Anstieg unserer Krankenkassenprämien mit den nach sich ziehenden Prämienzuschüssen. Es gibt auch Ausgaben, die wir zuerst beschliessen müssen, aber im Konsens alle für nötig befinden, zum Beispiel Ausbau oder Stärkung unserer Universität oder Fachhochschulen. Setzen wir den Deckel nicht zu hoch.

Zur Vorschrift beim Wachstum mit der Teuerung, wie das die Liberaldemokraten verlangen. Diese Vorschrift ist nicht nötig. Falls wir einmal so stark wachsen, dann kommt automatisch die Bremse, mit der erlaubten Schuldenquote zum Zug. Die Ausgaben unter dem Deckel dieser erlaubten Schuldenquote sollen von uns im Grossen Rat und der Regierung so gestaltet werden können, wie es die politische Notwendigkeit verlangt. Regierungsrätin Eva Herzog hat gesagt, dass das von uns Verantwortung verlangt und dem wollen wir gewachsen sein. Wir müssen vielleicht im Moment Investitionen tätigen, zum Beispiel im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit, um spätere Kosten zu vermeiden. Wir können nicht einfach nur sparen um des Sparens willen. Ich ersuche Sie, diesen Anträgen nicht zuzustimmen.

Sebastian Frehner (SVP): Ich möchte bemerken, dass Patrick Hafner als Einzelsprecher hier vorne war und dass die grosse Mehrheit der Fraktion selbstverständlich am Kompromissvorschlag der Finanzkommission festhält.

Daniel Wunderlin (SP): Als Hauptverbrecher, dass die Schuldenbremse erst jetzt auf dem Tisch liegt, möchte ich doch noch etwas dazu sagen. Diese Schuldenbremse hat nur einen Schönheitsfehler, nämlich dass ich sie nicht auf den Tisch gelegt habe. Ich muss der Finanzkommission und Hanspeter Gass ein grosses Lob machen. Diese Schuldenbremse ist sehr einfach und griffig. Ich denke, sie greift viel mehr als diejenige der Liberalen.

Ob 7, 7,5 oder 8 Promille ist unwesentlich, weil einmal an die Schuldenquote herangefahren, greift sie und ist unerbittlich. Hand aufs Herz für die Liberalen. Keiner passt in seinem Haushalt die Ausgaben so an, dass er Ende Monat immer auf 0 steht. Ich kenne alle Liberalen in diesem Saal. Die haben immer ein dickes Portemonnaie mit Reserven. Angst machen Sie mir nicht, wenn Sie mir sagen, dass Sie ein Referendum ergreifen werden. Angst machen Sie mir, wenn Sie Einnahmen wegfallen lassen. Dann sind wir auf bestem Weg, die Schuldenquote massiv zu übertreten. Sie lehren uns Sozialdemokraten immer, wie man auch beim Staat unternehmerisch wirtschaften soll. Ich habe noch nie ein privates Unternehmen gesehen, das auf Einnahmen verzichtet, wenn es sie erzielen kann.

Ich finde es auch keinen Kompromiss, sondern eine saubere gute Lösung.

Diese 7,5 Promille sind nicht virtuell, sie erfüllen auch EU-Normen. Da könnten Sie vermutlich noch die ganze Pensionskasse drauflegen. Das ist eine entscheidende Grösse. Wir müssen jetzt nicht mit einem Sparpaket kommen, das weder Hand noch Fuss hat. Die 7,5 Promille geben uns eine Pufferzone, und wir können diese Reserven emanzipiert nutzen, damit wir auch in fünf Jahren noch kräftig darunter liegen. Wenn wir auf 8 Promille gehen würden, dann wäre der Schuldzins um das höher. Das ist die einzige Ausnahme, ansonsten ändert sich nichts.

Ich bitte Sie, diesem guten Vorschlag zu folgen.

Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission: Ich danke dem Alt-Finanzkommissionspräsidenten für die Ausführungen. Ich habe dem nicht viel beizufügen, ausser einem Hinweis an Conradin Cramer. Er hat gesagt, dass das Parlament durch das Volk entmachtet werden soll, damit der reale Wachstum eingehalten wird. Diese Meinung teile ich nicht. Wir haben die Möglichkeit, die Budgets zu gestalten. Wir haben diese Verantwortung und wir sollten sie auch wahrnehmen. Das ist unsere Aufgabe und dafür sind wir in dieses Parlament gewählt worden.

Der Grosse Rat beschliesst

unter Namensaufruf mit 95 gegen 12 Stimmen, dem Antrag der Kommission (7,5 Promille) zu folgen.

Für den Antrag der Kommission stimmten: (95): *Andreas Albrecht (LDP), Beatrice Alder (Bündnis), Hermann Amstad (SP), Sibel Arslan (Bündnis), Mustafa Atici (SP), Kurt Bachmann (SVP), Susanna Banderet (SP), Hans Baumgartner (SP), Sibylle Benz (SP), Maria Berger (SP), Patrizia Bernasconi (Bündnis), Andrea Bollinger (SP), Ugur Camlibel (SP), Toni Casagrande (SVP), Baschi Dürr (FDP), Stephan Ebner (CVP), Christian Egeler (FDP), Lukas Engelberger (CVP), Roland Engeler (SP), Sebastian Frehner (SVP), Tommy Frey (SVP), Hanspeter Gass (FDP), Stephan Gassmann (CVP), Brigitta Gerber (Bündnis), Fernand Gerspach (CVP), Jan Goepfert (SP), Thomas Grossenbacher (Bündnis), Karin Haeberli (Bündnis), Rolf Häring (Bündnis), Anita Heer (SP), Brigitte Heilbronner (SP), Oskar Herzig (SVP), Katharina Herzog (SP), Christine Heuss (FDP), Brigitte Hollinger (SP), Oswald Inglin (CVP), Beat Jans (SP), Urs Joerg (VEW), Ernst Jost (SP), Hasan Kanber (SP), Christine Keller (SP), Dominique König (SP), Tino Krattiger (SP), Lukas Labhardt (Bündnis), Anita Lachenmeier (Bündnis), Christine Locher (FDP), Martin Lüchinger (SP), Michel-Remo Lussana (SVP), Hans Rudolf Lüthi (DSP), Philippe Macherel (SP), Gabi Mächler (SP), Peter Malama (FDP), Pius Marrer (CVP), Michael Martig (SP), Stephan Maurer (DSP), Heidi Mück (Bündnis), Urs Müller (Bündnis), Ernst Mutschler (FDP), Lorenz Nägelin (SVP), Giovanni Nanni (FDP), Gülsen Oeztürk (SP), Annemarie Pfister (Bündnis), Markus G. Ritter (FDP), Eveline Rommerskirchen (Bündnis), Paul Roniger (CVP), Marcel Rünzi (CVP), Eduard Rutschmann (SVP), Martina Saner (SP), Tobit Schäfer (SP), Helen Schai (CVP), Francisca Schiess (SP), Sibylle Schürch (SP), Urs Schweizer (FDP), Noëmi Sibold (SP), Jürg Stöcklin (Bündnis), Dieter Stohrer (VEW), Daniel Stolz (FDP), Brigitte Strondl (SP), Rolf Stürm (FDP), Bruno Suter (SP), Sabine Suter (SP), Joël Thüring (SVP), Gisela Traub (SP), Andreas Ungricht (SVP), Jörg Vitelli (SP), Roland Vögtli (FDP), Annemarie von Bidder (VEW), Esther Weber (SP), André Weissen (CVP), Hans-Peter Wessels (SP), Richard Widmer (VEW), Hansjörg Wirz (DSP), Daniel Wunderlin (SP), Michael Wüthrich (Bündnis), Christoph Zuber (DSP).*

Für den Antrag der LDP-Fraktion stimmten: (12): *Claude François Beranek (LDP), Désirée Braun (SVP), Andreas Burckhardt (LDP), Edith Buxtorf (LDP), Conradin Cramer (LDP), Hans Egli (SVP), Patrick Hafner (SVP), Martin Hug (LDP), Thomas Mall (LDP), Theo Seckinger (LDP), Donald Stückelberger (LDP), Christine Wirz (LDP).*

Abwesend (21): *Thomas Baerlocher (SP), Markus Benz (DSP), Hans Rudolf Brodbeck (FDP), Claudia Buess (SP), Felix Eymann (DSP), Irène Fischer (SP), Doris Gysin (SP), Christophe Haller (FDP), Helmut Hersberger (FDP), Bernhard Madörin (SVP), Arthur Marti (FDP), Annemarie Pfeifer (VEW), Matthias Schmutz (VEW), Roland Stark (SP), Emmanuel Ullmann (FDP), Rolf von Aarburg (CVP), Margrith von Felten (Bündnis), Fabienne Vulliamoz (SP), Ruth Widmer (SP), Angelika Zanolari (SVP), Peter Zinkernagel (LDP)..*

Nicht gestimmt hat: *Bruno Mazzotti (Grossratspräsident).*

Die Fraktion der LDP beantragt § 4 Abs. 3 (neu) folgende Fassung:

Liegt die Nettoschuldenquote im Vorjahr unter dem zulässigen Wert gemäss Absatz 1, darf die Budgetvorgabe für den Ordentlichen Nettoaufwand gegenüber der Budgetvorgabe für das laufende Jahr um höchstens die Novemberteuerung des laufenden Jahres zuzüglich des realen Trendwachstums des BIP wachsen.

Der bisherige Absatz 3 des Vorschlages der Finanzkommission wird neu Abs. 4; der bisherige Absatz 4 wird neu Abs. 5.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, den Antrag der LDP-Fraktion abzulehnen.

Die Fraktion Grünes Bündnis beantragt:

§ 4 Abs. 5 FHG (neu):

Liegt die Nettoschuldenquote über dem zulässigen Wert gemäss § 4 Abs. 1, dürfen im folgenden Jahr Steuersenkungen durch Änderung der Steuertarife, Steuersätze oder Steuerfüsse für die Berechnung der Einkommens-, Vermögens-, Ertrags- oder Kapitalsteuer nur mit einem absoluten Mehr aller Ratsmitglieder beschlossen werden.

sowie § 24 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Rates (neu):

Für Steuersenkungen gemäss § 4 Abs. 5 des FHG bedarf es einer absoluten Mehrheit aller Ratsmitglieder.

Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis): Wir haben dem Ratspräsidenten einen leicht veränderten Antrag abgegeben. Wir möchten ein Zweidrittelmehr beantragen. Ich werde den Text zum Schluss noch vorlesen.

Sowohl vom Regierungsrat als auch von der FKom wird vorgeschlagen, nur die Ausgabenseite unter die Lupe zu nehmen und über die Einnahmenseite wird leider kein Wort verloren. Wie das Grüne Bündnis können wir eine Schuldenbremse nur dann akzeptieren, wenn auch über die Einnahmenseite Bestimmungen erlassen werden. Wir beantragen Ihnen keine redaktionellen Änderungen. Unser Antrag lehnt sich am Antrag der WAK an. Beschlüsse über Steuersenkungen sollen gleich behandelt werden wie Beschlüsse über Mehrausgaben. Bei den Mehrausgaben

haben wir Paragraph 4 Absatz 3 des Finanzhaushaltsgesetzes. Die parlamentarische Hürde muss unserer Meinung nach sowohl für die Einnanhmenseite als auch für die Ausgabenseite gleich hoch sein. Jemand von einer bürgerlichen Partei hat gesagt, dass zwei Drittel den politischen Willen klar widerspiegeln, keine Mehrausgaben zu tätigen. Auch bei Steuersenkungen widerspiegeln zwei Drittel der Stimmenden den politischen Willen.

Zum Schluss lese ich Ihnen unsere Änderungsanträge vor. Es handelt sich um das gleiche Papier, einfach mit einer kleinen Veränderung am Ende des Absatzes. Paragraph 4 Absatz 5: Liegt die Nettoschuldenquote über dem zulässigen Wert gemäss Paragraph 4 Absatz 1 dürfen im folgenden Jahr Steuersenkungen durch Änderungen der Steuertarife, Steuersätze oder Steuerfüsse für die Berechnung der Einkommens-, Vermögens-, Ertrags- oder Kapitalsteuer nur von zwei Dritteln der Stimmen aller Ratsmitglieder beschlossen werden. Diese Änderung bedingt auch eine Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Rates. Ich lese vor, Paragraph 24 Absatz 3: Für Steuersenkungen gemäss Paragraph 4 Absatz 5 des Finanzhaushaltsgesetzes bedarf es eine Mehrheit von zwei Dritteln aller Ratsmitglieder.

Bitte stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 14 Stimmen, den Antrag der Fraktion Grünes Bündnis abzulehnen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 82 gegen 1 Stimmen bei 18 Enthaltungen unter Verzicht auf eine zweite Lesung das Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltsgesetz) vom 16. April 1997 gemäss Antrag der Finanzkommission zu ändern.

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum. Nach Eintritt der Rechtskraft bestimmt der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit, wobei die Änderung spätestens für das Budget 2007 wirksam werden muss.

Die Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes vom 7. Dezember 2005 ist im Kantonsblatt Nr. 96 vom 10. Dezember 2005, Seite 1756, publiziert.

13. Ratschlag betreffend Ausrichtung von Betriebskostenbeiträgen an Basel Tourismus für die Jahre 2006 bis 2009.

[07.12.05 21:48:55, WAK, WSD, 04.2117.01]

Der Regierungsrat und die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und für die Jahre 2006-2009 einen nicht indexierten Betriebsbeitrag von CHF 1’840’000 zu bewilligen.

Die SP Fraktion beantragt, für die Jahre 2006-2009 einen nicht indexierten Betriebsbeitrag von CHF 1’841’000 zu bewilligen.

Fernand Gerspach, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission: Ich darf Ihnen den mündlichen Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag Ausrichtung von den Betriebskostenbeiträge Basel Tourismus für die Jahre 2006 bis 2009 vorstellen. Das bestehende Subventionsverhältnis mit Basel Tourismus läuft am 31. Dezember aus. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat das Subventionsverhältnis zu erneuern und einen nicht indexierten Betriebsbeitrag von jährlich 1,84 Millionen für die Jahre 2006 bis 2009, total CHF 7,35 Millionen, auszurichten. Im Januar 2002 bewilligte der Grosse Rat auf Antrag des Regierungsrates für die Periode 2002 bis 2005 einen Beitrag von CHF 1,985 Millionen. 2002 wurde dieser Betrag um CHF 500’000.- erhöht. Diese Erhöhung erfolgte aufgrund einer sorgfältigen Analyse der Strukturen und Leistungsbereiche von Basel Tourismus, bei der sowohl eine staatliche Unterfinanzierung in der Grössenordnung von CHF 400’000.- als auch die Notwendigkeit einer Restrukturierung und vermehrten Fokussierung auf Kernkompetenzen festgestellt wurde. Die zusätzlich zur Verfügung stehenden CHF 100’000.- sollten in die Kernaufgaben Marktauftritt, Medienarbeit, Verkauf- und Gästebetreuung investiert werden. Für die Periode 2006 bis 2009 wird der Beitrag um CHF 145’000,- gekürzt. Im Bericht des Regierungsrates wurde die Entwicklung bei Basel Tourismus in den Jahren 2002 bis 2005 ausführlich dargelegt und als äusserst erfreulich beurteilt.

Wertschöpfung für den Kanton Basel-Stadt. Eine Erhebung der BAK Economics aus dem Jahre 2001 sagt, dass Übernachtungstourismus in Basel-Stadt eine direkte und indirekte Wertschöpfung von CHF 700 bis 800 Millionen

pro Jahre erwirtschaftet. Der Tagestourismus macht rund einen Drittel dieser Wertschöpfung aus. Insgesamt sind in Basel-Stadt rund 8000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Tourismus abhängig. Insbesondere profitieren die kulturellen Einrichtungen stark von einem Zuwachs touristischer Nachfrage. Traditionell machen der Geschäfts- sowie der Messe- und Kongresstourismus in Basel rund 80% der Logienächte und vermutlich auch der Wertschöpfung aus. Deshalb ist die beste Tourismusförderung die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für die in Basel-Stadt domizilierten internationalen Unternehmen sowie die Stärkung des Messe- und Kongressplatzes Basel. Die verbleibenden 20% gehen auf das Konto des Freizeittourismus. Hier liegt noch ein grosses Potential. Basel Tourismus hat in den letzten Jahren erfolgreich begonnen, dieses Potential zu erschliessen. Zudem ist beispielsweise das Kongresswesen auf eine attraktive Stadt mit einem entsprechenden Image angewiesen.

Antrag von Basel Tourismus. Basel Tourismus ersuchte den Kanton um eine ungekürzte Fortführung der Subvention. Gleichzeitig stellte Basel Tourismus in Aussicht, verschiedene Leistungsvarianten auszuarbeiten. In einem Gespräch zwischen dem Präsidenten und Direktor von Basel Tourismus mit dem Vorsteher des WSD verwies Regierungsrat Lewin auf die angespannte Finanzlage des Kantons und die damit verbundene Notwendigkeit, auch bei der Tourismusförderung Einsparungen vorzunehmen. Basel Tourismus macht Argumente für eine ungekürzte Subvention geltend. Ein positives Stadtimage im Ausland unterstützt auch die Ansiedlung von Unternehmen und begünstigt die Akquisition grössere Kongresse. Die Tourismuswirtschaft ist eine sehr arbeitsintensive Branche, davon abhängig sind über 8'000 Arbeitsplätze. Die Kosten für Basel Tourismus sind aufgrund der Nachfrage nach Prospektmaterial, Porti und Mitarbeiterstunden stark angewachsen. Die Privatwirtschaft, Hotels, Restaurants und Gewerbe haben ihren Anteil an der Tourismusfinanzierung in den letzten vier Jahren um über CHF 500'000.- jährlich erhöht. Ein Mitziehen des Staates, um ein ausgewogenes Verhältnis wieder herzustellen, sei darum notwendig. Die Teuerung, insbesondere was die Marktaktivitäten im Ausland anbelangt, wurde seit 2002 nicht mehr angepasst. Betriebsbeiträge an Basel Tourismus sind keine Kosten, sondern Investitionen, die mehr Gäste nach Basel bringen und Umsatz generieren. Der Vorstand von Basel Tourismus hat seinen Antrag, das Subventionsverhältnis 2006 bis 2009 auf der heutigen Höhe fortzuführen, nochmals schriftlich bekräftigt. Dokumentiert wurde dieser Antrag mit einem Vergleich, welche Leistungen bei einer Kürzung reduziert erbracht werden müssten wie folgt: Die Medienarbeit müsste um CHF 40'000.- gekürzt werden, die Fokussierung der reduzierten Mittel mit Kürzung der Aktivitäten im Markt USA von CHF 970'000.- auf CHF 880'000.-, Gemeinschaftsaktivitäten mit den Museen, der Messe Schweiz und dem EuroAirport werden um CHF 40'000.- reduziert. Der geplante Ausbau der Kongressvermarktung wird weniger kräftig als erwünscht ausfallen. Für eine anstehende Mietzienserhöhung oder zusätzliche Umbaukosten für den Schalter im Stadtcasino werden zusätzliche Kosten anfallen.

Höhe der Subvention 2006 bis 2009. Für den Regierungsrat ist unbestritten, dass der Kanton in den nächsten vier Jahren Basel Tourismus mit der kantonalen Tourismusförderung betrauen will. Der Regierungsrat hat beschlossen, dem Grossen Rat einen jährlichen Unterstützungbeitrag zur Bewilligung vorzulegen, der um 7% tiefer liegt als der bisherige Beitrag. Die Basis bilden der bevorstehende Rahmenvertrag und die gemeinsam ausgehandelten Leistungsvereinbarungen zwischen dem Kanton und dem Verein Basel Tourismus. Die Tourismusförderung ist von öffentlichem Interesse und die Leistungen werden von Basel Tourismus ausgezeichnet erbracht. Der Kanton muss sparen. Dies ist vom Regierungsrat im Rahmen des zweistufigen Sparpakets Aufgaben und Leistungen konkretisiert worden. Auch in der Standortförderung waren Kürzungen unvermeidlich, so beispielsweise im Amt für Wirtschaft und Arbeit, beim Stadtmarketing oder bei den meisten Subventionen, darunter auch Basel Tourismus.

Ergebnis der Kommissionsberatung. Regierungsrat Ralph Lewin informierte die WAK-Kommission anhand einer Präsentation über den Ratschlag der Regierung. Es sei ein Index entwickelt worden, um zu bestimmen, wie viele Mittel durch Private generiert werden. Aus der Statistik auf Seite 11 des Ratschlags geht hervor, dass der staatliche Anteil bei Basel Tourismus 22% ausmache, und dass eine Fokussierung auf die Kernaufgaben stattgefunden habe. Diese Fokussierung hätte sich ausbezahlt, die Geschäftsstelle hätte ausserordentlich gute Leistungen erbracht und die Ziele seien erreicht oder sogar übertroffen worden, wobei die Steigerung der Anzahl Übernachtungen einiges dazu beigetragen hätte. In der nächsten Subventionsperiode 2006 bis 2009 sollen die Erfolge konsolidiert und insbesondere im Bereich Messen und Kongresse Verbesserungen vorgenommen werden. Trotzdem könne Basel Tourismus von den allgemeinen Sparmassnahmen nicht ausgeschlossen werden. Als Folge der Kürzungen sind leicht geringere Leistungen zu erwarten. Regierungsrat Ralph Lewin erwähnte, dass Basel Tourismus von der Subventionskürzung nicht begeistert sei. Aber das WSD sei bereit, vermehrt Projekte aus dem kantonalen Gasttaxenfonds zu finanzieren. Auf Antrag eines Kommissionsmitglied informierte Regierungsrat Ralph Lewin, dass sich im kantonalen Gasttaxenfonds per 01. November 2005 CHF 455'000.- befinden. Basel Tourismus werden für die Euro 2008 zweckgebundene und gestaffelte Beiträge für die Jahre 2006 bis 2009 von insgesamt CHF 1,15 Millionen je zur Hälfte von den beiden Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt zufliessen. Diese sind für das Gästemanagement, das Informationsmanagement sowie die Destinationswerbung vorgesehen. Diese Beträge müssen vom Landrat und vom Grossen Rat noch genehmigt werden.

Basel Tourismus hat den Wunsch geäussert, der Kommission die Konsequenzen der Kürzungen in einem Hearing darzulegen. Diesem Wunsch wollte der Grossteil der Kommissionsmitglieder nicht nachkommen. Sie waren der Auffassung, dass die Vorlage unbestritten sei. Der Ratschlag müsse zügig verabschiedet und dem Grossen Rat vorgelegt werden.

Kommissionsbeschluss: Die Kommission beschliesst mit 11 Ja Stimmen bei 2 Enthaltungen den Ratschlag betreffend Ausrichtung von Betriebskostenbeiträgen an Basel Tourismus für die Jahre 2006 bis 2009 dem Grossen Rat zur Genehmigung vorzuschlagen und Basel Tourismus einen nicht indexierter Betriebsbeitrag von jährlich CHF 1,85 Millionen für die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen zu gewähren.

Mitteilung

Der Präsident gibt den Hinschied von Grossrätin Bernadette Herzog bekannt.

Der Rat erhebt sich zum Andenken an die Verstorbene.

Schluss der Sitzung: 22:02 Uhr

Basel, 16. Dezember 2005

Bruno Mazzotti
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär

Anhang A: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Planungsanzüge:			
	a) Lorenz Nägelin betreffend rauchfreie kantonale Gebäude des KantonsBasel-Stadt und Anrecht auf einen Nichtraucherarbeitsplatz in den kantonalen Betrieben;			05.8413.01
	b) Planungsanzug Helmut Hersberger und Konsorten betreffend Zukunftsplanung der Pensionskasse;			05.8416.01
	c) Planungsanzug Christian Egeler und Konsorten betreffend "Langfristiges Energiekonzept";			05.8417.01
	d) Planungsanzug Roland Vögtli und Konsorten betreffend Planung in den Quartieren.			05.8418.01
	e) Planungsanzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Aufgabenfeld 6.4 „Öffentlicher Verkehr“ des Politikplans 2006-2009.			05.8422.01
	f) Planungsanzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Aufgabenfeld 1.5 „Umwelt und Energie“ des Politikplans 2006-2009.			05.8423.01
	g) Planungsanzug Emmanuel Ullmann und Konsorten „Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung“.			05.8424.01
2.	Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Ratschlag betreffend Einführung einer Schuldenbremse.	**FKom**	FD	03.0155.02
3.	Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zur Einsetzung einer Spezialkommission für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung.	**Büro**		05.8414.01
4.	Bericht der Justiz- Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates betreffend Partnerschaftliche Behandlung des Ratschlags betreffend Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung (Integrationsgesetz).	**JSSK**	SiD	04.1309.02
5.	Bericht und Antrag des Büros des Grossen Rates zur Abbitte von Regierungsrat Jörg Schild, Kenntnisnahme und Gewährung des Rücktritts auf den 31. März 2006.	**Büro**		05.8429.02
6.	Ratschlag betreffend Betriebsbeiträge an den Basler Frauenverein am Heuberg für die Frauenberatungsstelle BFV für die Betriebsjahre 2006 bis 2009.	**BKK**	JD	05.0459.01
7.	Ratschlag betreffend Betriebskostenbeiträge an die "Robi-Spiel-Aktionen", Basel-Stadt, Verein der Pro Juventute Basel-Stadt und der GGG Basel für die Betriebsjahre 2006 und 2007.	**BKK**	JD	05.0798.01
8.	Ausgabenbericht betreffend Betriebskostenbeiträge an den Verein "Haus für Kinder und Eltern" für den Betrieb der "Spielwerkstatt Kleinhüningen" für die Betriebsjahre 2006 und 2007.	**BKK**	JD	05.0798.02
9.	Ratschlag betreffend Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gegenseitige Abgeltung der Kosten für die nicht akademischen Ausbildungen im Gesundheitswesen (Vertrag Gesundheits-berufe) *Partnerschaftliches Geschäft.*	**BKK**	ED	04.0977.01
10.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates zum ÖV-Programm 2006 - 2009.	**UVEK**	WSD	05.1577.02
11.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Globalbudget der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2006.	**BKK**	ED	05.8434.01
12.	Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2006.	**FKom**		05.8264.02
13.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Rückzug des Ausgabenberichts betreffend Kredit für einen Investitionsbeitrag an die Trambeschaffung BLT/BVB.	**UVEK**	WSD	05.0457.02

Überweisung an Oberaufsichtskommissionen

14.	Ausgabenbericht betreffend die Benutzung der Schiessanlage Lachmatt in Muttenz und Pratteln an Stelle des Schiessplatzes Allschwilerweiher durch die Basler Schützen.	**Fkom**	SiD	05.1828.01

Überweisung an Sachkommissionen

15.	Ausgabenbericht betreffend Betriebskostenbeiträge an die Medizinische Gesellschaft Basel für den Betrieb der Medizinischen Notrufzentrale in den Jahren 2006 bis 2008.	**GSK**	GD	05.0864.01
16.	Ratschlag betreffend Betriebskostenbeiträge 2006 bis 2008 an den Verein HELP! For Families zur Führung des Angebots Sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF).	**BKK**	JD	05.0981.01
17.	Ausgabenbericht betreffend Betriebskostenbeiträge an den Verein für Suchtprävention für die Jahre 2006 bis 2008.	**GSK**	GD	05.1034.01
18.	Ausgabenbericht betreffend Kredit für die Umsetzung der technischen Massnahmen im Rahmen des Projektes "Umsetzung der ISV".	**JSSK**	SiD	03.1356.01
19.	Ausgabenbericht betreffend Betriebskostenbeiträge an das Tageshaus Wallstrasse der Stiftung für Sucht- und Jugendprobleme für die Jahre 2006 bis 2008.	**GSK**	GD	05.1330.01
20.	Ausgabenbericht betreffend Subventionen an das Basler Kurszentrum für Menschen aus fünf Kontinenten K5 für die Jahre 2006 bis 2010.	**BKK**	WSD	05.1231.01
21.	Ratschlag und Entwurf zu Änderungen des Gesetzes betreffend Wahl und Organisation der Gerichte sowie der Arbeitsverhältnisse des Gerichtspersonals und der Staatsanwaltschaft (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) und zu Änderungen der Strafprozessordnung (Schaffung einer neunten Strafgerichts-präsidiumsstelle mit flankierenden Massnahmen zur Entlastung der Strafjustiz des Kantons Basel-Stadt).	**JSSK**	JD	05.1795.01

Überweisung an Kommissionen mit besonderen Aufgaben

22.	Petition P229 Rettet den Dittingerwald!	**PetKo**		05.8439.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

23. Anzüge:

a)	Martina Saner und Konsorten betreffend Übersicht und Massnahmeplanung zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit;	05.8419.01
b)	Gabi Mächler und Konsorten betreffend Joint Venture für Arbeit: auch Wirtschaft muss ein Interesse an neuen Arbeitsplätzen für Sozialhilfe-bezügerInnen haben;	05.8410.01
c)	Christine Keller und Konsorten betreffend Pilotprojekt „Sabbatical“;	05.8421.01
d)	Roland Engeler und Konsorten betreffend Entlastung der Gemeinde Riehen vom Durchgangsverkehr;	05.8425.01
e)	Heidi Mück und Konsorten betreffend Einrichtung eines „Teagesbetreuungs-rats“;	05.8426.01
f)	Andrea Bollinger und Konsorten betreffend Erweiterung der Stellvertretungs-möglichkeiten in Grossratskommissionen;	05.8427.01
g)	Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Förderung von grossem Wohnraum;	05.8428.01

Kenntnisnahme

24.	Bericht über den Stand der Bemühungen zur Verminderung der Fluglärmbelastung im Jahre 2004.	WSD	05.1782.01
25.	Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005.	WSD	05.1435.01
26.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Rebgasse 1, Sonnensegel auf Allmend des Claraplatzes, Verleihungsbeschluss (Delegation an den Regierungsrat).	BD	05.1773.01
27.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Zentrums-Maut zur verbreiterten finanziellen Abstützung von städtischen Zentrumslasten (stehen lassen).	SiD	03.7730.02
28.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Gabi Mächler und Konsorten für Teilzeitstellen bei den Gerichtspräsidien (stehen lassen).	JD	03.7620.02
29.	Abbitte des Herrn Eugen Fischer als Präsident des Appellationsgerichts per 31. Dezember 2006 (auf den Tisch des Hauses).		05.8430.01
30.	Abbitte des Herrn Stephan Breitenmoser als Richter des Appellationsgerichts per 31. Dezember 2006 (auf den Tisch des Hauses).		05.8431.01
31.	Abbitte der Frau Margrith von Felten als Präsidentin des Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (JSSK) per sofort (auf den Tisch des Hauses).		05.8432.01
32.	Mitteilung des Appellationsgerichts betreffend Eingang der Einsprache der „Zürich“ Lebensversicherungs-Gesellschaft gegen den Beschluss des Grossen Rates vom 19. Oktober 2005 betreffend Einsprache Gerold Wunderle gegen die Änderung des Bebauungsplans für das Gebiet Messeplatz / Rosentalstrasse / Mattenstrasse (auf den Tisch des Hauses).		05.8437.01
33.	Schreiben des Regierungsrates zur Kleinen Anfrage Jörg Vitelli betreffend Kein Vortritt – statt STOP.		05.8303.02

Anhang B: Neue Vorstösse

Planungsanzüge

a) Planungsanzug betreffend rauchfreie kantonale Gebäude des Kantons Basel-Stadt und Anrecht auf einen Nichtraucherarbeitsplatz in den kantonalen Betrieben

05.8413.01

Im Politikplan 2006 - 2009 im Politikbereich 4.5 Gesundheit wird erwähnt, dass die physische Gesundheit ein grundlegendes Bedürfnis des Individuums ist. Der Kanton Basel-Stadt will sich intensiv für die Erhaltung und Förderung der Gesundheit einsetzen. Mit Information, Beratung, Prävention und Gesundheitsförderung will er die Bewohner sensibilisieren und unterstützen. Dabei setzt er auf das persönliche Interesse jedes Einzelnen, das körperliche Wohlbefinden selbstverantwortlich zu pflegen.

Leider muss man sich fragen, was Information, Beratung und Gesundheitsförderung bringen, wenn gewisse Arbeitnehmerinnen den ganzen Tag am Arbeitsplatz dem Rauch ausgesetzt sind. Leider garantiert der Kanton Basel-Stadt seinen Mitarbeitern keinen rauchfreien Arbeitsplatz. In vielen gemeinschaftlich genutzten Räumen wird dieses Thema tabuisiert und leidende Staatsangestellte getrauen sich aus Angst vor negativen Folgen nicht, diese Problematik anzusprechen.

Auch Nichtstaatsangestellte, wie Besucher, Gäste, Gefangene etc. sind in vielen staatlichen Betrieben dem Rauch ausgesetzt. So z.B. sind Besucher des Universitätsspitals (Klinikum 1), welches sich seltsamerweise „Rauchfreies Gesundheitszentrum" nennt, gezwungen, immer zuerst die unabgetrennte Raucherzone, welche sich auf jedem Stockwerk im Korridor vor den Besucherliften befindet, zu durchqueren.

Im Politikplan werden die Bereiche gesunde Ernährung, Bewegung und die Suchtproblematik (Drogen, Alkohol, Medikamente) erwähnt. Bedauerlicherweise werden die Tabaksucht und der Schutz vor diesem schädlichen Produkt nirgends erwähnt. Im Gegensatz zu anderen Kantonen, Ländern und auch Betrieben, hat der Kanton Basel-Stadt in Bezug auf die hohe Gefährdung des Passivrauchens nichts Nennenswertes unternommen.

Aus gesundheitlichen Überlegungen bitte ich den Regierungsrat, folgende zwei politischen Ziele in den Politikplan aufzunehmen:

- Jeder Staatsangestellter hat das Recht auf einen rauchfreien Arbeitsplatz.
- Mittelfristig sollen alle öffentlich zugänglichen kantonalen Gebäude rauchfrei werden.

Lorenz Nägelin

b) Planungsanzug Zukunftsplanung der Pensionskasse

05.8416.01

1. Ausgangslage

Im Politikplan 2006 bis 2009 findet das Problem des Sanierungsbedarfs in der Pensionskasse Basel-Stadt mehrfach Erwähnung. Es ist allen Beteiligten klar, dass diese Lösung schwierig ist und dass durch die heutige Situation ein massives strukturelles Ungleichgewicht zwischen Beiträgen und Leistungen entstanden ist. Im Politikplan fehlen aber Ziele und Handlungsalternativen, mit denen das Problem angegangen werden soll.

2. Vorschlag

Die Unterzeichneten bitten den Regierungsrat um Ergänzung im Text, im Politikplan:

Seite 102, Ziele

Die Partner der Pensionskasse (Arbeitgeber, aktive Arbeitnehmer und Rentner) wollen mit gemeinsamen Anstrengungen Einnahmen und Ausgaben der Pensionskasse Basel-Stadt in ein langfristiges Gleichgewicht bringen.

Seite 102, Projekte

Hier erwarten wir vom Regierungsrat, dass er für Beseitigung des strukturellen Defizits sowie für die langfristige Gesundung Leitlinien legt. Welche Prioritäten er dabei setzt, ist Sache des Regierungsrates. Wir können nur mögliche Themen vorlegen und erwarten, dass der Regierungsrat (ähnlich wie kürzlich im Kanton Baselland geschehen), seine langfristigen Prioritäten bekannt gibt. Mögliche Themen sind:

- Korrektur des Verhältnisses zwischen Beiträgen und Leistungen
- Wechsel vom (schwierig zu budgetierenden) Leistungs- auf das (einfacher zu verstehende) Beitragsprimat.
- Verzinsung der heutigen Deckungslücke
- Einfrieren der Leistungsprimatwerte
- Prüfen des Einbezugs der Rentner bei der Sanierung

- Erhöhung der Beiträge Arbeitnehmer
- Erhöhung der Beiträge Arbeitgeber
- Reduktion der Leistungen

Damit konkretisiert der Regierungsrat die Lösung dieser Frage, die für den Kanton von grosser Bedeutung ist und sich auf praktisch alle Aufgabenfelder und die Finanzplanung auswirkt.

Helmut Hersberger, Daniel Stolz, Urs Schweizer, Christine Locher-Hoch, Markus G. Ritter, Peter Malama, Ernst Mutschler, Giovanni Nanni, Roland Vögtli, Arthur Marti, Christine Heuss, Rolf Stürm, Christophe Haller, Christian Egeler, Emmanuel Ullmann

c) Planungsanzug „Langfristiges Energiekonzept" 05.8417.01

Die verschiedenen Vorstösse zur nachhaltigen Energiepolitik in den letzten Wochen im Parlament haben gezeigt, dass das Thema mittel- und langfristige Energieversorgung eine hohe Priorität hat. Diese im Grundsatz meist zu unterstützenden Einzelvorstösse sind aber zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht in eine Gesamtkonzeption eingebaut werden. Eine Durchsicht des 150 Seiten umfassenden Politikplans 2006 - 2009 hat gezeigt, dass der Regierungsrat diesem Thema nur wenig Platz einräumt.

Als politische Ziele werden im Kapitel Versorgung und Entsorgung zwar die „Gewährleistung der Versorgungssicherheit", das „umweltgerechte und wirtschaftliche Versorgen" sowie die „Förderung der Nutzung erneuerbarer und emissionsarmer Energien" aufgelistet.

Im Kapitel Umwelt und Energie wird als politisches Ziel „sparsames und rationelles Nutzen von Energie sowie verstärktes Fördern erneuerbarer Energien" gesetzt.

Auch im Bericht zur nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005 wird diesem Thema kein Platz eingeräumt.

An verschiedenen Orten werden in beiden Berichten zwar die in den letzten Sitzungen verabschiedeten Projekte (z.B. Holzheizkraftwerk, Deep Heat Mining, 2000-Watt-Gesellschaft) lobend erwähnt.

Was aber fehlt ist ein klare Definition der langfristigen Energieziele und daraus abgeleitet die entsprechenden Massnahmen und deren Kosten.

Wir bitten den Regierungsrat, im Rahmen der Überarbeitung des Politikplans sowie im Rahmen der jährlichen Detailplanung ein Energiekonzept auszuarbeiten, dessen Zusammenfassung im Politikplan Eingang findet. Das Energiekonzept sollte folgende Daten für das Kantonsgebiet bereitstellen:

- Bedarfsentwicklung 2006 bis 2030
- Produktion nach Energieträger
- Eigenproduktion-, Importanteil und Konzeption der Versorgung
- Langfristige Ressourcenplanung
- Einsatz von finanziellen Fördermitteln (Zielsetzungen, Beiträge)

Dieses Konzept soll auch folgende Fragen beantworten:

- Wie gross ist eine allfällige Versorgungslücke?
- Mit welchen Zusatzmassnahmen ist dieser Versorgungslücke zu begegnen?
- Wo machen welche Fördermassnahmen Sinn?
- Was kostet uns das Gesamtpaket an Fördermassnahmen?
- Welche Marktanteile können erneuerbare Energieträger kurz-, mittel- und langfristig abdecken?

Christian Egeler, Helmut Hersberger, Ernst Mutschler, Hanspeter Gass, Emmanuel Ullmann, Giovanni Nanni, Arthur Marti, Roland Vögtli, Urs Schweizer, Baschi Dürr, Daniel Stolz, Rolf Stürm, Christophe Haller, Christine Locher-Hoch, Markus G. Ritter

d) Planungsanzug betreffend Planung in den Quartieren 05.8418.01

Die Gundeldingerzeitung stellt in der Front-Geschichte ihrer Oktoberausgabe die provokative Frage, ob im Politikplan das Gundeli vergessen worden ist.

Ich habe mir darauf hin die Mühe genommen, den Politikplan 2006 bis 2009 entsprechend zu analysieren. Dabei sind Schwerpunkte für die Quartiere St. Johann, Rosental, Matthäus und Horburg (vom Baudepartement neu Basel-Nord genannt) unübersehbar.

Auch die Innerstadtquartiere werden in dieser oder jener Form berücksichtigt.

Wie in der erwähnten Quartierzeitung festgestellt wird, kommt das Gundeldingerquartier nur im Kleingedruckten vor.
Nicht nur für das Gundeldingerquartier, auch für die meisten übrigen Quartiere scheint die künftige Planung kaum zu existieren.

1. In diesen Sinne beantrage ich, den Politikplan entsprechen zu ergänzen.
2. Aus der Sicht des Gundeldingerquartiers müsste überdies das Erstellen der vom ganzen Quartier verlangten Umfahrungsstrasse im Politikplan postuliert werden.
3. Die im Plan enthaltene Entwicklung des Dreispitzareals (Richtplan) muss mit der nötigen Sorgfalt und mit grosser Rücksicht auf die Bevölkerung vorgenommen werden. Derzeit besteht leider der Eindruck, CMS, Hochbauamt und einige berühmte Architekten seien in erster Linie bemüht, ein bewährtes Gewerbe und Industrieareal zu zerstören.
4. Anstelle allzu grosser Euphorie auf dem Dreispitz sind vielmehr die Realisierung des Boulevard Güterstrasse, die bessere Möblierung des Bahnhof-Südausgangs und die Intensivierung der Bebauungspläne Grosspeter und Südpark anzustreben.

Roland Vögtli, Urs Schweizer, Arthur Marti, Emmanuel Ullmann, Giovanni Nanni, Hanspeter Gass, Christine Locher-Hoch, Christine Heuss, Christophe Haller, Daniel Stolz, Hans Rudolf Brodbeck, Christian Egeler, Rolf Stürm, Ernst Mutschler

e) Planungsanzug betreffend Aufgabenfeld 6.4 „Öffentlicher Verkehr“ des Politikplans 2006-2009 05.8422.01

Die politischen Ziele sind wie folgt zu ergänzen:

„Beim Modal Split im Pendlerverkehr wird der Anteil des motorisierten Individualverkehrs signifikant reduziert und anteilsmässig zum öffentlichen Verkehr verlagert.“
Begründung:

Die vom Bundesamt für Raumentwicklung veröffentlichten Zahlen der Anteil Pendler nach Verkehrsmitteln zeigen für den motorisierten Individualverkehr (MIV) für Basel eine starke Zunahme auf über 40% (1970: 32.1%; 1980: 38.6%; 1990: 34.9%; 2000: 40.6%). Dabei sind die Auswirkungen der Nordtangente und die Pendler aus den Nachbarländern noch nicht berücksichtigt und es ist zu befürchten, dass damit der Anteil MIV heute tatsächlich wesentlich höher ist.

Diese Zunahme steht im krassen Gegensatz zu den Zielen der Nachhaltigkeit der Regierung (Bericht zu nachhaltigen Entwicklung Basel-Stadt 2005). Auf Seite 6 dieses Berichtes steht: „Auch bei der Luftqualität und den Treibhaus-Emissionen sind Teilerfolge zu verzeichnen, aber die Verbesserungen werden durch das wachsende Verkehrsvolumen und den erhöhten Energieverbrauch wieder abgeschwächt.“ Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele wird auf Seite 8 die Verminderung der lokalen Emissionen in die Luft aufgeführt.

Damit die Nachhaltigkeitsziele auch umgesetzt werden, ist es deshalb nur folgerichtig diese in den politischen Zielen des Politikplans festzuhalten und dann entsprechend im ÖV-Programm einfliessen zu lassen.

Michael Wüthrich, Gabi Mächler, Heidi Mück, Martina Saner, Patrizia Bernasconi, Anita Lachenmeier-Thüring, Beat Jans, Eveline Rommerskirchen, Stephan Maurer, Roland Engeler, Sibel Arslan, Urs Müller, Thomas Grossenbacher, Jörg Vitelli, Andrea Bollinger, Karin Haeberli Leugger, Beatrice Alder Finzen, Dominique König-Lüdin

f) Planungsanzug betreffend Aufgabenfeld 1.5 „Umwelt und Energie“ des Politikplans 2006-2009 05.8423.01

Die politischen Ziele sind wie folgt zu ergänzen:

„Reduktion der Belastung im Bereich nicht ionisierende Strahlen auf Werte die dem vorbeugenden Schutz der öffentlichen Gesundheit dienen“
Die Projekte und Vorhaben sind wie folgt zu ergänzen:

„Ausarbeiten und Umsetzen von kantonalen Zusatzvorschriften für den Betrieb von nicht ionisierende Strahlen verursachenden Emittern auf im Kantonsbesitz befindlichen Gebäuden und Allmend. Die Zusatzvorschrift kann den Betrieb solcher Emitter erlauben, allerdings nur unter der Bedingung, dass deren Immissionsbelastung (inklusive der Gesamtbelastung der umliegenden Anlagen) auf 1/10 der heutigen Grenzwerte reduziert wird. Ausgenommene Gebäude sind Spitäler, Alters- und Pflegeheime, Schulen und Kindergärten.

Begründung:

Mobiltelefone und andere drahtlose Kommunikationsgeräte gehören heute zum Alltag. Zu deren Betrieb braucht es Sendeanlagen (Basisstationen). Zum vorbeugenden Schutz der öffentlichen Gesundheit wird von der Verbindung

der Schweizer Ärztinnen und Ärzte FMH und Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz AefU für die Immissionen von Mobilfunksendeanlagen ein vorläufiger Beurteilungswert von 1mW/m2 – entsprechend 0,6 V/m – empfohlen. Dieser Wert ist zehnmal niedriger als die in der Schweiz durch die NIS-Verordnung als Anlagegrenzwert festgelegten 6 V/m und entspricht dem in Salzburg realisierten Modell.

Der Kanton Basel-Stadt ist an die eidgenössischen Grenzwertvorschriften gebunden und bei Bewilligungsverfahren sind diese anzuwenden. Es spricht aber nichts dagegen als Gebäudeeigner oder Allmendbesitzer dem Betreiber zusätzliche Bedingungen zu stellen, wenn dieser an solchen Orten Anlagen betreiben will. Es ist dem Betreiber freigestellt auch andere Standorte zu erwägen. Die Folge solcher Zusatzvorschriften ist beispielsweise, dass nicht im 2. Untergeschoss und nicht überall mit maximaler Empfangsstärke mobil telefoniert werden kann. In Anbetracht des potentiell beträchtlichen Gesundheitsrisikos solcher Anlagen ist aber eine Vorsorge hin zu „sanftem Mobilfunk“ vertretbar.

Michael Wüthrich, Maria Berger-Coenen, Heidi Mück, Martina Saner, Anita Lachenmeier-Thüring, Eveline Rommerskirchen, Urs Joerg, Andrea Bollinger, Sibel Arslan, Urs Müller, Thomas Grossenbacher, örg Vitelli, Karin Haeberli Leugger, Patrizia Bernasconi, Beatrice Alder Finzen, Dominique König-Lüdin

g) Planungsanzug "Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung" 05.8424.01

Im Kapitel 5, auf Seite 69 unter dem Titel "Bildung auf Tertiärstufe und Weiterbildung" hat der Regierungsrat nicht definiert, was der Kanton leistungsmässig mit der Universität erreichen will.

Wir schlagen deshalb vor, unter dem Untertitel "Projekte und Vorhaben" nach dem ersten Punkt folgenden zweiten Punkt anzubringen:

Ausarbeitung des Leistungsauftrags mit der Universität Basel

Im zukünftigen Leistungsauftrag ist der Schwerpunkt auf die Qualitätsverbesserungen der Kernwissenschaften zu legen. Wo es möglich ist, sollen Synergiemöglichkeiten mit anderen Universitäten gesucht und genutzt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass die Universität in den definierten Kernwissenschaften im nationalen Vergleich weiterhin zu den Besten gehört.

Emmanuel Ullmann, Rolf Stürm, Hans Rudolf Brodbeck, Daniel Stolz, Ernst Mutschler, Peter Malama, Markus G. Ritter, Giovanni Nanni, Roland Vögtli, Urs Schweizer, Arthur Marti, Christine Locher-Hoch, Christine Heuss

Anzüge

a) Anzug betreffend Übersicht und Massnahmeplanung zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit 05.8419.01

Die Jugendarbeitslosigkeit ist schweizweit und in Basel-Stadt Besorgnis erregend. Sie liegt mit 7.7 Prozent weit über der Gesamterwerbsquote von 4.3 Prozent. Es muss sogar von noch höheren Zahlen ausgegangen werden, da nicht alle Jugendlichen gemeldet und als Arbeitslose erfasst sind. (Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz/Zug/Aargau).

Drei Risikofaktoren reduzieren die Chance der Jugendlichen eine Stelle zu finden:

Nationalität: Ausländische Jugendliche sind mehr als doppelt so häufig arbeitslos. Sie stammen oft aus bildungsfernen Schichten, das schweizerische Schulsystem allein vermag den Bildungsrückstand nicht zu kompensieren. Zudem erfahren junge Ausländerinnen oft direkte Diskriminierungen, weil die Arbeitgeber trotz guter Schulnoten schweizerische Schülerinnen bevorzugen.

Schulleistungen: Schlechte Schulleistungen erschweren sowohl die Lehrstellensuche wie die Integration in den Arbeitsmarkt.

Berufserfahrung: Trotz guter Schulbildung werden Jugendliche aufgrund mangelnder Berufserfahrung weniger berücksichtigt. Dabei wird vergessen, dass viele junge Erwerbstätige auf dem neusten Bildungsstand und hoch motiviert sind, ihre Fähigkeiten einzubringen.

Entsprechend diesen Risikofaktoren betrifft die Arbeitslosigkeit einerseits 15-19 jährige Jugendliche beim Schulabgang und anderseits die 20 bis ca. 24 jährigen jungen Erwachsenen bei Ausbildungsende. Unterstützende Angebote müssen entsprechend differenziert auf diese unterschiedlichen Situationen eingehen.

Die nicht erfolgte Integration der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Arbeitsmarkt bewirkt eine Mehrbelastung der Sozialwerke, Mehrausgaben im Gesundheitsbereich und künftige Mindereinnahmen bei den Steuern. Neben diesen volkswirtschaftlichen Faktoren führt die Perspektivenlosigkeit der Jugendlichen zur

Vergrösserung der sozioökonomischen Unterschiede innerhalb der Gesellschaft, zu sozialem Unfrieden und kann bei zunehmender Desintegration und einseitig repressiven Massnahmen zu gewaltvollen Eskalationen wie aktuell in mehreren französischen Grossstädten führen.

Die Anzugstellenden halten die Angebotsüberprüfung, Ergänzung und Koordination von Massnahmen zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit für eine vordringliche politische Aufgabe und bitten den Regierungsrat möglichst bald zu prüfen und zu berichten,

1. ob eine Stelle innerhalb der Departemente beauftragt werden kann, welche eine Übersicht der Angebote für die verschiedenen Zielgruppen erstellt und diese laufend aktualisiert;
2. wie die Steuerung und Koordination der Angebote sichergestellt und initiative Anbieter aus Wirtschaft und privatem Umfeld sinnvoll involviert werden können;
3. welche Lücken aufgrund der erstellten Angebotsübersicht sichtbar werden und welche weiteren Massnahmen sich aufgrund derer aufdrängen;
4. ob Bedarf und Angebot insbesondere im Bereich der niederschwelligen, entlöhnten Arbeitsangebote und der Attestlehren aktuell übereinstimmen;
5. ob neben den traditionellen Freizeitangeboten für 14 -18 jährige Jugendliche und jungen Erwachsene zwischen 16 und 25 Jahren eine Tagesbeschäftigungsstruktur zur Verfügung gestellt werden kann;
6. wie ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden können, um bei festgestellten Lücken neue Angebote zu schaffen.

Martina Saner, Gabi Mächler, Roland Engeler, Bernadette Herzog-Bürgler, Philippe Pierre Macherel, Christine Keller, Doris Gysin, Daniel Wunderlin, Fabienne Vulliamoz, Gülsen Oeztürk, Heidi Mück, Anita Lachenmeier-Thüring, Urs Müller, Michael Martig, Tobit Schäfer, Claudia Buess, Bruno Suter, Noëmi Sibold, Martin Lüchinger, Jörg Vitelli, Sibille Benz Hübner, Gisela Traub, Eveline Rommerskirchen, Michael Wüthrich, Beat Jans, Francisca Schiess, Sibylle Schürch, Jan Goepfert, Hermann Amstad, Brigitte Strondl, Anita Heer, Brigitte Hollinger, Talha Ugur Camlibel, Tino Krattiger, Brigitta Gerber

b) Anzug betreffend Joint Venture für Arbeit: auch Wirtschaft muss ein Interesse an neuen Arbeitsplätzen für SozialhilfebezügerInnen haben 05.8420.01

Dass immer mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sind, weil sie seit längerer Zeit aus der Erwerbsarbeit ausgeschieden sind, darf nicht einfach hingenommen werden. Abgesehen von den finanziellen Auswirkungen verschlechtert eine lange Sozialhilfeabhängigkeit die körperliche und psychische Gesundheit der betroffenen Menschen nachgewiesenermassen.

Es braucht ein differenziertes Angebot an Arbeitsintegrationsmassnahmen, um auf die unterschiedlichen Ressourcen und Problemstellungen der arbeitslosen Sozialhilfebezügerinnen zu reagieren: Beschäftigung/Tagesstruktur, Abklärung, Arbeitstraining, Coaching, Qualifizierung durch Weiterbildung. Solche Programme stossen allerdings auch an Grenzen, weil der Sprung vom 2. in den 1. Arbeitsmarkt zu gross sein kann. Es braucht daher verstärkt Bemühungen, „reale" Arbeitsplätze in der Wirtschaft für SozialhilfebezügerInnen zu gewinnen. Hier müsste es für Firmen differenzierte Möglichkeiten geben, Arbeitsplätze anzubieten und sich damit als „Arbeitgeber mit sozialer Verantwortung" zu profilieren.

Wünschenswert sind zum einen Praktikumsstellen als „Arbeit auf Probe": nach einem befristeten Einsatz in einem realistischen Arbeitsumfeld, bei dem nicht der Lohn im Vordergrund steht, kann der/die SozialhilfebezügerIn Erfahrung sammeln, hoffentlich ein gutes Zeugnis mitnehmen und im besten Fall von dort aus eine andere Stelle im Betrieb antreten, nachdem sich der Arbeitgeber überzeugen konnte, dass jemand gute Leistungen bringt.

Die Möglichkeiten, Teillohnfinanzierungen für leistungsreduzierte SozialhilfebezügerInnen durch die Sozialhilfe zu übernehmen, sollte ebenfalls geprüft werden. Allerdings müssten auch solche Einsatzplätze klar befristet sein, damit keine Dauersubventionierung von Stellen im 1. Arbeitsmarkt durch den Staat resultiert.

Schliesslich gibt es an der Schnittstelle zwischen 1. und 2. Arbeitsmarkt bestimmt auch Möglichkeiten, neue Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor für niedrig qualifizierte Arbeitskräfte zu schaffen. Neue Angebote mit hohem PR-Gewinn für die beteiligten Firmen wie beispielsweise ein Päckli-Lieferservice zwischen Innerstadtgeschäften und Parkhäusern schaffen gleichzeitig neue Einsatzplätze für SozialhilfebezügerInnen und damit eine win-win-Situation.

Die Unterzeichnenden bitten die Regierung zu prüfen und berichten, welche Schritte unternommen werden können für ein „Joint Venture für Arbeit", in das privatwirtschaftliche Unternehmungen eingebunden sind mit dem Ziel, eine Palette von Praktikums-, Beschäftigungs- und Arbeitsplätzen im vorgängig beschriebenen Sinn für SozialhilfebezügerInnen zu schaffen.

Gabi Mächler, Martina Saner, Urs Müller, Philippe Pierre Macherel, Sibylle Schürch, Gülsen Oeztürk, Bernadette Herzog-Bürgler, Roland Engeler, Christine Keller, Michael Wüthrich, Eveline Rommerskirchen, Thomas Baerlocher, Patrizia Bernasconi, Brigitta Gerber, Beat Jans, Martin Lüchinger

c) Anzug betreffend Pilotpojekt „Sabbatical“ 05.8421.01

Zur Lösung des Problems der Erwerbslosigkeit und steigenden Sozialhilfeabhängigkeit, insbesondere für die Reintegration von Langzeiterwerbslosen ins Erwerbsleben, sind neue, kreative und innovative Ansätze gefragt. Die Einsicht liegt nahe, dass es wahrscheinlich kein „Allerweltsheilmittel" oder Patentrezept gibt. Einzelne Massnahmen können aber als Puzzleteile eines Ganzen zu einer Verbesserung beitragen. Dabei gilt es, auch ungewohnte Modelle zu prüfen und gegebenenfalls im Sinne eines Pilotprojektes auszuprobieren, um konkrete Erfahrungen auswerten zu können.

Schweden beschreitet seit einiger Zeit neue Wege mit dem sogenannten „Sabbatjahr". Ein (jedenfalls teilweise) bezahltes Freijahr soll den Arbeitsmarkt durchlässiger machen. Der „Ausstieg auf Zeit" soll müde gewordenen Arbeitskräften eine Verschnaufpause ermöglichen, während sich gleichzeitig Arbeitslose für die Rückkehr ins Berufsleben qualifizieren können. Gravierende Mehrkosten entstehen dadurch nicht: was man den einen als „Sabbatlohn" (dort 85% des Arbeitslosengeldes) bezahlt, erspart man sich als Arbeitslosenentschädigung (bzw. allenfalls auch Sozialhilfe) bei den anderen. Der / die „Stellvertreterln" des Urlaubers am Arbeitsplatz kann sich während seines zwischen drei Monaten und maximal einem Jahr dauernden Einsatzes für die Rückkehr ins Erwerbsleben qualifizieren und sich so bessere Chancen für die Stellensuche schaffen. Weil es dem Urlauber erlaubt ist, sich während des Sabbaticals nicht nur weiterzubilden, sondern auch den Start in eine selbständige Erwerbstätigkeit zu prüfen, kann aus dem „Sprungbrett" ins Erwerbsleben für den/die Stellvertreterln auch eine dauernde Beschäftigung am Sabbaticalarbeitsplatz werden.

In Schweden verlief der Test in einem Dutzend Probekommunen mit dem oben skizzierten Modell so vielversprechend, dass das Freijahr seit Anfang dieses Jahres allen Arbeitnehmerinnen offen steht. Auch in Basel könnte sich ein Pilotprojekt innerhalb der kantonalen Verwaltung lohnen und wenigstens für einen Teil der Arbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfänger, u.U z.B auch für junge Schul- oder Studienabgänger oder stellenlose Junglehrerinnen, eine Perspektive bieten. Gleichzeitig könnte Basel-Stadt auf kostengünstige Art und Weise die Motivation seiner Angestellten verbessern und so seine Attraktivität als Arbeitgeber erhöhen.

Die Unterzeichenden bitten daher den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob in Basel-Stadt ein Pilotprojekt für die Einführung des „Sabbatical" -Jahres innerhalb der Kantonalen Verwaltung gestartet werden soll.

Christine Keller, Gabi Mächler, Beat Jans, Urs Müller, Philippe Pierre Macherel, Martina Saner, Michael Wüthrich, Hans-Peter Wessels, Patrizia Bernasconi, Sibylle Schürch, Roland Engeler, Claudia Buess, Tobit Schäfer, Martin Lüchinger

d) Anzug betreffend Entlastung der Gemeinde Riehen vom Durchgangsverkehr 05.8425.01

Wegen Strassenbauarbeiten und Tramgeleiseerneuerungen der BVB wird es ab 2006 bis voraussichtlich 2015 auf der Riehener Durchgangsachse Lörracherstrasse - Baselstrasse - Aeussere Baselstrasse wiederholt zu grösseren Behinderungen für den Motorfahrzeugverkehr kommen.

Parallel dazu beginnt die Gemeinde Riehen 2006 mit der Sanierung des Grenzacherwegs, der von zahlreichen Automobilisten als Ausweichroute benutzt wird.

Automobilisten und Automobilistinnen aus und ins Wiesental kann die Durchfahrt durch Riehen in den nächsten Jahren deshalb nicht empfohlen werden.

Mit der Regio-S-Bahnlinie 6 steht den Pendlern und Pendlerinnen jedoch eine Alternative zur Verfügung, die in den kommenden Monaten stark an Attraktivität gewinnt. Soeben wurde der Betrieb mit dem neuen Rollmaterial (FURT) aufgenommen. Auf der ganzen Strecke werden neue Haltestellen gebaut, resp. bestehende Stationen erneuert, so u.a. auch mit finanzieller Unterstützung des Kantons der Bahnhof Riehen Dorf und die Station Niederholz. Ab 2007 schliessiich besteht eine direkte Durchbindung vom Wiesental in den Bahnhof SBB.

Die Unterzeichneten bitten deshalb den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- mit welchen Massnahmen er in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Lörrach die Automobilisten und Automobilistinnen über die erschwerte Durchfahrt durch Riehen zu informieren gedenkt
- ob er sich dafür einsetzen kann, dass die Signalisation so erstellt wird, dass die aus der Schweiz kommenden Automobilisten unter Umfahrung von Riehen über die neue Autobahnspange A 98 in den deutschen Teil des Wiesentals, resp. die aus dem Wiesental kommenden Autofahrer über diese neue Autobahn in die Schweiz geleitet werden
- mit welchen speziellen Massnahmen (Plakate, Inserate, Gratistag, Schnupperabo etc.) er in Zusammenarbeit mit dem Bahnbetreiber und den Wiesentaler Gemeinden die Bevölkerung auf die stark erhöhte Attrraktivität der Regio-S-Bahnlinie 6 aufmerksam zu machen gedenkt.

Roland Engeler, Stephan Maurer, Jörg Vitelli, Christine Locher-Hoch, Rolf von Aarburg, Michael Martig, Matthias Schmutz, Annemarie Pfeifer, Thomas Grossenbacher, Hans Rudolf Lüthi, Sabine Suter, Gülsen Oeztürk, Conradin Cramer

e) Anzug betreffend Einrichtung eines „Tagesbetreuungsrats" 05.8426.01

Seit Anfang 2004 sind das neue Tagesbetreuungsgesetz und die Tagesbetreuungsverordnung in Kraft. Dank diesem Gesetz erhielt die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern die notwendige öffentliche Anerkennung und gesetzliche Verankerung.

Das Tagesbetreuungsgesetz und die entsprechende Verordnung regeln die Organisation und Finanzierung der Tagesbetreuung von Kindern. Für die Kontrolle der Qualität und den sorgfältigen Einsatz der gesprochenen Mittel ist das Erziehungsdepartement zuständig.

Mit der Annahme der neuen Verfassung wird auch das Grundrecht der Eltern auf ein familienergänzendes Tagesbetreuungsangebot für ihre Kinder gewährleistet. Von diesem Grundrecht und vom öffentlichen Interesse aus gesehen, ist die Tagesbetreuung durchaus vergleichbar mit den staatlichen Schulen. Die staatlichen Schulen unterstehen einer demokratischen Kontrolle, welche durch die Inspektionen gewährleistet ist.

Wünschbar und sinnvoll ist eine ähnliche Einrichtung für die Tagesbetreuung. Ein solches Gremium wäre einerseits Ansprechspartner für Eltern bei grundsätzlichen Fragen zur Tagesbetreuung von Kindern. Andrerseits könnte es auch als Kontakt- und Anlaufstelle für Anliegen der Institutionen der Tagesbetreuung fungieren. Ein weiterer Aufgabenbereich für eine derartige Kommission wäre die konstruktive Begleitung der Umsetzung des neuen Tagesbetreuungsgesetzes u.a. in den Bereichen Elternbeiträge, Warteliste, Veränderungen in der Qualität der Betreuung, Organisationsstrukturen etc. Ebenso könnte diese Kommission Lobbyarbeit für die Tagesbetreuung im weitesten Sinne leisten und die Umsetzung des verfassungsmässigen Rechts auf einen Tagesbetreuungsplatz gewährleisten.

Mit der Schaffung dieses Gremiums für die Tagesbetreuung soll nicht in erster Linie eine kontrollierende „Inspektion" aufgebaut werden, sondern eine Kommission, die zur Unterstützung und demokratischen Absicherung aller Beteiligten dient. Aus diesem Grund soll ein solches Gremium auch „Tagesbetreuungsrat" genannt werden.

Die Strukturen und die mögliche Zusammensetzung eines Tagesbetreuungsrates könnten sich beispielsweise an denjenigen der Schulinspektionen oder auch des Frauenrates orientieren. Der Tagesbetreuungsrat könnte also nach Parteienproporz oder nach Fachwissen zusammengesetzt werden. Sowohl bei den Inspektionen als auch beim Frauenrat werden die Mitglieder vom Regierungsrat gewählt, was auch für die Mitglieder des Tagesbetreuungsrates sinnvoll wäre.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob die Einrichtung eines Tagesbetreuungsrates mit den oben beschriebenen Aufgaben möglich wäre und welche Strukturen für einen Tagesbetreuungsrat sinnvoll wären.

Heidi Mück, Markus Benz, Doris Gysin, Sibel Arslan, Gülsen Oeztürk, Anita Lachenmeier-Thüring, Roland Engeler, Hermann Amstad, Katharina Herzog, Martina Saner, Hans Baumgartner, Patrizia Bernasconi, Karin Haeberli Leugger, Brigitte Hollinger, Urs Müller, Michael Wüthrich

f) Anzug betreffend Erweiterung der Stellvertretungsmöglichkeiten in Grossratskommissionen 05.8427.01

Neue Grossratsmitglieder stellen bald einmal fest, dass der Arbeit in den Kommissionen des Grossen Rates, insbesondere in den ständigen vorbereitenden Sachkommissionen, sehr hohe Bedeutung zukommt. Die Mitwirkung in einer Kommission ist unerlässlich für eine aktive Teilnahme am Ratsgeschehen. Das Arbeitsvolumen, das die einzelnen Kommissionsmitglieder zu bewältigen haben, steigt, es muss immer mehr Zeit und Energie für die Kommissionsarbeit eingesetzt werden. In unserem Milizsystem stellt dies manche Parlamentarier und Parlamentarierinnen immer wieder vor Probleme, da auch die Anforderungen am Arbeitsplatz steigen und sich Job und zeitaufwändige Parlaments- und Kommissionsarbeit nicht immer leicht vereinbaren lassen. Die künftige Verkleinerung des Grossen Rates bei Annahme der neuen Kantonsverfassung wird die Arbeitsbelastung der einzelnen Ratsmitglieder voraussichtlich noch mehr anwachsen lassen. Vor diesem Hintergrund ist es gerechtfertigt, Möglichkeiten der Entlastung zu prüfen. In diesem Zusammenhang drängt sich erneut die Prüfung einer Erweiterung der Stellvertretungsmöglichkeit für Kommissionsmitglieder durch andere Mitglieder ihrer Fraktion auf. Anlässlich eines Treffens mit Mitgliedern der SP-Fraktion des Baselbieter Landrats konnte ich feststellen, dass im Kanton Basel-Landschaft das Prinzip der Ernennung von ständigen Stellvertreterinnen oder Stellvertretern der Kommissionsmitglieder durch die Fraktionen gilt. (§ 25 des Dekrets über die Organisation und die Geschäftsführung des Landrats sieht pro Fraktion und Kommission je eine Stellvertretung vor). Dieses System hat sich im Landrat sehr bewährt. Die Stellvertretungslösung des Landrats bietet einem weiteren Fraktionsmitglied die Gelegenheit, sich - zumindest über die Verteilung von Protokollen und speziellen Unterlagen - vertieft mit den jeweiligen Geschäften auseinander zu setzen. Auch auf Bundesebene ist die Stellvertretung gewährleistet: Im Nationalrat ist eine Stellvertretung eines Kommissionsmitglieds durch ein anderes Fraktionsmitglied jederzeit möglich. Basel-Stadt ist davon weit entfernt. Die heute geltende Geschäftsordnung des Grossen Rates sieht in § 56 a eine Stellvertretung von Kommissionsmitgliedern nur unter sehr restriktiven Bedingungen vor, nämlich einzig bei persönlicher oder beruflicher Verhinderung eines Mitglieds von mehr als zwei Monaten. Angesichts der Bedeutung der

Kommissionsarbeit wäre es wünschenswert, wenn auch bei kürzerer, in unserem Milizsystem oft unvermeidbarer Verhinderung Mitglieder die Möglichkeit erhielten, sich vertreten zu lassen. Als weiteres Argument kommt hinzu, dass das Themenspektrum in den Kommissionen sehr breit ist; ein einzelnes Mitglied kann nie alles abdecken. Manchmal findet sich in der Fraktion ein Kollege oder eine Kollegin, die in einem Thema spezifisch bewandert sind. Solche Expertise könnte durch eine Stellvertretungsmöglichkeit von Fall zu Fall genutzt werden, was der Effizienz der Kommissionsarbeit und des Parlaments nur zugute käme.

Ich bitte daher das Büro des Grossen Rates, zu prüfen und zu berichten,

- ob und wie die Stellvertretungsmöglichkeiten (ständige oder ad hoc-Stellvertretung) für Kommissionsmitglieder durch andere Mitglieder ihrer Fraktion erweitert werden können.

Andrea Bollinger, Brigitte Strondl, Helen Schai-Zigerlig, Lukas Labhardt, Brigitte Hollinger, Ruth Widmer, Brigitte Heilbronner-Uehlinger, Talha Ugur Camlibel, Hans-Peter Wessels, Claudia Buess, Fabienne Vulliamoz, Karin Haeberli Leugger, Anita Lachenmeier-Thüring, Christine Keller

g) Anzug betreffend Förderung von grossem Wohnraum 05.8428.01

Zu den Aufgaben der staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten gehört u.a. die Begutachtung von Wohnobjekten

a) bei der bewilligungspflichtigen Benützung von Wohnungen zu anderen als Wohnzwecken sowie

b) bei vollständigem oder teilweisem Abbruch von Häusern, die vorwiegend Wohnzwecken dienen.

(vgl. Gesetz und Verordnung über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern vom 20. November 1975).

Dieses Gesetz wurde zu einem Zeitpunkt erlassen, als der Kanton die höchste Bevölkerungszahl seiner Geschichte zu verzeichnen hatte. Entsprechend wichtig war der Erhalt von - insbesondere preisgünstigem - Wohnraum (vgl. oben erwähntes Gesetz, Einleitungssatz).

Heute hat sich die Situation jedoch wesentlich geändert: Die Bevölkerungszahl ging zurück, gleichzeitig stieg die Anzahl Wohnungen seit 1970 um über 10 % auf 104'399 Wohnungen. Mit dem Ziel, preisgünstigen Wohnraum zu erhalten, erschwert das Gesetz jedoch die Schaffung von grosszügigen (und teureren) Wohnungen für Familien und gute Steuerzahler. Deshalb verwundert es nicht, dass die Anzahl Wohnungen mit 6 Zimmern und mehr seit 1970 um 235 Einheiten auf 5'388 Wohnungen abgenommen hat (Quelle: www.statistik-bs.ch). Auch wird Investoren die Möglichkeit erschwert, statt Wohnhäusern Geschäftsräumlichkeiten zu bauen. Dies kann im schlimmsten Fall zur Abwanderung der Unternehmungen aus dem Kanton führen.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten zu prüfen und zu berichten,

- ob das Gesetz und die Verordnung über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern vom 20. November 1975 angesichts sinkender Bevölkerungszahl noch zeitgemäss ist;
- ob Massnahmen ergriffen werden können, um die Schaffung von grossem Wohnraum zu fördern.

Emmanuel Ullmann, Rolf Stürm, Giovanni Nanni, Roland Vögtli, Arthur Marti, Urs Schweizer, Michel Remo Lussana, Christine Locher-Hoch, Stephan Gassmann, André Weissen, Dieter Stohrer, Peter Zinkernagel, Markus G. Ritter, Christian Egeler, Joël Thüring, Daniel Stolz, Lukas Engelberger, Felix W. Eymann, Christine Heuss, Conradin Cramer, Sebastian Frehner

Grosser Rat des Kantons Basel-Stadt

Protokoll

der 11. ausserordentlichen Sitzung, Amtsjahr 2005-2006

Mittwoch, den 14. Dezember 2005, um 09.00 Uhr und 15.00 Uhr

Donnerstag, den 15. Dezember 2005, um 09.00 Uhr, 16.00 Uhr und 20.00 Uhr

Vorsitz:	*Bruno Mazzotti, Grossratspräsident*
Protokoll:	*Thomas Dähler, I. Ratssekretär* *Barbara Schüpbach-Guggenbühl, II. Ratssekretärin* *Marianne Eggenberger, Texterfassung Wortprotokoll*
Abwesende:	
14. Dezember 2005, 09:00 Uhr	*Claudia Buess (SP), Margrith von Felten (Bündnis), Fabienne Vulliamoz (SP), Richard Widmer (VEW).*
14. Dezember 2005, 15:00 Uhr	*Andreas Albrecht (LDP), Claudia Buess (SP), Beat Jans (SP), Lorenz Nägelin (SVP), Matthias Schmutz (VEW), Donald Stückelberger (LDP), Margrith von Felten (Bündnis), Fabienne Vulliamoz (SP), Richard Widmer (VEW).*
15. Dezember 2005, 09:00 Uhr	*Beatrice Alder (Bündnis), Claude François Beranek (LDP), Claudia Buess (SP), Felix Eymann (DSP), Bernhard Madörin (SVP), Peter Malama (FDP), Donald Stückelberger (LDP), Margrith von Felten (Bündnis), Fabienne Vulliamoz (SP), Michael Wüthrich (Bündnis).*
15. Dezember 2005, 16:00 Uhr	*Andreas Albrecht (LDP), Beatrice Alder (Bündnis), Hermann Amstad (SP), Claude François Beranek (LDP), Claudia Buess (SP), Lukas Engelberger (CVP), Patrick Hafner (SVP), Martin Hug (LDP), Bernhard Madörin (SVP), Matthias Schmutz (VEW), Urs Schweizer (FDP), Donald Stückelberger (LDP), Jörg Vitelli (SP), Margrith von Felten (Bündnis), Fabienne Vulliamoz (SP), Richard Widmer (VEW).*
15. Dezember 2005, 20:00 Uhr	*Andreas Albrecht (LDP), Beatrice Alder (Bündnis), Hermann Amstad (SP), Susanna Banderet (SP), Markus Benz (DSP), Claude François Beranek (LDP), Maria Berger (SP), Hans Rudolf Brodbeck (FDP), Claudia Buess (SP), Baschi Dürr (FDP), Roland Engeler (SP), Irène Fischer (SP), Stephan Gassmann (CVP), Helmut Hersberger (FDP), Dominique König (SP), Martin Lüchinger (SP), Bernhard Madörin (SVP), Michael Martig (SP), Annemarie Pfeifer (VEW), Urs Schweizer (FDP), Noëmi Sibold (SP), Dieter Stohrer (VEW), Daniel Stolz (FDP), Donald Stückelberger (LDP), Jörg Vitelli (SP), Margrith von Felten (Bündnis), Fabienne Vulliamoz (SP), Esther Weber (SP), Christoph Zuber (DSP).*

Verhandlungsgegenstände:

1. Ratschlag betreffend Budget 2006 der Universität und Globalbeitrag des Kantons Basel-Stadt. 685

2. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Globalbudget der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2006 691

3. Ratschlag betreffend Genehmigung des Voranschlages der IWB für das Jahr 2006. 692

4. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum ÖV-Programm des Regierungsrates für 2006 - 2009. 696

5. Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2006 707

6. Schreiben des Regierungsrates betreffend Rückzug des Ausgabenberichts betreffend Kredit für einen Investitionsbeitrag an die Trambeschaffung BLT/BVB. 730

Fortsetzung der Sitzung mit den am 7. Dezember 2006 nicht mehr vollständig behandelten Geschäfte

13. Ratschlag betreffend Ausrichtung von Betriebskostenbeiträgen an Basel Tourismus für die Jahre 2006 bis 2009. 731

14. Ausgabenbericht betreffend Alarm- und Brandmeldeanlagen für die BVB-Depots. 734

15. Ratschlag betreffend die Erstellung eines Mischwasser- und Havarierückhaltebeckens auf dem Areal der Abwasserreinigungsanlage Basel. 734

16. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates betreffend Umgestaltung Wettsteinplatz und Neugestaltung Theodorsgrabenanlage. 735

17. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates zum Ratschlag betreffend Finanzierung der Stadtentwicklung Basel-Nord sowie zum Anzug Peter Eichenberger und Konsorten betreffend Steigerung der Wohnqualität im St. Johann-Quartier durch Zusammenarbeit des Regierungsrates mit Dritten. 743

18. Ratschlag betreffend Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gegenseitige Abgeltung der Kosten für die nicht akademischen Ausbildungen im Gesundheitswesen. (Vertrag Gesundheitsberufe). Partnerschaftliches Geschäft 747

19. Ratschlag betreffend Betriebskostenbeiträge an die “Robi-Spiel-Aktionen”, Basel-Stadt, Verein der Pro Juventute Basel-Stadt und der GGG Basel für die Betriebsjahre 2006 und 2007. 748

20. Ausgabenbericht betreffend Betriebskostenbeiträge an den Verein “Haus für Kinder und Eltern” für den Betrieb der “Spielwerkstatt Kleinhüningen” für die Betriebsjahre 2006 und 2007. 754

21. Ratschlag betreffend Betriebsbeiträge an den Basler Frauenverein am Heuberg für die Frauenberatungsstelle BFV für die Betriebsjahre 2006 bis 2009. 755

23. Motionen 1 - 5. 757

24. Anzüge 1 - 5. 759

25. Antrag Michael Martig und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Harmonisierung der Alimentenbevorschussung und des Alimenteninkassos 760

26. Bericht der Petitionskommission zur Petition P223 “Lärmbelästigung Fischmarkt/Marktgasse”. 760

27. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Urs Müller und Konsorten betreffend “Heuwaage-Gleisgerade Auberg-Innere Margarethenstrasse hilft BVB Betriebskosten sparen” 761

28. Beantwortung der Interpellation Nr. 78 Andrea Bollinger betreffend Wegfall des Angebots Berufsförderungskurse der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Basel-Stadt. 761

29. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kathrin Giovannone und Konsorten betreffend Ausbau statt Abbau der Romanistik an der Universität Basel. 761

30. Beantwortung der Interpellation Nr. 79 Emmanuel Ullmann betreffend Einführung der Fünftagewoche am Gymnasium Kirschgarten. 761

31. Beantwortung der Interpellation Nr. 80 Anita Lachenmeier-Thüring betreffend Zollfreistrasse nach Schliessung der Zollanlage Weilstrasse. 762

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

- die Grossrats-Sitzung von morgen Donnerstagnachmittag beginnt erst um 16.00 Uhr, statt wie auf der Tagesordnung vermerkt um 15.00 Uhr. Damit nehmen wir Rücksicht auf die um 14.00 Uhr beginnende Gedenkfeier für unsere am letzten Mittwoch verstorbene Ratskollegin Bernadette Herzog.
- auf dem Tisch des Hauses liegt das der Gesetzgebenden Gewalt zugedachte Exemplar der neuen Kantonsverfassung. Ich durfte es am 2. Dezember 2005 in einer feierlichen Zeremonie vom Präsidenten des Verfassungsrates in Empfang nehmen und wir werden dieses Exemplar anschliessend dem Staatarchiv zur sachgerechten und dauerhaften Aufbewahrung übergeben.
- Am Dienstag, 10. Januar 2006 ladet das historische Museum alle Mitglieder des Grossen Rates zum traditionellen Neujahrsempfang ein. Die Einladung werden Sie in den nächsten Tagen erhalten. Ich danke dem historischen Museum für die Einladung.
- Telebasel hat die Erlaubnis, heute und morgen im Saal Aufnahmen zu machen.
- Der Kalender des Zoologischen Gartens 2006 liegt im Vorzimmer auf und ich danke dem Zoologischen Garten dafür sehr herzlich.

1. Ratschlag betreffend Budget 2006 der Universität und Globalbeitrag des Kantons Basel-Stadt.

[14.12.05 09:07:22, BKK, ED, 05.1491.01]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und für das Jahr 2006 einen Globalbeitrag von CHF 80’914’100 zu genehmigen.

Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission: Als wir dieses Geschäft vor einem Jahr hier behandelt haben, mussten wir uns durch eine Meute von Studierenden durchkämpfen, die mit Blechdosen auf die schwierige Situation der Universität aufmerksam machten. Heute war es wesentlicher leichter ins Rathaus zu kommen. Ich spreche gerne zu diesem Budget und sehe, dass es unbestritten ist. Ich kann mich kurz fassen im Wissen darum, dass es ein wichtiges Geschäft ist. Die Kürze meines Votums hat nichts mit der Bedeutung dieses Geschäfts zu tun.

Einmal mehr wird die Leistungsvereinbarung 2000 bis 2002 die Grundlage für das Budget sein. Ich verzichte in diesem Jahr namens der BKK in das alljährliche Klagelied einzustimmen, wenn es um die Genehmigung des Globalbudgets der Universität geht. Wie im Ratschlag der Regierung vermerkt, können wir voller Hoffnung sein, dass die Universität beider Basel auf den 01. Januar 2007 Realität sein wird. Das heisst, unser Nachbarkanton Basel-Landschaft wird in die Trägerschaft einsteigen. Das entsprechende Verfahren läuft, so dass das Jahr 2006 nochmals ein Übergangsjahr ist. Wenn dieses vorbei ist, dann können wir endlich den Anzug Hanspeter Wessels abschreiben, der seit bald 10 Jahren vorliegt und in jeder Tagesordnung unsere BKK belastet.

Der Budgetbericht der Universität zeigt im Detail, wie die Mittel verwendet werden sollen. Für das Jahr 2006 soll ein Sonderbeitrag von CHF 10 Millionen gesprochen werden, jeweils CHF 5 Millionen von Basel-Stadt und CHF 5 Millionen von Baselland. Für uns bedeutet dies, dass wir heute einen Globalbeitrag von CHF 80,9 Millionen bewilligen. Der Universität Basel geht es gut. Die Zahl der Studierenden steigt und hat sich in den letzten vier Jahren um rund 20% erhöht. Positiv zu bewerten ist auch die dynamische Entwicklung in der Forschung, hat sie doch im Jahr 2005 zwei weitere nationale Forschungsschwerpunkte errungen. Die BKK wartet gespannt auf den Ratschlag über die gemeinsame Trägerschaft, der den Staatsvertrag mit dem Leistungsvertrag zum Inhalt hat. Wir werden diesen dann in enger Zusammenarbeit mit der zuständigen Kommission des Landrates behandeln und sind zuversichtlich, dass die Kooperation im Bildungsbereich zwischen den beiden Kantonen hervorragend funktioniert und eigentlich auch auf die Kultur ausgedehnt werden sollte.

Zurück zur Universität. Die BKK hat den vorliegenden Ratschlag an ihrer Sitzung vom 17. Oktober einstimmig genehmigt. Ich bitte Sie, heute das gleiche zu tun.

Rolf Häring (Grünes Bündnis): Die Fraktion Grünes Bündnis möchte in der Diskussion um das Globalbudget 2006 der Universität zwei Sachen zum Ausdruck bringen. Erstens stimmen wir dem Globalbudget zu und zweitens sind wir äusserst skeptisch und beunruhigt über die bildungspolitische und inhaltliche Entwicklung der Universität. Wir stimmen zu, weil wir mit dem Universitätsrat die Uni seit Jahren für unterfinanziert halten. Wir finden es richtig, dass die Uni mehr Mittel erhält. Wir haben uns im Zusammenhang mit dem Portfoliobericht 2004 des Universitätsrates klar gegen Sparmassnahmen im Fächerbereich ausgesprochen. Wir haben uns für die Besserung der Betreuungsverhältnisse in den so genannten Boomfächern ausgesprochen. Eine bessere und gerechtere Finanzierung, wenn man an die Rolle des Kantons Baselland denkt, ist auf dem Wege, als erste Tranche der gemeinsamen Trägerschaft.

Dennoch sind wir mit vielen Dingen nicht einverstanden, die wir im Ratschlag des Regierungsrates und im Antrag des Universitätsrates zu lesen bekommen. Könnten wir, so würden wir einiges an der Finanzpolitik des Universitätsrates ändern. Hoch genug sind die Beträge, damit der Grossrat etwas dazu zu sagen haben müsste. Die meisten Bereiche, zum Beispiel über die Schaffung und Abschaffung von Studiengängen, fallen laut Unigesetz in die Kompetenz des Universitätsrates. Entsprechende Anträge können nicht gestellt werden. Letztlich kann man zu diesem Globalbudget nur Ja oder Nein sagen. Wir sagen wohl oder über Ja. Der Globalbetrag wird auf der Basis der Leistungsvereinbarung von 2000 bis 2002 gesprochen. Das ist der dritte Antrag. Dies ist natürlich eine Unwahrheit. Auf der Basis bewegt sich die Uni schon längst nicht mehr. Zu dieser Unwahrheit kam es, weil die BKK es richtigerweise für wenig sinnvoll hielt, eine neue Leistungsvereinbarung zu diskutieren, zu einem Zeitpunkt, wo bereits der Leistungsauftrag zu einer gemeinsamen Trägerschaft in Vorbereitung ist. In Wirklichkeit steht der Globalbetrag 2005 bereits auf der Basis des kommenden Staatsvertrages mit Baselland und des künftigen Leistungsauftrags, von dem wir noch nichts wissen. Wir nehmen noch nicht beschlossene Universitätspolitik gewissermassen vorweg. Das einzige, was wir darüber wissen, ist, wie es der Unirat und die Regierungen 2007 gerne hätten. Das wissen wir, weil die Vernehmlassung zum Staatsvertrag schon läuft. Da müssen wir leider zur Kenntnis nehmen, dass sich der Regierungsrat explizit hinter den Portfoliobericht des Universitätsrates stellt. Dieser sei nach intensiver inneruniversitärer Vernehmlassung zustande gekommen. Wenn es nicht zynisch gemeint ist, dann allenfalls als eine humoristische Einlage. Die Wahrheit ist, der Portfoliobericht vom April 2004 kam ohne Einbezug der zuständigen inneruniversitären Gremien, ohne Einholung externer Gutachten und ohne Koordination mit anderen Hochschulen zustande. Das Vorgehen des Universitätsrates widersprach gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen. Die universitätsinterne Vernehmlassung kann wegen der unzumutbaren Kürze nicht als ernst gemeinte Vernehmlassung betrachtet werden. So wird Mitbestimmung ad absurdum geführt. Dass 30'000 Petitionsunterschriften zusammenkamen und eine grosse Demonstration stattfand, konnte bei solcher Mentalität keine Rolle spielen. Nach dem 06. April und bis zum definitiven Beschluss im August 2004 konnten sich die inneruniversitären Gremien nur noch dazu äussern, wie sie die Sparvorgaben zu erfüllen gedachten und nicht, ob sie sie in Ordnung fanden. Soviel zur intensiven inneruniversitären Vernehmlassung.

Der Regierungsrat stellt sich explizit hinter diesen Portfoliobericht und stützt damit die eigenmächtige Haltung des Unviersitätsrates. Sie ist offenbar auch gewillt, bei gemeinsamer Trägerschaft nichts daran zu ändern. Der Universitätsrat definiert im Alleingang, was Posterioritäten und Prioritäten sind. Der Regierungsrat segnet ab. Die Sparmassnahmen gehen auch im Budgetjahr gemäss Portfolio weiter. Einiges ist schon beinahe kaputt gespart, zum Beispiel die Astronomie, anderes auf dem besten Weg dazu. Der Universitätsrat entwirft aber nicht nur den Abbau gewisser Teile der Uni, die nicht dem Basler Profil, ein Ausdruck von Rolf Soiron, entsprechen, sondern auch den Ausbau, der allerdings ist äusserst beachtlich. Regierungsrat Christoph Eymann sprach in der BKK von einem baulichen Ausbau allein für die Life Sciences von stolzen CHF 130 Millionen. Da wird man den Verdacht nicht los, dass auf dem Altar einer inhaltlichen Umorientierung der Universität einige Alibiopfer gebracht werden müssen. Alibi, weil sie so verhältnismässig klein sind, dass man alles andere reibungslos durchbringen kann. Finanzielle Umwidmungen, nannte dies Rolf Soiron damals. Der Universitätsrat definiert im Alleingang den inhaltlichen und bildungspolitischen Charakter dieser Hochschule, die die Hochschule einer ganzen Region ist, neu. Der Regierungsrat gibt offensichtlich seinen Segen dazu. Wegleitend ist eine weitgehend ökonomische, bedrohlich wirtschaftsabhängige Sichtweise von universitärer Bildung. Dass Bildung ausser ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit einen anderen Sinn haben könnte, wird dabei kaum in Erwägung gezogen.

Die Fraktion Grünes Bündnis spricht sich nicht gegen die Förderung der Life Sciences als Schwerpunkt aus. Was heisst übrigens schon Life Sciences? Da gibt es einige Bereiche, die nicht dem Basler Profil von Rolf Soiron entsprechen und ebenfalls knapp gehalten werden. Wir sprechen uns nur dagegen aus, dass dies auf Kosten anderer Bereich geht, die vom Unirat allein ausgewählt werden. Wir sprechen uns dagegen aus, dass der Unirat weiterhin den bildungspolitischen Charakter der Universität im Alleingang bestimmen kann. Wir sagen dies jetzt bei dieser Budgetdebatte, weil es bei diesem Budget eine Rolle spielt. Wir werden uns entsprechend in die Debatte um den kommenden Staatsvertrag einmischen.

Nun noch zu einem Detail: Ich habe gehört, dass das Unipersonal ebenso 0,8% Teuerungsausgleich erhält wie das Staatspersonal, ich halte das für richtig. Sowohl im Budget des Unirates als auch im Ratschlag steht geschrieben, dass es auf den Teuerungsausgleich verzichten müsse. Was stimmt nun? Wenn es den Ausgleich nun doch erhält, dann fehlen im Budget nach meiner Berechnung CHF 1,1 Millionen. Oder ist dieses Budget so unzuverlässig, dass man solches gar nicht merkt? Dazu hätte ich gerne noch einige Auskünfte. Im Übrigen stimmen wir dem Globalbudget zu.

Maria Berger (SP): Die Fraktion SP hat den Ratschlag zum Budget 2006 der Universität und Globalbeitrag des Kantons Basel-Stadt trotz kritischer Fragen wohlwollend aufgenommen. Sie würdigt insbesondere, dass die Universität ein ausgeglichenes Budget vorlegen kann und zwar angesichts gestiegener Mehrkosten durch mehr Studierende und die kostenintensive Umsetzung der Bolognareform. Natürlich würden wir der Universität in dieser Lage mehr Mittel wünschen. Bei den Faktoren, die zu dem ausgeglichenen Budget führen konnten, spielen die Sonderbeiträge der beiden Basel eine Rolle, aber auch beträchtliche inneruniversitäre Anstrengungen, die zu mehr Drittmittel geführt haben und zu 21% mehr Studierenden. Dies bringt mehr Studiengebühren und da ein steigender Anteil aus anderen Kanton kommt, auch mehr IUV-Beiträge und steigende Bundesbeiträge.

Dazu zwei Anmerkungen: Der grösste Zuwachs an Studierenden kommt aus dem Ausland, nämlich 43% Zuwachs. Das unterstreicht einerseits die Attraktivität der Universität, andererseits wird das finanziell zurzeit leider nicht ausreichend abgegolten. Hier hoffen wir auf das neue Hochschulförderungsgesetz.

Zum Nulltarif gibt es nicht mehr Studierende. Vor allem dann nicht, wenn sie Fächer wählen, die bereits überlastet sind und daher mehr in die Betreuungsverhältnisse investiert werden muss. Dies war und ist vor allem bei Jus, Sportwissenschaften, Psychologie, Soziologie und Medienwissenschaften der Fall. Falls nach 2008 das Fernziel von 15'000 Studierenden angepeilt werden sollte, wie wir es dem Politikplan entnehmen konnten, ist ein Kostensprung in allen Bereichen nötig.

Zurück zum Budget 2006. Seit April 2004 wurde in rollender Planung der Portfoliobericht umgesetzt, mit Ausbau in der juristischen Fakultät, in der Fakultät für Psychologie, bei den Medienwissenschaften, Soziologie, Nanowissenschaften und Pharmazie, aber auch Einsparungen vor allem bei den neuen Philologien, Astronomie, Physik und Chemie. Die angekündigten und zum Teil gegen Protest bereits durchgeführten Massnahmen sollen insgesamt zu CHF 20 Millionen Kostensenkungen führen. Ihre Umsetzung ist allerdings daran gekoppelt, dass bald die zusätzlich verlangten Beiträge der öffentlichen Hand fliessen. Der Grossrat hat seine Globalbeiträge an die Universität in den letzten fünf Jahren immer auf der Basis der Leistungsvereinbarung 2000 bis 2002 bewilligt. Auch der vorliegende Ratschlag basiert noch immer nicht auf dem lange erwarteten Leistungsauftrag, der einige Fragen aus unserer Fraktion beantworten sollte, wie zum Beispiel die Frage nach dem Basler Profil im Reigen der Schweizer Hochschulen. Die Frage nach den vier im Politikplan genannten Kernwissenschaften, von denen uns Life Sciences und die medizinische Forschung näher gebracht worden sind, Energie und Kulturwissenschaften noch nicht. Bei den Schwerpunkten Energie und Life Sciences interessiert uns die Kooperation und die Abgrenzung zur Fachhochschule Nordwestschweiz. Beim Schwerpunkt Kulturwissenschaften vermissen wir ein Profil. Was gehört dazu und was nicht? Ist alles Kultur, was nicht Natur ist? Dann die Frage nach der leistungsorientierten Mittelallokation. Uns interessiert vor allem die Frage nach den Indikatoren beziehungsweise Kriterien, die dazu verwendet werden sollen, wenn das Geld in der Universität nach dieser leistungsorientierten Ausrichtung verteilt werden wird. Schlussendlich die Frage nach der inneruniversitären Akzeptanz der Quersubventionierung, die entsteht, wenn viele Studierende in relativ billigen Fächern die wenigen in vergleichsweise teuren Studien mitfinanzieren müssen. Einige Probleme, sicher nicht alle, können durch die bevorstehende gemeinsame Trägerschaft der Universität entschärft werden können. Das Budget 2006 ist ein Übergangsjahr. Für uns ist in diesem weiteren Übergangsjahr der verlangte Sonderbeitrag gerechtfertigt. Die Fraktion SP sieht mit Spannung dem Staatsvertrag zur gemeinsamen Trägerschaft der Universität durch die beiden Basel entgegen und ganz besonders einem aussagekräftigen Leistungsauftrag. Sie wird dem Ratschlag betreffend Universitätsbudget überzeugt zustimmen.

Christine Wirz-von Planta (LDP): Ein Globalbudget bringt mit sich, dass sich der Handlungsspielraum für die entsprechende Institution vergrössert. Unsere Universität braucht diesen Handlungsspielraum, wenn sie mit den nicht üppigen Mitteln auskommen will und qualitativ zu den Besten gehören will. Ob ein Globalbudget wirklich den nötigen Handlungsspielraum lässt, ist die eigentliche Gretchenfrage. Natürlich ist sie an den Staatsvertrag gebunden und muss sich strikt an die Vorgaben halten. Das bedeutet, dass sie nicht einfach eine Fakultät auflösen kann. Sie kann aber Studiengänge, die aus verschiedenen Gründen nicht opportun sind, dass sie weiterhin in Basel angeboten werden, an andere Universitäten abgeben. Es ist deshalb sehr zu begrüssen, dass Portfolioanalysen gemacht wurden und über die Zweckmässigkeiten eines Angebotes nachgedacht wird. Die Kriterien sollten sich nicht alleine auf die Anzahl Studierende eines Studienganges beziehen. Es gibt durchaus Studiengänge, die nicht viele Studierende anziehen, aber von international gutem Ruf und notwendig sind. Es ist sicher richtig, dass die Koordination zwischen Universitäten und der ETH intensiviert wird. Überlegungen zu Zusammenlegungen sollen vorangetrieben werden. Nicht in Form eines Diktats einer anderen Universität, ich denke an die Äusserungen aus Zürich bezüglich Universitätskliniken, sondern in Form von gegenseitigen Absprachen und Evaluationen. Ich zweifle nicht daran, dass unsere Regierung und der Universitätsrat vermehrt und erfolgreich aktiv wird.

Die Kompetenzfrage, Rolf Häring, ist zum Glück geklärt. Haben Sie sich schon einmal überlegt, wer die Verantwortung übernehmen muss, dass eine Universität gut läuft und mit ihren Mitteln auskommt? Das sind schlussendlich nicht wir, sondern das sind die zuständigen Gremien in der Universität und die Regierungen. Wie intensiv sich die zuständigen Gremien mit den Fragen auseinander setzen, ist enorm, weil sie die Verantwortung übernehmen müssen. Wenn man hier von einem selbstbestimmten Alleingang spricht, und Rolf Soiron zehn Mal zitiert, ohne dass er sich hier rechtfertigen kann, dann finde ich das unnötig und ich habe mich darüber geärgert.

Bei den Zusammenlegungsplänen tun wir oft so, als ob die Schweiz ein unendlich grosses Land ist und dass es eine unzumutbare Zumutung wäre, wenn Studierende den Weg nach Bern, Zürich oder Freiburg gehen müssten. Distanzen sind da, um überwunden zu werden. Das ist übrigens ein Diskussionspunkt, den wir lange im Zusammenhang mit der FHNW geführt haben.

Es ist zu wenig bekannt, dass die Universität Mittel für Lehrstühle und andere Extras aus privaten Mitteln erhält. Ohne die privaten Zuwendungen wäre die Bedeutung wesentlich geringer als sie das heute ist. Wir sind für diese privaten Zuwendungen dankbar. Unsere Universität soll weiterhin zu den 50 Besten der Welt gehören und ein Eckpfeiler des Lehr- und Forschungsstandorts Basel sein. Beim Aufbau des Bereiches Life Sciences kommt ihr grosse Bedeutung zu. Das soll so bleiben, auch in finanzieller Hinsicht.

Über die Modalitäten und die Höhe des Globalbudgets hat die Präsidentin bereits berichtet. Ich bitte Sie im Namen der Liberalen um Zustimmung.

Hansjörg M. Wirz (DSP): Um es vorweg zu nehmen, die DSP stimmt grundsätzlich diesem Ratschlag zu. Wir sind der Meinung, dass wir der Universität die Mittel geben müssen, die sie braucht, damit sie ihre Pläne vollziehen kann.

Erlauben Sie mir trotzdem einige nicht ganz unkritische Bemerkungen. Mit der gebotenen Bescheidenheit möchte ich Ihnen sagen, dass ich 24 Jahre an der Universität Edinburgh gewirkt habe. Deshalb weiss ich ein bisschen, wovon ich rede, wenn ich nun folgendes sage: Wir finden die Versplittung der Sozialwissenschaften in verschiedene Fakultäten ein Fehler. Es braucht keine psychologische Fakultät und es braucht keine wirtschaftswissenschaftliche Fakultät. Es braucht eine starke sozialwissenschaftliche Fakultät, wo alle sozialwissenschaftlichen Fächern zusammengenommen werden. Das Bolognamodell erwartet, dass sich die einzelnen Fächer so aufeinander abstimmen, damit den Studierenden sinnvolle Kombinationen möglich sind. Wenn Sie eine Vereinzelung der einzelnen Fächern fördern, nur weil ein paar Dozenten und Professoren miteinander nicht gut auskommen, dann ist das ein teurer Weg, diese Streitigkeiten zu beseitigen. Vielleicht gibt es bei Gelegenheit Zeit, um dies zu korrigieren. Studierende und die Universität würden gewinnen.

Eine weitere kritische Bemerkung zum Fach Pflegewissenschaften. Das ist ein sehr praktisches Fach. Eigentlich gehört das an eine Fachhochschule und nicht an die Universität. Man hat das vor 25 Jahren in Edinburgh auch versucht und war damit nicht erfolgreich.

Zu den Genderstudies. In dieses Wespennest will ich gar nicht reinlangen. Meine Vorhersage ist, dass es mit den Genderstudies so gehen wird, wie mit der Frauenliste in diesem Rat. Einthemenparteien und Einthemenfächer haben keine grosse Zukunft und sind auch nicht besonders wissenschaftlich.

Zum Globalbudget. Wenn man ein Globalbudget spricht, dann heisst das loslassen. Wir können und sollen uns nicht in Details einmischen. Wenn wir ein Globalbudget sprechen, dann sprechen wir den Betrag und übergeben die Verantwortung, wie das im Detail aussieht, den entsprechenden Verantwortlichen an der Universität und müssen das hier in diesem Saal nicht selber regeln. Die DSP stimmt diesem Ratschlag zu.

Oswald Inglin (CVP): Die CVP-Fraktion stimmt dem Globalbudget zu und ist darüber erfreut, dass es einigermassen ausgeglichen ist. Wir möchten hier keine Debatte über die Universität an sich lostreten. Es wurde die Gelegenheit wahrgenommen, um über Universitätsstrukturen und Angebote zu diskutieren. Ich glaube, wir müssen diese Debatte bei der Diskussion um den Universitätsvertrag und den Leistungsauftrag führen. In dieser Beziehung gibt es sicher bezüglich der Kompetenz des Universitätsrates und die Kompetenz des Rektorates und der Fakultäten zu sprechen. Wir werden uns dann zu gegebener Zeit in die Diskussion einschalten und allenfalls Korrekturen anbringen.

Daniel Stolz (FDP): Die Universität ist von entscheidender Bedeutung. Sie ist essentiell für die Zukunft der Region am Oberrhein. Ohne Universität kein Life-Sciences-Standort, ohne Universität keine Medtech-Branche, ohne Universität keine interessanten Arbeitsplätze. Man darf auf keine Fall die Universität nur auf den Wirtschaftsförderungsaspekt reduzieren. Eine Universität ist für eine offene, demokratische und moderne Gesellschaft von essentieller Bedeutung. Wir freuen uns auf eine gemeinsame Trägerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft. Das gibt uns die Möglichkeit, die Weiterentwicklung der Universität auf den verschiedensten Gebieten voranzutreiben. Unsere Universität muss sich weiterentwickeln. Die Trägerschaft könnte auch noch erweitert werden. Die ganze Nordwestschweiz wäre eine mögliche Trägerschaft für die Universität. Vor allem dann, wenn die Ziele so anspruchsvoll sind, wie das der Regierungsrat in seinem Statement 2020 skizziert hat.

Die FDP ist mit der Generalabrechnung von Rolf Häring und dem Grünen Bündnis nicht einverstanden. Die FDP-Fraktion steht hinter der Konzentration der Kräfte, damit die Universität wirklich Spitze ist, wo sie aktiv ist. Wir halten nichts von einem Gemischtwarenladen Universität Basel, die zwar fast alles anbietet, aber nichts wirklich gut. Die Region Basel ist nicht so enorm gross, damit wir für alles die finanziellen und personellen Mitteln haben, deshalb lieber das anbieten, was man kann und das aber möglichst gut. Wir sind auch der Meinung, dass das Jahr 2006 das letzte Jahr ohne Leistungsauftrag war. Die groben Leitlinien sollen vom Parlament und vom Landrat festgelegt werden können. Das ist unsere Aufgabe und daran hat sich dann auch der Universitätsrat zu halten. Wir freuen uns auf das Jahr 2006, welches für die Universität von entscheidender Bedeutung sein wird und werden dort detailliert Stellung nehmen. Wir beantragen Ihnen heute ein Ja zum Budget und zum Globalbeitrag.

Bernhard Madörin (SVP): Ich möchte mich nur kurz zu diesem Thema äussern. Ich bin der Meinung, dass die Universität selbstständig handeln muss und dass deshalb hier nicht der Ort für die Diskussion um Studiengänge ist. Das Budget ist zu genehmigen. Ich vermisse in diesem Ratschlag Informationen zur zukünftigen Kostenaufteilung mit dem Kanton Baselland. Ich gehe davon aus, dass wir anlässlich des Vertrages vertiefte Informationen erhalten.

Ich möchte zuhanden der Regierung den Wunsch platzieren, dass transparente Informationen auf den Tisch gelegt werden. Ich stelle mir vor, dass nicht nur die Beträge sich absolut darstellen, sondern dass auch die Kostenbeiträge pro Student aufgezeigt werden. Soweit ich bis jetzt die Diskussion verfolge, wird der Kanton Basel-Stadt immer noch überproportional zur Kasse gebeten und mit anderen Worten werden die Studenten aus dem Nachbarkanton massgeblich finanziert. Dies aufgrund eines zehnprozentigen Präzipiums und eines Aufteilungsschlüssels, der mir nicht ganz klar ist. Deshalb mein Wunsch an die Regierung für die nächste Diskussion um das Thema Universität und Staatsvertrag: Klare Informationen und Details wie hoch die Beiträge pro Student sind, die der Kanton Basel-Stadt und der Kanton Baselland bezahlt.

RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED): Es herrscht in diesem Saal Einigkeit, dass die Universität Basel eine äusserst wichtige Institution für diese Region ist. Ich bin Ihnen dafür dankbar, dass Sie dem Zusatzbeitrag für das Jahr 2006 zustimmen. Die Universität braucht dieses Geld und Sie haben festgestellt, dass es gelungen ist, denselben Betrag im Kanton Basel-Landschaft dem Parlament zu beantragen. Es zeigt sich, dass diese sich abzeichnende Partnerschaft auf den 01. Januar 2007 jetzt schon einen sehr positiven Vorlauf zeigt. Es war schon im vergangenen Jahr so, dass wir auf einen Sonderzusatzbeitrag des Kantons Basel-Landschaft auch zählen durften.

Es ist etwas schwierig, das haben verschiedene Votierende gesagt, dass wir wieder mit einer Zwischenlösung kommen müssen. Angesichts der guten Ausgangslage im Hinblick auf die gemeinsame Trägerschaft stelle ich fest, dass sie das einmal mehr zu akzeptieren bereit sind. Es ist unangenehm, immer wieder provisorisch bei Ihnen anklopfen zu müssen. So möchten wir in Zukunft nicht arbeiten. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das einmal mehr akzeptieren. Es ist so und das beantwortet auch gleich die Fragen von Bernhard Madörin, dass wir im März 2006 den Ratschlag für die bikantonale Trägerschaft in dieses Haus bringen möchten und dass dann selbstverständlich Gelegenheit dazu besteht, sämtliche Fragen zu stellen und auch ein Anspruch auf transparente Darstellung der Sachverhalte selbstverständlich ist.

Zu einzelnen Ausführungen: Rolf Häring hat seine skeptische Haltung über die bildungspolitische und inhaltliche Entwicklung zum Ausdruck gebracht. Wir sind auch hier transparent. Sie finden im Politikplan die Absicht, wie sich die Universität entwickeln können sollte, zum Teil als Absicht, zum Teil als Anstoss für eine weiterführende Diskussion. Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass auch in der Regierung, in diesem Haus und im Universitätsrat diskutiert werden sollte, ob die Universität auch quantitativ wachsen sollte. Vor dem Hintergrund einer eher düsteren Bevölkerungsprognose nicht nur für unseren Kanton wäre es zumindest die Überlegung wert, ob nicht eine Ersatzbevölkerung von jungen Menschen gezielt hier einen Aufenthaltsort finden sollte, weil ein erstklassiges Bildungsangebot auf Hochschulniveau zur Verfügung steht. Diese Überlegungen haben die Regierung dazu gebracht, diese Zielsetzung in den Politikplan aufzunehmen. Wir sind uns bewusst, dass sehr sorgfältige Planung und Überprüfung stattfinden muss. Ich darf Ihnen sagen, dass der Universitätsrat damit begonnen hat zu prüfen, ob quantitatives Wachstum überhaupt erstrebenswert ist und was die Bedingungen dafür sind. Sie haben Anspruch darauf, die Resultate dieser Überlegungen selbstverständlich präsentiert zu bekommen.

Die anderen Szenarien im Votum von Rolf Häring: Es ist nicht so, dass wir einseitig Life Sciences unterstützen. Wir haben klar zum Ausdruck gebracht, dass wir die Schwerpunkte der Universität fördern möchten. Das wird sich auch in der Raumsituation auswirken. Aus meiner Sicht, und hier haben die profunden Diskussionen in Regierung und Universitätsrat noch nicht stattgefunden, ist es kein guter Zustand, dass die Universität ihre Institutionen auf Dutzende von Örtlichkeiten verteilt hat. Es wäre aus meiner Sicht viel klüger eine Campusidee weiterzuverfolgen, die sich auf einige wenige Gebäude beschränken würde. Es wäre mit Vorteilen für praktisch alle verbunden. Auch diese Ideen werden diskutiert werden müssen. Die Life Sciences darf nicht dazu führen, dass die Geisteswissenschaften vernachlässigt werden, auch das finden Sie mehrfach öffentlich bekundet. Wir werden unser Augenmerk darauf richten, auch im Universitätsrat.

Rolf Häring spricht immer wieder die relativ selbstständige Stellung der Universität an. Hier muss ich Ihnen klar sagen, dass keine Absicht besteht, an diesem Status, der letztlich im Universitätsgesetz verankert ist und von diesem Rat so beschlossen wurde, etwas zu verändern. Die Tendenz in der übrigen Schweiz geht in die Richtung, das Modell von Basel zu übernehmen. Wenn Sie einen Blick in die Bildungsverfassung, welche zur Zeit die eidgenössischen Räte beschäftigt, werfen, dann sehen Sie, dass diese Selbstständigkeit der Hochschulen angestrebt oder vorausgesetzt wird für die weitere Entwicklung der Hochschullandschaft Schweiz. Es soll aber nicht so sein, dass dieser Rat gar nichts zu sagen hat. Denken Sie bitte daran, dass wenn zwei Parlamente entscheiden müssten, wie die detaillierte inhaltliche Ausgestaltung der Fächer der Universität sein soll, dann ist das nicht realisierbar. Wir sind daran vorzubereiten, dass diese Trägerschaft auch auf andere Kantone erweitert werden könnte, dann wird es noch komplizierter. Das Beispiel sehen Sie bei den Fachhochschulen, wo wir mit grosser Freude registriert haben, dass gestern auch das Solothurner Parlament zugestimmt hat und somit der Weg frei ist für die gemeinsame Institution. Wir werden hier noch die eine oder andere Auseinandersetzung haben. Ich bitte Sie, die Autonomie der Universität nicht zu beschränken. Sie ist dringend notwendig für die weitere Entwicklung. Eine Kluft zwischen den politischen Entscheidungsinstanzen, dem Grossen Rat und den Universitäten, muss sich daraus nicht zwingend ergeben. Wir sind daran, die Kommunikation im Umfeld der Universität zu verbessern im Sinne der Transparenz. Nicht dass vorher etwas nicht gezeigt werden durfte, aber als Institution dieser Region muss sich die Universität auch zeigen und muss sagen, was sie tun will und vielleicht auch, was sie nicht tun will. Auch dazu gibt es Fragen.

Rolf Häring, Sie haben das schon etwas einseitig dargestellt. Es ist nicht richtig, dass hier versucht wird, ein eigenes Süppchen zu kochen. Der Universitätsrat hat es sich nicht leicht gemacht, vor allem mit der Portfoliodiskussion. Es ist nicht richtig, wenn der Eindruck erweckt werden soll, dass die Betroffenen in keiner Weise einbezogen worden sind. Der Universitätsrat hat diesen Prozess von oben nach unten begonnen und nicht mit einer Diskussion mit den Betroffenen. Man hat Vorstellungen geäussert und hat mit nicht zu wenig Zeit in einer Vernehmlassung Gelegenheit gegeben, noch gescheiter zu werden. Das ist in verschiedener Hinsicht geschehen und wir haben die zuerst gefassten Beschlüsse revidiert. Dass das als Zurückkrebsen taxiert wurde, damit können wir leben. Wir haben damit einem Prozess Rechnung getragen, der hier nicht unüblich ist, nämlich mit den Betroffenen in Dialog zu treten.

Die Portfoliomassnahemn werden in absehbarer Zeit in weiteren schweizerischen Hochschulen durchgeführt

werden. Im Rahmen der schweizerischen Universitätskonferenz darf ich immer wieder feststellen, dass uns zu der Entschlossenheit gratuliert wird. Unsere Systemgrenzen sind einfach zu eng, um jeden einzelnen Studiengang garantiert für die nächsten Jahrzehnte anbieten zu können. Wir müssen auch auf die Nachfrage schauen. Dass es dann zu schmerzlichen Einschnitten kommen kann, liegt auf der Hand. Eine Universität wächst nicht systematisch und geplant, das ist sicher richtig. Gerade deshalb muss man von Zeit zu Zeit schauen, wie die Angebote im Umfeld sich präsentieren, wie die Ressourcenströme sind und ob nicht Schwerpunkte gesetzt werden müssen, um die Zukunft einer Bildungsinstitution zu garantieren. Wenn wir in unseren Papieren von der Zielsetzung sprechen, zu den 50 bedeutendsten Hochschulen zu gehören, so ist das nicht Selbstzweck oder Eitelkeit einiger Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger, sondern es geht darum, im wachsenden Wettbewerb der Hochschulen den Platz zu sichern. Basel braucht auch in Zukunft eine von möglichst breiter Trägerschaft unterstützte Universität mit allen Fakultäten. Das ist der Wille der Regierung und des Universitätsrates. Zu diesem Zweck müssen wir gezielt wachsen und die internationale Bedeutung in einzelnen Fächern fördern und stärken. Das hilft dem Image der Universität. Sie wissen, wie das in Zukunft sein wird. Die Zeit, in der die Studierenden ihre Bildung ausschliesslich im Inland in nächster Nähe zum Wohnort konsumieren, ist vorbei. Die Bolognareform, die wir mitmachen mussten, ermöglicht grössere Mobilität. Das heisst, dass der Wettbewerb schärfer wird. Die Universität hat es verdient, im Wettbewerb beste Chancen zu haben. Sie leisten heute einen wertvollen Beitrag dazu auf dem Weg zur gemeinsamen Trägerschaft.

Hansjörg Wirz darf ich sagen, dass man natürlich diskutieren kann, ob die Pflegewissenschaften an den Fachhochschulen besser beheimatet wären als hier. Wenn wir den Tatbeweis erbringen wollen, dass sinnvolle Wissenschaftsgebiete und Forschungsgebiete auf universitärer Ebene angeboten werden sollen, dann ist es wichtig, die Exzellenz im einen oder anderen Fach anzustreben, das vielleicht nicht alle gleichermassen begeistern kann. Immerhin haben es die Genderstudies geschafft, nicht nur national, sondern auch international Beachtung zu finden. Ich bin überzeugt, dass dieser Ausbildungsbereich wichtig ist und unserer Universität gut ansteht.

Ich bitte Sie, unseren Anträgen zuzustimmen und darf Ihnen ultimativ versichern, dass im März die umfassende Dokumentation da ist. Wenn Sie das noch nicht glauben, dann kann ich es verstehen. Ich habe es schon dreimal gesagt, aber jetzt stimmt es wirklich.

Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission: Ich danke Ihnen, dass Sie dieses finanzschwere Geschäft mit einem Globalbudget von CHF 80 Millionen nicht nur als Übergangsgeschäft behandelt haben, obwohl es wirklich das letzte Mal ist, dass wir auf der Basis der Leistungsvereinbarung 2000 bis 2002 zustimmen, sonst würde das Knurren der letzten Jahre in ein Gebrüll umschwenken. Kritische Bemerkungen und Skepsis sind durchaus angebracht. Wie bereits Regierungsrat Christoph Eymann ausgeführt hat, haben wir immerhin mit dem entsprechenden Gesetz die Universität vor Jahren in die Selbstständigkeit entlassen. Ich bin überzeugt, ohne diesen damaligen Schritt wäre eine gemeinsame Trägerschaft beider Basel Utopie und unmöglich gewesen. Ich kann Ihnen versichern, unsere Kommission wird sich intensiv mit dem Staatsvertrag und dem Leistungsauftrag auseinander setzen, sobald dieser Ratschlag vorliegt. Auch für uns ist Transparenz in den Zahlen wichtig. Ich freue mich jetzt schon auf die engagierte Debatte in der Kommission und im Plenum. Für heute bitte ich Sie namens der einstimmigen BKK, dem Grossratsbeschluss zuzustimmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Grosse Rat nimmt den Bericht der Universität zum Globalbeitrag des Kantons Basel-Stadt an das Universitätsbudget 2006 zur Kenntnis.
2. Der Grosse Rat genehmigt zulasten des Staatsbudgets 2006 einen Globalbeitrag von CHF 80’914’100 (CHF 77’414’100 geführt unter Position ED 271811000001 „Globalbeitrag an Universität“ und CHF 3’500’000 unter Position SD 701900110010 „Spitalbeitrag GD an Universität“, Kostenart jeweils 363100).
3. Der Globalbeitrag 2006 der Universität wird auf der Basis der aktuellen Leistungsvereinbarung 2000 bis 2002 gesprochen. Deren Gültigkeit wird wie in den Vorjahren auf das Jahr 2006 verlängert.
4. Dieser Beschluss ist zu publizieren.

2. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Globalbudget der fünf kantonalen Museen für das Jahr 2006.

[14.12.05 09:54:41, BKK, ED, 05.8434.01]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und mit dem Globalbudget die Definition und Wirkungsziele im Sinne eines Leistungsauftrags zu bewilligen.

Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission: Im dicken über 300 Seiten schweren Budgetbuch, das die Regierung dem Parlament zur Genehmigung vorlegt, finden sich die Globalbudgets der fünf kantonalen Museen. Gemäss Museumsgesetz berät die Bildungs- und Kulturkommission diese Budgets vor und amtet als Finanzkommission. Bereits zum sechsten Mal sind wir dieser Aufgabe nachgekommen und haben in fünf Subkommissionen die Museen besucht und in intensiven Gesprächen mit den Direktionen die Zahlen für das kommende Jahr geprüft. Neben den Zahlen sind uns auch Anliegen der Museen zu Ohren gekommen, die wir in unserem Bericht als Empfehlungen zuhanden des Departements eingebaut haben. Einige Empfehlungen sind bereits erkannt und es wird nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. So wird zum Beispiel in Zusammenarbeit mit Baselland ein Profil für optimale Lagermöglichkeiten der unermesslichen Museumsschätze erstellt. Unsere Kommission konnte sich in einem Depot des Museums der Kulturen umsehen und sich von den widrigen Umständen überzeugen. Gespannt warten wir auf den Gerichtsentscheid des Verwaltungsgerichts für das Museum der Kulturen, der in den nächsten Tagen gefällt werden soll. Wir haben in der Dezembersitzung vor zwei Jahren dem Umbau in diesem Saal sehr klar zugestimmt und damit den politischen Willen kundgetan. Wenn Sie die heutige Presse anschauen, dann sehen Sie, dass Basels Museen europaweit einen guten Ruf haben. Dies zeigt auch die Wahl der neuen Direktorin für das Museum der Kulturen, die aus insgesamt 80 Bewerbungen ausgewählt worden ist.

Zum vorgelegten Budget: Wir müssen uns bewusst sein, dass ein grosser Teil des Geldes, das Basel-Stadt für die Kultur ausgibt, an die fünf staatlichen Museen geht. Der Kulturbeitrag beträgt circa CHF 100 Millionen, was uns bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Kultur schweizweit an die Spitze bringt. Immerhin bezahlen wir jährlich mehr für Schuldzinsen als für die Kultur. In diesem Budget handelt es sich um einen Betrag von rund CHF 34 Millionen. Unsere Museen nehmen nebst ihrem kulturellen Auftrag auch eine wesentliche Bildungsaufgabe wahr und bereichern unsere Stadt mit ihrem vielseitigen Angebot. Überzeugen Sie sich selbst davon, indem Sie sich zum Beispiel einen Museumspass auf Weihnachten wünschen oder diesen verschenken. Sie können auch am Neujahrsapero einen Blick in das Historische Museum werfen oder die Museumsnacht im Januar besuchen, ein einmaliges Erlebnis.

Ich bitte Sie namens der einstimmigen Bildungs- und Kulturkommission gemäss Vorlage des Regierungsrates für das Jahr 2006 gleichzeitig mit den Globalbudgets der fünf kantonalen Museen die Definition und die Wirkungsziele ihrer Produktegruppe im Sinne eines Leistungsauftrages zu beschliessen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Gemäss der Vorlage des Regierungsrates für das Jahr 2006 mit den Globalbudgets der fünf kantonalen Museen werden die Definition und die Wirkungsziele der Produktegruppen im Sinne eines Leistungsauftrags **bewilligt**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

3. Ratschlag betreffend Genehmigung des Voranschlages der IWB für das Jahr 2006.

[14.12.05 10:00:35, FKom, BD, 05.1505.01]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und den Voranschlag 2006 der IWB zu genehmigen.

Tino Krattiger, Referent der Finanzkommission: Namens der Finanzkommission möchte ich Ihnen den Bericht des IWB Voranschlages für das Geschäftsjahr 2006 kurz erläutern. Wie Sie wissen, steht die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes vor der Türe. Die Unterscheidung von Energie und Transport sowie der Wandel vom ausschliesslichen Versorger zum Dienstleistungsbetrieb kennzeichnen auch die Zukunft der IWB. So verzeichnen die IWB in den Segmenten Energie-Contracting ein ansehnliches Wachstum. Auch optionale Bereiche wie die Telekommunikation werden als einer der Schwerpunkte des Jahres 2006 mit dem Ausbau und der Basis Infrastruktur der Datentransportplattform via Glasfaserleitung im Budget 2006 mit einem Wachstum von circa 17% veranschlagt.

Zwei grosse Projekte im Bereich der Energieerzeugung kommen 2006 in die Realisierungsphase. Auf der einen Seite das Geothermieprojekt, wo unter der Voraussetzung, dass die IWB in den Urtiefen von Kleinhüningen nicht nur erkennen, was die Welt im Inneren zusammenhält, ein Projekt von nationaler Bedeutung entstehen könnte, zusammen mit dem Holzkraftwerk im Bereich der Kehrichtverbrennungsanlage, bei dem sich gegen 100 Gemeinden der Region am grössten Schweizer Holzschnitzelkraftwerk beteiligen. Unterscheiden wir die IWB durch ihre althergebrachten Aufgaben wie Elektrizität, Erdgas, Trinkwasser, KVA und der Fernwärme, ergibt sich für die Planung 2006 folgendes Bild:

Generell ist in den Bereichen der Energieversorgung von stagnierenden bis leicht steigenden Absätzen auszugehen. In der Sparte Elektrizität mit einer Netzeinspeisung von 1610 Gigawattstunden ein leichtes Plus von einem Prozent. Im Bereich Wasserversorgung ist mit einem erneut rückläufen Absatz zu rechnen, geplant sind 25 Millionen Kubikmeter Netzeinspeisung. Die budgetierte Fernwärme, Netzeinspeisung von 942 Gigawattstunden, lässt eine leichte Abnahme von gegen 60 Gigawattstunden erwarten, dies einerseits wegen leicht zurückgehender Anschlussleitungen und andererseits aufgrund der rückläufigen Heizgradtage im Jahr 2004. Auch beim Erdgas mit einer budgetierten Netzeinspeisung von 4'290 Gigawattstunden rechnen die IWB mit rückläufigen Heizgradtagen, fangen jedoch die Abnahme mit dem Bau von zusätzlichen Anschlüssen wieder auf.

Erfreulich nimmt sich im Unterschied zum Rechnungsjahr 2004 die Kehrichtverwertungsanlage aus. Die KVA budgetiert nicht nur eine für die Auslastung optimale Anliefermenge von 190'000 Tonnen Abfall, sie rechnet darüber hinaus mit einem Überschuss von CHF 3,4 Millionen. Der Überschuss wird zur Minderung der aufgelaufenen Defizite verwendet. Tiefer budgetierte Entsorgungsgebühren um CHF 0,7 Millionen für das Jahr 2006. Einsparungen resultieren aus vorteilhaften Neuverhandlungen bei den Entsorgungsgebühren für Schlacke und Asche.

Energiehandel: Der Erlös aus den Energie- und Trinkwasserverkäufen in den Sparten Elektrizität, Fernwärme, Erdgas und Trinkwasser zeigen im Unterschied zur Rechnung 2004 eine Zunahme von CHF 24,3 Millionen auf das Total von CHF 417,7 Millionen. Die markante Zunahme im Budget ist auf die höheren Tarife für Erdgas und Fernwärme aufgrund der höheren Beschaffungspreise für Erdgas zurückzuführen. Die dadurch erzielten höheren Umsätze machen sich bei der Umsatzbeteiligung des Kantons bemerkbar. Der Kanton erhält im Jahr 2006 mit CHF 22,8 Millionen respektive CHF 1,4 Millionen mehr Geld als im Budget 2005.

Aus der Verzinsung des Darlehens an die IWB in der Höhe von CHF 458 Millionen erhält der Kanton bei 3,2% Zins einen Betrag von CHF 14,7 Millionen, neben den unentgeltlichen Leistungen wie öffentliche Beleuchtung, Brunnenwasser oder Differenzen zu Marktpreisen für Strom aus Blockheizkraftwerken in der Höhe von rund CHF 10 Millionen. Das Total der Leistungen an den Kanton beträgt damit CHF 47,5 Millionen.

Ein weiteres Geschäftsfeld bilden neben den eben beschriebenen Sparten der Energieversorgung der Bereich Business Development mit dem Geschäftsfeld Energiedienstleistungen, die hier im Bereich Akquisition mit neuen Projekten wie Powerbox, das sind die Grossheizanlagen, oder Heatbox ein bedeutendes Wachstum erzielen.

Im anfangs beschriebenen Geschäftsfeld Telekommunikation gibt es ein Umsatzzuwachs gegenüber dem Jahr 2005 in der Grössenordnung von 17%.

Abschliessend das Volumen der budgetierten Neuinvestitionen beträgt CHF 85,7 Millionen, davon sind CHF 15,3 Millionen für die erwähnten Bereiche der neuen Märkte aus Dienstleistung und Kapitalbewirtschaftung. CHF 11,2 Millionen für das Geothermieprojekt, CHF 17 Millionen für den Ersatz der Kesselanlage im Fernheizkraftwerk Volta. Alle Investitionen werden aus der IWB finanziert, konkret aus dem Cash Flow 2005, nach Abzug der Umsatzablieferung an den Kanton zuzüglich der Überschüsse aus den Vorjahren.

Gestützt auf die Ausführungen der Finanzkommission bitte ich Sie, das Budget 2006 der IWB anzunehmen.

RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD): Sowohl das Budget als auch die Rechnung der IWB sind Anlass, sich Gedanken zu machen, was wir mit diesem Unternehmen in unserer Staatstätigkeit eigentlich haben. Wir haben ein Unternehmen, welches die Bevölkerung, die KMU und die Grossindustrie mit Elektrizität, Wasser, Gas, Fernwärme und den Produkten, die für ein modernes Leben in dieser Stadt nötig sind, versorgt. Wir

haben einen Versorger, der dafür zuverlässig und gut aufkommt. In der Regel, wenn alles gut läuft, nehmen wir dieses Unternehmen gar nicht zur Kenntnis. Wir dürfen auch sagen, dass wir ein innovatives Unternehmen haben. Der Grosse Rat ist in den letzten Jahren und Monaten mit neuen Begriffen konfrontiert worden, Deep Heat Mining, Holzheizkraftwerke, Biomasse, Contracting oder Passivhaus. Alles Aktivitäten, die die IWB zusammen mit ihren Partnern entwickelt haben und als Projekte für den Kanton Basel-Stadt zur Verfügung stellen. Der Grosse Rat darf und tut jeweils bei diesen Projektvorhaben die nötigen Investitionen sprechen.

Die IWB ziehen die Aufmerksamkeit dann auf sich, wenn etwas nicht gut läuft, wenn irgendwo Gas austritt oder wenn eine Abwasserrechnung in einem Mietshaus nicht gestellt worden ist. Das ist wichtig, dass die Aufmerksamkeit dann auf die IWB gerichtet wird und verlangt wird, dass das in Ordnung kommt. Diese genannte Abwasserrechnung hat sogar dazu geführt, dass man bei IWB-Mitarbeitenden privat nachgeschnüffelt hat, um herauszufinden, wo der Wurm liegt. Wir haben einen anderen Weg gewählt und das Revisionsunternehmen der IWB, Price Waterhouse Coopers, beauftragt nachzuforschen und die Abwasserrechnungen der IWB und ihre Verbuchungen anzuschauen und darüber zu berichten. Sie werden dann wieder hören, wie es bei diesem aufzuklärenden Missstand weitergeht, aber bitte mit den nötigen Mitteln und nicht mit diesen Schnüffeleien. Ich sage das, weil ich der Überzeugung bin, dass wir mit den IWB ein modernes leistungsfähiges Unternehmen haben, das für den Kanton von grossem Wert ist. Es gilt diesem Wert Sorge zu tragen. Wir sollten der IWB als staatliches Unternehmen die nötigen Freiheiten geben und die Entwicklungen ermöglichen. Sie tun das, sowohl in der Begleitung in der Werkkommission als auch in der UVEK. Ich plädiere dafür, dass das auch in Zukunft so ist. Wir sollten uns bewusst sein, dass wir mit der IWB ein goldenes Kalb oder eine leistungsfähige Kuh haben, die dem Kanton jährlich entsprechende Mittel abliefert. In diesem Sinne erlaube ich mir einen Dank an die Leitung und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IWB, die für das Wohlergehen des Unternehmens ihren Beitrag leisten. Ich bitte Sie, das Budget der IWB heute zu verabschieden und die Aufmerksamkeit auf die weitere Entwicklung der innovativen Projekte Deep Heat Mining, Holzheizkraftwerke usw. zu richten.

Sebastian Frehner (SVP): Im Namen der Fraktion der SVP nehme ich gerne zum Budget 2006 der IWB und zum dazugehörigen Bericht der Werkskommission Stellung. Die Fraktion der SVP wird dem Voranschlag 2006 der IWB zustimmen. Wenn Sie sich das Vorwort des Budgets 2006 der IWB anschauen, dann weist dort die IWB auf die fortschreitende Liberalisierung des Strommarktes hin und auf ihre Bereitschaft, den Wandel vom reinen Versorger zum kundenorientierten Dienstleister zu vollziehen. Selbstverständlich begrüsst die SVP die fortschreitende Liberalisierung des Strommarktes. Wir freuen uns darüber, wenn die IWB bereit sind mitzumachen. In einigen Punkten haben wir gewisse Zweifel, ob die IWB diesen Wandel tatsächlich vollziehen.

Zum einen ist das der erwähnte Staatsbeitrag an den Kanton. Laut IWB-Gesetz beträgt dieser maximal 5% des Umsatzes. Auch dieses Jahr wurde der Maximalbeitrag bezahlt. Aus unserer Sicht ist in einem liberalisierten Strommarkt ein Beitrag, der auf dem Umsatz beruht, nicht das richtige. Wenn es der IWB nicht so gut geht, dann kann ihr das an die Substanz gehen, wenn sie einfach 5% der Rechnungsbeiträge abliefern muss. Es muss möglich sein, dass die IWB, wenn es ihr nicht gut geht, nichts oder weniger abgibt. Wenn es der IWB gut geht, dann sollte sie mehr abgeben müssen. Darum fordert die SVP, dass der Gewinn und nicht der Umsatz relevant sein soll. Dies würde einem betriebswirtschaftlichen Denken eher entsprechen.

Der zweite Punkt, die unentgeltlichen Leistungen der IWB. Die IWB entrichtet unentgeltliche Leistungen in der Höhe von rund CHF 10 Millionen an den Kanton. Ich weiss nicht, ob Sie sich an mein Votum zum Bericht der BRK zum Beleuchtungskonzept erinnern konnten. Dort habe ich mich über einen Passus aufgeregt, wo stand, dass die Kosten des Beleuchtungskonzepts zum Glück nicht durch die Staatskasse zu tragen seien, sondern dass dies die IWB tragen muss. Wenn dies so toll wäre, dann könnte man den ganzen Staatsaufwand bei der IWB anschlagen, dann hätten wir jedes Jahr eine tolle Rechnung. Das kann nicht der Sinn der Sache sein. Selbstverständlich müsste der IWB dieser unentgeltliche Beitrag, den sie bisher leistet, vom Kanton vergütet werden. Dies wäre betriebswirtschaftliches Denken und würde solches bei der IWB und beim Kanton fördern.

Ein dritter Punkt, die Gebühren, die die KVA für die Entsorgung des Kehrichts erheben kann. Nach einer Verordnung sind diese Gebühren fix. Die KVA kann, wenn es wenig Abfall gibt, die Gebühren nicht einfach senken und wenn es viel Abfall gibt, dann kann sie die Tarife nicht einfach erhöhen. Aus diesem Grund hat die Finanzkommission im Bericht zur Rechnung 2004 darauf hingewiesen, dass sie sich wünscht, dass die KVA eine flexiblere Struktur erhält und eigene Tarifpolitik betreiben kann. Bisher ist die Regierung dieser Forderung nicht nachgekommen. Aus der Sicht der SVP wäre es unbedingt nötig, dass dies noch geschieht, damit die KVA eine eigene Tarifpolitik hat und auf den Markt reagieren kann.

Zum Heimfall der Beteiligungen an Kraftwerken. Schon der überwiesene Anzug von Thomas Bärlocher hat verlangt, dass in Anbetracht des Heimfalls der Beteiligungen der IWB an Kraftwerken zwischen dem Jahr 2032 und 2047 die IWB respektive der Regierungsrat eine langfristige Versorgungsstrategie entwirft. Wir können uns dem nur anschliessen, selbstverständlich ohne einen bestimmten Energiemix zu bevorzugen. Darum haben wir damals gegen die Überweisung dieses Anzugs votiert.

Ich bitte Sie, den Voranschlag der IWB für das Jahr 2006 zu genehmigen.

Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis): Die Fraktion des Grünen Bündnis stimmt dem Budget der IWB zu. Im Bericht der IWB sind im Zusammenhang mit der Dienstleistungsverrechnungen einige Probleme angesprochen. Diese Probleme sind im Budget nicht oder nur allenfalls mit grosser Mühe zu erlangen. Ich möchte im Namen meiner

Fraktion von der Regierung gerne Auskunft über folgende Bereiche:

die Verrechnungsproblem bezüglich Abwassergebühren. In diesem Zusammenhang ist das AUE involviert. Hausbesitzer und Hausbesitzerinnen beklagen sich, dass bei Wohnungswechseln die Mutationen nicht oder sehr mangelhaft bearbeitet wurden. Dies hat Einwirkungen auf die Schlussabrechnungen der Mieterschaft. Im Weiteren wurde im Rechnungswesen/Controlling ersetzt. Bekannt sind einzelne Entlassungen im Verwaltungsbereich der IWB. Der Vorteil der IWB ist, dass offensichtlich bei allen Schwierigkeiten die Gewinnabgabe an den Kanton nicht direkt tangiert ist. Trotzdem gibt es die Vermutung, dass ein Schaden von über CHF 100 Millionen entstanden ist. Die IWB schreibt in ihrem Budgetbericht auf Seite 12 folgendes:

„Die Abwicklung beinhaltet einige für die IWB kritische Prozesse wie Verrechnung, Inkasso, Kundenkontakt-Center (Call-Center) und Beschwerdemanagement." Und weiter: „Grosse Fortschritte wurden in weiteren zentralen Prozessen der Abwicklung im Jahr 2005 erreicht. Die Arbeitsabläufe sollen aber mit zusätzlichen Hilfsmitteln im Jahr 2006 noch verbessert und die Leistung messbar gemacht werden. Dies soll zum Beispiel dazu dienen, dass die Ausstände im Inkasso nach bedeutenden Reduktionen im Jahr 2005 auch im Jahr 2006 weiter verringert bzw. auf tiefem Niveau stabilisiert werden oder die Antwortzeiten auf Kundenanrufe im Kundenkontakt-Center mit geeigneten Instrumenten dokumentiert und auf den erreichten tiefen Werten gehalten werden können." Uns würde interessieren, wie viel Rückstellungen im Budget 2006 für die Behebung des entstanden Schadens gemacht wurden und in welchen Budgetpositionen dies nachvollziehbar ist. Uns interessiert auch, wie gross die Inkassoausstände 2003 und 2004 sind. Und es interessiert uns, mit welchen zusätzlichen Kosten wir bei der Jahresrechnung 2005 rechnen müssen. Ist dabei allenfalls auch die Abgabe an den Kanton betroffen? Wir bitten den Regierungsrat um Antworten und behalten uns ein Nichtzustimmen zur IWB-Rechnung 2005 vor.

Christoph Zuber (DSP): Es ist schön, weit hinten in der Sprecherliste zu sein, man muss dann nur noch wenig dazu beitragen. Ich kann weitgehend die vorangegangenen Sprecher unterstützen. Es ist nicht schwierig, ein Budget gutzuheissen, welches Überschuss hat. Auch die DSP möchte sich bei den IWB bedanken, dass sie unseren Goldesel spielen. Die IWB haben es eigentlich nicht sehr leicht, denn sie haben eigentlich einen sozialen Auftrag und sollten möglichst viel Geld in die Kasse spülen. Es gibt kaum ein Unternehmen, welches seinen Kunden sagt, dass sie Wasser und Strom sparen sollen, die Häuser besser isolieren sollen, damit sie weniger Strom verkaufen. Chapeau vor solch einer Firma, obwohl es für die Kasse nicht sehr gut ist. Unser Wasser- und Strompreis in der Region und in der Schweiz ist dank einer guten Bewirtschaftung der IWB eher tief. Man müsste sich auch fragen, ob man nicht eine Erhöhung machen sollte. Das hätte den gleichen Effekt wie der Aufruf, die Häuser zu isolieren und weniger Wasser zu gebrauchen. Das ist passiert, als die IWB vor Jahren ihren Wasserpreis erhöht hat und die Industrien, die viel Wasser brauchten, ihr Spülwasser selbst aufbereiteten und nicht mehr Frischwasser brauchten. Da brach der Wasserverbrauch stark zusammen.

Ich konnte und durfte in den letzten zwei bis drei Jahren in Bezug auf das Holzheizkraftwerk mit den IWB zusammen arbeiten. Sie sind sehr kommunikativ und innovativ, sie machen etwas für die Zukunft, damit wir weniger abhängig vom Ausland sind.

Sie haben auch sehr günstige Bedingungen, schlägt doch die Rechnung der Wasseraufbereitung im Bereich des grössten und schwierigsten maschinellen Waldes, der das Wasser speichert und filtert, sehr gering zu Buche. Es sind pro Jahr circa CHF 150'000.-, die die IWB für die Bewirtschaftung der Waldungen bezahlt. Das ist nicht mal ein halbes Prozent. Trotzdem sind sie bereit, viele weitere Investitionen auf ihre Rechnung zu nehmen.

Trotzdem habe ich einige Mühe, wenn ich dieses Budget ansehe bei diesem grossen Personalbestand, einzig elf Lehrplätze zu sehen. Da dürften sich die IWB noch etwas anstrengen.

Wir stimmen zu und ich hoffe, dass die IWB diese Gedanken aufnehmen.

Noch zu der KVA. Wir haben letzthin von unserem Abfall und der Erhöhung der Abfallgebühr gesprochen. Haben Sie im Budget einen Rückgang an die KVA gesehen? Nichts ist nichts wert. Mit den höheren Energie- und Wärmepreisen müsste in Zukunft etwas an den Kehrichtabfall, die Entsorgung, zurückgehen.

Brigitte Heilbronner (SP): Die SP-Fraktion wird das Budget zur IWB annehmen. Wie das Budget 2006 zeigt, ist die IWB ein gut funktionierender und innovativer Staatsbetrieb. Ich möchte nicht auf Details eingehen, sondern nur sagen, dass ich es erfreulich finde, dass die Überschussabgabe an den Kanton um CHF 1,4 Millionen höher veranschlagt werden kann als im Budget 2005. Ebenso erfreulich ist die Schaffung von immerhin drei neuen Lehrstellen, auch wenn es noch mehr sein dürften. Ich möchte den sukzessiven Umstieg auf alternative erneuerbare Energien, die Entwicklung neuer Stromprodukte sowie die erweiterte Ausrichtung als Dienstleister erwähnen. Stichworte: Holzheizkraftwerk, Geothermieprojekt und Energie-Contracting. Alles Bestrebungen, sich in einem zukünftigen liberalisierten Strommarkt und im Zuge der zu erwarteten steigenden Preisen bei Erdöl und Erdgas im Markt zu positionieren und alternative Einnahmequellen zu generieren.

Bernhard Madörin (SVP): Der Goldesel hat mich nun doch noch gefordert. Ich möchte die Leistung der IWB nicht schmälern. Der Goldesel sind wir, die diese Stromrechnungen bezahlen. Staatliche Monopolbetriebe haben zwangsläufig eine gute Ausgangslage. Dazu zählen neben den Strombetreibern, die Nationalbank, das Salzregal oder die TV-Gebühren, die jedes Jahr zunehmen. Wenn ich einen garantierten Preis für ein Konsumgut auf dem

Markt habe, das ich nur über einen Staatsbetrieb beziehen kann, dann wird dieses Unternehmen zwangsläufig erfolgreich sein. Das ist wie bei den Steuern. Wenn Sie ein Steuermonopol haben, dann haben Sie garantierte Einnahmen, weil die Ausgaben nicht gelenkt werden. Wenn mir der Kanton Basel-Stadt das Monopol einräumt, dass ich als einziger Mineralwasser in Basel-Stadt verkaufen darf, dann werde ich auch zum Goldesel. Bei allem Lob an die IWB, muss gesagt sein, dass wir einen Staatsbetrieb mit garantierten Preisen haben, der entsprechend funktioniert.

RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD): Gerne nehme ich zu zwei Voten Stellung. Patrizia Bernasconi hat sich daran gestört, dass die Probleme der IWB nicht im Budget dargestellt sind. Das ist so. Wenn Sie Rückstellungen verlangen, dann ist das eine Frage der Rechnung. Wenn Sie die Darstellung der Ausstände verlangen, dann ist das eine Frage der Rechnung. Ich stelle Ihnen in Aussicht, diese Ausstände darzustellen, damit Sie dann die Rechnung ablehnen können. Solche Probleme sind in einem Unternehmen wie der IWB vorhanden, aber nicht von dramatischer Brisanz. Ich versuche Ihnen diese Zahlen darzulegen, damit Sie die Klarheit haben.

Eine Bemerkung zu Bernhard Madörin wegen den Preisen. Ein Votant hat es gesagt. Wenn Sie die schweizerische Strompreislandschaft vergleichen, dann stellen Sie fest, dass der Kanton Basel-Stadt sehr günstige Preise hat. Warum? Ich glaube, es war eine sehr weise Politik, als sich vor Jahrzehnten die damaligen Entscheidungsträger dafür entschieden haben, in die Wasserkraft zu investieren. Wir beziehen heute 93% unseres einheimischen Stromes aus der Wasserkraft. Diese Beteiligungen haben sich ausbezahlt. Wir beziehen keinen Atomstrom, welcher viel teurer ist als unsere Wasserkraft. Die Bemerkung eines Votanten, dass wir uns jetzt überlegen, was in 25 Jahren passiert, wenn die erste Beteiligung an einem Wasserkraftwerk ausläuft, ist darum sehr wichtig. Darum muss der Kanton eine neue Strategie der Elektrizitätsbeschaffung aufzeigen. Aus meiner Sicht müsste diese in einer Fortsetzung der damals weisen Politik sein, nämlich in einheimische Energie zu investieren und diese Investitionen auch auszubauen. Insofern ist es nicht die Monopolsituation der IWB, die diese Preise ermöglichen. Monopolsituation ist ein Vorteil. Der Grund für die tiefen Preise ist die Strategie, die vor Jahrzehnten in Basel eingeleitet wurde.

Ich hoffe, ich habe Ihnen mit diesen Ausführungen Klarheit geben können und bitte Sie, auf das Budget einzutreten und es heute zu verabschieden und Ihre Aufmerksamkeit auf die Rechnung des Jahres 2005 zu lenken.

Tino Krattiger, Referent der Finanzkommission: Sebastian Frehner hat es gesagt, es geht um die Umsatzabgabe kontra Gewinnabgabe. Sie haben Recht, es ist eine Tatsache, der Kanton partizipiert durch die steigenden Energiekosten auch am Gewinn beziehungsweise am Umsatz der IWB. Wichtig erscheint mir der Heimfall der Kraftwerke. Die Finanzkommission wird sich diesem Thema sicher noch annehmen. Die ARA-Thematik wurde mehrfach angesprochen. Auch das ein Thema, das die Finanzkommission hier beim Budget bewusst ausgelassen hat, weil wir der Meinung sind, dass es kein Budgetthema ist. Es ist aber ganz sicher ein Thema für die Rechnung.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Voranschlag der IWB für das Jahr 2006 wird **genehmigt**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum ÖV-Programm des Regierungsrates für 2006 - 2009.

[14.12.05 10:35:19, UVEK, WSD, 05.1577.02]

Die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und das ÖV-Programm zu genehmigen.

Die Fraktion Günes Bündnis beantragt, die Gültigkeitsdauer auf zwei Jahre (Zeitraum 2006 bis 2007) zu verkürzen.

Gabi Mächler, Präsidentin der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission: Zum ersten Mal haben wir im Kanton Basel-Stadt ein ÖV-Programm vorliegen. Es soll für die Jahre 2006 bis 2009 gelten. Es ist uns kurz vor den Herbstferien zugestellt worden. Dass wir bereits heute darüber sprechen können, liegt daran, dass wir in der UVEK einen grossen Aufwand betrieben haben, dieses einigermassen dicke Programm so zu behandeln, dass wir bereits heute darüber berichten können. Wir haben es als sinnvoll erachtet, die Behandlung zu straffen, da das Programm ab 2006 gelten soll und die Basis für das Globalbudget ÖV bilden soll, das wir auch im Dezember als Teil der Staatsrechnung zum ersten Mal verabschieden können. Wir haben es als politisch folgerichtig gehalten, dass wir zuerst das ÖV-Programm behandeln und verabschieden bevor wir das Globalbudget beraten. Darum hat sich die UVEK im Oktober eineinhalb Tage in eine Klausur zurückgezogen und sich mit dem Programm auseinander gesetzt. Die Zeit für eine intensive Vertiefung in einzelne Themen war kurz, aber wir haben trotzdem alles angeschaut und beziehen mit unserem Bericht Stellung dazu.

Es soll heute eine politische ÖV-Debatte stattfinden. Wir als Parlament können zur Planung der Regierung Stellung nehmen. Es ist nicht so wie im generellen Leistungsauftrag, der im Kanton Baselland vom Landrat verabschiedet wird, wo neben dem generellen Leistungsauftrag noch Einzelbeschlüsse vom Landrat getroffen werden können. Wir haben uns im ÖV-Gesetz dagegen entschieden und können nur das Programm als Ganzes genehmigen oder zurückweisen. Um es vorweg zu nehmen, wir unterstützen die Planung, die die Regierung macht und beantragen Ihnen einstimmig die Genehmigung.

Heute soll die Regierung Hinweise erhalten, wie die politische Akzeptanz einzelner Projekte und die Gesamtstrategie ihrer ÖV-Politik beurteilt wird. Die Offenlegung der Planung schafft Transparenz und kann uns als Parlamentarierinnen und Parlamentarier Anknüpfungspunkte für parlamentarische Vorstösse geben, um die Ausrichtung einzelner Planungen in eine andere Richtung zu lenken oder einzelne Projekte zu beschleunigen oder zu verzögern. Es ist ein wichtiges Dokument und wir hätten das Bedürfnis gehabt uns eingehender damit auseinander zu setzen. Wir wünschen uns darum das nächste Mal dieses Dokument frühzeitiger zur Verfügung zu haben, um darüber debattieren zu können. Wir haben dieses Jahr Verständnis für die Kurzfristigkeit. Es war lange nicht klar, ob das ÖV-Gesetz und das BVB-OG bereits auf 01. Januar 2006 in Kraft werden sollen. Wir haben es begrüsst, dass das nun der Fall sein wird. Gerade die Verselbstständigung der BVG sollte nicht noch ein Jahr länger warten. Da das ganze zusammengehört, musste innert kürzester Zeit dieses ÖV-Programm aus dem Boden gestampft werden. Der zweite Vorteil, dass wir das per 2006 verabschieden können, liegt darin, dass die zeitliche Abfolge parallel zum generellen Leistungsauftrag des Kantons Baselland gelegt werden kann. Das nächste ÖV-Programm 2010 bis 2013 wird parallel zum generellen Leistungsauftrag Baselland laufen. Ich erhoffe mir durch eine frühzeitige Zustellung im Jahr 2009, damit man die politische Diskussion mit der Landratskommission abstimmen und führen könnte.

Zur Bewertung des ÖV-Programms durch die UVEK. Die strategische Gesamtausrichtung der Regierung in der ÖV-Politik wird von uns unterstützt. Man könnte das so zusammenfassen: Gut so, macht weiter mit den neuen Projekten und bleibt an der Attraktivitätssteigerung des ÖV dran!

Ich möchte nicht die auf die Themenbereiche gesamthaft eingehen, dafür haben wir Ihnen den Bericht vorgelegt, sondern drei Schlaglichter auf einzelne Themenbereiche stellen, die uns wichtig erscheinen.

Erstens: Als wichtiges strategisches Ziel der Regierung sind die Verlängerungen von Tramlinien ins grenznahe Ausland im ÖV-Programm aufgeführt. Dieses prioritäre strategische Ziel wird von uns sehr begrüsst. Uns ist es zum Teil ein bisschen zu langfristig angelegt. Am liebsten würden wir schon nächstes Jahr nach St. Louis und Weil fahren können, aber uns ist bewusst, dass es Projekte mit einer langen Vorlaufzeit sind. Wir haben mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass auch vom Bundesrat in seiner Botschaft die hohe Priorität anerkannt worden ist. Wir sind zuversichtlich, dass damit ein guter Boden gelegt ist. Wir haben gemerkt, dass es für einmal nicht am Geld liegt, sondern an den langwierigen Prozessen über die Grenzen hinaus mit verschiedenen Gremien, die zu gewissen Verzögerungen führen. Wir hoffen auf ein Lobbying, nicht nur von der Regierung, sondern auch über die parlamentarischen Kontakte, zum Beispiel die Regiokommission, dass man das Verständnis fördert, dass es nicht das Basler Tram ist, das nach St. Louis oder Weil fährt, sondern auch das Tram der Franzosen und der Deutschen ist.

Ich mache eine kurze Klammer auf zum Agglomerationsprogramm. Die UVEK hat an ihrer letzten Sitzung die Stellungnahme zur Vernehmlassung zum Agglomerationsprogramm verabschiedet. Wir haben auch dort diese Tramverlängerung nochmals zu forcieren versucht. Wir haben gesagt, dass wir uns generell eine höhere Priorisierung des ÖV im Agglomerationsprogramm wünschen und dass gewisse Projekte vor allem im trinationalen Bereich höher eingestuft werden, als es im Agglomerationsprogramm vorgesehen ist. Unter anderem, dass das Herzstück der Regio-S-Bahn nicht nur mit mittlerer sondern mit hoher Priorität vorangetrieben wird.

Zweitens: Die Verkürzung der Fahrzeiten. Sie haben einen Ratschlag liegen für einen Kredit für die Effizienzsteigerung des ÖV durch Reduktion von Behinderungen. Die UVEK hat an ihrer letzten Sitzung den Bericht zum Ratschlag verabschiedet. Wir stellen Ihnen Antrag, das werden wir im Januar behandeln, dass dieser Kredit bewilligt wird, allerdings auf zwei Jahre begrenzt. Ab 2008 wird ein neuer Kredit gewünscht, damit man dafür sorgt, dass die Verkehrsbehinderungen prioritär beseitigt werden und damit laufende Kosten gesenkt werden können.

Drittens: Der Fahrgastkomfort. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass eine hohe Zufriedenheit der Fahrgäste mit dem ÖV vorhanden ist. Das ist schön, aber man kann sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Man muss weiterhin dafür sorgen, dass der ÖV attraktiv bleibt und noch attraktiver wird. Wir haben auf die Situation mit den BVB Wartehallen und Unterständen hingewiesen. Es gehört in einer Stadt mit unserer Grösse zum Standard, dass man bei jeder Wartehalle im Trockenen stehen kann. Wir werden sicher in Zusammenhang mit dem Wettsteinplatz eine Wartehalle-Debatte führen. Um behindertengerechten ÖV zu ermöglichen, das ist auch ein Auftrag, müssen überall Perronkanten auf Trittbretthöhe eingeführt werden.

Wie geht es weiter? Die UVEK hat sich in ihrer Behandlung gefragt, warum nur alle vier Jahre ein ÖV-Programm vorgelegt wird, warum es keine rollenden Planung, wie zum Beispiel beim Politikplan, gibt. Wir haben uns davon überzeugen lassen, dass beim ÖV eine sehr langfristige Planung nötig ist, zum Beispiel bei Tramlinienverlängerungen. Das kann man nicht im einen Jahr gutheissen und im anderen Jahr zurückstellen. Es braucht eine Planungssicherheit, gerade wenn man mit dem Ausland verhandeln muss. Darum denken wir, dass es im Prinzip reicht, wenn man alle vier Jahre einen Politikplan vorlegt, zumal es im ÖV-Gesetz in Paragraph 4 so vorgesehen ist. Aber es kann auch nicht sein, dass wir nur alle vier Jahre von der Regierung erfahren, wohin sie in der ÖV-Politik steuern will. Über Anpassungen in ihrer Strategie oder über neue Projekte muss der Grosse Rat frühzeitig informiert werden. Und nicht nur, wenn wir millionenschwere Kredite zum Beispiel für Trambeschaffungen bewilligen sollen.

Wir möchten daran erinnern, dass künftig jährlich ein ÖV-Globalbudget vorgelegt werden muss und darin wird jährlich über Kennzahlen und den Verlauf von Indikatoren bei der Zielerreichung berichterstattet. Wir denken, das ist der richtige Ort, wo wir von der Regierung erwarten, dass sie eine Vorschau auf künftige grosse Projekte hält und einen rechtzeitigen Einbezug in grosse Geschäfte ermöglicht.

Die UVEK beantragt Ihnen einstimmig, das ÖV-Programm 2006 bis 2009 zu genehmigen und ich bin gespannt auf die politische Wertung der einzelnen Fraktionen.

RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD): Ich möchte gerne einige zusätzliche Bemerkungen anbringen. Sie wissen, dass am 27. Februar 2005 das Gesetz über den öffentlichen Verkehr von den Stimmberechtigten mit deutlichem Mehr angenommen worden ist. Mit diesem neuen Gesetz wird als neues Planungsinstrument auch das Programm des öffentlichen Verkehrs - ÖV-Programm - eingeführt. Es löst das bisherige Ausbauprogramm für den regionalen öffentlichen Verkehr ab. Das ÖV-Programm legt die Grundsätze der Angebots- und Infrastrukturplanung im öffentlichen Verkehr unseres Kantons fest. Es beschreibt die voraussichtliche Entwicklung des Finanzbedarfs. Es schafft Planungssicherheit für den Kanton und dient als Grundlage für das Globalbudget für den öffentlichen Verkehr, das Ihnen der Regierungsrat jährlich vorlegen wir und das in dieser Grossratssitzung erstmals unterbreitet wird. Gleichzeitig bildet das ÖV-Programm die Basis für die Leistungsvereinbarungen mit den Transportunternehmungen BVB und SBB.

Mit der Debatte zum ÖV-Programm befassen Sie sich heute vor allem mit der strategischen Ausrichtung des öffentlichen Verkehrs in den kommenden vier Jahren. Sie wissen, dass die Basler Bevölkerung mit der Dienstleistung des ÖV sehr zufrieden ist, das zeigen die sehr guten Ergebnisse bei der Bevölkerungsbefragung 2005. Es gibt keinen Anlass, das Thema vollständig neu zu gestalten. Wir sind davon überzeugt, dass es einen schrittweisen Ausbau des Angebots braucht und auch weitere Qualitätsverbesserungen. Dies betrifft vor allem unser Tramnetz, dessen Ausdehnung seit rund 70 Jahren unverändert ist. Die Zeit ist gekommen, dieses Netz an die Realität und an die Entwicklungsperspektiven der trinationalen Agglomeration anzupassen. Die Tramlinienverlängerungen nach Weil am Rhein und St. Louis und der weitere Ausbau der Regio-S-Bahn sind Ausdruck des Zusammenwachsens unserer Region. Die Zukunft unseres Raumes können wir nur gemeinsam mit unseren Partnern des In- und Auslandes gestalten. Je mehr wir uns in Basel von einer 37'000 km2 Perspektive abwenden und die Interessen der Gesamtregion im Auge behalten, desto reifer sind wir für den Wettbewerb der europäischen Agglomerationen. Der Bundesrat hat vor wenigen Tagen mit seiner Botschaft zum Infrastrukturfonds die Tür dazu aufgestossen. Die Landesregierung ist bereit, die schwierige Finanzierung dieser grenzüberschreitenden Vorhaben zu erleichtern, sofern die Bauarbeiten sehr bald beginnen. Das wird sehr anspruchsvoll, diese Mittel dort abzuholen. Ich kann gut verstehen, dass unsere Nachbarn im Moment zurückhaltend sind, denn jede grössere Investition weckt zuerst Vorbehalte. Ohne den gemeinsamen Willen zum Zusammenwachsen der trinationalen Region verlieren wir den Anschluss an andere europäische Ballungsräume, die nicht durch Grenzen in ihrer Entwicklung gehemmt sind. Wir sind sehr daran interessiert, damit wir unsere Nachbarn von der Bedeutung dieser Projekte überzeugen können.

Ein operatives, aber dennoch sehr wichtiges Ziel ist die Verstetigung und Verkürzung der Fahrzeiten. Bus und Tram sollen zügiger und pünktlicher vorankommen. So wird der öffentliche Verkehr attraktiver und produktiver. Die Bevölkerung erhält eine bessere Dienstleistung und der Kanton muss dafür weniger Geld aufwenden. Oft scheitert die konkrete Umsetzung dieses unbestrittenen Ziels an stadtegestalterischen oder verkehrsplanerischen Hürden. Hier können wir alle gemeinsam mithelfen, dass wir diese Hindernisse in Zukunft konsequenter abbauen können.

Wir schätzen es sehr, dass die UVEK in ihrem Bericht den strategischen Zielen des ÖV-Programms für die Jahre 2006 bis 2009 grundsätzlich zustimmt. Ich kann Ihnen versichern, dass wir Ihre Begehren und Vorschläge sorgfältig und wohlwollend prüfen werden. Oberstes Ziel für den Regierungsrat ist, dass der investierte Franken einen möglichst hohen Nutzen erzielt. Nur so können wir trotz der beschränkten Mittel, die wir im Kanton haben, weitere Fortschritte beim öffentlichen Verkehr sicherstellen. Alle Beteiligten werden mit diesem Planungsdokument Erfahrungen sammeln und nach Optimierungsmöglichkeiten Ausschau halten. Diese Erkenntnisse werden in die Arbeiten zum nächsten ÖV-Programm einfliessen. Zeitgleich haben wir das koordiniert mit dem Kanton Baselland. Sie wissen, wie unglaublich grenzüberschreitend unser ÖV-Angebot ist. Wir haben viele Gemeinsamkeiten mit dem Kanton Baselland und wir möchten eine sehr enge Zusammenarbeit suchen.

Bestens danken möchte ich allen Mitgliedern der UVEK für ihr Engagement und ihr klares Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr, wie es aus dem sehr guten Bericht hervorgeht. Wir sind dankbar, dass es in dieser kurzen Zeit möglich war. Es tut mir leid, dass wir es nicht früher machen konnten. Wir wollten den Elan aus diesen Abstimmungen nutzen und haben uns für das Inkrafttreten der beiden Gesetze auf den 01. Januar 2006 entschieden.

Peter Zinkernagel (LDP): Die Fraktion der Liberalen stimmt dem Grossratsbeschluss ÖV-Programm 2006 bis 2009 zu. Dieses Programm ist ausgewogen, wertvoll und formuliert keine Extremforderungen. Die Regierung ist mit dem ÖV-Programm auf dem Boden geblieben. Es ist wichtig, dass das ÖV-Programm über die Grenzen hinaus betrachtet wird. Die Verlängerung von Tramlinien ins nahe Ausland macht Sinn. Hier stellt sich die Frage der Finanzierung. Grundsätzlich gilt das Territorialprinzip. Es muss schon früh das Gespräch mit den Nachbarn gesucht werden, damit eine für alle Seiten akzeptable Lösungen gefunden werden kann. Basel hat ein grosses Interesse, dass möglichst viele Pendler den öffentlichen Verkehr benutzen. Die Ausweitung des Tarifverbundes über die Landesgrenzen hinaus, würde den ÖV kundenfreundlicher machen. Die Nordwestschweizer Kantone müssen sich weiterhin vehement für die Mitfinanzierung von ÖV-Projekten in Bern einsetzen. Zürich und Genf erhalten bis jetzt wesentlich mehr Beiträge als Basel-Stadt und Baselland.

Zum Bahnanschluss des EuroAirports hat sich der französische Vertreter an einem Podiumsgespräch am 29. November in Basel dahingehend geäussert, dass im Elsass mehrere wichtige Bahnprojekte geplant sind, unter anderem der Ausbau der Linie Mulhouse - Strasbourg und die schon lange gewünschte Verbindung des TGW von Mulhouse ins Rhonetal. Für den Bahnanschluss Flughafen steht vorläufig kein oder nur wenig Geld zur Verfügung. Die Verbesserung des Nachtbusangebotes ist richtig. Die Jugend macht davon regen Gebrauch und schätzt dieses Angebot sehr. Aus Sicht der Gemeinde Riehen ist die geplante Aufhebung der Linie 2 nach Riehen bedauerlich. Die direkte Verbindung ins Geschäftszentrum Bankenplatz ist wertvoll. Man muss sehen, dass die S-Bahn in Riehen nur zwei Stationen hat. Die Feinerschliessung erfolgt durch Tram und Bus. Im Einwohnerrat wurde ein Anzug eingereicht, der den Gemeinderat beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Linie 2 in den Stosszeiten beibehalten werden kann.

Das vorliegende ÖV-Programm ist ein Kompromiss und ein gutes Arbeitspapier, das wir unterstützen. Wir werden aber einer einseitige Verlagerung zugunsten des ÖV nicht zustimmen. Den Antrag des Grünen Bündnis, die Gültigkeitsdauer zu verkürzen, lehnen wir ab.

Stephan Gassmann (CVP): Die CVP-Fraktion ist froh, dass das ÖV-Gesetz angenommen wurde und dass wir ein ÖV-Programm haben. Die CVP stimmt dem ÖV-Programm zu. Wir danken der Regierung für den sehr guten Ratschlag und der UVEK für ihren Bericht. Sie haben es im ÖV-Programm und im Bericht der Kommission gelesen, es handelt sich um ein strategisches Papier. Es geht nicht darum, dass wir einzelne Vorhaben oder Projekte beurteilen, sondern wirklich die Strategie der nächsten vier Jahre beurteilen sollen. Darum bitte ich Sie, den Antrag des Grünen Bündnis, die Dauer des ÖV-Programms auf zwei Jahre zu verkürzen, abzulehnen.

Für uns sind die Verlängerungen von Tramlinien ins grenznahe Ausland matchentscheidend. Sie hören es jeden morgen am Radio, dass es Verkehrsstaus im Elsass oder in Riehen gibt. Jetzt, wo der Bundesrat Geld für den Agglomerationsverkehr für Basel eingestellt hat, ist es wichtig, dass die Tramlinie 8 nach Weil und die Tramlinien 3 und 11 nach St. Louis verlängert werden. So erhalten wir einen attraktiven öffentlichen Verkehr und können die Pendler mit dem öffentlichen Verkehr nach Basel bringen.

Wichtig erscheint uns ein gemeinsames Marketing, einen gemeinsamer Auftritt des öffentlichen Verkehrs, wie wir das bei der Regio-S-Bahn kennen. Das heisst, dass wir versuchen mit dem grenznahen Ausland eine einheitliche Linienbezeichnung zu erreichen, so dass wir nicht eine Linie 603 und 604 haben und dann gibt es noch eine Ü5 oder Ü3.

Der EuroAirport erlebt einen Aufschwung. Wir werden dieses Jahr mehr als drei Millionen Passagiere am Flughafen haben. Ein attraktiver Flughafen ist für den Wirtschafts- und Tourismusstandort wichtig. Dies bedingt, dass wir eine attraktive Erschliessung des Flughafens mit dem öffentlichen Verkehr haben. Den haben wir heute leider nicht. Bis der Bahnanschluss kommt - da sind grosse Anstrengungen nötig, damit wir das erreichen - muss hier Abhilfe geschaffen werden. Ich bin gestern Abend mit einem EasyJet-Flug von Berlin nach Basel gekommen. Es waren etwa 130 Passagiere drin. Ich konnte am Kannenfeldplatz nicht aussteigen, weil der Bus gerammelt voll war. So fuhr ich halt bis zum Bahnhof. Hier erwarten wir, dass kurzfristige Massnahmen getroffen werden. Es muss mindestens ein Gelenkbus eingesetzt werden, so wie das an anderen Flughäfen ohne direkten Bahnanschluss auch der Fall ist.

Wichtig ist für uns, dass bei Planungen zu städtischen Entwicklungsgebieten wie die Erlenmatt oder das Dreispitzareal auch die ÖV-Erschliessung parallel dazu behandelt und in die politische Diskussion mit eingebunden wird. So läuft es teilweise schon bei der Erlenmatt. So muss es auch beim Dreispitz und weiteren Gebieten sein, wie zum Beispiel beim Stücki-Areal.

Kommen wir zum Fahrgastkomfort, der für die CVP einen hohen Stellenwert hat. Wir haben letztes Jahr die dynamische Fahrgastinformation bewilligt, diese wird sukzessive gebaut und installiert. Das ist für uns ein erster Schritt. Weiter gehören auch die Wartehallen dazu. Es müsste eigentlich Standard sein, dass wir in Basel an jeder Haltestelle mindestens eine Wartehalle haben. Es kann nicht sein, dass eine Stadtbildkommission diese Wartehallen verhindern will und andere Sachen stehen lassen möchte, die unserer Meinung nach schlimmer aussehen als eine Wartehalle und ein Warteunterstand. Hier ist dringender Handlungsbedarf gegeben, dass diese Wartehallen und Warteunterstände errichtet werden. In anderen Städten vergleichbarer Grösse sind diese seit Jahrzehnte Standard.

Wir danken für das ÖV-Programm und begrüssen es. Wir sehen die strategische Richtung und anders als die LDP erachten wir es nicht als ein Grabenkampf zwischen Individualverkehr und öffentlichem Verkehr. Es zeigt uns, wo wir in unserer Stadt mit dem öffentlichen Verkehr hinwollen und welchen öffentlichen Verkehr wir bereit sind zu unterstützen. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem ÖV-Programm zuzustimmen.

Eveline Rommerskirchen (Grünes Bündnis): Auch die Fraktion des Grünen Bündnis ist froh, dass es ein ÖV-Programm gibt. Obwohl das Geschäft erst am 09. November an die UVEK überwiesen wurde, hat die UVEK einen guten Bericht vorgelegt und wichtige Punkte unter den einzelnen Rubriken hervorgehoben und gefordert. Dieses äusserst knappe zeitliche Vorgehen der Regierung darf nur das erste Mal akzeptiert werden. Die Gründe dafür wurden ausführlich genannt und sind im Bericht festgehalten. Zukünftig muss das ÖV-Programm früher dem Parlament vorliegen, um eine ernsthafte politische Auseinandersetzung darüber zu ermöglichen, zumal kein Vernehmlassungsverfahren vorgesehen ist. Die Fraktion Grünes Bündnis möchte, dass mit dem Instrument des Planungsauftrags auf das ÖV-Programm Einfluss genommen werden kann. Deshalb sollte eine Änderung der Geschäftsordnung ins Auge gefasst werden. Oberstes Ziel für ein ÖV-Programm muss sein, das Modalsplitverhältnis markant zugunsten des öffentlichen Verkehrs zu verschieben. Der Modalsplit hat sich Jahr für Jahr zu Ungunsten des öffentlichen Verkehrs verändert, weil der motorisierte Verkehr zugenommen hat. Dazu brauchen wir jährlich Zahlen, damit gezielte Massnahmen ergriffen werden können. Diese fehlen im ÖV-Programm. Die Fraktion Grünes Bündnis stellt fest, dass dieses Programm eigentlich nur ein Fortschreiten des bestehenden Programms ist, aber keine eigentlichen rot/grünen Visionen beinhaltet. Deshalb können wir nicht unterstützen, dass dieses Programm auf vier Jahre festgeschrieben werden soll und stellen den Antrag, das ÖV-Programm nur auf zwei Jahre zu genehmigen. Wir möchten damit kundtun, dass wir wegen des grossen zeitlichen Drucks seitens des WSD tolerieren, dass der hier vorliegende erste Wurf nicht vollständig sein kann. Gerade neue Ideen benötigen etwas mehr Zeit. Deshalb unser Antrag, damit die Regierung bis in zwei Jahren ein ÖV-Programm vorlegen kann, in dem die Umweltaspekte nachhaltig und mit oberster Priorität in Form neuer Projekte einfliessen können. Der Antrag liegt schriftlich vor. Sollte er abgelehnt werden, so wird das Grüne Bündnis dem vorliegenden ÖV-Programm nicht zustimmen.

Eine hervorragende Basis für ein zweites ÖV-Programm ist der bereits verabschiedete Luftreinhalteplan beider Basel. Hier wird klar ersichtlich, dass das Fortschreiten des Bestehenden nicht reichen wird, um die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte bis 2010 einhalten zu können. Wir brauchen Massnahmen, die umgesetzt werden, wie das Road Pricing, die Park & Ride - Möglichkeiten an der Peripherie Frankreich und Deutschland. Dies könnte sogar in Koordination mit dem neuen Bericht zum Luftreinhalteplan geschehen, wo in einem Zwischenbericht klar aufgezeigt werden soll, was alles geändert werden muss, um einen höheren Modalsplitanteil für den ÖV zu erhalten. Nur so können die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte aller Luftschadstoffe eingehalten werden.

Das Grüne Bündnis kann dem UVEK-Bericht sehr gut zustimmen. Wir sind mit den Verbesserungsvorschlägen einverstanden, die aufgeführt worden. Ich möchte betonen, dass für uns der Fahrgastkomfort auch wichtig ist. Warteunterstände für jede Haltestelle, Angleichung des Taktfahrplanes BLT und BVB, Erhalt eines Nachtbussystems und Ausbau dieses Systems, Priorisierung der Tramlinie ins grenznahe Ausland, Ausweitung des Tarifverbundes über die Landesgrenzen hinaus usw.

Eine jährliche Berichterstattung über aktuelle Entwicklungen zusammen mit dem jährlichen Rechnungsbericht des ÖV Globalbudget hat den Vorteil, dass fehlende Indikatoren rasch ersichtlich werden und eine stetige Verbesserung erfolgen kann. Es fehlen beispielsweise die Indikatoren für den grenzüberschreitenden ÖV. Das wiederum ermöglicht detaillierte und präzise Leistungsvereinbarungen, die jedes Jahr neu geschrieben werden müssen. Das führt zu einer besseren Erfolgskontrolle. Im ÖV-Programm sollten alle Massnahmen nach Dringlichkeit bewertet sein, inklusiv Erfolgskontrolle. Es soll eine Entwicklung aufgezeigt werden.

Das Grüne Bündnis beantragt, das ÖV-Programm nur für zwei Jahre zu genehmigen. Uns fehlen die Visionen im jetzigen ersten Wurf. Wir freuen uns auf einen guten Bericht in zwei Jahren.

Patrick Hafner (SVP): beantragt **Rückweisung** des ÖV-Programms.

Ich kann Ihnen zwei Überraschungen bekannt geben. Die eine ist, dass die SVP-Fraktion, entgegen dem Krüzlistich, gegen das ÖV-Programm ist. Die zweite Überraschung ist, dass wir für den Antrag des Grünen Bündnis sind, falls

unser Antrag der Rückweisung nicht befürwortet wird. Allerdings aus anderen Gründen wie das Grüne Bündnis.

Ich möchte festhalten, dass die SVP das Trämli liebt, so wie alle Basler. Es geht nicht darum, dass wir etwas gegen das Tram oder die BVB haben. Uns stört, dass offensichtlich der Übergang von einem Staatsbetrieb zu einem relativ selbstständigen Betrieb in keiner Weise korrekt abläuft. Es bestehen grosse Zweifel an der Corporate Governance dieses neuen Unternehmens. Es ist zu befürchten, dass Ausführende und Kontrollierende viel zu nahe beieinander sind, mindestens mental, wenn nicht sogar organisatorisch. Das ist der Grund, warum ich persönlich gegen das ÖVG war, weil ich genau das befürchtet haben. Meine schlimmsten Befürchtungen sind eingetreten. Ich kann Ihnen das am ÖV-Programm belegen, welches offenbar viele nur überflogen haben, anstatt im Detail zu lesen, sonst hätten sie gemerkt, dass es so nicht geht. Wir wollen eine unabhängige BVB, die per Leistungsauftrag gesteuert wird. Wir bezahlen im gleichen Zug gewisse Investitionen, die zum Entscheidungsspielraum dieses Unternehmens gehören. Das ist schlichtweg Blödsinn und gegen jegliche Organisationswissenschaft. Die Ziele sind viel zu oft schwammig formuliert, zum Teil führen sie sogar in die Irre. Wenn sie etwas über Führen, Personalmanagement oder Strategie eines Unternehmens gelesen haben, dann wissen Sie, dass man Ziele beeinflussen können sollte. Es gibt vieles in diesem ÖV-Programm, das von den BVB überhaupt nicht beeinflusst werden kann, mindestens nicht substantiell. Man kann nicht ein Unternehmen an Zielen messen, die sie selber gar nicht beeinflussen kann. Die Priorisierung im öffentlichen Verkehr ist ein berechtigtes Anliegen. Wenn Sie durch die Stadt Basel fahren, dann stellen Sie fest, dass der Individualverkehr in inakzeptablem Mass durch nicht fachgerechte Priorisierungen verzögert wird. Wir sind im Prinzip dafür, aber im Detail dagegen, weil es oft sehr schlecht gemacht wird.

Wir haben ein weiteres grundsätzliches Problem mit der Region. Aus umweltschützerischem Gedanken heraus sind wir dafür, dass wir den öffentlichen Verkehr fördern und dass viel mehr Leute, die in unsere Region reisen, das mit dem öffentlichen Verkehr tun. Wenn wir es uns zum Ziel mache, die Regiolinien stärker auszubauen, dann unterstützen wir sämtliche Steuerflüchtlinge, die den Kanton Basel-Stadt verlassen, weil es im Kanton Baselland diverse Vorteile gibt, zum Beispiel Schulen und Steuern. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht mit umweltschützerischen Anliegen, die wir befürworten, in einem anderen für unseren Kanton wichtigen Bereich kontraproduktiv wirken.

Modalsplit ist ein nettes englisches Wort. Auch das ist ein Ziel, welches von den BVB selber nicht beeinflusst werden kann. Das ist ein nettes Ziel. Es ist sicher gut, wenn möglichst viele Leute mit dem öffentlichen Verkehr reisen, das ergibt weniger Umweltbelastung. Aber wenn ein Ziel nicht beeinflusst werden kann, dann darf es hier auch nicht drinstehen.

Es gibt weitere bedenkliche Faktoren. Wir haben den Zug FLIRT. Was mich bedenklich stimmt, dass nicht nur die Abschreibungskosten höher sind, was bei einem neuen Zug absolut berechtigt wäre, sondern dass auch die Betriebskosten steigen werden. Das ist ein Punkt, der nicht vorkommen dürfte.

Im Bereich Behindertentransport habe ich Informationen, dass Freiwilligenarbeit und private Organisationen in der Vergangenheit massiv behindert wurden. Jetzt ist der Behindertentransport im ÖV-Programm drin. Das ist nicht sachgerecht. Ich bin dafür, dass Behinderte, die nicht selber mobil sind, unterstützt werden und ihre Leistungen erhalten. Das gehört aber nicht hier herein, weil es kein Ziel der BVB ist. Das ist ein politisches Ziel und die BVB erfüllen das möglicherweise per Leistungsauftrag.

Ganz am Rande bemerkt: Ich persönlich bin der Meinung, dass man das Combinodebakel generell lösen sollte. Man sollte die Combinos zurückschicken und sich überlegen, welche neuen Trams man anschaffen kann. In diesem Sinne fehlen mir die grossen Züge. Was wir hier sehen, ist eine Fortschreibung dessen, was wir hatten und kein ÖV-Programm, das einem selbstständigen Unternehmen gerecht wird.

Annemarie Pfeifer (VEW): Die VEW-Fraktion nimmt das ÖV-Programm zustimmend zur Kenntnis. Erstmals wird das Angebot des öffentlichen Verkehrs zusammengefasst und versehen mit strategischen Zielen vorgestellt. Dies schafft Transparenz und ermöglicht ein besseres Mitdenken und Mitbestimmen des Grossen Rates. Ich sehe im ÖV-Programm nicht so viele Fehler wie mein Vorredner. Die Region Basel war wegweisend mit der Einführung des U-Abos. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht von anderen Regionen, zum Beispiel Zürich, überholt werden. Ein koordiniertes und entschiedenes Vorgehen ist notwendig, wenn wir die Ansprüche der Region auch in Bern gut vertreten wollen. Es gibt Handlungsbedarf, dass wir uns hinter dieses ÖV-Programm stellen und es in einer nächsten Runde noch verbessern. Gerne möchte ich ein paar Punkte aufgreifen.

Erstens: Veränderung des Modalsplits zugunsten des öffentlichen Verkehrs, das wurde heute immer wieder gesagt. Die VEW unterstützt dieses Ziel. Wir begrüssen es, wenn vor allem grenzüberschreitende Angebote gefördert werden. Ich bin der Überzeugung, dass wir diesen Modalsplit durch positive Angebote beeinflussen können. Deshalb kann das ÖV-Programm den Modalsplit verändern, indem Tramlinien über die Grenzen hinweg ins nahe Ausland führen werden.

Zweitens: Ausbau der S-Bahn. Bisher haben die Landesgrenzen den Ausbau eines leistungsstarken Netzes stark behindert. In dieser Beziehung können wir nur neidisch nach Zürich blicken. Hin und wieder können wir auch von Zürich lernen. Die Zürcher haben keine Kosten gespart, um die Bahn teilweise unter den Boden zu legen, dementsprechend haben sie Bundesgelder beantragt. Nach Meinung der VEW dürfte hier noch zielbewusster vorgegangen werden. Der Ausbau der Regio-S-Bahn ist ein wichtiger Faktor für einen Wirtschaftsstandort. Die VEW fordert die Regierung auf, die Planung des Herzstückes und die verbesserte Anbindung der Innenstadt an die Bahn entschieden vorwärts zu bringen. Wir warten übrigens gespannt, ob die S6 ins Wiesental und zum Bahnhof SBB in einem Jahr fahrplanmässig fertig wird. Die Bevölkerung der Landgemeinden wurde viele Jahre mit Versprechen

abgespeist und noch glaubt niemand in Riehen daran, dass dieses Projekt fristgerecht durchgeführt wird. Wir hoffen sehr stark, dass das Programm zum Tragen kommt. Wichtig ist die Einführung des Tarifverbundes in der ganzen Region zur Akzeptanz des grenzüberschreitenden ÖV.

Drittens: Verlängerte Tramlinien ins grenznahe Ausland. Diese Projekte sind sehr sinnvoll. Es ist zu hoffen, dass damit die Staus zwischen Kleinhüningen und dem Rhein Center Weil abgebaut werden können. Zurzeit ist es fraglich, wie sich dort in den Stosszeiten ein Tram durchpflügen kann. Tramverlängerungen sollten Verkehrsberuhigungen in den Basler Quartieren bringen. Das ist letztlich das Ziel.

Viertens: Verbessertes Angebot in der Stadt. Das Tramangebot soll vor allem unseren Einwohnerinnen und Einwohnern dienen. Handlungsbedarf sehen wir in der Anbindung des Breitequartiers an das Busnetz. Es darf nicht sein, dass ein privates Spital wie das Bethesdaspital Beiträge an den ÖV bezahlen muss. Die Bürgergemeinde Basel würde wahrscheinlich sehr erstaunt reagieren, wenn sie den Busbetrieb nach St. Chrischona mitfinanzieren müsste, um ihre Klinik an den ÖV anzubinden. Oder das Felix-Blatter-Spital oder das Claraspital würden auch staunen, wenn sie plötzlich etwas ans Tram zahlen müssten.

Es darf übrigens auch nicht sein, dass Baselbieter Gemeinden besser an den Bahnhof SBB angebunden sind als Stadtquartiere. In Bezug auf das Breitquartier sehen wir Ausbaumöglichkeiten. Sonst unterstützt die VEW das ÖV-Programm und stimmt zu.

Stephan Maurer (DSP): Erstmals liegt das ÖV-Programm vor uns und dient als strategische Grundlage zur Weiterentwicklung des ÖV in unserem Stadtkanton. Mit der deutlichen Annahme durch das Basler Volk anfangs dieses Jahres ist der Grundstein für einen erfolgreichen ÖV in unserer Stadt gelegt worden. Den Verantwortlichen im WSD gehört schon heute ein grosser Dank. Ich habe es kaum für möglich gehalten, dass innert so kurzer Zeit ein solch umfassendes ÖV-Programm formuliert werden kann und die neue BVB ihre Aufgabe demnächst beginnen kann.

Die DSP befürwortet die Aussagen des ÖV-Programms, insbesondere die Schwerpunktbildung im Bericht der UVEK. Mag sein, dass einzelne von Ihnen echte Innovationen vermissen, mir geht es auch so. Aber wenn Sie den Bericht genau gelesen hätten, dann hätten Sie gesehen, dass zwar nicht viel Innovatives, aber viele Neuerungen enthalten sind. Meine Erfahrung ist, dass sich Innovationen im ÖV meist in vielen kleinen Schritten abspielen, beispielsweise beim Rollmaterial, bei der Fahrgastinformation oder bei der Tarifgestaltung. Unter Berücksichtigung, dass beispielsweise weltweit rund 700 verschiedene Transportsysteme existieren, ist bereits alles erfunden worden. Bei der Umsetzung hapert es besonders hier. Im Dreiland mit den vielen Partnern wird das besonders erschwert, und da müssen wir ansetzen. Es müssen Trägerschaften gegründet werden und Wege zur gemeinsamen Finanzierung gefunden werden, Stichwort ÖV-Fonds. Auch sind die personellen Ressourcen zwingend zu überprüfen. Könnten nicht Stellen in der Verwaltung zu den ÖV-Planern umgelegt werden?

Viele Projekte liegen seit Jahrzehnten auf dem Tisch. Mit der Realisierung geht es nicht vorwärts. Ich denke an die Stichworte Schienenanschluss EuroAirport, an die Tramverlängerung, an ein gemeinsames trinationales Tarifverbundsystem oder die gleiche Taktfrequenz der BLT-Linie 10 wie die der übrigen Tram- und Buslinien. Sie sehen, hier braucht es Ressourcen und es ist noch einiges zu tun.

Die DSP stellt sich hinter das ÖV-Programm der Regierung, in der Hoffnung, dass die Projekte zügig realisiert werden können. In diese Richtung gehen auch die Aussagen im Bericht der UVEK. Die DSP wird einstimmig dem unveränderten Grossratsbeschluss zustimmen.

Roland Engeler (SP): Die SP hat das vorliegende ÖV-Programm mit einiger Begeisterung aufgenommen. Es freut uns, dass nach den jahrelangen Millioneninvestition in Stadtautobahnen jetzt wieder Geld für die Verlegung neuer Tramgeleise investiert werden soll. Das Ansinnen der Regierung, neue Kundschaft für den ÖV gewinnen zu wollen, wird von uns unterstützt. Auch wir wollen das Modalsplitverhältnis zugunsten des ÖV verbessern. Wie die Regierung sehen auch wir im grenznahen Ausland ein grosses Potential neuer ÖV-Kunden. Wir unterstützen deshalb den geplanten Ausbau der Tramlinien 3, 8 und 11 sowie die neue Buslinie nach Grenzach. Wichtig ist, dass ein politisches Lobbying für die grenzüberschreitenden Linien gemacht wird. Besonders im grenznahen Elsass gilt es, die Nachbarn für die neue Tramlinie zu gewinnen.

Neben den neuen Verbindungen ins Ausland braucht es unseres Erachtens auch Park & Ride Einrichtungen für Autos und Velos. Wir sehen solche in erster Linie entlang der Ligne verte im Elsass. Dort sollen mit kleinen Park & Ride Anlagen Umsteigemöglichkeiten angeboten werden. Vom Elsass her ist der Modalsplit heute bekanntlich am schlechtesten. Parallel dazu müssen wir im Zentrum von Basel-Stadt endlich eine Parkplatzbewirtschaftung anführen und die Fussgängerzone ausdehnen. Für den Antrag des Bündnis, das ÖV-Programm auf zwei Jahre zu begrenzen, haben wir Verständnis. Auch wir finden eine Erfolgskontrolle nötig. Diese soll jedoch nach Ansicht der SP im Rahmen der jährlich stattfindenden Diskussion zum ÖV-Globalbudget erfolgen. Die SP lehnt deshalb den Antrag des Grünen Bündnis ab.

Die ersten im ÖV-Programm aufgelisteten Verbesserungen wurden in diesen Tagen bereits umgesetzt, weitere Vorlagen sind in der Pipeline. Als Riehener Grossrat freue mich speziell auf die Vorlage zu den S-Bahn-Haltestellen in Riehen und freue mich bald mit dem FLIRT an den Bahnhof SBB fahren zu können.

Der Ausbau der Regio-S-Bahn ist auf gutem Weg und findet unsere volle Unterstützung. Bezüglich des Herzstückes

gilt es, das Wünschbare vom Machbarem zu trennen. Wir favorisieren in einem ersten Schritt die Nordvariante. Danach gilt es in einer zweiten Etappe die Kapazitätserweiterung zwischen Bahnhof SBB und St. Johann zu finden. Damit der Bund auch Gelder in die Agglomeration Basel lenkt, müssen wir bezüglich der S-Bahn eine klare und einstimmige Haltung annehmen. Wir haben gehört, Zürich erhält schon Gelder vom Bund. Wenn wir eine Chance für Bundesgelder haben wollen, dann müssen wir uns zusammenraufen.

Ob das vorliegende ÖV-Programm als Ganzes ein Erfolg wird, hängt weitgehend davon ab, ob es uns gelingt, ein grenzüberschreitendes Tarifsystem und die grenzüberschreitenden Tramlinien zu realisieren. Stephan Gassmann hat gesagt, es sei matchentscheidend, das finden wir auch.

Wir sind optimistisch, nachdem der Bundesrat den eidgenössischen Räten vorschlägt, den ÖV-Ausbau aus Bundesgeldern zu finanzieren. Wir hoffen sehr, dass es der Basler Regierung gelingt, mit den Partnern jenseits der Landesgrenze die ÖV-Projekte möglichst speditiv aufzugleisen.

Natürlich unterstützen wir die Forderung der UVEK nach Steigerung des Fahrgastkomforts. Welcher Grossrat und welche Grossrätin möchte an Haltestellen stehen und dort im Regen gelassen werden.

Christian Egeler (FDP): Was soll ich als Letzter zu einem Geschäft noch sagen, bei dem viele ähnlicher Meinung sind. Man müsste eigentlich dem Grünen Bündnis und vor allem der SVP mit ihrer Überraschungstaktik dankbar sein, dass wir nicht überall der gleichen Meinung sind. Ich lege mein vorbereitetes Votum weg, das meiste wurde schon gesagt.

Wie schwierig es ist, im Kanton Basel-Stadt die ÖV-Situation zu verbessern, wurde erwähnt. Die UVEK hat das auch schön aufgezeigt. Es gibt einige Punkte, zum Beispiel die Wartehallen und die Beschleunigung des ÖV. Eine Bemerkung zur SVP: Ich werde Sie daran erinnern, wenn es um die Kredite für die Beschleunigung geht. Ich bin sehr der Meinung, dass eine Beschleunigung des ÖV nicht zulasten des IV gehen muss, wenn man nicht die billigste Lösung wählt. Intelligente Verkehrssteuerung erreicht beides.

Die meisten Punkte, die im ÖV-Programm enthalten sind, lassen sich nur in Zusammenarbeit lösen, angefangen mit den Fahrplänen. Die Fahrpläne sind heute online auf fünf verschiedenen Websites erhältlich, aber nie auf einer gemeinsamen. Man muss fast ein Studium absolvieren, um herauszufinden, wo man welche Busverbindungen findet. Gerade deshalb ist es zu begrüssen, dass das ÖV-Programm für die Jahre 2006 bis 2009 zählt. Wir sind dann im Gleichschritt zumindest mit dem Kanton Basel-Landschaft. Der Antrag der Grünen ist deswegen abzulehnen. Es ist eine schlechte Idee, diesen Planungsrhythmus von unseren Nachbarn zu lösen, es bringt auch nicht viel. Man nimmt der BVB eine gewisse Planungssicherheit, die sie durch eine vierjährige Planung erhalten, wieder weg. Die Basler FDP findet das nicht gut.

Die von den Grünen vermissten Zahlen und Indikatoren sind tatsächlich nicht im ÖV-Programm enthalten, aber sie sind im jährlichen Globalbudget enthalten. Es sind vielleicht nicht alle Indikatoren und Zahlen drin, aber die meisten.

Ich teile die Meinung der SVP nicht in allen Punkten. Es gibt ein paar Ansätze, die ich durchaus teilen könnte. Der Kanton macht einen Leistungsauftrag, indem er vorschreibt, was er will. Die Grundlagen dazu muss er schaffen, zum Beispiel die Infrastruktur bereitstellen. Dies wird meistens so gemacht und in den Ländern, in denen es nicht so gemacht wurde, ist es schief gelaufen.

Ich bitte Sie, den Antrag der Grünen abzulehnen und das ÖV-Programm gutzuheissen.

Michael Wüthrich (Grünes Bündnis): Stephan Gassmann hat die Staus in der Agglomeration genannt. Patrick Hafner sagt, es sei nicht Aufgabe des ÖV-Programms auf den Individualverkehr einzugehen. Annemarie Pfeiffer nennt Zürich als gutes Beispiel für einen funktionierenden ÖV und dass die Stadt Basel in ihrer Vorreiterrolle, die sie mit dem Umweltschutzabo mal hatte, längst überholt wurde. Individualverkehr und ÖV hängen direkt miteinander zusammen. Dazu meine Kritik: Das Grüne Bündnis hat gesagt, dass das ÖV-Programm visionslos ist. Für mich ist die links/grüne Regierung, die wir haben, ein bisschen visionslos, was das Gesamtpaket Individualverkehr und ÖV betrifft. Irgendwie scheinen sie den Mut nicht zu haben, gewisse Ideen umzusetzen, Roadprincing oder ein Parkraumbewirtschaftungskonzept. Christian Egeler hat Ideen aus seinem Lager angekündigt, welche sicher in eine andere Richtung gehen werden. In beiden Fällen braucht es Mut dazu zu stehen und es umzusetzen. Wenn man den Mut hätte, beim Individualverkehr anzusetzen, dann habe ich als Grüner die Vision, dass von den 60'000 Pendlern, die täglich mit dem Individualverkehr kommen, durch die Massnahmen, die die links/grüne Regierung ergriffen hat, 30'000 auf den ÖV umsteigen, auf ein durch das ÖV-Programm noch attraktiveres Verkehrsmittel. Für die 30'000 haben wir leider keinen Platz. Warum haben wir diese Kapazitäten nicht? Weil im ÖV-Programm für die nächsten vier Jahre damit gar nicht gerechnet wird. Es ist nicht visionär und schreibt nur den Status quo fest. Das ist unsere grundsätzliche Kritik. Ich wünsche mir, dass man Nägel einschlägt, damit man in vier Jahren sagen kann, dass man im Bereich ÖV etwas erreicht hat und links/grüne Ziele umgesetzt hat.

Die Grünen werden, falls unser Antrag mit der Begrenzung auf zwei Jahre abgelehnt würde, sich der Stimme enthalten.

Helmut Hersberger: Ich möchte mich nicht mit Patrick Hafner über Betriebswirtschaft und Führungslehre streiten. Ich möchte aber auch nicht mit Michael Wüthrich über Statistiken streiten. Ich möchte aber meiner klaren Meinung Ausdruck geben, dass ich die Idee des Änderungsantrages des Grünen Bündnis nicht gut finde. Evelyne Rommerskirchen vermisst eine rot/grüne Vision. Ich glaube nicht, dass wir diese Vision brauchen. Ralph Lewin hat sehr deutlich den Daumen auf den Punkt gelegt, der entscheidend sein wird. Wir müssen den Weg finden, den öffentlichen Verkehr über die Grenze hinaus zu fördern. Dafür brauchen wir eine andere Diplomatie als die, die wir bisher an den Tag gelegt haben. Wir brauchen Partnerschaften. Wenn wir Partnerschaften brauchen, dann müssen wir so vorgehen, wie das von der SP gesagt wurde. Zur Förderung des öffentlichen Verkehrs müssen wir Kundschaft gewinnen. Wir müssen nicht Tramlinien bauen, sondern Kundschaften gewinnen. Wenn wir das so angehen, dann kommen wir weiter. Hier haben wir den Grundstein dazu gelegt. Ich möchte den Leuten danken, die in so kurzer Zeit das ÖV-Programm erstellt haben. Die Idee des Grünen Bündnis ist keine rot/grüne Idee, es ist eine Bieridee.

RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD): Ich habe den Eindruck, dass Sie mehrheitlich hinter diesem Programm stehen und möchte nicht alles wiederholen, aber auf einige Punkte kurz eingehen.

Bei der Frage der Tramlinienverlängerung wurde erwähnt, dass wir das Problem mit der Finanzierung lösen müssen. Wir haben die schwierige Situation, dass normalerweise das Territorialitätsprinzip gilt. Ich habe in meinem Eintretensvotum gesagt, dass ich es ausserordentlich anspruchsvoll finde, dieses Projekt in dieser Zeit zu lösen. Ich denke, wir müssen hier vielleicht eine gewisse Grosszügigkeit an den Tag legen. Wir werden alles unternehmen, damit wir unsere Nachbarn gewinnen können. Es braucht dort sehr viel Diplomatie und wir müssen Ihnen auch aufzeigen, dass es nicht nur um uns geht. Wir müssen Ihnen zeigen, dass wir damit die ganze Region stärken und es auch Ihnen nützt, und nicht nur uns. Diese Hürde haben wir im Moment noch nicht genommen. Wir sind auf einem guten Weg.

Peter Zinkernagel hat bedauert, dass der Zweier eingestellt wird. Dafür habe ich Verständnis, aber wir mussten eine Priorisierung vornehmen und die Mittel umlagern. Es betrifft auch die Gemeinde Riehen. Riehen war nicht bereit, einen Beitrag an die rote Linie sowie an den Zweier zu leisten. Wir haben uns entschieden, die Direktverbindung zum Bahnhof zu favorisieren, das andere ist immerhin mit einmal umsteigen lösbar. Wenn Riehen bereit ist, zusätzliche Mittel in die Hand zu nehmen, dann können wir dort eine Lösung finden.

Stephan Gassmann und andere Sprecher haben die Problematik des EuroAirports mit dem Bahnanschluss erwähnt. Das steht in der Tat schon lange in der Agenda. Sie müssen verstehen, dass dort, wo der Ort des Geschehens nicht auf unserem Kantonsgebiet liegt, es sehr schwierig ist. Ob wir vier oder fünf Leute im Ressort Verkehr haben, ändert daran auch nicht viel. Ich sage nicht, dass gewisse Dinge noch schneller vorangetrieben werden könnten, aber auch hier muss unglaubliche Überzeugungsarbeit geleistet werden. Wir haben letzte Woche einen grossen Schritt gemacht, indem St. Louis jetzt endlich seine Bereitschaft signalisiert hat, die entsprechenden Terrains raumplanerisch zu reservieren. Das ist das allererste und notwendigste, damit wir überhaupt einen Schritt weiterkommen. Ich bin zuversichtlich, dass wir das Problem lösen können, aber es ist extrem schwierig. Wir haben beim Bus die Ressourcen stark erhöht. Das war eine Forderung der UVEK und wir haben das auf den Fahrplanwechsel bereits realisiert. Wenn 100 Leute mit einem Bus wegfahren wollen, dann ist das sehr schwierig. Wir tun hier unser Bestes.

Verschiedentlich wurde von Ihnen und von der UVEK der Komfort, das Problem mit den Wartehallen, erwähnt. Ich danke für diese Vorschläge. Wir sind nicht gegen Wartehallen. Wir müssen den Planungsprozess beschleunigen und schauen, wie wir die Mittel sicherstellen können, da sicher keine Frontalopposition zu erwarten ist.

Wir haben zwei Parteien, die sich in der Tendenz gegen dieses Programm gewendet haben. Das Grüne Bündnis möchte das Programm nur für zwei Jahre gewinnen. Ich bin aus verschiedenen Gründen etwas überrascht über diesen Antrag. Einerseits ergibt die Bevölkerungsumfrage, dass grundsätzlich eine hohe Zufriedenheit mit dem öffentlichen Verkehr herrscht. Im öffentlichen Verkehr braucht es eine grosse Konstanz. Veränderungen im öffentlichen Verkehr benötigen Jahre, damit man sich daran gewöhnt. Ein eingespieltes System darf man nicht einfach in Frage stellen.

Zu den Bemerkungen von der Patrick Hafner und von Michael Wüthrich. Wir machen hier ein Programm und keine Ideensammlung. Es ist ein Unterschied, ob sie langfristige Ideen aufwerfen oder ob Sie skizzieren, was Sie in den nächsten vier Jahren umsetzen möchten. Ich glaube, auch wenn vieles schon bekannt ist, sollte das Vorstellen des ÖV-Programms nicht der Moment sein, wo Sie aus allen Wolken fallen, weil Sie das alles noch nie gehört haben. Wir planen rollend, wir haben das jährliche Globalbudget. Wir werden immer wieder, auch im Politikplan, neue Ideen aufbringen. Wir haben einige klare Punkte, die wir in den nächsten vier Jahren umsetzen möchten. Ich glaube, wenn uns alles gelingt, was hier steht, dann können wir sehr zufrieden sein.

Es war uns wichtig, dass wir das Programm mit dem Kanton Baselland abstimmen. Wenn wir diesen Rhythmus nicht einhalten, dann wäre das ein Nachteil. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die vier Jahre im Gesetz stehen. Wir können nicht einfach ein Programm für zwei Jahre bewilligen, wenn das Gesetz vorsieht, dass wir für vier Jahre so etwas tun.

Wir haben in den letzten Jahren zwei grössere Ideen lanciert, die das übersteigen, was man in ein oder zwei Jahren machen kann. Das eine, das war mein Lehrgeld, das ich bezahlen musste, war der Claragraben im Jahre 1998. Sie

finden dieses Projekt sachte wieder erwähnt. Es hat niemand darauf hingewiesen, darum mache ich es jetzt. Das wäre ein wichtiges Projekt gewesen, von welchem ich immer noch der Meinung bin, dass es besser geprüft und aufgegleist werden sollte, und das eine Verbesserung in unserem Netz bringt. Leider wurde dieses Projekt bekämpft und zwar grad von den Kräften, die heute Visionen verlangen. Ich hoffe, dass uns dasselbe nicht beim Innenstadttunnel passiert. Die Vernehmlassungen deuten auf etwas ähnliches hin. Wenn man lieber grosse Würfe hätte und wenn die grossen Würfe dann kommen, man doch lieber alles so belässt wie es ist, dann ist das sehr schwierig. Ich bin froh, wenn man sich grösseren Veränderungen auch positiv gegenüberstellt.

Bei der Geschichte mit den Indikatoren haben Sie Recht. Wir möchten das vorantreiben. Wir möchten den Modalsplit erhöhen. Es ist so, dass das viele Einzelmassnahmen braucht. Wir haben nicht die Politik, durch ein radikales Verbot des Individualverkehrs die Menschen in den ÖV zu zwingen. Wir möchten die Leute mit einem guten Angebot beim öffentlichen Verkehr überzeugen. Das heisst nicht, dass es nicht flankierende Massnahmen im Bereich Individualverkehr gibt. Die gehören nicht in dieses Dokument. Wir haben auch noch einen Verkehrsplan, wo diese Massnahmen erwähnt werden.

Patrick Hafner, Sie haben die Corporate Governance angesprochen. Sie haben verschiedene Aspekte meiner Ansicht nach völlig durcheinander gebracht. Ich habe gar nicht verstanden, wo Sie das Problem sehen. Das ist kein Programm für die BVB, das wir heute machen. Das sind die Ziele des Kantons und nicht die Ziele der BVB. Sie haben gesagt, dass der Modalsplit nicht von der BVB allein beeinflusst werden kann. Selbstverständlich ist der Modalsplit die höchste Zielebene, die wir hier verfolgen. Wir müssen aufzeigen, auch für die BVB, wie man das erreichen kann. Alle Verbesserungen, die wir hier erwähnen, tragen dazu bei, egal welches Unternehmen fährt, dass man den Modalsplit erhöhen kann. Ich möchte Sie bitten, uns diese vier Jahre zu geben, um die zahlreichen Projekte umzusetzen. Ich danke Ihnen, wenn Sie dem Antrag des Regierungsrates folgen.

Gabi Mächler, Präsidentin der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission: Ich bedanke mich für die gute Aufnahme unseres Berichtes und dass weitgehend alle Anliegen, die wir im Bericht aufgenommen haben, positiv bewertet wurden. Ich habe gehört, dass das Grüne Bündnis grundsätzlich hinter dem Programm steht. Ich verstehe dann nicht, warum man nicht zustimmen kann, wenn der Antrag nicht durchkommt. Ralph Lewin hat es gesagt. Es ist einerseits im Gesetz vorgeschrieben und andererseits macht die Parallelität mit dem Leistungsauftrag mit dem Kanton Baselland Sinn. Wenn Ihr mehr Visionen im ÖV-Programm wollt, dann macht Vorstösse und bringt eure Ideen so ein. Ich persönlich bin sehr dafür, dass man den Planungsanzug nicht nur auf den Politikplan, sondern auch auf das ÖV-Programm anwenden kann. Ich werde einen entsprechenden Vorstoss zusammen mit Leuten vom Grünen Bündnis einreichen, damit diese Ergänzung der Geschäftsordnung vorgenommen werden kann. Dann kann noch spezifischer auf das ÖV-Programm Einfluss genommen werden, was man ohnehin schon mit Anzügen und Motionen machen kann. Bitte äussert euch da, aber beschränkt nicht das ÖV-Programm auf zwei Jahre.

Zu Patrick Hafner möchte ich sagen, dass es eine Überraschung gewesen wäre, wenn die SVP einmal für etwas gewesen wäre. Ich bin mit Interesse den Ausführungen gefolgt, welche eigentlich nichts mit dem ÖV-Programm zu tun gehabt haben, sondern mit der BVB. Es geht hier nicht um den Leistungsauftrag mit der BVB, sondern um das übergeordnete ÖV-Programm. Es gibt auch andere Leistungserbringer als die BVB.

Den ÖV zu fördern, heisst nicht, den Individualverkehr zu verteufeln. Christina Egeler hat es richtig gesagt. Die Beschleunigung des ÖV kann so intelligent gemacht werden, sodass er nicht zulasten des IV geht. Im Übrigen werden mit einem attraktiven ÖV, der es schafft, Pendler, die heute mit dem Auto in die Stadt kommen, auf den ÖV zu bringen, die Strassen entlastet. Ihr alle, die Ihr gerne mit dem Auto fährt, steht dann weniger im Stau.

Zu Michael Wüthrich, der eine Gesamtstrategie von ÖV und IV vermisst, möchte ich sagen, dass das ÖV-Programm der falsche Anknüpfungspunkt dafür ist. Der Verkehrsplan gibt als behördenverbindlicher Richtplan über alle Verkehrsträger eine Planung der Regierung bekannt. Das ÖV-Programm ist wie ein Ausschnitt daraus, der die spezifische ÖV-Planung dokumentiert. Es ist richtig, dass man hier keine IV-Planung aufnimmt.

Noch drei Bemerkungen zu Themen, die Regierungsrat Ralph Lewin angesprochen hat. Falls die UVEK etwas dazu beitragen kann, dass das Thema mit den Wartehallen vorwärts geht, werden wir gerne Hilfe dazu leisten. Ich weiss nicht, ob es etwas bringen würde, wenn man von unserer Seite mit der Stadtbildkommission spricht. Wir wären bereit, politisch zu unterstützen, damit es auch in diesem Bereich vorwärts geht.

Beim EuroAirport habe ich zur Kenntnis genommen, dass mit dem Fahrplanwechsel der Takt verstärkt worden ist. Vielleicht müsste man für die Anbindung des Flughafens einen Shuttle schaffen, der nicht im Minutentakt fährt, sondern sich mehr an den Flugplan anlehnt und wie ein grosses Sammeltaxi fährt, wenn es viele Leute hat.

Wir haben schon gesehen, dass der Claragraben im ÖV-Programm steht. Wir haben das nicht gross thematisiert. Das heisst, dass man das prüfen kann und nicht, dass das eine carte blanche ist.

Ich bitte Sie, das ÖV-Programm zu genehmigen und den Antrag des Grünen Bündnis auf Begrenzung von zwei Jahren abzulehnen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr zu 13 Stimmen, den **Rückweisungsantrag abzulehnen**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 71 zu 24 Stimmen, den Antrag der Grünen Fraktion zur Verkürzung der Gültigkeitsdauer auf zwei Jahre (Zeitraum 2006 bis 2007) **abzulehnen.**

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr zu 11 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Das ÖV-Programm 2006 – 2009 wird als Planungsgrundlage für die Entwicklung des Angebots und der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Zeitraum 2006 bis 2009 **genehmigt**.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Verabschiedung Ombudsman Andreas Nabholz

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Ich begrüsse den noch amtierenden Ombudsman Andreas Nabholz. Der erste Ombudsman des Kantons Basel-Stadt, Andreas Nabholz, ist 1942 im Tessin geboren und in Basel aufgewachsen. Nach dem Studium der Rechte in Basel und Genf schloss er 1968 mit einem Anwaltsexamen ab. 1974 wurde er Amtsvorsteher des Zivilstandsamtes Basel-Stadt und 1988 zum ersten Ombudsman unseres Kantons gewählt. Die Geschichte des Basler Ombudsmans begann 1971. Damals wurde eine unformulierte Gesetzesinitiative: “zur Verbesserung des Schutzes der verfassungsmässigen Rechte der Bürger und zur Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle” eingereicht. Im gleichen Jahr verlangten Grossrat Hansjürg Weder und Konsorten in einem Anzug die Einführung einer aufsichtsführenden Instanz auf kantonaler Ebene. Zu diesen Vorstössen führte die Regierung wörtlich aus:

”Die Regierung glaubt nicht, dass die Einführung dieser an sich recht interessanten Stelle für Basel-Stadt eine unerlässliche Notwendigkeit darstellt. Die Anonymität unserer Verwaltung ist trotz deren Grösse glücklicherweise noch nicht so fortgeschritten, dass der recht- und hilfesuchende Bürger unbedingt auf die Vermittlung eines Ombudsmannes angewiesen wäre.”

Dennoch unterbreitete die Regierung dem Grossen Rat einige Jahre später zu einem Gesetz den Ombudsman betreffend. Im März 1983 beschloss der Grosse Rat der Stimmbürgerschaft die damals 12 Jahre alte Initiative mit Empfehlung auf Ablehnung zur Abstimmung vorzulegen. Am 29. Oktober 1984 wurde jedoch die Initiative mit rund 15’000 gegen 12’000 Stimmen gutgeheissen. Nach weiteren Vorarbeiten und der Annahme des Ombudsmangesetzes wählte der Grosse Rat am 7. Januar 1988 Andreas Nabholz als ersten Basler Ombudsman.

In den vergangenen 18 Jahren hat er das Amt geprägt und seinen Auftrag, dem Einzelnen bei der Wahrung seiner Rechte und Interessen gegenüber der Verwaltung zu helfen und bei Streitigkeiten zu vermitteln, sowie die Verwaltung zu bürgerfreundlichem Verhalten zu veranlassen, aber auch vor ungerechtfertigten Vorwürfen zu schützen, mustergültig erfüllt.

Was macht eigentlich ein Ombudsman. Ich habe das grosse Vergnügen, eine spezielle Umschreibung zitieren zu können. Ich habe zwar den Autor nicht gefragt, hoffe aber trotzdem, dass er mich nirgends verrät, auch nicht beim Ombudsman.

Sag mir, was isch en Ombudsmaa?

Isch s ain, wo aifach alles kaa?

He nai, im Geegedail, mi Liebe,

s isch ain, wo allewyl muess iebe!

Är waiss jo nie, was, wär, wie, wo,

ganz pletzlig uff ihn zue ka koo!

Drum loost är alle Lyt zerscht zue
Uusgiibig, mit Geduld und Rueh,
denn dänggt är, was ka-n-ych doo due,
und het im schlimmschte Fall scho gnue!
Worum muess denn en Ombudsmaa
Integer sy, was isch doo dra?
Zem Ombudsmaa kemme die maischte,
wo sich kai Aawalt kenne laischte
und au kai Schmiirgäld zahle kenne,
wo vo aim Amt zem andre renne!
Zem die Lyt ärnscht z näh, bruuchts Persone,
wo sich nit unbedingt wänn schone,
sich nit im Rampeliecht wänn sunne
und alle Mentsche ebbis gunne.
S bruucht Fachlyt ohni Ohresuuse
Integri halt, vo inne-n-uuse!
Im Übrige isch s ganz egal,
öb aine brait isch oder schmal,
öb ain uff d Jagd goht oder joggt,
öb aine d Zyrizyttig ploggt,
öb ain de-n- Oberrichter passt,
öb aine prahlt, dass är nit jasst,
öb aine vyl z vyl Kilo wiegt
öb ain z Namibia sägelfliegt,
öb ain z Rumänie ummen-irrt,
vo Strossburg glatt usbeutet wird,
öb aine alles anderscht gwichtet
fir d Gmaind uffs Ässe doo verzichtet,
dasch alles wurscht, nur ains isch wohr,
als Ombudsmaa bruuchsch vyl Humor!

Diese Aufklärung in Versform stammt von Andreas Nabholz selbst. Er wird sich vielleicht wundern, wie diese Reime auf meinem Pult landeten. Als seine vorgesetzte Behörde wissen wir fast alles. Der Grosse Rat dankt Andreas Nabholz für die dem Kanton und seiner Bevölkerung geleisteten Dienste. Wir wünschen ihm von Herzen alles Gute und entlassen ihn in den wohlverdienten Unruhestand.

[lang anhaltender Applaus]

Sitzungsunterbruch: 12:05 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung: 14. Dezember 2005, 15:00 Uhr

Mitteilung

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: gratuliert Fabienne Vulliamoz zur Geburt von Anil Vulliamoz am 7. Dezember 2005. *[Applaus]*

5. Bericht der Finanzkommission des Grossen Rates zum Budget des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2006.

[14.12.05 15:05:14, FKom, 05.8264.02]

Die Finanzkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und den Voranschlag der Erträge und Aufwendungen des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 2006 zu genehmigen.

Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission: ich darf Ihnen heute den Bericht der Finanzkommission zum Budget 2006 vorstellen. Ich halte mich dabei an den Ihnen zugestellten Bericht, mache Sie aber bereits jetzt darauf aufmerksam, dass sich das Budget 2006 in Folge der eben veröffentlichten Novemberteuerung von 1,2% erfreulicherweise um CHF 1,6 Millionen verbessern wird. Den entsprechenden Budgetnachtrag der Regierung werde ich Ihnen am Ende meines Votums vorstellen. Erlauben Sie mir, Ihnen die wichtigsten Eckdaten dieses Budgets noch einmal in Erinnerung zu rufen.

Das seit der Verabschiedung durch den Regierungsrat bereits um einige Nachträge bereinigte Budget weist ein Defizit von CHF 49,9 Millionen aus, dies bei einem geplanten Ertrag von CHF 3,709 Milliarden und einem geplanten Aufwand von CHF 3,759 Milliarden. Gegenüber dem Vorjahresbudget bedeutet dies eine Verbesserung von CHF 77,8 Millionen. Setzt man die Höhe des budgetierten Defizits ins Verhältnis zum budgetierten Aufwand, kann man bei einer Abweichung von 1,3% fast von einem ausgeglichenen Budget sprechen. Wir anerkennen die Anstrengungen des Regierungsrats die Finanzen im Griff zu behalten, sehen aber mit Blick in die Zukunft noch keinen Silberstreif am Horizont. Im Gegenteil stellen wir mit Besorgnis fest, dass der Saldo der laufenden Rechnung trotz der Einsparungen aus den A+L Massnahmen in Höhe von rund CHF 48 Millionen und trotz höheren Steuer- und Vermögenserträgen nach wie vor ein negatives Vorzeichen aufweist. Der Saldo der Investitionsrechnung beträgt CHF 256,7 Millionen, dies bei Ausgaben von CHF 332,2 Millionen und Einnahmen von CHF 70,5 Millionen. Die Selbstfinanzierung beträgt CHF 208,4 Millionen, was einem Selbstfinanzierungsgrad von 81,2% entspricht. Das Budget weist einen negativen Finanzierungssaldo von CHF 48,3 Millionen aus. Die Nettoschulden des Kantons werden sich um diesen Betrag erhöhen.

Wir erachten dieses Budget als vertretbar, ohne damit restlos glücklich zu sein. Ein Blick in die Finanzplanung des Regierungsrates zeigt uns bis ins Jahr 2009 eine Lücke zwischen Ausgaben- und Einnahmenentwicklung von gegen CHF 100 Millionen. Dass der Regierungsrat das Wachstum der Staatsausgaben weiterhin an der Teuerung orientiert, erachten wir als sinnvoll. Wir anerkennen, dass sich der Regierungsrat diese Restriktion auferlegt, weisen darauf hin, dass gemäss der soeben vom Volk verabschiedeten Kantonsverfassung, der Finanzhaushalt ohnehin mittelfristig im Gleichgewicht zu halten ist.

Lassen Sie uns einige Positionen im Detail anschauen. Auf der Ertragsseite sind die Steuereinnahmen mit rund CHF 2 Milliarden oder 56,4% der wichtigste Posten. Die prognostizierten Steuereinnahmen liegen insgesamt um CHF 44,6 Millionen über dem Vorjahr, was vor allem auf eine erfreuliche Entwicklung der Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen und damit auf die gute Wirtschaftslage zurückzuführen ist. Weniger rosig sieht es bei den Einkommenssteuern der natürlichen Personen aus. Sie liegen um CHF 51,4 Millionen unter dem Vorjahresbudget.

Grösster Aufwandposten unseres Kantons ist das Personal. Obwohl der Headcount gesamtstaatlich um 133 Stellen sinkt, steigt der Personalaufwand weiter an, bedingt durch den zu gewährenden Teuerungsausgleich, Reallohnveränderungen und Mehrkosten für temporäres Personal. Gerade beim temporären Personal, bei welchem wir einen Kostenzuwachs von 30% festgestellt haben, sehen wir die Gefahr einer Erhöhung des Headcounts durch die Hintertür und fordern deshalb die Regierung auf, ein Augenmerk auf die weitere Entwicklung dieser Position zu richten. Bei unseren Abklärungen haben wir festgestellt, dass sich die Durchschnittslöhne zwischen 1999 und 2004 in den Departementen sehr unterschiedlich entwickelt haben. Wir sind der Meinung, dass es über den Headcount hinaus einen Stellenplan braucht, der solche Veränderungen nachvollziehbar macht. Wir werden uns hier für mehr Transparenz einsetzen. Einmal mehr sei an dieser Stelle erwähnt, dass die Sanierung der Pensionskasse Basel-Stadt mehr als dringend ist. Die Arbeitgeberbeiträge wurden erneut mit stolzen 25% budgetiert.

Ich komme zur Sozialhilfe. Innerhalb der Position eigene Beiträge erhöhen sich die Sozialkosten Netto, Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen etc., gegenüber dem Vorjahr um CHF 46 Millionen oder 8,8%. Das grösste Wachstum verzeichnet einmal mehr die Sozialhilfe, deren Kosten um CHF 33,3 Millionen oder 30,5% steigen. Hier haben wir erwartet, dass der Regierungsrat nach seiner kürzlich durchgeführten Klausur aufzeigt, welchen Handlungsspielraum der Kanton bei der Sozialhilfe konkret hat. Um es klar zu sagen, die gestern veröffentlichte Medienmitteilung befriedigt uns nicht. Nachdem wir schon im Rahmen der Berichterstattung zur Staatsrechnung 2004 auf die besorgniserregende Entwicklung hingewiesen haben, die sich nun im Budget 2006

erneut bestätigt, verlangen wir, dass das der Regierungsrat mit höchster Priorität angeht. Wir brauchen eine klare Analyse und griffige Massnahmen. Es reicht nicht, aus Krisenfonds irgendwelche Pilotprojekte mit einem Zeithorizont von drei Jahren zu finanzieren.

Ich komme zum Globalbudget Öffentlicher Verkehr. Sie haben heute Morgen dem ÖV-Programm 2006 bis 2009 zugestimmt. Der Regierungsrat beantragte uns, das Globalbudget 2006 für den Bereich Öffentlicher Verkehr als Budgetnachtrag in unseren Bericht zum Budget zu übernehmen und Ihnen heute vorzulegen. In Absprache mit der UVEK haben wir diesem Vorgehen zugestimmt und liessen uns durch den Vorsteher des WSD über die entsprechenden Budgetnachträge detailliert informieren. Die UVEK hat einen Mitbericht verfasst. Sie finden ihn als Anhang 3 in unserem Bericht. Die Präsidentin der UVEK, Gabi Mächler, und ich haben Ihnen mit dem Schreiben vom 29. November 2005 das heute zu verabschiedende Globalbudget 2006 zugestellt. Mit der Umschreibung der im Ratschlag zum Budget 2006 enthaltenen Zahlen in die neue Form des Globalbudgets erhöht sich infolge einzelner Anpassungen der Saldo der laufenden Rechnung um CHF 950'000.-, währenddem sich der Saldo der Investitionsrechnung um CHF 5 Millionen reduziert. Die Herleitung dieser Zahlen finden Sie in unserem Bericht, sowohl grafisch als auch in Zahlen dargestellt. Das Globalbudget Öffentlicher Verkehr umfasst die drei Produktegruppen Tram und Bus, Regio-S-Bahn sowie Tarife und Verbunde. Der Saldo der laufenden Rechnung inklusive Abschreibung dieses Budgets beträgt rund CHF 69 Millionen, der Saldo der Investitionsrechnung CHF 30 Millionen. Es ist, wie Gabi Mächler bereits heute Morgen erwähnt hat, vorgesehen, dass das Globalbudget Öffentlicher Verkehr künftig analog zu den Budgets der Museen der zuständigen Sachkommission, in diesem Fall der UVEK, zur Vorberatung zugewiesen wird. Speziell möchte ich Sie auf unsere Bemerkungen hinweisen im Zusammenhang mit der Pensionskassenlösung für die Angestellten der BVB. Hier darf nach unserer Meinung bei der Überführung der Freizügigkeitsleistungen bezüglich der Ausfinanzierung der Deckungslücke in Höhe von CHF 15 Millionen kein Präjudiz für eine allfällige Sanierung der Pensionskasse Basel-Stadt geschaffen werden.

Ich komme zum letzten Thema, dem bereits angekündigten Budgetnachtrag des Regierungsrates in Zusammenhang mit dem Teuerungsausgleich für die Mitarbeitenden des Kantons. Die Teuerung per November 2005, massgebend für das Budget 2006, wurde mit 1,3% angenommen. Wie Sie wissen besteht aufgrund der A+L Massnahmen ein Teuerungsverzicht von insgesamt 2% im Zeitraum 2005 bis 2007. Da im Jahre 2005 bereits eine Teuerung von 1,6% nicht ausgeglichen wurde, verbleiben für das Jahr 2006 0,5%, die nicht auszugleichen sind. Im Budget 2006 wurde deshalb eine Teuerungsausgleich von 0,9% geplant, das sind die eben angenommen 1,3% minus 0,4% restlicher Teuerungsverzicht. Diese 0,9% entsprechen CHF 15,1 Millionen. Die effektive Teuerung per November 2005 liegt gemäss statistischem Amt bei 1,2%, das heisst 0,1% tiefer als ursprünglich angenommen. Das heisst, dass die zu gewährende Teuerung demzufolge nicht 0,9%, also CHF 15,1 Millionen, sondern 0,8%, also CHF 13,5 Millionen, beträgt. Das Budget 2006 wird somit um CHF 1,6 Millionen entlastet und das Defizit beträgt neu CHF 48'317'102. Ich werde bei der Detailberatung nochmals auf diesen Budgetnachtrag hinweisen. Die entsprechenden Unterlagen finden Sie auf dem Tisch des Hauses.

Die Finanzkommission hat ihren Bericht am 17. November 2005 einstimmig bei einer Enthaltung verabschiedet. Ich danke an dieser Stelle meinen Kolleginnen und Kollegen von der Finanzkommission für ihre grosse Arbeit. Ich danke auch den Mitgliedern des Regierungsrates und den zuständigen Personen in den einzelnen Departementen für die gute Zusammenarbeit.

Nochmals die Änderungen: durch die verminderte Teuerung von 0.1 Prozent ergibt sich eine Verbesserung des Budgets um CHF 1'600'000. Dadurch verbessert sich der **Aufwandsüberschuss** von CHF 49'917'102 auf CHF 48'317'102.

Ich beantrage Ihnen, das Budget 2006 unter Berücksichtigung der Ihnen von uns bekannt gegebenen Änderungsanträgen zu genehmigen. Ich beantrage Ihnen, die gebundenen Ausgaben auf der Investitionsübersichtsliste für das Jahr 2006 zu genehmigen und ich beantrage Ihnen, das Globalbudget ÖV 2006 mit seinen Leistungs- und Wirkungszielen zu genehmigen.

RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD): Der Präsident der Finanzkommission hat Ihnen bereits die wichtigsten Eckdaten des Budget 2006 genannt und Ihnen die Korrekturen angegeben, die die Finanzkommission gegenüber dem Budget des Regierungsrates bereits vorgenommen hat, so wie auch die letzte Korrektur betreffend der Teuerung. Die laufende Rechnung wird mit einem Defizit von knapp CHF 50 Millionen abschliessen. Das ist deutlich besser als das Budget 2005, das ein Defizit von rund CHF 127 Millionen ausgewiesen hatte. Der Finanzierungssaldo ist negativ, das wurde bereits gesagt, aber auch deutlich weniger als beim letztjährigen Budget, minus CHF 48 Millionen, und ein Selbstfinanzierungsgrad von etwa 81%. Damit erfüllt das Budget 2006 die Bedingungen der Schuldenbremse, die Sie letzten Mittwoch hier eingeführt haben. Die Schulden erhöhen sich um CHF 48 Millionen, aber die Schuldenquote, das Verhältnis zwischen Nettoschuld und Wirtschaftskraft, dargestellt durch das BIP der Schweiz, bleibt stabil und unter dem maximal zulässigen Wert der Schuldenquote. Die Verbesserung gegenüber dem Budget 2005 ist kein Grund zur Euphorie. Es sind vor allem drei Gründe, die dazu geführt haben. Es ist die bessere konjunkturelle Lage, die allgemein bessere wirtschaftliche Situation und die sehr gute wirtschaftliche Situation der Grossunternehmen in Basel, was zu hohen Steuereinnahmen der juristischen Personen führen wird. Dann sind es die tiefen Schuldzinsen und die A+L Massnahmen die mit circa CHF 46 Millionen im Budget 2006 zu Buche schlagen. Damit kann der erneute Anstieg der Sozialkosten kompensiert werden. Kein Grund zur Euphorie. Das sind drei Punkte, die sich schnell ändern können. Wenn die Zinsen steigen, werden das Veränderungen in Millionenhöhe sein, A+L Massnahmen werden ab dem Jahr 2007 lediglich noch in der Höhe von CHF 10 Millionen anfallen und die Abhängigkeit von den

Steuereinnahmen der juristischen Personen ist in unserem Kanton höher als in anderen Kantonen. Diese Steuereinnahmen sind viel schwankender als die der natürlichen Personen. Dies alles zusammen mahnt zur Vorsicht, deshalb die Budgetvorgabe 2006, Wachstum mit der Teuerung, um Handlungsspielraum zu bewahren.

Die Schulden haben in den letzten Jahren abgenommen. Das war ein schmerzhafter Prozess. Es waren zwei Abbaupakete, die Einsparungen in der Grössenordnung von CHF 200 Millionen gebracht haben. Dadurch konnte das strukturelle Defizit um CHF 200 Millionen abgebaut werden und die Schulden haben abgenommen. Sie haben letzten Mittwoch eine Schuldenbremse eingeführt, die vernünftige Ziele setzt. Diese Schuldenbremse ist kein nominaler Schuldenabbau, sondern eine Stabilisierung der Schuldenquote auf dem jetzigen Stand. Wie zum Beispiel die Handelskammer in der kürzliche veröffentlichten Studie ausführt, würde Basel-Stadt mit der jetzigen Schuldenquote die Maastrichter Kriterien, die ein guter Massstab für nachhaltige Finanzpolitik sind, erfüllen. Um einer nachhaltigen Finanzpolitik zu genügen, sollte auch in den nächsten Jahren dieselbe restriktive Ausgabenpolitik verfolgt werden, in der grundsätzlich ein Wachstum mit der Teuerung als Budgetvorgabe und eine Kompensation von Budgetüberschreitungen als Grundregel gilt. Nur so sind weitere schmerzhafte Sparpakete zu vermeiden und nur so kann ein Handlungsspielraum für punktuelle Verbesserungen, die zu einer nachhaltigen Verbesserung unserer Situation führen, entstehen.

Neben der Ausgabenseite besteht ein grosser Druck auf der Einnahmenseite. Vor kurzem wurde eine Initiative der SVP eingereicht, die 10% Steuerreduktion fordert, das wäre ein Einnahmenausfall von rund CHF 100 Millionen. Die CVP ist daran, eine Initiative zu sammeln, wo Krankenkassenprämien abgezogen werden sollen, das ergibt zwischen CHF 80 und CHF 100 Millionen Einnahmenverlust. Auf Bundesebene wird die Unternehmenssteuerreform diskutiert, Familiensteuerreform, alles durchaus gute Massnahmen, welche aber zu grossen Einnahmenverlusten führen könnten. Der Steuerwettbewerb unter den Kantonen mit dem neusten Beispiel des Kantons Obwalden. Eine Steuerreform wie im Kanton Obwalden können wir uns nicht leisten. Im Gegensatz zum Kanton Obwalden verfügen wir über etliche Personen mit Einkommen in den höheren Einkommensklassen, die Obwalden bisher nicht hat. Bei uns wären das hohe Einnahmenverluste. Allen Unkenrufe zum Trotz und auch wenn einige abwandern, ist die Lage in Basel stabil und diese Leute verlassen unseren Kanton nicht. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen sind hohen Schwankungen unterworfen.

Angesichts der leicht besseren konjunkturellen Lage, wäre es fatal, die Ausgaben überall ein bisschen zu erhöhen und rückgängig zu machen, was in den letzten Jahren hart erkämpft wurde. Allenfalls sollen Schwerpunkte gesetzt werden, wir haben das beim Politikplan schon gesagt, wenn es Verbesserungen sind, die wirklich nachhaltig sind. Es muss deutlich gesagt werden, dass wir eine Handlungsspielraum brauchen. Es darf nie das Ziel sein, sich an die maximale Schuldenquote anzunähern, sonst droht eine Korrekturphase und dann drohen neue Sparpakete.

Ich wünsche mir nicht zu viele Budgetpostulate und beantrage Ihnen, dem Budget 2006 zuzustimmen.

Urs Müller (Grünes Bündnis): „Zurzeit scheint die Politik in der Forderung beziehungsweise in der Befolgung des Grundsatzes zu gipfeln: Wir müssen sparen. Vielleicht müssen auch noch ein paar neue Parkhäuser in der Innenstadt gebaut werden, aber das ist dann auch schon das Höchste. Hauptsache: Sparen, auch wenn dabei am Ende der Staat weg ist und die Rest-Öffentlichkeit aus RailCity und Fussballstadion besteht. Für das Theater Basel fehlt eine Million, für die Euro 2008 sitzt das Geld lockerer, und es wird in Zukunft noch viel lockerer sitzen müssen. Aber das macht nichts aus, weil Fussball gut ist für das Image Basels als “Host City“.

Diese Sätze stammen nicht von mir. Sie können sie in Basel erstem News Portal bei onlinereports nachlesen. Die Sätze stammen vom ehemaligen Baz Journalisten Aurel Schmidt.

Unsere Fraktion wird sich bei der Schlussabstimmung mehrheitlich der Stimme enthalten, eine grosse Minderheit wird dagegen stimmen. warum:

Das vorliegende Budget ist leider aus unserer Sicht, die reine Fortschreibung der Spar- und Abbaupolitik der alten Regierung. Wir haben Verständnis, dass noch nicht grosse Veränderungen zur alten Politik vorgenommen wurden, hätten uns aber doch einige wesentliche Korrekturen gewünscht. Der Grundsatzentscheid, die Sparpakete so und ohne Rücksicht auf unsere Wählerinnen und Wähler durchzuziehen, war nicht klug. Die Diskussionen um Jugendtreffpunkte im Frühjahr und jetzt beim Orchester und Theater zeigen die grosse Problematik der Gap-Beschlüsse, welche in Basel A und L genannt werden, auf. Die generellen Aufgabenüberprüfungen haben in Baselstadt direkt und indirekt gegen tausend Stellen betroffen. Sie brachten vordergründig 200 Millionen Einsparungen. Nie gerechnet wurden jedoch die Steuerverluste, welche durch diese Abbaumassnahmen erfolgten. Schon ganz aussen vor blieben die Einschätzungen, welche Erhöhung der Kosten bei der Sozialhilfe, der Abbau von tausend Stellen brachten. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen muss bei grösseren Stellenabbauprogrammen mit 10% Menschen gerechnet werden, die später Sozialhilfe beziehen. 100 Menschen zusammen mit ihren Partnern, Kindern etc mehr bei der Sozialhilfe bedeutet einen Anstieg der Kosten bei der Sozialhilfe von gegen 5%.

Die aktuelle Situation der Basler Wirtschaftsentwicklung verläuft insgesamt erfreulich wie dies auf Seite 5 des Budgetberichts aufgezeigt wird. Trotz dem Gespenst von Rot/Grün ist der Wirtschaftsaufschwung der Region deutlich über dem schweizerischen Schnitt, dies wirkt sich aber leider nur minimal auf den Arbeitsmarkt aus. Kurzfristiges Sharholder-Denken ist immer noch wichtiger als nachhaltige Entwicklung. Die Arbeitsmarktentwicklung, ganz besonders auch für junge Menschen bleibt leider hinter der Wirtschaftsentwicklung zurück. Aus dieser Sicht müssten wir eigentlich sofort alle Personalabbaumassnahmen stoppen, weil diese volkswirtschaftlich völlig in die falsche Richtung gehen. Hier kann ich auch als vpod-Präsident sprechen. Wenn unser Personal in nächster Zeit darauf pocht am wirtschaftlichen Wachstum teilzuhaben, sei es durch eine bessere Umverteilung der Arbeit oder

ganz direkt für mehr Lohn ist dies auch eine Massnahme den lokalen Wirtschaftsraum zu stärken. Wir wissen ja, dass das Geld an unsere Krankenschwestern, Trämler etc. die direkteste Wirtschaftsförderung ist, auf alle Fälle wesentlich direkter als die Aktiengewinne.

Auch wir haben uns bereits vor 2 Jahren mit Sparvorschlägen gemeldet. Diese betrafen den Informatikbereich. Leider stellen wir fest, dass die Antworten auf unserer Vorstösse, welche das Sparpotenzial in diesem Bereich mit CHF 25 Millionen bezeichnen, noch immer fehlen. Gleichzeitig stellen wir fest, dass alleine im SID mehrere Informatikerneurungen unkoordiniert und zum Teil mit erheblichen Kostenüberschreitungen munter weiter geplant und ausgeführt werden. Warum nur stossen unsere Gap-Vorschläge auf soviel Widerstand?

Die Debatte um die Schuldenbremse hat aufgezeigt, dass unsere Finanzen besser sind, als sie von bürgerlicher Seite immer wieder schlecht geredet werden. Jürg Stöcklin hat Ihnen vor einer Woche ausführlich unsere Position dargelegt.

Das Grüne Bündnis weiss, dass wir mit unseren Finanzen sorgsam umgehen müssen. Wir sind an schwarzen Zahlen, auch wenn uns sonst Rot und Grün viel näher ist, interessiert. Unsere eingereichten Budgetpostulate sind zusammen sehr moderat, besonders wenn man diese in Bezug zu den in diesen Tagen eingereichten Steuerinitiativen von SVP und CVP stellt. Unsere Anliegen sind mit 10 -15 Millionen Franken zehnmal kleiner als die Folgen der Initiativen von SVP und CVP. Während die Initiative der SVP in sich logisch ist, ihrem Wunsch nach einem kulturlosen, sozial kalten und bildungsschwachen Staat kann sie sinnvollerweise nur mit einer Steuerabbau-Initiative nachhelfen. Sie deckt sich auch mit der Politik, welche die SVP in diesem Hause zum Besten gibt. Hingegen, meine Damen und Herren der CVP, was Sie mit Ihrer Krankenkassenprämienabzugsinitiative wollen, sind Steuergeschenke an Reiche. In Basel haben wir, im Gegensatz zu Alimentbevorschussung und Sozialhilfe, ein gut funktionierendes bedarfsgerechtes Krankenkassenprämienverbilligungssystem. Hier werden Familien mit Einkommen bis zu CHF 80'000 direkt unterstützt. Ihre Initiative würde dieses sozialgerechte System in Frage stellen und vor allem den hohen Einkommen erhebliche Steuergeschenken bringen. Bei einem steuerbaren Einkommen von CHF 40'000, würde der Steuerrabatt kleiner sein, als diese Menschen heute durch die Prämienverbilligung erhalten. Dass dafür Leute mit über CHF 100'000 Einkommen bereits über CHF 1000 Rabatt erhalten, kann ja wohl nicht Ihr Ernst sein. Dies ist ein Giesskannenprinzip in Reinkultur, mit dem kleinen Unterschied, dass wir für die Reichen gleich einen Feuerwehrschlauch benötigen um sie zu beglücken. Diese Steuersenkungsvorlage wurde im Jahr 2004 vom Souverän auf Bundesebene zum Glück versenkt, dies müssen wir auch in Basel tun. Liebe CVP, Ihre Doppelmoral ist zynisch, auf der einen Seite mit uns für bildungs- und sozialpolitische Anliegen kämpfen und auf den anderen Seite Steuern abbauen bis zum geht nicht mehr.

Da kann ich Ihnen nur nochmals mit einem Zitat von Aurel Schmidt aus onlinereports antworten:

„Der Staat kann nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Sagt man. Politische Kalenderspruchweisheit. Die Frage ist nur, warum er nicht mehr einnimmt. Weil er zu viele Steuergeschenke macht. Und warum kann er nicht mehr ausgeben? Aus dem gleichen Grund. Unterdessen werden die 150 grössten börsenkotierten Schweizer Unternehmen 2005 einen Gewinn von 63 Milliarden Franken machen. Privater Reichtum, verarmender Staat".

Edith Buxtorf (LDP): Der Bericht der Finanzkommission gibt aus der Sicht der Liberalen in vielen Bereichen sehr zu denken. Zum Beispiel ein unausgeglichenes Budget, ein budgetiertes Defizit von CHF 48 Millionen, kann und darf nicht unwidersprochen in diesem Raum stehen. Die vor kurzem eingeleiteten Sparmassnahmen hätten das Budget ausgeglichener oder gar verbessert ausfallen lassen müssen. Die Nettoverschuldung des Kantons wird weiter steigen, eine wirksame Schuldenbremse ist dringend notwendig. Eine Begrenzung der Ausgaben unterhalb der Verschuldungsgrenze wäre aus unserer Sicht eine wesentliche Massnahme zum Schuldenabbau. Bei den Einnahmen gibt die Verschiebung des Verhältnisses aus den Einkünften der juristischen Personen und der natürlichen Personen zugunsten der juristischen Personen sehr zu Besorgnis Anlass und zeigt, wo wir ansetzen müssen. Der hier in anderen Zusammenhängen besprochen Exodus von gut verdienenden natürlichen Personen in andere Kantone wird schmerzlich sichtbar. Die Verbesserung der Attraktivität des Wohnortes Basel kann und darf uns nicht gleichgültig sein. Es darf nicht sein, dass Bewohnerinnen und Bewohner unseres Kantons aus steuerlichen Gründen umziehen und erst wieder nach der Pensionierung in unsere Stadt zurückkehren. Die juristischen Personen lassen Einkünfte aus Gewinn- und Kapitalsteuern erfreulich wachsen. Wir möchten, dass der Kanton diese Leistung anerkennt und durch eine attraktive Standortpolitik unterstützt. Ein Eliminieren des budgetierten Defizits und eine klare Willensbekundung zu Prioritäten im Sinne der Wirtschaft sind Voraussetzung. Nur ein Kanton mit gesunden finanziellen Verhältnissen bedeutet letztlich ein guter Standort für Grossinvestitionen und garantiert Stabilität.

Bei den Ausgaben braucht die Sozialhilfe mit einem budgetierten Zuwachs von CHF 33 Millionen unsere grösste Aufmerksamkeit. Wie ich aus meiner Zeit als Bürgerrätin weiss, besteht akuter Handlungsbedarf. Ich weiss, dass die Bemühungen ernsthaft und gross sind. Auf ein vom Departement in Aussicht gestelltes Konzept zur Verbesserung der finanziellen Lage warten wir noch. Die Regierung hat gestern zwei Pilotprojekte vorgestellt, die Arbeitslose mit einem reduzierten Lohn wieder in den Arbeitsprozess integrieren sollen. Das ist eine Massnahme, aber noch kein Konzept.

Bei den Personalkosten unterstützen wir die Fragestellung der Finanzkommission zum Temporärpersonal, dem Stellenplan und zur divergierenden Entwicklung der Durchschnittslöhne. Wir erwarten eine tiefergreifende Analyse bei der Rechnung 2005.

Im gleichen Sinne erwarten wir Berichte zu folgenden Ungereimtheiten: Das Verschieben von Sachmitteln zu Personalkosten erachten wir als fragwürdig. Die Transparenz bei den Personalkosten wird auf diese Weise

beeinträchtigt. Die Sanierung der Pensionskasse hat grösste Priorität.

Die Fraktion der Liberalen folgt dem Antrag der Finanzkommission mit den aufgeführten Änderungen, das von der Regierung verabschiedete Budget 2006 zu genehmigen.

Annemarie von Bidder (VEW): Die Eckdaten sind bekannt, Sie haben Sie von Regierungsrätin Eva Herzog gehört. Die VEW beurteilt das Budget insgesamt als befriedigend. Die verschiedenen Massnahmen in Zusammenhang mit dem A+L Paket greifen auf der Kostenseite und darüber sind wir froh. Wir anerkennen die grosse Arbeit und die Standhaftigkeit der Regierung. Auf der Kostenseite sticht der erneute drastische Anstieg im Sozialbereich heraus, der alle Sparbemühungen in Zukunft zunichte machen wird, wenn wir nicht jetzt handeln. Wir begrüssen, dass der Regierungsrat das Problem endlich grundsätzlich und gemeinsam angeht. Er will die Systeme verbessern und aufeinander abstimmen. Wir konnten es gestern in der Medienmitteilung lesen. Es braucht ein Gesamtsystem, das transparent und einheitlich ist und Anreize fördert, damit soweit wie möglich von den Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger Eigenleistungen erbracht werden. Wir hoffen sehr, dass ohne ideologische Scheuklappen auch neue und vielleicht auf den ersten Blick provokative Ansätze unvoreingenommen geprüft werden. Hier vermissen wir bei den bis heute bekannten Massnahmen solche Akzente. Auch der Präsident der Finanzkommission hat dies gesagt.

Mit rund 45% macht der Personalaufwand den grössten Ausgabenposten aus. Dass ausgerechnet in diesem Bereich mit unzureichenden Kriterien gearbeitet und gesteuert wird, ist eigentlich unerklärlich. Selbstverständlich braucht es ein Stellenbudget für die Kostenstellenverantwortlichen. Gleichzeitig müssen die individuellen Löhne berücksichtigt werden. Auch Aushilfen, die nicht im Headcount berücksichtigt werden, sind Personalkosten.

Auf der Einnahmenseite freuen uns die Höchsteinnahmen der Unternehmenssteuer. Leider sind diese nicht stabil, weil konjunkturabhängig und können auch deutlich geringer ausfallen. Gerade in diesem Hinblick braucht es eine restriktive Budgetsituation. Dagegen stagnieren die Einnahmen aus den Steuern der natürlichen Personen. Die anhaltende Abnahme der Wohnbevölkerung kann durch das Einkommens- und Vermögenswachstum nicht mehr kompensiert werden. Auch sind die Steuersenkungen wirksam. Wir begrüssen alle Massnahmen, die helfen, die Wohnbevölkerung zu stabilisieren und zu erhöhen. Sorgen machen uns die mittelfristigen Finanzaussichten. Der Regierungsrat prognostiziert in der laufenden Rechnung eine Lücke von rund CHF 100 Millionen. Auch wenn wir derzeit noch unter den ominösen 7,5 Promille liegen, so sollte über einen längeren Zeitraum die Rechnung ausgeglichen sein. Aus diesem Grund findet es die VEW angezeigt, nochmals eine A+L Übung anzuhängen, auch wenn das nicht populär ist. Sollte mit dem Wirtschaftswachstum auch die Teuerung anziehen, so ist dies besonders nötig. Es darf kein Tabu sein.

Die Pensionskasse muss endlich saniert werden. Die offenen Fragen, nämlich die Ausfinanzierung der Deckungslücke und die Unsteuerbarkeit der Kosten müssen gelöst werden. In der Staatsrechnung ist die Deckungslücke mit rund CHF 2,4 Milliarden angegeben. Wer ein bisschen die aktuelle Diskussion in der Pensionskassenwelt mithört, muss davon ausgehen, dass diese Verpflichtung zu tief berechnet ist. Die Berechnungsgrundlagen haben sich in den letzten Jahren ständig verändert, die zunehmende Lebensdauer, auch der Staatsangestellten, und die abnehmenden Renditen der Finanzanlagen. Wir bitten den Regierungsrat die Grundlagen für die Eventualverpflichtung zu überprüfen. Wir nehmen das Versprechen des Regierungsrates sehr ernst, dass er im Laufe des ersten Halbjahres 2006 mit konkreten Vorschlägen für die Sanierung der Pensionskasse kommen will.

Die Darstellung im Budget ist unbefriedigend und letztendlich für die Steuerung der Finanzen nicht ausreichend. Wir fordern die Finanzkommission auf, zusammen mit dem Regierungsrat nach Lösungen zu suchen, damit dieser Missstand behoben werden kann.

Bei der Verwendung des Golderlöses erwarten wir, dass diese direkt zur Schuldentilgung verwendet werden, Rückstellungen für irgendeinen Verwendungszweck akzeptieren wir nicht. Es sollen alle Steuerzahler in diesem Kanton vom Golderlöss profitieren.

Im Namen der VEW darf ich Ihnen schliesslich mitteilen, dass wir allen Anträgen der Finanzkommission zustimmen werden.

Daniel Stolz (FDP): Gerne nehme ich im Namen der FDP-Fraktion zum Budget des Kantons Basel-Stadt 2006 Stellung. Die FDP-Fraktion nimmt das erste Budget des Regierungsrates unter rot/grüner Führung zuerst einmal mit einer gewissen Erleichterung zur Kenntnis. Mit einer gewissen Erleichterung, weil offenbar der neue Regierungsrat seine finanzielle Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen wahrnehmen will. Ich habe an dieser Stelle schon öfters rot/grün kritisiert. Diesmal kann ich es anders machen und ich freue mich, wenn sich der Regierungsrat zu einer restriktiven Finanzpolitik bekennt. Nicht weil das besonders populär ist, sondern weil man die Verantwortung für eine nachhaltige Politik übernimmt. Wir hoffen, dass von diesem verantwortungsvollen Verhalten möglichst viel auf den Grossen Rat abfärbt. Trotzdem ist noch längst nicht alles im Butter. Obwohl die wirtschaftlichen Aussichten in der Nordwestschweiz im Allgemeinen und in Basel-Stadt im Speziellen gut bis sehr gut sind, rechnet der Regierungsrat mit einer Neuverschuldung von CHF 48 Millionen. Die FDP hofft sehr, dass das Zweckpessimismus ist. Alles andere wäre schwer erträglich, denn ein Kanton sollte in solchen Zeiten auf eine Neuverschuldung verzichten können. Wann, wenn nicht jetzt, können wir Schulden abbauen, damit man dann, wenn es dringend notwendig ist, theoretisch neue Schulden machten könnte.

Noch mehr Sorgen bereiten der FDP-Fraktion die sinkenden Erträge aus den Einkommenssteuern der natürlichen Personen. Hinter dieser Feststellung, die auf den ersten Blick nicht enorm alarmierend tönt, verbirgt sich eine Zeitbombe. Eine Zeitbombe, die dringend entschärft werden muss. Hinter diesem sinkenden Ertrag verbirgt sich nichts anderes, als das andauernde Abwandern von so genannten Nettosteuerzahlenden. Unser Steuersubstrat wird täglich kleiner. Wenn es uns nicht gelingt, diesen Trend zu kehren, dann wird sich dies verheerend auswirken. Um diesen Trend zu kehren, braucht es diverse Massnahmen. Attraktiven Wohnraum, ein gut funktionierendes Schulsystem und Basel-Stadt muss finanziell gesund und nicht überschuldet sein und die Steuern müssen so massvoll sein, damit nicht alle nach zum Beispiel Biel-Benken ziehen. Bei diesem Punkt müssen wir uns noch verbessern. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion die Volksinitiative zum Abzug der Krankenkassenprämien vom steuerbaren Einkommen. Dies führt dazu, dass der Abstand der Steuerlast zu den Agglomerationsgemeinden kleiner wird. Das ist wichtig, damit Leute, die viel versteuern, in Basel-Stadt bleiben. Das kommt schlussendlich auch denen zu Gute, die auf die Sozialhilfe angewiesen sind.

Neben dem sinkenden Ertrag machen den Freisinnigen, wie den meisten hier im Saal, die sehr deutlich steigenden Sozialkosten Sorgen. Auf der einen Seite zeigen diese Zahlen, dass immer mehr Personen in unseren Verhältnissen von Armut betroffen sind. Dazu kommt, dass die deutlich ansteigenden Zahlen bei der Krankenkassenprämienverbilligungen aufzeigen, dass unser Gesundheitssystem für immer grössere Teile unserer Bevölkerung unbezahlbar wird. Auf der anderen Seite führen genau diese steigenden Kosten dazu, dass wir nicht nur keine schwarzen Zahlen schreiben, sondern dass zur Kompensation dieses Anstiegs Gelder an anderen Orten, wo sie auch sinnvoll eingesetzt werden könnten, gestrichen werden müssen. Die Sozialkosten sind, so unbestreitbar wichtig für die Betroffenen, in der Mehrheit Symptombekämpfung. Es darf nicht sein, dass Investitionen für die Zukunft zurückgefahren werden müssen, um die steigenden Sozialkosten zu kompensieren. Das würde sich rächen und leiden würden am Schluss die sozial Schwachen. Die FDP-Fraktion erwartet wie die Finanzkommission, dass der Regierungsrat möglichst schnell die detaillierten Ergebnisse seiner Klausur vorlegt und uns klar aufzeigt, wie er diese Problematik angehen will. Die ersten Meldungen sind unseres Erachtens noch nicht ermutigend. Wenn man nicht mehr weiter weiss, dann setzt man bekanntlich eine Arbeitsgruppe oder einen Lenkungsausschuss ein. Wir lassen uns gerne vom Gegenteil überzeugen. Wir vom Freisinn sind bereit neue Wege zu beschreiten. Dies müssen wir, denn nur mit einem “weiter so” enden wir in einer Sackgasse. Ebenfalls unterstützt die FDP-Fraktion die Forderung der Finanzkommission nach einem Stellenplan als zusätzliches Instrument der Personalsteuerung. Wir erwarten eine positive Antwort des Regierungsrates und dass die Finanzkommission uns über die Konsequenzen anlässlich der Debatte über die Staatsrechnung 2005 informiert.

Auf Seite 17 kommt die Finanzkommission zu einem richtigen und wichtigen Schluss, Zitat: “Die Budgetvorlage in der heutigen Form stellt für den Grossen Rat kein Steuerungsinstrument dar”. Wahre Worte gelassen ausgesprochen. Was mich und die FDP-Fraktion speziell freut, ist, dass diese Feststellung von einer Finanzkommission mit einer rot/grünen Mehrheit kommt. Ich will keine Schlachten von früher neu schlagen, sondern lieber festhalten, dass wir uns hier offensichtlich einig sind. Das Budget ist tatsächlich kein Steuerungsinstrument mehr. Das müsste uns allen missfallen, egal auf welcher Seite wir stehen. Wir von der FDP bedauern das ausserordentlich. Wir sind gerne bereit, uns mit anderen Fraktionen an einen Tisch zu setzen und über diese Frage zu diskutieren, zum Beispiel, ob es vielleicht eine Reformkommission 3 oder eine Kommission mit einem unbelasteten Namen braucht. Wir vom Freisinn würden das ausserordentlich begrüssen. Beat Jans hat damals in seiner Funktion als Parteipräsident der SP mehrmals in dem Medien geäussert, dass er sich eine Zusammenarbeit über die Blöcke hinweg vorstellen kann. Keine Ahnung, wie der neue Präsident der SP, Thomas Bärlocher, das sieht. An dieser Stelle gratuliere ich ihm gerne zu seiner Wahl zum Präsidenten der SP Basel-Stadt.

Es gibt noch etwas anderes, das wir gerne ändern würden, nämlich das in unserem Kanton relativ komplizierte Steuersystem. Das würde den Aufwand, Steuern zu erheben, vermindern und Steuerschlupflöcher schlussendlich stopfen. Wenn es zur Untermauerung dieser These noch einen Beweis gebraucht hätte, dann steht er auf Seite 23 des FKom-Berichtes. Es kann nicht sein, dass in erster Linie 11 Personen damit beschäftigt sind, Rechtmässigkeiten des Steuerabzugs bezüglich auswärtiger Verpflegung zu kontrollieren. Schaffen wir lieber diesen Abzug steuerquotenneutral ab. Das wäre die Lösung. Oder noch besser, der Regierungsrat schlägt eine umfassende Vereinfachung des Steuersystems vor, steuerquotenneutral. Damit ist allen gedient, den Steuerzahlenden und dem Kanton.

Die FDP-Fraktion möchte der FKom für ihre Detailarbeit danken und sie loben. Zum Beispiel die Ausführungen zum NFA sind interessant und sehr aufschlussreich. Ebenfalls gilt dies für die Verselbstständigung der BVB. Hier ist uns folgende Aussage sehr wichtig: Mit der PK-Regelung für die BVB-Angestellten darf kein Präjudiz für die Sanierung der PK BS geschaffen werden. Dies möchten wir an dieser Stelle unterstreichen. Die Sanierung der Pensionskasse Basel-Stadt liegt uns sehr am Herzen. Der von uns damals in der letzten Legislatur mitgetragene Kompromiss wurde leider an der Urne gebodigt. Das Thema ist nicht erledigt, wie auch der Regierungsrat immer wieder betont. Wir warten schon lange auf neue Vorschläge der Sieger von damals. Mir persönlich hat man im Nachgang der damaligen Volksabstimmung von führender Seite von der SP versichert, dass noch im selben Herbst Vorschläge kämen. Inzwischen ist schon der zweite Herbst durch das Land gegangen. Der Regierungsrat verspricht uns eine Vorlage für das kommende Jahr. Bitte möglichst früh im Jahr 2006.

Folgende Punkte sind aus der Sicht der FDP besonders wichtig:

Wir sind erleichtert, dass es nur CHF 48 Millionen neue Schulden gibt, aber es ist uns zu wenig. In der jetzigen wirtschaftlichen Lage müssten wir schwarze Zahlen schreiben. Die verheerenden Abwanderung von so genannten guten Steuerzahlenden muss gestoppt werden. Der Trend muss sich kehren. Die Explosion der Sozialkosten muss eingedämmt werden. Hier bieten wir Hand zu neuen Lösungen.

Ebenfalls ist es klar, dass die PK BS saniert werden muss. Hier liegt der Ball beim Regierungsrat. Wir haben unsere Vorstellungen artikuliert und werden prüfen und entscheiden, wo wir unterstützen können und wo nicht. Ich beantrage Ihnen, dem Budget 2006 von Basel-Stadt zuzustimmen.

Bernhard Madörin (SVP): beantragt **Rückweisung** des Budgets.

Namens der SVP-Fraktion darf ich hier wie folgt Stellung nehmen. Wir beantragen Ihnen, das Budget zurückzuweisen. Dabei handelt es sich nicht um einen panikartigen Reflex, sondern wir überlegen uns das tatsächlich. Wenn wir die kritischen Voten zu diesem Budget zusammenfassen, dann denke ich, ist unser Antrag nichts anderes als eine Konklusion aus dem Konzentrat der kritischen Bemerkungen. An dieser Stelle danke ich allen Beteiligten für das Budget und den Bericht, insbesondere für das sachgerechte Votum von Hanspeter Gass und von Regierungsrätin Eva Herzog. Nichts desto trotz müssen wir uns diesen Zahlen kritisch entgegenstellen. Wenn Urs Müller sagt, dass Abbau am Staat betrieben wird, dann muss ich feststellen, dass die Ausgaben, seit ich im Grossen Rat bin, jedes Jahr zunehmen.

Wie sieht die Verschuldung aus? Wenn wir das Jahr 2004 anschauen, dann haben wir CHF 5,4 Milliarden Schulden. Das Fazit ist, dass 1,5 Jahre an Einnahmen bereits vergeben sind. Solange müssten wir unsere Einnahmen für eine totale Schuldensanierung ausgeben. Stellen Sie sich vor, Sie hätten als Privatperson, das 1,5-fache ihrer Einkommenssituation als Schulden auf dem Buckel. Die Nettoverschuldung hat von 1995 bis 2000 von CHF 15'000.- pro Einwohner auf CHF 20'000.- zugenommen. Das sind 30% und so geht es weiter. Im Budget 2006 haben wir eine weitere zunehmende Staatsverschuldung. Begrifflich hinterlassen wir damit der nächsten Generation einen Schuldenberg. Wenn wir es anschauen, dann müssen wir uns nicht wundern, dass die demografische Entwicklung in Richtung Kinderlosigkeit geht. Vielleicht wollen wir gar keine Kinder, die diese Schulden zurückzahlen müssen.

Die Schuldenbremse, so wie sie sich im Moment präsentiert, ist untauglich. Das Schuldenwachstum ist inbegriffen. Das Wort Schuldenbremse ist falsch, es handelt sich nicht um eine Schuldenbremse. Es ist ein Berechnungsmodus für eine mässige Zunahme der Verschuldung. Das ist eine Wortklauberei, die in die falsche Richtung geht.

Wo platzieren wir das Budget 2006 im wirtschaftlichen Umfeld? Wenn Sie die Wirtschaftsdaten lesen, dann wissen Sie, dass wir eine starke wirtschaftliche Expansionsphase haben. Wir haben ein Wachstum. Und was machen wir, wenn wir Wachstum haben? Anstelle, dass wir Reserven auf die Seite legen, geben wir mehr aus. Wenn dann die nächste Rezession kommt, dann kommen die Stimmen, die sagen, dass man die Wirtschaft ankurbeln und noch mehr ausgeben soll. Das Fazit ist, dass wir bei einem Wirtschaftswachstum mehr ausgeben und wenn wir Rezession haben, dann wollen Sie auch mehr ausgeben. Wenn Sie die letzten zwölf Jahre kritisch anschauen, dann haben wir jedes Jahr mehr ausgegeben.

Zinsendienst: Das Votum von Urs Müller, dass wir keine Kultur wünschen, geht vollkommen an den Grundsätzen der SVP vorbei. Wenn wir schauen, was im Budget passiert, dann geben wir mehr für den Zinsendienst als für die Kultur aus. Wenn Urs Müller unseren Schuldenberg noch weiter anwachsen lassen will, dann geben wir noch mehr für den Zinsendienst aus und noch weniger für die Kultur. Verschuldung heisst Einschränkung der Ausgaben. In dieses Korsett wollen Sie sich begeben und der Kanton sagt, dass das in Ordnung ist.

Zu der Struktur der Steuereinnahmen. Bei den juristischen Personen haben wir ein Plus, das ist das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung. Bei den natürlichen Personen geht es bachab. Basel-Stadt hat laufend weniger Einwohner. Kritisch zu hinterfragen sind die Zuzüger und Wegzüger. Die Qualität nimmt insgesamt ab, was sich beim Einnahmenniveau der natürlichen Personen zeigt. Ich habe mich dazu schon einmal kritisch geäussert. Man hat mir gesagt, ich würde die ewig gleiche Platte spielen. Es ist einfach so, dass die Einwohner abnehmen und die Regierung hat sich noch nie dazu geäussert, ob sie diese permanente Abwanderung gut findet. Aus dem Schweigen entnehme ich, dass es akzeptiert wird und dass man irgendwann mit 100'000 Einwohnern leben möchte. Das ist für mich orientierungsloses Handeln. Weder im Politikplan ist eine klare Vorstellung über das Bevölkerungsziel noch werden in der regierungsrätlichen Broschüre Zukunft Basel konkret Angaben dazu gemacht. Bezüglich Steuereinnahmen ist zu sagen, dass Basel-Stadt in der Steuerbelastung am Schlusslicht steht. Die Bevölkerung wünscht tiefere Steuern und deshalb ist unsere Steuerinitiative platziert worden. Ich habe dies schon einmal ausgeführt und die zuständige Person in der Regierung hat ausgeführt, dass ich immer die gleiche Platte spielen würde. Ein paar Tage nach diesen kritischen Bemerkungen zu meinem Votum haben Franz Humer und Marcel Ospel den Kanton verlassen. Das sind die konkreten Zahlen und Fakten, die Sie entgegennehmen müssen. Wir machen eine negative Einwanderungspolitik. Es wird auch nicht gesagt, in welche Richtung wir mit unserer Steuerprogression gehen wollen. Wollen wir am Schluss bleiben? Wollen wir in das Mittelfeld rücken? So wie es aussieht, ist man mit der Situation zufrieden, dass wir die Steuerhölle der Schweiz sind.

In das gleiche Kapitel gehören auch die Gebühren, welche vom Gewerbeverband bereits thematisiert worden sind. Wenn Sie das Gefühl haben, dass der Kanton Basel-Stadt im Vergleich gut sei, dann erlaube ich mir ein paar Zahlen aufzuführen. Im Jahre 2002 haben die Einkommenssteuer CHF 1,2 Milliarden betragen. Im Jahre 2003 CHF 1,1 Milliarden und im Jahre 2004 etwas über CHF 1 Milliarde. In drei Jahren haben wir CHF 104 Millionen Steuersubstrat verloren und es geht in diese Richtung weiter. Ich finde das besorgniserregend und man sollte sich fragen, wie das in Zukunft gehen soll. Das ist das strukturelle Defizit. Das heisst nichts anderes, als dass unser Schuldenberg zunimmt.

Ich mache an dieser Stelle einen Vergleich zwischen Baselland und Basel-Stadt. Baselland hat an Einkommenssteuern für natürliche Personen im Jahre 2004 CHF 1,48 Milliarden eingenommen. Basel-Stadt CHF

1,4 Milliarden. Baselland hat 270'000 Einwohner und Basel-Stadt 190'000. Das gibt als Steueraufkommen pro Einwohner im Baselland CHF 5'500.-, in Basel-Stadt CHF 7'500.-. 35% mehr Einkommenssteuern pro Einwohner und wir können mit diesen Mehreinnahmen keinen ausgeglichenen Haushalt servieren. Das ist dramatisch. Die Situation bezüglich der gesamten Steuereinnahmen sieht wie folgt aus: Baselland CHF 1,9 Milliarden, Basel-Stadt CHF 2 Milliarden. Das ergibt in Baselland CHF 7'000.- und in Basel-Stadt CHF 10'000.-. Das sind 53% mehr Einnahmen und wir können kein ausgeglichenes Budget macht. Ich könnte noch weiter Zahlen ausführen. Für mich und unsere Fraktion ist das unakzeptabel, wir können so nicht weitermachen.

Paul Roniger (CVP): Im Namen der CVP nehme ich zum Budget 2006 und zum Bericht der Finanzkommission wie folgt Stellung: Man spricht zwar aufgrund von als rosarot zu bezeichnenden Zahlen von einer knapp verpassten Punktlandung. Wie weit dieser Begriff zutrifft, wird erst die Rechnung zeigen. Mit der Finanzkommission ist auch die CVP der Meinung, dass ein Blick in die Zukunft der Basler Staatsfinanzen noch keinen Silberstreifen am Horizont erscheinen lässt. Wenn trotz CHF 45 Millionen mehr Steuereinnahmen und Einsparungen aus A+L Massnahmen in Höhe von rund CHF 48 Millionen kein ausgeglichenes Budget vorgelegt werden kann, dann ist dies bestimmt kein Grund, zufrieden zu sein.

Stichwort höhere Steuereinnahmen. 2,2% Steigerung gegenüber dem Budget 2005 und 2,6% gegenüber der Rechnung 2004 dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass diese an sich positive Entwicklung nur dem erfreulichen Anstieg der Gewinn- und Kapitalsteuern juristischer Personen zu verdanken ist, dies in einem langfristigen Trend seit 1999. Die Steuereinnahmen natürlicher Personen sind nach wie vor rückläufig. Die Steuern von juristischen Personen sind konjunkturellen Schwankungen unterworfen. Einer der Hauptgründe, weshalb die CVP, wie von der Finanzkommission vorgesehen, bei der Schuldenbremse den stabiler verlaufenden Bruttoinlandprodukt der Schweiz gegenüber dem schwankungsanfälligeren Volkseinkommen des Kantons Basel-Stadt als Referenzgrösse für die Nettoschuldenquote klar den Vorzug gab. Auf die Kritik an unserer Krankenkasseninitiative, die wir in der Summe nach wie vor als familiengerecht und gegen eine weitere Abwanderung als wichtig erachten, kommen wir in einem Einzelvotum zurück.

Unser Hauptaugenwerk gilt nach wie vor einer Drosselung der Ausgaben. Was nützen gesteigerte Erträge, wenn sie auf der Gegenseite durch überdurchschnittliche Ausgaben wieder relativiert werden? Hier stehen mit einer negativen Veränderung von CHF 46 Millionen die Nettosozialkosten deutlich an erster Stelle. Bei solchen Steigerungen verstehe ich die Auffassung, wie sie Urs Müller geäussert hat, nicht, dass die Verschuldung unnötig dramatisiert wird. Es kann keine Rede davon sein, dass wir jemandem berechtigte Hilfen verwehren möchten. Was zu denken geben muss, ist der Umstand, dass sich oft Situationen ergeben, wo ein aktiver Erwerbstätiger aufgrund eines geringen Einkommens mit weniger auskommen muss als jemand, der Fürsorge bezieht. Hier geht Sozialhilfe zu weit. Die CVP begrüsst deshalb in der Fürsorge jede Art des Gegenleistungsprinzips und auch von aktiver, sozialer und beruflicher Reintegration. Nicht die soziale Sicherheit steht zur Diskussion, sondern die unkontrollierte Zunahme der damit verbundenen Leistungen. Auch hier, wie in anderen Bereichen längst praktiziert, müssen Leistungsbegrenzungen und ein kostenbewussteres Management dafür sorgen, damit der Sozialbereich nicht unsere einzige Wachstumsbranche bleibt. Wir müssen diesen Bereich endlich nachhaltig in den Griff bekommen. Bei allen künftigen Forderungen muss uns bewusst sein, dass der finanzielle Spielraum ausgereizt ist und ohne Überprüfung der Leistungen oder zumindest bessere Verteilung der zur Verfügung stehenden Mitteln nichts mehr zu holen ist.

Beim Personalsektor geht die CVP mit der Finanzkommission einig, dass der Headcount nur eine brauchbare Messlatte ist, wenn er nicht durch temporäre Personalmassnahmen, die von Jahr zu Jahr zur Regel werden könnten, umgangen und durch den geforderten Stellenplan noch transparenter gestaltet wird. Darüber hinaus hat die CVP immer klar gemacht, dass eine Sanierung der Pensionskasse nur dann nachhaltig sein kann, wenn das Beitragsprimat zum Thema wird. Eine allfällige Ausfinanzierung, in welcher Form auch immer, zum Beispiel durch Aufnahme von jetzt billigem Fremdkapital, sollte nur unter diesem Aspekt diskutiert werden. An allen Lösungen muss die Arbeitnehmerseite entsprechend beteiligt sein.

Noch ein Wort zu den Subventionen: Es ist oft in verschiedenen Bereichen feststellbar, dass wenn die entsprechenden Verträge einmal unter Dach sind, mit den Mitteln nicht immer so gehaushaltet wird wie vorgesehen. Es soll nicht unterstellt werden, dass dies Absicht sei. Aber gerade im Kulturbereich fehlt es manchmal an kaufmännischer Kompetenz. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Eine bessere Kontrolle des Subventionsverhältnisses und des Umgangs mit den zur Verfügung gestellten Mitteln ist kein Luxus und hilft in der Gesamtheit der Beiträge, Geld zu sparen, insbesondere wenn es darum geht, neue Anträge zu prüfen. In Zusammenhang mit den im Finanzkommissionsbericht angesprochenen A+L Sparmassnahmen ist es erstaunlich, dass einige Institutionen zum Zeitpunkt angekündigter Kürzungen weder reagieren noch agieren, verhandeln oder zu planen beginnen, sondern erst dann in eine Art Torschlusspanik verfallen, wenn die Reduktionen unmittelbar bevorstehen und budgetrelevant werden. Das Paradebeispiel dazu brauche ich nicht zu liefern.

Auch dieses Budget hält zum Sparen an. Ebenso wirksame Sparmassnahmen sind eine bessere Verteilung der Mittel. Als kleines Beispiel nenne ich die offene Kinder- und Jugendarbeit, wobei es ums Prinzip geht. Hier wurde an der Basis gespart, währenddem in der zuständigen Verwaltung oft ein mehrfaches davon für nicht immer ganz fassbare Projekte ausgegeben wurde. An der Basis findet die Knochenarbeit statt. Dort sollten auch die Mittel zur Verfügung stehen. Darüber hinaus müssten im Sinne eines unserer früheren Vorstösse, künftige Finanzvorlagen besonders daraufhin geprüft werden, ob unter Umständen ein moderaterer Qualitätsanspruch zum gleichen Ziel führt, und ob nicht in vielen Fällen direkt parallel zur Vorlage jeweils eine billigere Alternative unterbreitet werden

könnte.

Last but not least, auch dies ein noch laufender CVP-Vorstoss, die Gebührenpolitik daraufhin zu prüfen, wo sie sinnvoll und kostendeckend ist, und ob nicht ein Abbau auf mehreren Gebieten, Geschäfte und Private dazu bringen könnte, in unserer Stadt vermehrt und noch lieber tätig zu sein und damit zum Volkseinkommen oder Steuersubstrat beizutragen. Kleine Ursachen könnten sogar hier finanzielle Wirkungen erzielen. Die optimistische Grundhaltung im Politikplan und in der Vision 2020 gilt es zu fördern. Wie wir schon zum Politikplan gesagt haben, gehört dazu auch der Mut, an den richtigen Stellen abzubauen. Nachhaltige Finanzpolitik bedeutet nicht Erbsen zählen und endlose Diskussionen. Nachhaltige Finanzpolitik, die wir unterstützen, sind grosse Konzepte auf längere Zeit. Damit wir diese wirksam einleiten können, müssen Regierung und Parlament als Basis die nötige Ausgabendisziplin an den Tag legen. Die Schuldenbremse allein genügt dazu nicht, aber mit der richtigen Einstellung und Handhabung ist sie ein gutes Instrument dafür. Die Fraktion der CVP dankt der Finanzkommission für ihren erneut aufschlussreichen Bericht und bittet Sie, das Budget zu genehmigen.

Daniel Wunderlin (SP): Im Namen der SP-Fraktion danke ich der Finanzkommission für die geleistete Arbeit und dem Bericht zum Budget 2006. Seit über zehn Jahren sind wir am Sparen. Ich habe bei einem grossen Teil davon mitgemacht. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg. Nicht, dass wir über das Ergebnis euphorisch sein müssten, aber einen Finanzierungssaldo von CHF 48 Millionen könnte man als ausgeglichenes Budget bezeichnen. Das ist mehr als 1% des ganzen Umsatzes. Das erste rot/grüne Budget zeigt, dass es auch unserer Partei wichtig ist, die Staatsfinanzen im Lot zu halten. Ein Beispiel dazu, dass es uns wichtig ist, sind die CHF 10 Millionen, die die Finanzkommission letztes Jahr wegen dem Teuerungsausgleich dazu genommen hat, die hat die rot/grüne Regierung nicht rückgängig gemacht, sondern sogar als Budgetvorgabe übernommen. Dies zeigt den Willen für Sparanstrengungen, und dass es der Regierung ernst ist, abgesehen von der eingeführten Schuldenbremse.

Am Budget fallen die grossen Abweichungen auf, welche die Finanzkommission in ihren Bericht integriert hat. Es ist nicht lobend, dass das BVB Globalbudget nicht gleich ins Budget eingebaut wurde. Die grossen Abweichungen sind anhand der Informationen im Bericht der Finanzkommission kaum nachzuvollziehen. Wir hätten uns noch mehr Informationen im Bericht gewünscht, was die einzelnen Posten beinhalten. Das gleiche gilt für das Baudepartement. Da sind grosse Verschiebungen von einem Budget zum andern zu sehen. Diese sind schlecht nachvollziehbar.

Auffallend am Budget ist die Steigerung der grossen Sozialkosten. Es handelt sich um ein gesellschaftspolitisches Problem. Es ist die Aufgabe der Finanzkommission von der Regierung klare Stellungnahmen zu verlangen. Aber ein Wochenende reicht nicht dafür aus, ein solch strukturelles Problem zu lösen. Hier sind alle gefordert und es braucht gesellschaftspolitische Visionen und Konzepte. Die demografische Entwicklung muss berücksichtigt werden, dazu gehört auch, wie wir junge Leute in Zukunft ausbilden. Die SP wird weiter daran arbeiten. Wir sind an ganzheitlichen Lösungen interessiert. Einfach den Geldhahn zuzudrehen, wird nicht reichen.

Weiter fallen, wie immer, die hohen Kosten für die PK auf. Wenn man die Kommentare im ED liest, dann fällt auf, dass die Einkäufe in die PK immer einen Kommentar wert sind. Der Staat gibt immer noch viel Geld für die PK aus. Es ist eine zehnjährige Baustelle. Ich bin zuversichtlich, dass mit unserer neuen Finanzministerin nächstes Jahr eine Lösung auf dem Tisch liegt, die wir diskutieren können. Die PK-Revision ist wichtig. Das gibt uns Spielraum für neue und andere Aufgaben des Staates.

Vor vier Jahren waren die Schuldzinsen bei CHF 230 Millionen, heute sind wir bei CHF 112 Millionen. Das ist einerseits darauf zurückzuführen, dass wir die Schulden besser bewirtschaften, dass wir weniger Schulden haben und dass die Zinslage sehr gut ist.

Was hätten wir gemacht, wenn wir diese CHF 120 Millionen nicht zur Verfügung gehabt hätten? Wir hätten grosse Probleme, vor allem bei den Sozialkosten, gehabt.

Das mit den Steuereinnahmen ist nicht nur mir aufgefallen. Die Definition, die zu den Steuerausfällen bei den natürlichen Personen führt, ist vielleicht ein wenig unterschiedlich. Was die Stagnation anbetrifft, ist vor allem der Ausgleich der kalten Progression wichtig und die Steuerinitiativen, die jetzt durchschlagen. Ich möchte Bernhard Madörin einmal ins Steueramt schicken, um sich zu erkundigen wie die Steuerstatistik aussieht. Es gehen Leute weg aus Basel. Aber es ist nicht so, dass die Einkommen der natürlichen Personen vor allem wegen der Auswanderungen wegfallen, vor allem nicht im oberen Segment, auch wenn uns da zwei Beispiele abhanden gekommen sind.

Was momentan zu heftigen Diskussionen führt, ist die Polizei. Basel hat kein Sicherheitsproblem. Man kann sich in Basel frei und gut bewegen. Die Basler Kantonspolizei hat keinen unterdatierten Personalbestand. Was ist denn das Problem? Das Problem ist das Sicherheitsdepartement, welches das Budget in den letzten Jahren nicht einhält. Während andere Departemente restriktiv mit dem Personal wirtschaften und die Löhne zurückstufen respektiv nicht anwachsen lassen, hat das Sicherheitsdepartement bei der Polizei Leute befördert. Mit der Beförderung erhalten sie nicht nur ein goldenes Abzeichen, sondern auch mehr Lohn, und dann wird mit weniger Personal kompensiert. Dass das eine schlechte Personalpolitik ist, die längerfristig zu Unzufriedenheit führt, ist klar. Wir von der SP freuen uns auf neuen Wind in diesem Departement und wünschen natürlich dem abtretenden Departementsvorsteher, dass er eine bessere Situation bei der Swiss Olympics vorfindet als hier beim Staat.

Zu den Personalkosten beim Kantonsspital. Hier fällt auf, dass die CHF 20 Millionen besser budgetiert werden. Die höheren Personalkosten können durch Mehreinnahmen gedeckt werden. Das erstaunt nicht, im Spital hat man gute Möglichkeiten, Aufwände zu kompensieren. Die SP befürchtet, dass das Spital mit den CHF 20 Millionen mehr den

Stufenanstieg kompensiert, den wir letztes Jahr in der Finanzkommission rückgängig gemacht haben.

Fazit: Die SP ist der Meinung, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir müssen schauen, dass Einnahmen und Ausgaben stabil bleiben. Was wir uns nicht leisten können, ist eine CVP Steuerinitiative. Die Förderung von Tagesschulen in Kleinbasel kostet CHF 200'000.-, ein Ausfall der Steuern kostet CHF 100 Millionen. Damit könnte man 500 Jahre lang die Tagesschulen in Kleinbasel finanzieren. Das sind die Grössenordnungen, die noch nicht alle im Bewusstsein zu scheinen haben respektive die Pisaschwäche im Rechnen schlägt bei einigen Politikern durch.

Stephan Maurer (DSP): Die DSP schliesst sich der Beurteilung der Finanzkommission an, dass das Defizit von rund CHF 50 Millionen befriedigend ist und mehr nicht. Mehr nicht, weil weitere grössere Anstrengungen zu unternehmen sind, damit sich die finanzielle Situation nicht verschlechtert, sondern verbessert. Eva Herzog hat heute bestätigt, dass die Einnahmen von natürlichen Personen von verschiedenen Seiten stark unter Druck sind. Es ist auch eine Tatsache, dass unsere Steuern im Vergleich zum Umland viel zu hoch sind. Es bleibt uns praktisch nur die Ausgabenseite. Hier sind logischerweise viele Begehrlichkeiten da. Wir müssen verstärkter versuchen, mit dem Umland ins Gespräch zu kommen, auch bei Themen, die heute praktisch tabu sind. Ich denke an die Sicherheitsdienste oder an das Theater. Warum sind hier keine gemeinsamen Trägerschaften möglich? Müssen wir zuerst das Theater kaputt sparen oder Zutrittsregelungen einführen? Wollen wir wirklich demnächst den einzigen Polizeiposten zwischen dem Bahnhof und dem Bruderholz schliessen? Die DSP sagt klar Nein zu immer neuen Sparvorschlägen. Wir sagen Ja zu mehr Engagement mit rechtzeitigem Einbezug des Umlands in allen Fragen und auf allen Stufen. Wir können nur gemeinsam mit dem Umland unsere finanzielle Zukunft verbessern. Genau so ist es auch im Umgang mit dem neuen Finanzausgleich. Hier gilt es nicht nur die umliegenden Partner, sondern auch alle anderen Kantone zu überzeugen, welche Zentrumslasten wir heute tragen und in Zukunft nicht mehr tragen können. Die DSP anerkennt die Anstrengungen des Regierungsrats, das Defizit möglichst tief zu halten. Zu einem Silberstreifen am Horizont braucht es noch einiges mehr. Lassen Sie sich nicht von der aktuellen Zinslage täuschen.

Rolf Häring (Grünes Bündnis): Ohne ein Prophet zu sein, kann man es wagen vorauszusagen, dass die Rechnung 2005 in den schwarzen Zahlen abschliessen wird. Es wird möglich sein, die Verpflichtungen des Kantons durch Schuldenabbau und allenfalls weitere Rückstellungen für die Pensionskasse weiter abzubauen. Zum Abbau der Schulden wird der Erlös aus dem Nationalbankgold in der Höhe von CHF 236 Millionen beitragen. Seit 1999, Bernhard Madörin, war der Finanzierungssaldo des Kantons meist positiv. Er beträgt seit 1999 bis und mit 2004 satte CHF 270 Millionen. Der Kanton hat in diesem Zeitraum deutlich über CHF 400 Millionen Schulden zurückbezahlt beziehungsweise Rückstellungen vorgenommen und dies trotz selbstverordneten Steuerermässigungen. 2005 wird dies weiterhin möglich sein. Die Schuldenquote wird sinken. Man darf seit 1999 von einer finanziellen Wende sprechen. Ich will die Finanzsituation unseres Kantons nicht schönreden, nicht schöner als sie ist, aber schöner, als sie von einigen immer noch dargestellt wird. Die Finanzlage unseres Kantons ist nicht so dramatisch, wie immer getan wird. Wenn etwas alarmierend ist, dann die Initiativen der CVP und der SVP, die uns mit einiger Sicherheit in den nächsten Finanzschlamassel führen könnten, was wohl berücksichtigt ist, wenn man der ewigen Spirale Sparmassnahmen/Steuerabbau genüge tun will. Ich starte keine Aufforderung zur Verschleuderung von Steuergeldern. Eine Finanzpolitik, welche in wesentlichen Bereichen an die Qualität der staatlichen Dienstleistungen geht, braucht es nicht. Sie wird sich längerfristig kontraproduktiv auswirken, also Folgekosten verursachen, zum Beispiel bei der Sozialhilfe oder sie wird die Attraktivität unserer Stadt als Wohnort beschädigen und sich damit auf auch die Steuern niederschlagen. Es gibt Bereiche in unserer staatlichen Gewalt, die von der Sparpolitik ausgenommen werden müssen. Bereiche, in denen die harte Linie, die die alte Regierung in der letzten Legislatur beschlossen hat, keinen Sinn macht. Der Grosse Rat hat nie A+L als Gesamtpaket diskutiert und darüber abgestimmt. Ein entsprechender Antrag unserer Fraktion wurde damals abgelehnt. Es gibt Bereiche, wo wir Sparmassnahmen mittragen, es gibt aber auch andere Bereiche, wo man umdenken muss. Zum Beispiel im Erziehungsdepartement, das kenne ich am besten. Es ist nicht einzusehen, weshalb bei den Volksschulen gespart werden muss. Es soll jemand begründen, weshalb man in der Folge von PISA dringend etwas unternehmen muss und gleichzeitig die Unterrichtslektionen kürzen soll. Das ist vorgesehen im nächsten Jahr und zwar im Ausmass von CHF 1,8 Millionen. Es ist nicht einzusehen, weshalb bei der Jugend gespart werden soll. Es ist nicht einzusehen, weshalb man die Tagesbetreuung knapp hält. Es ist nicht einzusehen, warum man bei behinderten Kindern spart. Urs Müller wird in der Detailberatung ein Müsterchen darüber erzählen. Weil solches nicht einzusehen und mit der Basler Finanzlage nicht zu begründen ist, werden wir mit Budgetpostulaten versuchen, Korrekturen durchzubringen. Eine wird die Kürzung bei den Unterrichtslektionen betreffen. Weiter kann ich Sie davon unterrichten, dass unsere Fraktion zu einem Konsens bei den Subventionen im Kulturbereich gelangt ist. Wir werden den harten Kurs der Regierung beim Theater und Sinfonieorchester auf jeden Fall bekämpfen und Sparmassnahmen bei den Allgemeinen Bibliotheken nicht hinnehmen. Ich habe mich auf Äusserungen zu Bildung, Jugend und Kultur beschränkt, ich könnte analoges in anderen Bereichen anführen. Wir halten es nicht mehr für angebracht, an der bisherigen Finanzpolitik festzuhalten. Zu den Sparmassnahmen A+L können wir nur noch mit den genannten Einschränkungen Ja sagen.

Kurt Bachmann (SVP): Ich spreche punktuell zum Sicherheitsdepartement und vertrete dazu die Position der SVP wie folgt: Den sicherheitspolizeilichen Schrumpfungsprozess haben wir seit Jahren thematisiert. Unzählige politische Vorstösse wegen Sicherheitsdefiziten wurden lanciert. Heute bestätigen die Befindlichkeiten der Bevölkerung zur Sicherheit in den Quartieren unsere Analysen und Prognosen auf eindrückliche Weise. So die fehlende

Polizeipräsenz in Problemquartieren, sei es im Kleinbasel, im Gundeli oder im St. Johann oder die fehlende uniformierte Polizei in Form von Fusspatrouillen. Mein besonderes Augenmerk galt und gilt der unteren Garde der Kantonspolizei, welche die Hauptarbeit der Dienstleistung an vorderster Front leistet. Der dort zunehmend bemerkbare Frust macht allen Sorgen. Vielen sind, aus welchen Gründen auch immer, die Hände gebunden. Es kam, wie es muss, die Abnahme des objektiven und subjektiven Sicherheitsempfinden in der breiten Bevölkerung ist evident. Es fragt sich nur, ob unsere Regierung diese Signale versteht. Meine Interpellation betreffend der höheren Filtrationsgefahr krimineller Elemente, welche unter anderem auch die Schliessung weiterer Polizeiwachen einschliesst, hat für Furore gesorgt. Im letzten Akt des Dramas um den sicherheitspolizeilichen Schrumpfprozess der Kantonspolizei kommt Dynamik auf. Der Vorstoss hat, wie sich zeigt, eine Lawine von Reaktionen von weit reichender Bedeutung in der Öffentlichkeit ausgelöst. Schönfärber und Beschlichtiger, welche alles als herbei geredetes Zeugs abgetan haben, werden mit Lügen bestraft. An warnenden Stimmen hat es nicht gefehlt. Dass Basel im Dreiländereck, ein multikultureller Schmelztiegel, grenzenlos kriminell ist, kann bei der heutigen Sachlage wohl kaum mehr ernsthaft bestritten werden. Die im interkantonalen Vergleich sehr hohen Polizeiausgaben liegen in der Natur der Sache. Unter anderem auch eine Folge des Globalismus. Die SVP hat stets darauf hingewiesen, dass in Basel das meiste Geld am falschen Ort eingesetzt wird. Diese Leute können erwiesenermassen mit dem Geld nicht umgehen, sonst hätten wir andere Resultate.

Die Personalkostenentwicklung zeigt, dass oben in der Teppichetage ständig ausgebaut und unten permanent abgebaut wird. Wir haben bei der Kantonspolizei nur noch Häuptlinge, aber keine Indianer mehr. Diesen Satz haben Sie von der SVP schon mehrmals gehört. Genau hier muss der Hebel angesetzt werden. Sicherheit ist ein Elementarbedürfnis des Menschen. Sicherheit kostet ihren Preis. Die SVP ist bereit, diesen Preis zu bezahlen. Wir stehen voll hinter der Kantonspolizei. Im Brennpunkt liegt für uns die Mannschaft, die an vorderster Front ihre Dienstleistung erbringt. Dafür sage ich hier allen ein herzliches Dankeschön. Ihr habt mehr als unsere Sympathie. Das Budget des Sicherheitsdepartements muss vollumfänglich bewilligt werden und wenn nötig punktuell aufgestockt werden. Ein weiterer Abbau und Schliessung von weiteren Standorten muss verhindert werden.

Lukas Engelberger (CVP): Ich möchte in der gebotenen Kürze auf das Votum von Urs Müller und Daniel Wunderlin replizieren, die sich mit frivolen oder originellen Vergleichen zur Initiative der CVP geäussert haben. Diese Initiative wurde heute eingereicht. Mit einiger Zufriedenheit können wir feststellen, dass Sie die politische Agenda zu prägen vermag. Die Initiative will, dass selbst bezahlte Krankenkassenprämien vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden dürfen, wie das in anderen Kantonen schon länger gestattet ist. Diese Initiative wird mittelständischen Familien mit Kindern besonders entlasten und Basel-Stadt für diese Leute attraktiver machen. Das hat nichts mit Doppelmoral zu tun. Es liegt in der Natur der Sache, dass man nur diejenigen entlasten kann, die entsprechend belastet sind. Wer heute schon die volle Krankenkassenprämienvergünstigung erhält, den können Sie nicht noch mehr begünstigen. Wer infolge des tiefen Einkommens keine Steuern bezahlen muss, kann man auch nicht mehr weiter begünstigen. Insofern setzt die Initiative da an, wo es nötig ist. Das hat nichts mit Doppelmoral oder Gieskanne zu tun, sondern ist gezielt. Die Initiative kostet Geld. Das ist nicht grundsätzlich zu bestreiten, zumindest kurzfristig nicht. Ich möchte hier den Appell an den VPOD-Präsidenten richten: Schaffen wir den finanziellen Spielraum, dass solche Dinge wieder möglich werden. Reichen Sie uns die Hand für eine PK-Revision, die diesen Namen verdient. Dann sind Steuerausfälle im Umfang der Initiative kein Problem für die längerfristige Entwicklung unseres Finanzhaushalts.

Markus G. Ritter (FDP): Das Votum von Daniel Wunderlin, den ich als ehemaliger Präsident der Finanzkommission sehr schätze, hat mich getroffen. Er hat viel Intelligentes gesagt, leider hat er gegen die Polizei und gegen den Vorsteher des Sicherheitsdepartements ausgeholt. Das war unnötig und hat seinen Beitrag geschwächt.

Baschi Dürr (FDP): Ich möchte auf das eingehen, was Rolf Häring und Urs Müller gesagt haben, es gäbe ein Sparwut. Ich halte mich am Begriff des Sparens gerne auf. Gespart wird in Wahrheit gar nichts. Wir haben ein Budget, das mit einem Defizit endet. Wir rechnen damit, dass wir am Schluss CHF 50 Millionen weniger haben. Wo wird da gespart? Das Wort Sparen wird immer wieder als Ausdruck für den Versuch die Zuwachsrate ein wenig runter zu bringen missbraucht. Das ist Wortverdreherei. Wir können nicht behaupten, dass wir den Staat kaputt sparen und die Situation immer schlechter darstellen als sie ist. Die Situation ist nicht katastrophal, man kann sie als stabil bezeichnen. Wir müssen sehen, wenn wir einen Blick in die Bilanz werfen, dass kein Vermögen da ist. Wir haben ein Minus-Eigenkapital. Alle Schulden, die wir haben, übersteigen alle Assets, die wir haben. Man versucht, dies einzugrenzen und wenn dann behauptet wird, dass man sich kaputt spart, dann ist das falsch. Es wird gesagt, das führe zu einem armen Staat und zu reichen Bürgern. Aber was wollen Sie denn? Wollen Sie einen reichen Staat und arme Bürger? Ist das Ihr Ziel? Wir sind hier nicht die Aktionäre einer Gesellschaft, die versuchen müssen möglichst viel für die Institution, den Staat, hineinzuholen, zu behalten und wieder zu verteilen. Wir sind in der Pflicht, so wenig wie möglich beim Staat zu haben und zu schauen, dass am Schluss der Bürger reich ist. Und nicht der reiche böse Bürger muss reich werden, sondern auch der nicht so reiche Bürger kann dann etwas reicher werden. Diejenigen, die am meisten unter starken Steuerbelastungen leiden, sind nicht die Topverdiener, sondern diejenigen, die jeden Franken zweimal umdrehen müssen. Gerade für die müssen wir schauen, dass sie mehr Spielraum haben. Wir müssen schauen, dass wir nicht weitere Defizite machen. Es wird immer gesagt, dass mehr ausgegeben werden muss und gleichzeitig will man kein Defizit. Das führt mit einer einfachen Rechnung zu höheren Steuern. Man soll dann so ehrlich sein und sagen, dass man höhere Steuern will. Das ist das Falscheste, was wir

machen können, gerade den Menschen gegenüber, die es nicht so gut haben wie die meisten hier drin.

Kurt Bachmann (SVP): Ich bin beim Dank an die Kantonspolizei stehen geblieben und möchte hier weiterfahren. Das Budget des Sicherheitsdepartement muss vollumfänglich bewilligt und wenn nötig sogar aufgestockt werden. Der weitere Abbau von Dienstleistungen, wie die Schliessung weiterer Standorte in den Quartieren, Breite, Horburg, Wiesendamm, muss verhindert werden. Verschlossene Türen können an Standorten mit regem Publikumsverkehr nicht hingenommen werden. Für die SVP kommt die Reduktion von K4Plus auf K2Plus, Reduktion der bisher vier selbstständigen Einheiten der Bezirkswachen Kleinbasel, Basel-West sowie Basel-Ost und City, nicht in Frage. Wir wollen mehr uniformierte Polizeipräsenz, besonders auf den Strassen und die Grenzpolizei. Wir denken, dass im Sicherheitsdepartement Einsparungsmöglichkeiten da sind, nämlich in der Bel Etage und besonders bei der aufgeblasenen selbst bei Migranten unbeliebten Stelle für Integration vorhanden. Diese gehört liquidiert, damit die frei werdenden Mittel für andere dringend zu lösende Probleme im Sicherheitsdepartement effizient eingesetzt werden können. In der Anlagepolitik nennt man das Umschichten. Entsprechende Budgetpostulate und Kürzungsanträge sind vorbereitet, wir werden Sie abgeben.

RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD): Sie haben zum Teil dieselben Punkte angesprochen. Ich fange mit dem Thema Steuern an. Die einen haben von einer Steuerhölle gesprochen, die anderen haben gesagt, dass das Steuersubstrat täglich kleiner wird. Eine Präzisierung dazu: Das Steuersubstrat stagniert. Einige haben differenziert, bei Leuten mit mittleren Einkommen habe eine Abwanderung stattgefunden, bei Leuten mit Einkommen über CHF 200'000.- sei das nicht der Fall. Die kalte Progression wurde genannt, das sind etwa CHF 40 Millionen, die bei den Steuereinnahmen im Budget 2006 negativ zu Buche schlagen werden. Seit 2002 wurden insgesamt CHF 170 Millionen weniger Steuereinnahmen aufgrund von Steuersenkungen durch die Steuerinitiativen, Abschaffung der Erbschaftssteuer usw., erzielt. Es hat Steuersenkungen gegeben.

Die Zunahme von temporär angestelltem Personal wurde mehrfach erwähnt. Wir werden der Finanzkommission noch schriftlich berichten. Wir haben bei den Departementen eine Umfrage gemacht. Es scheint sinnvoll zu sein, in Spitzenzeiten temporäres Personal zu beschäftigen. Der Headcount wird nicht umgangen, sondern es ist eine sinnvolle Massnahme.

Dann gab es widersprüchliche Forderungen. Die einen haben ein 0-Budget gefordert und die Schulden seien abzubauen. Es sind dieselben Leute, die Motionen unterschreiben, in denen Mehrausgaben gefordert werden. Ich finde es richtig, wenn Sie Schwerpunkte setzen und Mehrausgaben fordern, aber Sie können nicht alles auf einmal haben. Das gilt für beide Seiten. Die einen wollen keinen Schuldenabbau, möchten aber schwarze Zahlen schreiben und beantragen Mehrausgaben. Das geht nicht auf. Deshalb ist es leider so, ich finde das auch nicht berauschend, dass eine restriktive Ausgabenpolitik, wie es Ihnen der Regierungsrat vorschlägt, mit gezielten Schwerpunkten richtig ist.

Zum Steuersystem, die elf Personen, die einen Abzug kontrollieren. Das ist von der Finanzkommission etwas missverständlich wiedergegeben. Es sind nicht elf Personen, die dem Verpflegungsabzug hinterher rennen. Sie machen noch andere Dinge. Es geht darum zu schauen, dass das Steuersubstrat nicht weiter abnimmt und verstärkte Massnahmen bei den interkantonalen Vereinbarungen ergriffen werden. Es braucht Personal um zu prüfen, dass Steuergesetze eingehalten werden. Ich denke, das ist eine sinnvolle Massnahme. Ich wehre mich nicht dagegen, das Steuersystem zu vereinfachen. Das ist aber nicht so einfach. Wir sind dabei uns zu überlegen, was möglich ist. Die Stossrichtung finde ich richtig.

Bernhard Madörin, Sie haben Basel-Stadt und Baselland verglichen. Wir schauen auch in die Region, aber Sie haben vergessen zu sagen, dass die Zentrumslasten nach wie vor einseitig auf unserer Seite verteilt sind. Die Einsicht in Baselland ist fast höher als bei Ihnen. Ich möchte auf die Fortschritte bei den Partnerschaftsverhandlungen hinweisen im Hinblick zum Beispiel auf die gemeinsame Trägerschaft der Universität.

Fast alle haben gesagt, dass sich die Regierung ein Wochenende zurückgezogen hat und noch kein tolles Konzept zur Verbesserung der Sozialleistungen gefunden hat. Das ist ein sehr schwieriges Problem. Wir haben uns nicht plötzlich an einem Wochenende damit beschäftigt. Wir tun das schon lange, tun es aber nicht so laut in der Öffentlichkeit. Wir koordinieren, was bereits geschieht. Es sind zwei Begriffe gefallen: Gegenleistungsprinzip und Teillohnstellen. Das sind keine Hülsen. Ich finde es gut, dass das von Paul Roniger doch noch positiv hervorgehoben wurde. Es scheint mir wichtig, die Massnahmen mit den Gewerkschaften zu besprechen und an das lokale Gewerbe zu denken, das eine Konkurrenz durch solche Lohnsysteme bekommen könnte.

Die Pensionskasse haben alle genannt. Ich verspreche Ihnen kein Datum, die Sanierung ist eines meiner grössten Anliegen, und ich möchte Ihnen bald einen Vorschlag zur Sanierung der PK vorlegen. Ich kann Sie nicht beruhigen und sagen, dass es billiger wird. Wenn es sich um eine Sanierung der Pensionskasse handelt, dann wird es zu Mehrkosten kommen. In den letzten Jahren wurde Geld nicht einbezahlt, das einbezahlt hätte werden müssen, damit die Deckungslücke nicht weiter gestiegen wäre.

Ich danke für die mehrheitlich gute Aufnahme des Budgets. Ich bin mit Ihnen einverstanden, dass wir darüber nicht nur glücklich sein können. Im Moment haben wir durch die gute Konjunktur Glück, möchte aber für die weitere Ausgabenpolitik zur Vorsicht warnen.

Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission: Ich bedanke mich für die gute Aufnahme unseres Berichts. Ich möchte nur materiell auf eine Frage von Daniel Wunderlin antworten, der mehr Informationen über die Budgetnachträge gewünscht hat. Ich möchte Ihnen kurz sagen, wie sich das zusammensetzt. Beim Baudepartement ist es ein Nullsummenspiel. Dort wird die Informatik beim Departementssekretariat zentralisiert und die entsprechenden Teilbudgets werden aus den jeweiligen Dienststellen abgezogen.

Anders ist es bei den CHF 950'000.- beim Globalbudget BVB. Dort geht es einerseits darum, dass die Bahninfrastrukturen beim Kanton bleiben. Alle übrigen Anlagen oder Infrastrukturen gehen an die BVB über. Da hat man festgestellt, dass ein erhöhter Abschreibungsbedarf besteht. Es wurden CHF 1,15 Millionen für Abschreibungen eingestellt. Davon gehen CHF 200'000 für die neue Lösung bei der Pensionskasse weg. So kommen wir zu den CHF 950'000. Davon gehen nochmals CHF 670'000 weg, weil wir beim Parkplatzparking Zentralbahnplatz CHF 670'000 Pachteinnahmen haben. Die wurden irrtümlicherweise von zwei Departementen eingestellt, nämlich vom Baudepartement und vom Finanzdepartement, obwohl dieses Parking neu bei der ZLV angegliedert ist. Demzufolge sind die CHF 670'000 beim Tiefbauamt nicht mehr einzustellen. Wenn wir die abziehen, dann sind wir bei CHF 280'000. Da rechnen wir die Einsparungen beim tieferen Teuerungsausgleich von CHF 1,6 Millionen, dann kommen wir auf CHF 1,32 Millionen. Das ist der Betrag, um den sich das Budget gegenüber seiner ursprünglichen Version entlasten wird.

Eintreten auf das Budget ist obligatorisch.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen **den Rückweisungsantrag** von Bernhard Madörin **abzulehnen**.

Detailberatung

A. Laufende Rechnung

Antrag

FD 410 Allgemeine Verwaltung (Budgetbuch Seite 126)

Die Finanzkommission beantragt eine Kürzung von CHF 2'331'227.

WSD 810 Globalbudget (Budgetbuch Seite 801)

Die Finanzkommission beantragt eine Einnahmenerhöhung von CHF 731'227.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 92 gegen 0 Stimmen den Anträgen der Finanzkommission **zuzustimmen**.

Das Budget wird damit in der Laufenden Rechnung um CHF 1'600'000 **verbessert**.

Die laufende Rechnung des Budgets 2006 gemäss Antrag des Regierungsrates verschlechtert sich nach diesen Anträgen der Finanzkommission um CHF 1'320'000 und schliesst entsprechend mit einem **Aufwandsüberschuss von CHF 48'317'102.**

B. Investitionsrechnung

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig den Anträgen der Finanzkommission **zuzustimmen**.

Der Saldo der Investitionsrechnung des Budgets 2006 schliesst mit einem Saldo von CHF 256'700'000.

Die Selbstfinanzierung reduziert sich um CHF 17'180'000 auf CHF 209'954'644. Der Finanzierungssaldo verändert sich um CHF 12'180'000 auf CHF -46'745'356.

Damit sind die Anträge der Finanzkommission bereinigt.

Departementsweise Beratung

Thomas Baerlocher (SP): Ich möchte nicht zum Eintreten der Detailberatung sprechen, sondern ich bin aufgrund der Abstimmung, dass das Budget gemäss dem Antrag der Finanzkommission verabschiedet wurde, davon ausgegangen, dass das die Schlussabstimmung der Bereinigung ist. Es kann aber noch durch Einzelanträge bereinigt werden. Ich bin mit dem Vorgehen nicht einverstanden und verlange, dass die Abstimmung, die vorhin durchgeführt wurde, nichtig ist und dass man am Schluss nach der Detailberatung bereinigt.

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: Thomas Baerlocher, ich berichtige Sie nicht gerne, aber wir haben gesagt, dass es um die Anträge der Finanzkommission ging. Jetzt gehen wir das Budget durch, es gibt ja noch andere Anträge. Es wird dann eine Schlussabstimmung geben.

Erziehungsdepartement

Urs Müller (Grünes Bündnis): Es ist nicht direkt eine Veränderung des Budgets, aber eine Thematik, die in Zusammenhang mit den Globalbudgets der Tagesschule für seh- und motorisch Behinderte in Münchenstein angesprochen werden muss. Seit 2001 ist die Tagesschule für motorisch und sehbehinderte in Münchenstein ausgegliedert. In dieser Schule werden Kinder gelehrt und betreut, welche stark in ihrer Sehkraft eingeschränkt oder schwerst behindert, zum Beispiel im Rollstuhl, leben. Die Regionalisierung ist sinnvoll, weil die Bereitstellung der Infrastruktur sehr aufwändig ist. Diese Schule wird zusammen mit Baselland geführt. Inhaltlich ist die Schule dem Bildungsgesetz Baselland unterstellt, personalrechtlich hingegen Basel-Stadt. Ursprünglich wurde im Rahmen eines Globalbudgets der Schule die Möglichkeit gegeben in den ersten Jahren Rückstellungen zu bilden, um Schwankungen der Kinderzahl in ihrer Schule aufzufangen. Das Budget war ausgelegt auf eine bestimmte Anzahl Kinder mit gewissen Schwankungsreserven. Der von uns bewilligte Staatsvertrag, welcher von unserer Fraktion schon damals bekämpft wurde, sah eine Finanzierung vor, welche alle unsere Bedenken für die Mehrheit in diesem Haus verstreute. Zwei Jahre danach wurde der Staatsvertrag von den Regierungen in zentralen Elementen abgeändert. Dies sah der Vertrag so vor, hat nun aber für die Schule ganz erhebliche Auswirkungen. Für uns sind diese Änderungen ein Verstoss gegen Treu und Glauben. Es wurde auf ein Verrechnungssystem mit reiner Kopfpauschale umgestellt. Die Schule erhält heute einen Bruttobeitrag von CHF 77'000.- pro Kind. Diese Kopfpauschale enthält alle Abgeltungen für die Sockelkosten. Nun ist die Entwicklung der Kinderzahl so, dass diese dank der von uns sehr befürworteten Integrationsbemühungen von Behinderten in die öffentliche Schule und Kindergärten massiv rückläufig ist. Die Zahl hat sich in den letzten zwei Jahren um rund 20% zurück entwickelt. Auch auf das Schuljahr 2006 ist wieder mit massiv weniger Kindergartenkinder zu rechnen. Der Rückgang beträgt circa 30%. Dadurch ist die Schule finanziell in erhebliche Schieflage geraten. Die Sockelkosten für die Schule bleiben nämlich die gleichen, Kosten für Schulleitung, Gebäudekosten, Unterhalt etc. Die finanziellen Probleme sind nun so, dass massive Sparmassnahmen geplant werden müssen. Nebst dem Absenken von Raumtemperaturen, Auslagerung des Reinigungsdienstes, die Schullager können nur noch stattfinden, wenn Sponsoren gefunden werden, wird vor allem an den Klassengrössen geschraubt. So wie wenn in Basel aufgrund von geringeren Zahlen in den Kindergärten, die Klassengrössen an den Gymnasien in Frage gestellt sind.

In den nächsten Tagen sind Verhandlungen mit der TSM. Herr Christoph Eymann, bitte korrigieren Sie diese Auswüchse. Ein Budgetpostulat in diesem Bereich macht keinen Sinn. Der Betrag ist aufgrund der Entwicklung der Schülerzahl mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt sowieso nur provisorisch. Ich möchte Sie mit diesem Votum auf die äusserst prekäre Situation der Schule aufmerksam machen. Wir erwarten von der Regierung, dass sie zusammen mit dem Schulrat eine Lösung erarbeitet, welche die Sockelkosten separat entschädigt, oder den Sockebeitrag kurzfristig für das Schuljahr 2006 im Rahmen der Kopfpauschale erheblich erhöht. Es darf nicht sein, dass pädagogische Rahmenbedingungen derart geändert werden müssen, wie dies schon aus gesetzlichen Gründen gar nicht geschehen darf.

RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED): Die Situation, wie Sie Urs Müller geschildert hat, ist uns bekannt. Die Schulratspräsidentin der Schule hat Ende Oktober 2005 die beiden Verantwortlichen Baselland und Basel-Stadt orientiert. Es gilt hier festzuhalten, dass weder der Kanton Basel-Stadt noch der Kanton Basel-Landschaft die Budgets gesenkt haben. Es ist eine Abnahme der Zahl der Schülerinnen und Schüler, aber nicht aus dem Kanton Basel-Stadt. Die Analyse wird mit grosser Wahrscheinlichkeit zeigen, dass aus den Kantonen Basel-Landschaft, Aargau oder Solothurn weniger Kinder geschickt worden sind. Am 20. Dezember gibt es ein Gespräch, wo die Situation analysiert wird, danach werden wir mehr dazu sagen können. Gehen Sie davon aus, dass wir auf diese Diskussion vorbereitet sind.

Justizdepartement

Antrag

JD 305 Gleichstellungsbüro (Budgetbuch Seite 104)

Angelika Zanolari und Konsorten beantragen eine Kürzung von CHF 300'000.

Patrick Hafner (SVP): Es gibt gute Argumente für solche Kürzungen. Sie wissen es wahrscheinlich nicht, aber ich bin im Bereich Gender sehr engagiert. Ich habe bei meinen Studierenden in diesem Bereich Projekte gestartet. Ich habe festgestellt, obwohl es sehr oft bestritten wird, dass eine moderne Frau kein Gleichstellungsbüro nötig hat.

RR Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD): Ich möchte gleich kurz bleiben und sagen, dass ein moderner Mann ein Gleichstellungsbüro nötig hat.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 14 Stimmen den Kürzungsantrag **abzulehnen**.

Finanzdepartement

Antrag

FD 404 Steuerverwaltung (Budgetbuch Seite 117)

Joël Thüring und Konsorten beantragen eine Kürzung von CHF 1'500'000.

Joël A. Thüring (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion beantragen wir Ihnen die Kürzung, welche Ihnen der Grossratspräsident bereits mitgeteilt hat. Warum diese Kürzung? Wir beziehen uns auf den Bericht der Finanzkommission. Auf Seite 23 wird von elf zusätzlichen Mitarbeitern in der Steuerverwaltung gesprochen. Diese elf Mitarbeiter sollen inskünftig damit beschäftigt sein, sich mit dem Steuerabzug bei den Mehrkosten für die auswärtige Verpflegung zu kümmern. Für uns ist dies ein Vorgehen, welches nicht akzeptabel ist. Wir sind der Meinung, dass es nicht Aufgabe des Staates sein, weitere Stellen in der Steuerverwaltung zu schaffen. Im Sinne des Steuerzahlers sollte genau das Gegenteil erreicht werden, nämlich weniger Angestellte in der Steuerverwaltung. Das würde bedeuten, dass weniger Steuern einzuziehen sind. Folglich hätte der Bürger mehr Geld. Wir sind auch der Meinung, dass es ohne diese elf Mitarbeiter sehr gut gegangen ist. Wir appellieren an die Eigenverantwortung und die Freiheit des einzelnen Bürgers. Er hat dies bisher geschafft und wird es auch weiterhin, ohne die elf zusätzlichen Mitarbeiter, schaffen. Uns stört die Zahl. Es sind doch CHF 1,5 Millionen, die für elf Mitarbeiter in der Steuerverwaltung eingesetzt werden. CHF 1,5 Millionen in Zeiten, in welchen in anderen Bereichen gespart werden muss, zum Beispiel im Bereich Sicherheit. Ich frage mich, was das für ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger unseres Kantons entsendet, wenn hier der Grosse Rat einerseits nicht bereit ist, zusätzliche Gelder für die Sicherheit zu sprechen, andererseits bereit ist, zusätzliche Gelder für die Steuerverwaltung zu sprechen. Dem Bürger auf der Strasse kommt es so vor, dass die Sicherheit dem Staat nicht so wichtig ist, die Steuereinnahmen dafür umso mehr. Das ist ein falsches Zeichen. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen die Annahme dieses Kürzungsantrages.

Conradin Cramer (LDP): Die Fraktion der Freisinnigen und der Liberalen werden dem Kürzungsantrag der SVP zustimmen. Wir stützen uns dabei auf die Angaben der Finanzkommission, wonach elf Mitarbeitende der Steuerverwaltung nicht ausschliesslich, aber nicht zuletzt, um den Abzug betreffend auswärtiger Verpflegung zu kontrollieren, angestellt worden sind. Die beiden Fraktionen wehren sich nicht grundsätzlich gegen eine Kontrolle von Steuererklärungen. Eine solche Kontrolle ist für die Steuergerechtigkeit unerlässlich und begünstigt auch eine wünschenswerte Disziplin beim Erstellen dieser Erklärung. Aber wir wehren uns dagegen, dass die Steuerverwaltung ihre Energie und ihre finanziellen Mittel für Detektivarbeit aufwendet, die durch eine überfällig Reform eines komplizierten Abzugssystems zu vermeiden wäre. Gerade der Abzug für auswärtige Verpflegung ist ein gutes Beispiel. Er ist ein altbekanntes Willkürreservat. Der Abzug bietet Abgrenzungsschwierigkeiten ohne Ende. Er führt zu Ungerechtigkeiten, die nicht beseitigt werden, wenn elf neue Mitarbeitenden die Quittungen von Geschäftsessen kritisch würdigen. Ich teile die Ansicht von Daniel Stolz. Dieser unsinnige Abzug gehört radikal vereinfacht, sprich pauschalisiert oder noch besser ganz abgeschafft. Ganz abgeschafft selbstverständlich in einer neutralen Weise, sodass die Steuerbelastung im Allgemeinen sinkt und nicht über diesen Abzug. Nebenbei sei erwähnt, dass ein einfaches, durchschaubares und willkürfreies Steuersystem den Effekt hat, dass sich die Steuermoral verbessert, die Akzeptanz steigt und die Umgehungsversuche, welche durch solch ungelenke Abzüge geradezu einladen, abnehmen. Wenn das Finanzdepartement in die Verfeinerung und weitere Verästelung eines jetzt schon überkomplizierten Systems investiert, dann setzt es seine Mittel falsch ein. Es ist unmöglich, wenn gut

qualifizierte Mitarbeiter sich damit auseinander setzen müssen, ob spät nachts an der Hotelbar konsumierte Champagnerflaschen abzugswürdig sind oder Geschäftsessen tatsächlich am 25. Dezember stattfinden können, ob der Durchschnittspreis von Mittagsmenus in der Innenstadt eher CHF 20.- oder CHF 25.- beträgt oder ob es den Arbeitnehmern mit etwas mehr Laufaufwand zuzumuten wäre, das Tram zu erreichen, um an den häuslichen Mittagstisch zu gelangen. Besser und notwendiger wäre, sich Gedanken zu machen, wie man das System vereinfachen könnte. In diesem Sinne stimmen wir dem Kürzungsantrag zu.

Thomas Baerlocher (SP): Zuerst eine Schelte an die Finanzkommission. Offenbar löst die Passage im Bericht aus, dass die SVP den Streichungsantrag stellt und von den Liberalen und der FDP unterstützt wird. Die elf Personen haben nicht nur in dieser dargestellten Lächerlichkeit damit zu tun, dass sie Verpflegungsabzüge kontrollieren müssen. Wenn man das liest, dann muss man den Kopf schütteln und denken, ob das das einzige ist, was sie zu tun haben. Sie werden eingestellt, damit die Frage der Steuerhinterziehung angegangen werden kann. Das Votum von Joël Thüring geht in die Richtung, dass man meinen könnte, es sei edel, Steuern zu hinterziehen. Wir können dem nicht folgen und bitten Sie, den Antrag abzulehnen. Wenn die Abzugsweise der Steuern geändert werden sollen, dann soll man das auf seriöse Art tun, aber nicht elf Stellen im Finanzdepartement streichen.

Baschi Dürr (FDP): Ich bitte Sie, dem zu folgen. Natürlich machen die nicht allein dieses Detail. Es geht letztlich um ein Bild, das der Staat von seinen Bürgerinnen und Bürgern hat. Trauen wir den Leuten und sagen wir, dass der Bürger mündig ist oder denken wir, dass der böse Bürger den Staat verseckeln möchte. Wenn das so wäre, dann hätten wir nicht diese Mehrheit im Parlament, weil dann würden die Leute gewiss anders stimmen. Aber wenn wir gemeinsam über die Abzüge reden können, steuerquotenneutral, dann sind wir die Letzten, die sich dem verschliessen. Es wäre angezeigt, die Einsparungen nicht gleich wieder rückgängig zu machen. Es ist ja nicht so, dass wir heute keine Leute haben, die das kontrollieren oder dass ein arger Missstand vorhanden ist. Ich bitte Sie, dem Kürzungsantrag zu folgen.

Urs Müller (Grünes Bündnis): Ich habe sehr interessiert zugehört, welche Probleme unsere bürgerlichen jungen Männer in diesem Parlament beschäftigen. Offensichtlich sitzen Sie anfangs Jahr mehrere Stunden an Ihrer Steuererklärung und überlegen sich, welche Essen Sie abziehen können und welche nicht. Ich war noch nie in dieser glücklichen Lage, dass ich mir diese Frage überhaupt stellen konnte. Sinnvoller wäre, Sie würden einen Antrag stellen, dass die Verpflegungspauschale abgeschafft wird, dann hätten wir diese Diskussion nicht.

Thomas Baerlocher (SP): Baschi Dürr, das fordert mich natürlich heraus. Du bist Mitglied der Finanzkommission. Die Finanzkommission beantragt nicht, dass diese elf Stellen gestrichen werden. Sie hat nur diesen Text hineingeschrieben. Da frage ich mich zur Seriosität der Finanzkommission, wenn Du als Finanzkommissionsmitglied sagst, dass man diesen Antrag unterstützen soll. Ich finde das nicht korrekt.

Baschi Dürr (FDP): Ich lasse mir viel bieten, aber irgendwann hat es seine Grenzen. Man hat immer mehrere Hüte an, das wissen wir. Es ist eine Kommission, die darüber berät, was sie fordern will. Und dann sind wir alle immer noch Individuen und Vertreter politischer Gesinnungen und Parteien, da sind wir gewiss frei zu fordern, was wir für wichtig und richtig erachten.

Daniel Wunderlin (SP): Ich hätte noch eine Frage an Baschi Dürr. Wenn man die elf Stellen streicht, dann kürzt man das Personalbudget der Steuerverwaltung, das ist mir klar. Es ist mir aber nicht klar, dass das Parlament Aufträge erteilen kann, was die Steuerverwaltung mit den elf Personen überprüft oder nicht. Es liegt im Ermessen der Finanzministerin, wie sie die elf Personen einsetzt. Ich gebe Dir Recht, wenn die elf Personen wirklich Essensabzüge überprüfen, dann würde ich gleich mitstimmen. Ich habe das Gefühl, dass diese Leute anders eingesetzt werden. Mit einer Budgetkürzung kann man nicht sagen, dass man die Essensabzüge nicht überprüfen lassen möchte. Das geht mit unserem Budget nicht. Die Frage besteht, können wir anhand von Budgetkürzungen Aufträge erteilen, wie die Steuerverwaltung zu prüfen hat.

RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD): Ich möchte an die Adresse der LDP sagen, dass es ein grosses Anliegen meines Vorgängers war, diese Massnahme einzuführen und er hat sie eingeführt. In anderen Kantonen, wo man dasselbe gemacht hat, hat sich gezeigt, dass man dadurch Beträge in zweistelliger Millionenhöhe hereinholen kann. Dies nicht durch Neuerungen am Steuergesetz, sondern nur dadurch, dass man das Steuergesetz vollzieht. Ich denke, das ist gerecht. Ich persönlich finde es nicht gerecht, wenn die einen einfach frecher sind, sich mehr trauen und Abzüge machen, die ihnen nicht zustehen. Andere, die sich nicht trauen, machen Sie nicht. Solange es diesen Abzug gibt, sollte er kontrolliert werden. Wir können darüber diskutieren, ob man eine Pauschale machen soll, ob man ihn abschaffen soll oder die Berufsunkosten generell erhöht. Diese Diskussion finde ich absolut berechtigt. Ich bitte Sie jetzt, nicht elf Stellen zu streichen. Sogar Joël Thüring hat zugegeben, dass diese elf Stellen nur diesen Abzug kontrollieren. Das ist eine missverständliche Darstellung der Finanzkommission, die ich

nicht sehr sauber finde. Es wurden auch keine Leute neu angestellt, sondern es wurden bei dem Projekt RATIO, das Projekt der Automatisierung in der Steuerverwaltung, welches 17 Stellen einspart, nicht alle Stellen gestrichen, weil man gleichzeitig dieses Massnahme ergriffen hat und zum Steuersubstrat schauen möchte. Es sind damit auch Erträge budgetiert. Wenn sich das nicht auszahlt, diese Stellen müssen sich rechnen, werden wir das nicht weiter führen. Ich sage Ihnen, das lohnt sicht. Ich bitte Sie, diese Stellen nicht zu streichen, auch mit dem Hinweis auf das Votum von Daniel Wunderlin. Man kann auf diese Weise keine inhaltlichen Änderungen machen.

Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission: Wir stellen keinen Antrag, diese elf Stellen zu streichen. Ich möchte bei dem weiterfahren, was Eva Herzog gesagt hat. Wir haben zugegebenermassen diese elf Stellen in der Finanzkommission kritisch hinterfragt. Wir haben Gespräche mit der Vorsteherin des Finanzdepartements und mit dem Leiter der Steuerverwaltung geführt. Was mich letztendlich überzeugt hat, ist die Aussage, dass sich diese elf Stellen rechnen. Diese elf Stellen sind mit dem, was man sich erhofft damit reinzuholen, mehr als finanziert.

Der Grosse Rat beschliesst

mit 69 gegen 35 Stimmen den Kürzungsantrag **abzulehnen**.

Sicherheitsdepartement

Hansjörg M. Wirz (DSP): Ich möchte an dieser Stelle namens der DSP eine Lanze für das Sicherheitsdepartement und insbesondere die Polizei brechen. Nicht zuletzt um irgendwelchen Gelüsten, die vielleicht wach werden, noch weiter zu sparen, versuchen entgegen zu treten. Dies aus folgenden Gründen: Wenn wir am Polizeipersonal sparen, dann geben wir mit höchster Wahrscheinlichkeit das Geld bei privaten Überwachungsgesellschaften und Sicherheitsdiensten aus. Wir sind dafür, dass die Staatsgewalt in den Händen des Staates ist und nicht an weitere Organisationen gegeben wird. Wenn Sie dazu ein Beispiel wollen, dann hatten Sie neulich in der Post einen Bericht der Petitionskommission, die eine Petition von Anwohnern in der Horburgerstrasse behandelte. Da stellte man fest, dass im letzten Jahr CHF 600'000 an die Securitas bezahlt wurde, um ein paar renitente Asylsuchende in die Schranken zu weisen respektive um da Ordnung zu halten. Das ist ein Beispiel dafür, dass man das Geld für die Polizei und nicht anderweitig ausgeben soll. Zu den Schliessungen der Posten, die als Gerücht und als Plan herumschwirren. Ich weiss nicht, ob Sie wissen, dass, wenn Sie beispielsweise beraubt wurden, Sie sich nicht per Handy melden können. Sie werden gebeten auf den Posten zu kommen und Ihre Angaben da zu machen. Das ist verständlich, aber wenn es immer weniger Posten gibt, dann ist das keine Bürgernähe und auch nicht kundenfreundlich.

Es wurde im Bericht der Finanzkommission erwähnt, dass es einen interkantonalen Vergleich gäbe, bei dem wir relativ schlecht dastehen. Dazu ist zu sagen, dass wir ein Stadtkanton sind, der Aufgaben für andere Kantone übernimmt, zum Beispiel die Ausschaffung und die ganze Kriminalität an der Grenze, die unsere Binnenkantone nicht haben. Dieser Vergleich ist fragwürdig.

Zum Stichwort Bürgernähe. Wie sollen wir die wünschbare Bürgernähe pflegen, wenn die Polizei nicht mehr als Menschen, sondern als Apparate, die blitzen, wahrgenommen wird. Die Polizei kann nur Dein Freund und Helfer sein, wenn sie sichtbar und nicht nur via Handy erreichbar ist.

Es wurde erwähnt, wie kopflastig das Kader ist, respektive mehr Häuptlinge als Indianer. Das stimmt nur bedingt. Wenn Sie Posten schliessen und das Kader reduzieren, gibt es auch weniger Beförderungsmöglichkeiten. Beförderungsmöglichkeiten sind immer eine Sicherung der Motivation der betroffenen Leute, die sich entsprechend anstrengen. Die DSP wird sich deshalb bei jeder Gelegenheit wehren, wenn weitere Anstrengungen gemacht werden dort zu sparen, wo es alle betrifft.

Betroffenheitspolitik ist nie die klügste Politik. Wer da wohnt, setzt sich für da ein und wer dort wohnt, setzt sich für dort ein. In diesem Fall ist die ganze Bevölkerung betroffen. Ich bin ungern uneinig mit dem verehrten ehemaligen Finanzkommissionspräsidenten Daniel Wunderlin. Aber wenn er so locker sagt, dass wir kein Sicherheitsproblem in Basel haben, dann weiss ich nicht, wo er sich in den letzten Jahren und Tagen bewegt hat. Ich kann Beispiele nennen, die meine Frau und ich selber erlebt haben. Ich möchte sie aber damit nicht langweilen.

Antrag

SiD 5100 Integrationsbüro (Budgetbuch Seite 141)

Bernhard Madörin und Konsorten beantragen eine Kürzung um CHF 1'500'000.

Patrick Hafner (SVP): Integration ist ein wichtiges Thema. Basel-Stadt ist bekannt für eine tolle Integration. Ich hatte vor einigen Tagen Gelegenheit an einem Podiumsabend mit unserem Integrationsbeauftragten zu sprechen. Was in Basel unter Integration verstanden wird, ist für mich keine Integration. Das ist einer der Gründe für diesen Kürzungsantrag. Ich kann Ihnen von vielen Beispielen berichten, ich greife eines heraus. Bekannte von mir sind

damals von Ungarn hierher gekommen als es noch keine Integrationsbemühungen gab. Gut, diese Leute waren gut ausgebildet. Sie haben sich selber um ihre Integration bemüht. Das war am Anfang sehr schwierig. Der Familienvater, studierter Techniker, hat zuerst auf der Baustelle gearbeitet und hat sich hoch gearbeitet. Die Leute haben heute ein Einfamilienhaus in Riehen und haben nie von den Integrationsbemühungen des Staates profitiert. Heute sieht das anders aus, wir haben heute andere Bevölkerungsschichten, die zu uns kommen. Ich glaube nicht, dass so, wie in Basel Integration verstanden wird, das zum Ziel führen wird. Das glaubt auch die SVP als Fraktion nicht. Darum haben wir den Kürzungsantrag eingegeben.

RR Jörg Schild, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD): Einen grösseren Widerspruch kann ich in Ihrer Fraktion nicht feststellen. Sie verlangen einerseits mehr Sicherheit und andererseits wollen Sie in einer Region, in der wir uns von der Migration in Europa nicht fernhalten können, diese Gelder - ich nehme an es sind Personalkosten - streichen. Das ist für mich ein grosser Widerspruch. Mit mehr Integrationsarbeit erhöhen Sie logischerweise auch die Sicherheit.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 14 Stimmen den Kürzungsantrag **abzulehnen**.

RR Jörg Schild, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD): Wir haben eindrücklich mitbekommen, welche Meinungen man über den Stand der Sicherheit in unserem Kanton hat. Die einen sagen, es sei völlig sicher und für die anderen sind wir die Kriminalmetropole Zentraleuropas. Wie viel Sicherheit Sie der Bevölkerung bieten können, hängt von den Geldmitteln ab. Es ist die Aufgabe des Sicherheitsdepartements, mit dem Geld, das man zugesprochen erhält, zu wirtschaften. Die Regierung hat im Budgetierungsprozess unserem Departement eine Vorgabe gegeben. Ich möchte ausdrücklich festhalten, dass ich diesem Kollegium angehöre und ich richte mich danach. Es ist aber meine Aufgabe aufzuzeigen, was damit geschieht. Ich möchte betonen, dass das nicht als unkollegial gelten soll, wenn ich zeige, was es für Folgen hat. Aber ich möchte mir nicht nochmals Vorwürfe wie beim Waaghof gefallen lassen müssen, wo es hiess, dass ich immer brav mitgespart hätte, aber nie gesagt, was daraus wird. Ihnen aufzeigen, damit Sie Bescheid wissen, was mit dem zur Verfügung stehenden Betrag gemacht werden kann, ist meine Pflicht, zumal ich ausdrücklich im Protokoll des Regierungsrates festgehalten habe, dass ich mich mit diesem Budgetbetrag nicht einverstanden erklären kann. Es heisst im Polizeigesetz in Paragraph 1 bei den Aufgaben der Polizei, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechterhalten werden muss, in Berücksichtigung öffentlichen Interesses. Ältere Semester unter Ihnen mögen sich erinnern, dass wir 1997 hier das Projekt 4Plus diskutiert haben. Ich möchte festhalten, dass der im Projekt 4Plus festgehaltene Polizeibestand aus finanziellen Gründen nie erreicht werden konnte. Wenn ich heute den Personalbestand von 4Plus haben wollte, dann müsste ich CHF 9,6 Millionen mehr zur Verfügung haben. Ich habe im Jahre 2003, in Vorbereitung der Reorganisation des Polizeidepartements in ein Sicherheitsdepartement, die Geschäftsleitung des Departements beauftragt, dass aufgezeigt wird, wie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die bestmögliche Sicherheit für unsere Bevölkerung gewährleistet werden kann. Das Ziel ist, den Personalbestand aus dem Juni 2003 zu halten. Den konnten wir in der Zwischenzeit nicht halten. Wenn ich den Bestand vom Juni 2003 haben wollte, dann bräuchte ich CHF 3,2 Millionen mehr als mir im Budget 2006 zur Verfügung stehen. Das ist kein Gejammer, sondern einfach ein Feststellung, um ihnen die Diskrepanz zu zeigen.

Was auch immer wieder falsch behauptet wird, sind die Ausgaben pro Kopf. Nach neusten Berechnungen, kommunale Sicherheitskosten miteinbezogen, stehen die Ausgaben in unserem Kanton hinter Genf und Zürich. Wir müssen zwar die bestmögliche Sicherheit gewähren, aber wir machen das mit gleich viel Personal wie vor zehn Jahren. Die Sicherheitsabteilung, der eigentliche Kern, haben etwa 50 Corpsangehörige weniger als vor zehn Jahren. Notabene mit einer jährlich steigenden Auftragslast. Die gleichen Leute bearbeiten zum Beispiel im Jahre 2000 39'000 Notrufe und im 2004 68'000 Notrufe. Da machen Sie es sich mit Ihrer Ironie, Daniel Wunderlin, schon etwas leicht, wenn Sie so über das Polizeicorps herziehen und von einer verfehlten Personalpolitik sprechen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir innerhalb der letzten drei Jahre 80 100% Stellen in unserem Departement abgebaut haben. Wir haben nicht nur untere Funktionen abgebaut, sondern auch Kaderfunktionen. Die Reorganisation im Sicherheitsdepartement hat dazu geführt, dass ich nur noch fünf Direktunterstellte habe. Fünf direktunterstellte Stellen wurden gestrichen. Es wurde auch eine Majorsstelle bei der Kantonspolizei gestrichen. Wir streichen nicht nur unten, wir haben die vier Abteilungen bei der Kantonspolizei auf drei Majorsfunktionäre verteilt. Daniel Wunderlin, machen Sie einmal eine Liste. 1999 und 2005, nehmen Sie die Departemente und schreiben Sie die Stellen auf. Dann machen Sie einen Prozentsatz zum Zuwachs. Sie werden noch auf die Welt kommen und sehen, wo frischer Wind allenfalls nicht schaden würde.

In einem erheblich komplexeren Umfeld bezüglich Gesellschaft und rechtlichen Anforderungen an die Polizeiarbeit sind 80 Informatikapplikationen in Betrieb, davon werden 20 vom Bund verwaltet. Wir haben in all diesen Jahren für die Gewährung der bestmöglichen Sicherheit verschiedene Professionalisierungsmassnahmen ergriffen. Wir haben die Interventionseinheit professionalisiert. Wir haben eine Observationseinheit herangezogen und wir haben die Informatikdienste notwendigerweise verstärkt. Das verstärkte auch die Koordination der Einsatzkräfte. Nun müssen wir feststellen, dass wir das Budget nur mit Reduktion von Personal einhalten können. Meine Polizei hat im Moment 90'000 Überstunden. Sie nehmen das als selbstverständlich hin und betrachten es als verfehlte Personalpolitik. Wir können das im Moment mit einer Million etwas herabmindern. Das nächste WEF und die Euro werden kommen und

lassen bereits jetzt grüssen. Wir können die bestmögliche Sicherheit im Departement inskünftig nur noch gewährleisten, wenn entweder die Einsatzkräfte klar konzentriert werden, wenn die Rekrutierung reduziert wird und die Postenöffnungszeiten angepasst werden oder wenn zusätzliche Mittel bereitgestellt würden. Ich habe die Polizeileitung gebeten, mir zu zeigen, wie wir diese Budgetvorgabe am besten einhalten können und wo es am wenigsten weh tut. Da hat mir die Polizeileitung drei Varianten vorgestellt. Wir haben uns auf eine Variante geeinigt. Der Polizeikommandant hat dies gestern der gesamten Regierung vorgestellt. Ich werde nächsten Mittwoch noch das Gespräch mit dem Polizeibeamtenverband führen, um nachzufragen, ob von Seiten des Verbandes noch andere Vorschläge kommen. Der Polizeikommandant hat mir gesagt, dass mit diesen Massnahmen die objektive Sicherheit gehalten werden kann, die Patrouillentätigkeit auf gleichem Niveau bleibt wie früher und dass die nächtliche und sonntägliche Schliessung von zwei der sechs Dienststellen angesichts der geringen Nachfrage und den Alternativen vertretbar sei. Es würden die Bezirkswachen City, Spiegelhof und Bezirkswache Ost nachts und an Sonn- und Feiertagen geschlossen, die Bezirkswachen Kleinbasel und die Bezirkswache West, der Autobahnstützpunkt und die Polizeiwache Riehen blieben unverändert während 365 Tagen im Jahr 24 Stunden für die Bevölkerung geöffnet. Geschlossen werden müssen die Nebenstandorte Breite, Horburg und Wiesendamm. Diese Lücken könnten wir im operativen Bereich mit dem dadurch frei werdenden Personal aufstocken. Es gäbe keine Polizeischule im Jahr 2006/2007. Das schmerzt mich besonders, weil da die Eröffnung der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch ansteht. Gemäss Polizeileitung könnte im Jahr 2007/2008 eine kleine Polizeischule von maximal zehn Personen besetzt werden. Damit wären bereits personelle Schwierigkeiten für künftige Polizeigenerationen programmiert. Dies einfach mit einer verfehlten Personalpolitik in den vergangenen Jahren abzutun, weil jeder mit einem Sternlein mehr Lohn bekommt, ist etwas zu leicht. Dann kommt noch hinzu, dass wir 42 Leute bei der Grenzpolizei haben. Als wir das als A+L Massnahme angemeldet haben, haben wir nicht damit gerechnet, dass wir zusätzlich noch Personal abbauen müssen. Im Übrigen verweise ich auf die Bemerkungen, die im Anschluss an die Interpellationsbeantwortung von Markus Benz in Sachen Feuerwehr gemacht habe. Das sind Facts, nach Polizeispitze vertretbar und machbar. Ebenso klar für mich, dass ich mich an den Sparbemühungen der gesamten Regierung beteiligen muss. Andere Möglichkeiten haben wir im Sicherheitsdepartement nicht. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

Baudepartement

Antrag

BD 651 Hochbau- und Planungsamt (Budgetbuch Seite 158)

Joël Thüring und Konsorten beantragen eine Kürzung von CHF 4'989'484.

Joël A. Thüring (SVP): Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich kurz fassen. Warum hat die SVP-Fraktion einen Kürzungsantrag um 20% eingereicht? Ich kann Ihnen einige Beispiele nennen: Bahnhof SBB, der Zentralbahnplatz spricht für sich und geht auf das Konto des Hochbauamtes. Was dort alles schief gelaufen ist, haben Sie schon mehrmals in den Zeitungen gelesen und merken Sie, wenn Sie über diesen Platz laufen, falls Sie es überleben. Wenn Sie Pech haben, kommen Sie unter das Tram. Ein weiteres Beispiel ist Boulevard Clara. Da ist mir gar nichts klar. Die Clarastrasse ist zu einem Schandfleck geworden. Die erhoffte Aufwertung ist nicht gelungen, auch das geht auf das Konto des Hochbau- und Planungsamtes. Nun ist man daran, einige Veränderungen dort durchzuführen, um es wieder zu korrigieren. Wir haben es damals schon gesagt, dass das nichts wird mit dem Boulevard Clara. Ein nächstes Debakel, ich möchte es nicht prophezeien, aber es wird wahrscheinlich eintreffen, wird der Boulevard Güterstrasse. Das sind Kosten, die durch das Hochbau- und Planungsamt verursacht worden sind. Kosten, die dem Steuerzahler zulasten gehen und die aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt sind, wenn wir die Endprodukte anschauen.

Es ist oftmals so, dass weniger mehr ist. Genau das ist unser Anliegen im Hochbau- und Planungsamt. Wenn wir ein paar weniger dieser hoch bezahlten Planer, Architekten und Ingenieure haben, dann haben wir vielleicht auch einige Baudebakel in Basel weniger zu beklagen. Das ist die Konsequenz. Vielleicht hilft es, wenn wir eine Kürzung von 20% beschliessen, dass dort abgebaut wird, wo bisher nur Beschäftigungstherapie betrieben wurde. Diese Planer müssen ja mit irgendetwas beschäftigt werden. Sie haben Ideen, aber es kann nicht im Sinne des Steuerzahlers sein, dass sie die Selbstverwirklichung dieser Planer finanzieren. In diesem Sinne bitte ich Sie, diesem Kürzungsantrag zuzustimmen.

Daniel Wunderlin (SP): Es ist schon ein wenig langweilig, aber dieser Hüftschuss der SVP, 20% zu kürzen, ist sehr undifferenziert. Wenn ich Baudirektorin wäre, dann wüsste ich schon, wo man kürzen könnte. Aber das würde ja nur der SVP weh tun. 20% pauschal zu kürzen sind unrealistisch. Es wird damit nicht gesagt, wo gespart werden soll. Das Baudepartement hat bewiesen, dass es sparen kann. Letztes Jahr wurde versucht, 10% bei den Investitionen beim Tiefbauamt zu sparen, wir haben dann darauf verzichtet. Das Baudepartement hat 10% eingespart, weil die Baufirmen tiefere Margen hatten und das Baudepartement billiger bauen konnte. Das hat dazu geführt, dass das Investitionsniveau nicht ausgeschöpft wurde. Das Baudepartement macht in dieser Hinsicht eine gute Arbeit. 20% zu kürzen ist ein Versuch, den man ablehnen kann, weil er politisch untauglich ist.

RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD): Ich empfehle dem geneigten Leser die Seite 23, wo die Zahlen des Baudepartements kurz zusammengefasst sind. Ich nehme dazu Stellung. Joël Thüring hat gesagt, das Hochbauamt soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Seit ich vor ein paar Stunden diesen Antrag gesehen habe, habe ich darüber nachgedacht, an welchen Projekten die Leute im Hochbauplanungsamt gerade arbeiten. Es gibt die Planung St. Jakob, angeregt durch die Stadiongenossenschaft, weil das Stadion grösser werden muss und weil die Euro 08 vor der Türe steht, den Dreispitz Richtplan, angeregt durch die private Grundeigentümerschaft und diverse Beteiligte aus dem Kanton Basellandschaft, Transformation Hafen St. Johann, angeregt durch die Firma Novartis, das Erlenmattprojekt, angeregt durch die private Grundeigentümerschaft. Ich möchte Ihnen damit aufzeigen, dass im Hochbauplanungsamt keine Beschäftigungstherapie betrieben wird, sondern dass die Leute kurzfristig und intensiv für Planungen, die von privater Seite gewünscht werden, freigestellt werden müssen. Joël Thüring, Sie waren nicht dabei, aber das sind alles Projekte, die im Grossen Rat intensivst diskutiert worden sind und das grüne Licht kam von hier. Die Rückweisungsmöglichkeiten, im Gegensatz zu einigen anderen Ausgaben in der Verwaltung, haben Sie bei den Investitionen. Sie haben jeweils sehr detaillierte Möglichkeiten auf die Gestaltung und die Finanzen zu reagieren.

Ich bitte Sie diese demokratischen gewünschten und gepflegten Mittel einzusetzen, und hier nicht mit einem Hüftschuss 20% irgendwo einzusparen. Das ist relativ unseriös und ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen den Kürzungsantrag **abzulehnen**.

Gesundheitsdepartement

Philippe Pierre Macherel (SP): Ich komme mir vor wie der alte Cato, der bei jedem Votum sagt, dass er der Meinung sei, Karthago gehöre zerstört. Immerhin wurde Karthago später tatsächlich zerstört. Ich komme nicht wegen Karthago, sondern wegen des Universitätsspitals. Seit Jahren finden wir beim Universitätsspital immer wieder Budgetüberschreitungen in der Grössenordnung von CHF 6,5 und CHF 25 Millionen, einerseits beim Verbrauchsmaterial, andererseits beim Personal. Im vorliegenden Budget 2006 wurden die Aufwände für das Personal zum ersten Mal realistisch budgetiert, nämlich CHF 20 Millionen höher als in den Vorjahren. Ich habe immer gesagt, dass mich diese Art der Budgetierung, die mit Budgetüberschreitungen rechnet, stört. Ich finde es notwendig, dass auch ein grosser Betrieb korrekt budgetiert. Es wird gesagt, dass der ordentliche Nettoaufwand nicht verändert wird, indem höhere Einnahmen budgetiert werden. Es werden CHF 416 Millionen budgetiert. Das wurde 2004 tatsächlich auch erreicht. Allerdings hatten wir dort Sonderfaktoren, indem Rechnungen aus den Vorjahren nachträglich eingebucht wurden. Es überzeugt mich nicht, dass der ordentliche Nettoaufwand nicht erhöht wird. Ich bin gespannt auf das Jahr 2007, wenn wir die Rechnung für das Jahr 2006 vorliegen haben. Ich werde mich dann wieder à la Cato melden. Ich werde nicht jedes Votum, das ich bis dann halten werde, mit dem Satz abschliessen: Übrigens sollte das USB endlich korrekt budgetieren.

RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD): Die Kritik betreffend Budgetierung der Personalausgaben ist berechtigt. Wir haben das verschiedentlich in der Finanzkommission dargelegt. Es war ein technischer Überhang aus früheren Zeiten, den wir versucht haben zu bereinigen, was uns auch tatsächlich gelungen ist. Die Finanzkommission kann Ihnen die Details dazu zeigen. Die Zahlen sind jetzt realistisch im Vergleich zu dem, was tatsächlich erreicht wird. Zur Budgetierung der Einnahmen teile ich Ihre Auffassung nicht. Es gilt, gerade in einem Betrieb wie einem Universitätsspital, das Prinzip der vorsichtigen Budgetierung. Ich kann und will mich nicht auf eine maximal mögliche Ertragskonstellation einstellen, die nicht sicher erreicht werden kann. Entscheidend ist, dass man eine erwartete Ertragslage budgetiert, wie sie sich aus einem Durchschnitt ergibt. Wenn man speziell gut wirtschaftet in einem Jahr, dann kann es auch mehr sein. Abgesehen davon, dass, wenn wir die Erträge auf das Maximum budgetieren würden, wir eine künstliche Verbesserung des Budgets hätten. Das ist insgesamt nicht ehrlich, weil man nur mit durchschnittlichen Erträgen der vergangenen Jahre wirklich rechnen kann. Eine kleinste Veränderung kann sofort Ertragseinbussen in zweistelliger Millionenhöhe verursachen, je nach Tarifentscheid, der vom Bundesrat gefällt wird. Berechtigte Kritik bei der Budgetierung der Personalkosten, bei den Erträgen möchte ich am Prinzip der vorsichtigen Budgetierung festhalten.

Wirtschafts- und Sozialdepartement

Gabi Mächler, Präsidentin der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission: Ich möchte nur zwei kurze Sätze zum Globalbudget für den Bereich öffentlicher Verkehr machen, das dieses Jahr zum ersten Mal vorgelegt wird. Die UVEK beantragt Ihnen einstimmig Zustimmung. Wir stellen keine Anträge, sondern möchten zwei starke Wünsche beim WSD deponieren. Die Indikatoren sollten in zwei Punkten ergänzt werden. Einerseits soll der Modalsplit für Zu- und Wegfahrten von und nach Basel aufgenommen werden. Und andererseits soll nicht nur bei Tram und Bus, sondern auch bei der Regio-S-Bahn ein Indikator zum Qualitätsstandard aufgenommen wird. Wir hoffen, dass diese zwei Anregungen, die in der Diskussion gut aufgenommen wurden, in nächstjährigen Globalbudget integriert sind.

RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD): Ich möchte etwas zur Sozialhilfe sagen, obwohl es schon spät ist. Ich habe Verständnis, dass sowohl die Finanzkommission als auch verschiedene Votantinnen und Votanten auf die Entwicklung in der Sozialhilfe hingewiesen haben. Ich kann Ihnen versichern, dass wir diese Entwicklung nicht nur intensiv beobachten, sondern seit Jahren verschiedenste Massnahmen getroffen haben. Die Ursachen für die Entwicklung sind sehr breit. Es sind gesellschaftliche Ursachen, wir haben Arbeitsplätze, die wegrationalisiert worden sind, wir haben Verlagerungen, wir haben 20'000 Arbeitsplätze weniger etc. Man darf den Staat nicht überfordern, indem man einfach erwartet, dass der Staat diese Probleme schnell lösen kann. Das ist nicht der Fall. Wir werden alle Aktivitäten bestmöglich koordinieren. Wir haben verschiedene Departemente, die heute in diesen Bereichen schon sehr viel tun und wir haben ein Signal zu zwei Grundsätzen gegeben. Einerseits die Teillohnprojekte und andererseits das Gegenleistungsprinzip, dem wir zum Durchbruch verhelfen möchten. Ich möchte Ihnen trotz aller Sorge, die wir haben, einen kleinen Lichtblick geben. Wenn Sie nur den Bericht der Finanzkommission anschauen, dann könnte man den Eindruck gewinnen, dass die Dynamik ungebrochen ist und es sogar noch schlimmer werde. Es heisst im Bericht, dass das Defizit der Sozialhilfe um 30% zunehmen werde. Das ist nur richtig, wenn Sie die Budgets vergleichen. Das Problem ist vor allem vom Jahr 2003 ins Jahr 2004 entstanden, und vom Jahr 2004 auf 2005. Zwischen 2003 und 2004 hatten wir einen Zuwachs von 20%, von 2004 auf 2005 hatten wir einen Zuwachs von 13%. Verstehen Sie mich nicht falsch, das ist natürlich viel zu viel. Aber wenn Sie das anschauen, dann rechnen wir von 2005 auf 2006 mit einem Zuwachs von etwa 3%. Wir haben seit dem Frühsommer in der Sozialhilfe eine Stagnation. Verbesserungen in der Wirtschaft brauchen viel Zeit, bis sie sich auf den Arbeitsmarkt auswirken und danach auf die Sozialhilfe. Wir sind sicher, dass es nicht mehr in diesem Tempo weitere Verschlechterungen geben wird, wie in den letzten Jahren. Dies trotz allem als kleiner Lichtblick.

Zum Globalbudget ÖV. Bitte beachten Sie die Produktegruppen. Sie haben eine klare Gliederung. Es gibt die Produktegruppe Tram und Bus. Sie bestimmen die Mittel, die wir im städtischen Netz haben. Hier haben wir den grössten Spielraum. Dann haben wir die Produktegruppe, bei der wir die Regio-S-Bahn haben. Das sind grenzüberschreitende Bahnlinien. Dort sind wir Juniorpartner. Und schliesslich die Tarife, dort haben wir in erster Linie den Beitrag ans U-Abo.

Sie haben ein Schreiben von der Finanzkommission und der UVEK erhalten, wo das Globalbudget im Anhang beiliegt. Ich möchte Ihnen beantragen, diesem Globalbudget zuzustimmen.

Sitzungsunterbruch: 18:14 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung

15. Dezember 2005, 09:00 Uhr

Mitteilung

Der Präsident verabschiedet **Hans Peter Wessels** als Mitglied des Grossen Rates und wünscht ihm für die weitere berufliche Tätigkeit als Wirtschaftsförderer alles Gute. [Applaus]

Der Präsident begrüsst auf der Zuschauertribüne eine Klasse des Leonhard-Gymnasium.

Forsetzung Budget 2006

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 1 Stimme das Globalbudget Öffentlicher Verkehr:

I.

Gestützt auf das Programm für den öffentlichen Verkehr (ÖV-Programm) für die Jahre 2006-2009 setzt sich das Globalbudget ÖV für das Jahr 2006 wie folgt zusammen:

- Produktgruppe 1 Tram und Bus CHF 43'882'308
- Produktgruppe 2 Regio S-Bahn CHF 1'487'500
- Produktgruppe 3 Tarife und Verbünde CHF 19'900'000
- Infrastruktur (Plafond, Vorhaben in IÜL) CHF 30'000'000

II.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Behörden

Antrag

Ombudsman 4100 (Budgetbuch Seite 206)

Joël Thüring und Konsorten beantragen eine Kürzung von CHF 40'500.

Tommy E. Frey (SVP): Auch ich habe das Vergnügen, einen Kürzungsantrag der SVP vertreten zu dürfen. Ich möchte alle bitten, die unsere Anträge nicht nur aus Prinzip ablehnen, ihre Aufmerksamkeit auf das Konto 315 Übriger Unterhalt der Dienststelle Ombudsman auf Seite 206 zu richten. Während 2005 CHF 3'300.- budgetiert waren, sollen 2006 einmalig CHF 60'500.- budgetiert werden. Wir haben Verständnis dafür, dass durch die Besetzung der Ombudsstelle durch zwei Personen kleinere Änderungen am Arbeitsplatz notwendig werden. Dafür CHF 60'000.- zu budgetieren, scheint uns angesichts der angespannten Staatsfinanzen etwas vermessen. Deshalb beantragen wir die Kürzung auf CHF 20'000.-. Bitte stimmen Sie dem zu.

Hanspeter Gass, Präsident Finanzkommission: Auch uns ist dieser Betrag aufgefallen. Wir hatten eine Aussprache mit den beiden neuen Stelleninhabern der Ombudsstelle zusammen mit der vorgesetzten Dienststelle, das ist in diesem Fall der Präsident des Grossen Rates. Wir haben uns die Detailbudgets zeigen lassen. Durch die Neubesetzung der Stelle auf zwei Personen, sind räumliche Anpassungen notwendig. Die EDV muss angepasst werden. Es bestand ein Wunsch nach neuem Mobiliar. Das jetzige Mobiliar ist seit 18 Jahren in Betrieb. Die Leute, die jetzt dort arbeiten, wollten funktionelleres Büromobiliar haben. Wir haben dieses Budget angeschaut und ich beantrage Ihnen, es so zu belassen wie es ist. Wir können dahinter stehen und wir haben es mit den Vertretern der Ombudsstelle besprochen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 16 Stimmen den Kürzungsantrag **abzulehnen**.

Schlussabstimmung

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 4 Stimmen, unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der vom Regierungsrat am 13. September 2005 verabschiedete und dem Grossen Rat vorgelegte Voranschlag der Erträge und Aufwendungen der Verwaltungsrechnung und der staatlichen Unternehmungen für das Jahr 2006 wird mit folgenden Änderungen **genehmigt**:

I.

In der **Laufenden Rechnung**

Die **Aufwendungen** des regierungsrätlichen Voranschlages von	3'909'431'912
vermehren sich um	75'650'164
auf	3'985'082'076
und vermindern sich um	227'592'611
auf	3'757'489'465
Die **Erträge** des regierungsrätlichen Voranschlages von	3'859'794'810
vermehren sich um	3'910'076
auf	3'863'704'886
und vermindern sich um	154'532'523
auf	3'709'172'363

Die laufende Rechnung des Budgets 2006 verbessert sich um CHF 1'320'000 und schliesst entsprechend mit einem Aufwandsüberschuss von CHF 48'317'102.

II.

In der **Investitionsrechnung**

Die **Ausgaben** des regierungsrätlichen Voranschlages von	332'180'000
vermehren sich um	30'000'000
auf	362'180'000
und vermindern sich um	35'000'000
auf	327'180’000
Die **Einnahmen** des regierungsrätlichen Voranschlages von	70'480'000
vermehren sich um	0
auf	70'480’000
und vermindern sich um	0
auf	70'480’000

Der Saldo der Investitionsrechnung des Budgets 2006 schliesst mit einem Saldo von CHF 256'700’000.

III.

Die Selbstfinanzierung reduziert sich um CHF 17'180’000 auf CHF 209'954'644. Der Finanzierungssaldo verändert sich um CHF 12'180'000 auf CHF -46'745'356.

IV.

Die Jahresrate der gebundenen Ausgaben (grösser CHF 300'000) auf der Investitionsübersichtsliste für das Jahr 2006 werden genehmigt. Die neuen Ausgaben über CHF 300'000 werden unter dem Vorbehalt der Genehmigung der sie betreffenden Ausgabenberichte bzw. Ratschläge durch den Grossen Rat bewilligt. Die Globalbudgets der Museen werden genehmigt.

V.

Die gebundenen Ausgaben auf der Investitionsübersichtsliste für das Jahr 2006 werden genehmigt.

VI.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Die Anträge der Finanzkommission zum Budget 2006 und die Änderungen der Investitionsübersichtliste sind im Kantonsblatt Nr. 98 vom 17. Dezember 2005, Seiten 1787 – 1805 publiziert.

6. Schreiben des Regierungsrates betreffend Rückzug des Ausgabenberichts betreffend Kredit für einen Investitionsbeitrag an die Trambeschaffung BLT/BVB.

[15.12.05 09:13:19, UVEK, WSD, 05.0457.0]

Der Regierungsrat beantragt, den Rückzug des Ausgabenberichts Nr. 05.0457.01 im Sinne von § 18 der Geschäftsordnung des Grossen Rates zu genehmigen.

Gabi Mächler, Präsidentin der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission: Sie haben ein Schreiben des Regierungsrates erhalten, dass der Ausgabenbericht, der bereits im September dem Grossen Rat zugestellt worden war zu einem Investitionsbeitrag für die Trambeschaffung, zurückgezogen wird. Auf die formellen Gründe will ich nicht eingehen. Wir können es nachvollziehen, dass mit der neuen Gesetzgebung im BVB OG nicht mehr alle Investitionen im Grossen Rat beschlossen werden. Wir haben das bei der Abstimmung zum BVB OG gutgeheissen. Ich möchte hier bekräftigen, was ich gestern zur Debatte beim ÖV-Programm gesagt habe, nämlich der Wunsch, dass die Regierung den Grossen Rat frühzeitig über grosse Investitionsvorhaben in Kenntnis setzt. Sie haben das Geschäft vielleicht gelesen, und gesehen, dass eine grosse Beschaffung von neuen Trams zusammen mit der BLT ansteht. Wir haben uns im Rahmen unserer Klausur von Urs Hanselmann von der BLT informieren lassen und haben das inhaltlich gut befunden. Wir sehen an diesem Beispiel, dass es wichtig ist, dass der Grosse Rat nicht erst, wenn er eine millionenschwere Investitionsausgabe beschliessen muss, über die Strategien bei grossen Beschaffungen informiert wird, sondern frühzeitig in Kenntnis gesetzt wird. Man hätte das Geschäft gut noch laufen lassen können und hätte ein Signal von parlamentarischer Seite erhalten, dass es in Ordnung ist. Ich hoffe, die Regierung findet andere Wege, um frühzeitig grosse Investitionen in den Rat zu tragen. Wir stellen Ihnen keinen anderen Antrag. Wir nehmen zur Kenntnis, dass dieser Ausgabenbericht zurückgezogen wird.

Patrick Hafner (SVP): Ich möchte die Gelegenheit nutzen, kurz zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Ich habe mich gewundert, als ich das auf dem Tisch hatte, wusste ich doch, dass die BVB solche Investitionen in Zukunft eigenständig tätigen wird. Positiv finde ich, dass wir im Bericht sehen, dass eine gemeinsame Beschaffung mit der BLT geplant ist. Ich möchte anregen, dass man die alten Trams, wenn man die neuen beschafft hat, nicht zu früh verschenkt, man weiss nie, was mit den neuen ist. Ich möchte auch anregen, dass man die Combinos an die Siemens zurückschickt und den Kauf rückgängig macht. Dies ist gemäss Aussagen des Regierungsrates möglich. Er hat uns das hier im Rat ausdrücklich bestätigt.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, dem Antrag des Regierungsrates auf Rückzug des Ausgabenberichtes Nr. 05.0457.01 betreffend Investitionsbeitrag an die Trambeschaffung BLT/BVB zuzustimmen.

Fortsetzung der Beratungen vom 7. Dezember 2005, 22:00 Uhr

13. Ratschlag betreffend Ausrichtung von Betriebskostenbeiträgen an Basel Tourismus für die Jahre 2006 bis 2009.

[15.12.05 09:17:41, WAK, WSD, 04.2117.01]

Fernand Gerspach, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission: Leider wurde durch die schmerzliche Mitteilung des Todes unserer Ratskollegin Bernadette Herzog die Behandlung dieses Geschäftes jäh unterbrochen. Ich möchte in wenigen Sätzen nochmals auf die Ausrichtung von Betriebsbeiträgen für Basel Tourismus 2006 bis 2009 eingehen.

Antrag der Regierung: Das bestehende Subventionsverhältnis mit Basel Tourismus läuft am 31. Dezember 2005 aus. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, das Subventionsverhältnis zu erneuern und einen nicht indexierten Betriebsbeitrag von jährlich CHF 1,84 Millionen für die Jahre 2006 bis 2009, total CHF 7,36 Millionen, auszurichten. Für die Periode 2006 bis 2009 wird der Betrag um CHF 145'000.- gekürzt. Im Bericht des Regierungsrates wurde die Entwicklung bei Basel Tourismus in den Jahren 2002 bis 2005 ausführlich dargelegt und als äusserst erfreulich beurteilt.

Antrag von Basel Tourismus: Basel Tourismus ersuchte den Kanton um eine ungekürzte Fortführung der Subvention. Gleichzeitig stellte Basel Tourismus in Aussicht, verschiedene Leistungsvarianten auszuarbeiten.

Höhe der Subvention: Für den Regierungsrat ist unbestritten, dass der Kanton auch in den nächsten vier Jahren Basel Tourismus mit der kantonalen Tourismusförderung betrauen will. Der Regierungsrat hat beschlossen, dem Grossen Rat einen jährlichen Unterstützungsbeitrag zur Bewilligung vorzulegen, der um 7% tiefer liegt als der bisherige Beitrag.

Kommissionsbeschluss: Die Kommission beschliesst mit elf Ja-Stimmen, bei zwei Enthaltungen, den Ratschlag betreffend Ausrichtung von Betriebskostenbeiträgen an Basel Tourismus für die Jahre 2006 bis 2009 dem Grossen Rat zur Genehmigung vorzuschlagen und Basel Tourismus für die Jahre 2006 bis 2009 einen nicht indexierten Betriebsbeitrag von jährlich CHF 1,84 Millionen für die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen zu gewähren.

RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD): Vor vier Jahren haben Sie auf Antrag des Regierungsrates eine deutliche Aufstockung des Betriebsbeitrags an Basel Tourismus beschlossen von CHF 1,3 auf fast CHF 2 Millionen. Sie versprachen sich von dieser Investition einen Aufbruch zu neuen Ufern, basierend auf einer fairen Abgeltung der vom Kanton gewünschten Leistungen. Der Wille des Parlaments hat sich eindrücklich erfüllt. Dank der von uns propagierten Fokussierung auf die touristischen Kernaufgaben, der hervorragenden Arbeit des damals noch neuen Direktors, des gesamten Teams sowie des Präsidenten und des stark verkleinerten Vorstandes ist es Basel Tourismus gelungen, eine wesentlich höhere Produktivität und Leistung zu entfalten. Dafür gebührt Basel Tourismus Dank und Anerkennung. Die Tourismusorganisation hat damit zum Aufblühen des Tourismus beigetragen. Der Regierungsrat möchte seinen Teil dazu beitragen, dass der Erfolg von Basel Tourismus und des Tourismus in Basel in den nächsten Jahren anhalten möge, besonders bei der Vermarktung von Basel als Kongressstandort sind noch weitere Fortschritte möglich und erwünscht. Daneben soll die übrige touristische Vermarktung auf einem hohen Niveau weitergeführt werden und die Gäste, die nach Basel kommen, sollen professionell informiert und freundlich beraten werden. Für die Leistungen, die im Ratschlag dargestellt werden, beantragen wir Ihnen für die Jahre 2006 bis 2009 einen jährlichen Kredit von CHF 1,84 Millionen. Dies bedeutet eine Kürzung um rund 7%, die wir im Rahmen des Sparprogramms Aufgaben und Leistungen vornehmen müssen und sachlich gut verantworten können. Dank der finanziellen Vorleistung des Kantons ist es Basel Tourismus gelungen, die privaten Mittel markant und nachhaltig zu steigern. Basel Tourismus ist heute wesentlich besser im Markt positioniert und damit weniger abhängig von der Subvention als vor vier Jahren. Zudem sind aufgrund der stark gestiegenen Übernachtungen die Einnahmen aus der Gasttaxe, die überwiegend Basel Tourismus zugute kommen, stark angestiegen. Aus dem kleinen Teil dieser Erträge, rund 3%, die an den Kanton gehen, sind wir zudem bereit sinnvolle Projekte von Basel Tourismus vermehrt mit zu finanzieren. Schliesslich bleibt die reduzierte Subvention im Vergleich zu anderen Schweizer Städten respektabel. Auch zu diesem Punkt finden Sie alles nähere im Ratschlag.

Was sind die Folgen einer leicht reduzierten Beteiligung des Kantons? Zusammengefasst kann man sagen, dass der Kanton leicht weniger Leistung erhält als mit einer ungekürzten Subvention. Die künftigen Leistungen sind immer noch höher als Regierungsrat und Basel Tourismus vor vier Jahren vereinbart hatten. Das heisst, wir erhalten mehr Leistung pro Franken. Der Grund liegt darin, dass es Basel Tourismus gelangen ist, die Produktionskosten deutlich zu senken und das verdient unsere Anerkennung. Insgesamt führt die leicht tiefere Subvention dazu, dass die vom Regierungsrat verfolgten Ziele, namentlich der Ausbau des Kongressmarketings, erreicht werden können. Zudem konnte Basel Tourismus Rückstellungen bilden, die den bevorstehenden Umbau oder sogar einen Auszug aus dem heutigen Standort Stadtcasino ermöglichen würden. Schliesslich ist uns durchaus bewusst, dass Ausgaben im Bereich der Standortförderung teilweise auch den Charakter von Investitionen haben. Deshalb haben wir nur eine massvolle Kürzung vorgenommen.

Ich bitte Sie, unserem Antrag unverändert stattzugeben.

Bruno Suter (SP): **beantragt eine Erhöhung um CHF 1000**.

Im Namen der SP-Fraktion beantrage ich Ihnen, den von der Regierung vorgelegten Vertrag zu genehmigen inklusive Kürzung. Allerdings mit einer Ergänzung, ein Erhöhungsantrag. Er liegt auf dem Tisch des Hauses. Dieser Antrag hat schon diverses Kopfschütteln hervorgerufen. Ich nehme sonst nicht viel Zeit dieses Rates in Anspruch, deshalb nehme ich mir die Freiheit hier ein paar Minuten Ihre Aufmerksamkeit zu beanspruchen.

Es handelt sich um einen symbolischen Antrag. Ich habe im Vorfeld verschiedene Gespräche geführt, kein Millimeter war möglich, insofern habe ich auf diesen symbolischen Antrag bestanden. Der Antrag impliziert, dass Basel Tourismus bis anhin den schwul/lesbischen Veranstaltungskalender doux bâle mit CHF 1000.- pro Jahr unterstützt hat. Diese CHF 1000.- sind ein Viertel des Budgets dieses Kalenders. Es ist weniger als ein Tausendstel dieses Basel Tourismus Budgets. Ich möchte Ihnen drei Gründe nennen, weshalb Sie meinem Antrag folgen mögen.

Die Partyszene, insbesondere die schwul/lesbische Partyszene wandert nach Zürich ab. Schwule Leute sind durchaus kaufkräftig und es wäre interessant, sie in Basel zu halten. Statt Gratisläckerli in Düsseldorf könnte man hier eine kleine Geste machen. Grosse deutsche Städte unterstützen aktiv diese Szene. Hier wäre es eine kleine passive Unterstützung. Es wäre eine Wertschätzung. Es fliessen sonst keine Gelder in diese Szene. Diese Geste würde gut ankommen. Wir sind uns gewohnt, bei Eröffnungen von Kulturevents wohlwollende Worte zu hören. Jetzt hätte ich gerne noch drei Nullen dahinter.

Es gibt auch gesundheitspolitische Aspekte. Nur aus gutem Selbstvertrauen heraus, kann selbstverantwortliches Handeln wachsen, weiss auch das Bundesamt für Gesundheit im Rahmen von aidspräventiven Massnahmen. Das ist ein kleiner Mosaikstein, um das Selbstvertrauen zu ermöglichen, indem Events stattfinden und darauf hingewiesen werden kann.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den symbolischen Antrag zu unterstützen und das Budget zu genehmigen und um CHF 1000.- pro Jahr zu erhöhen.

Hansjörg M. Wirz (DSP): Man darf an dieser Stelle die grossartige Leistung, die Basel Tourismus in den vergangenen vier Jahren zugunsten Basel erbracht hat, würdigen und allen, die dazu beigetragen haben, danken. Wir dürfen dabei auch die volkswirtschaftliche Leistung, die Basel Tourismus mitgeholfen hat zu erzielen, in Erinnerung rufen. Der Präsident der WAK hat das getan, ich wiederhole ein paar Eckzahlen. Laut einer BAK-Studie 2001/2002 geht hervor, dass die direkte und indirekte Wertschöpfung durch den Übernachtungstourismus im Kanton Basel-Stadt circa CHF 700 bis CHF 800 Millionen pro Jahr erwirtschaftet. Das sind zwei bis drei Prozent des Bruttoinlandproduktes. Eine nicht unbedeutende Zahl, die seither eher noch gestiegen ist. Dazu kommt, dass circa 8000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Tourismus abhängig sind, ohne die Reisebüros und Transportunternehmen.

Warum erwähne ich diese Fakten, die Sie ohnehin im vorliegenden Ratschlag nachlesen können? Ich will damit betonen, dass Ausgaben, wie sie diese Betriebskostenbeiträge darstellen, eigentlich gar nicht Ausgaben im üblichen Sinne sind. Es sind Investitionen, die einen Multiplikatoreneffekt erzielen. Wenn zum Beispiel der Rütimeyerplatz für teures Geld umgestaltet wird, bringt dies keinen einzigen zusätzlichen Touristen nach Basel. Geld, welches wir durch Basel Tourismus in die Marketingaktivitäten und Dienstleistungen für potentielle Touristen und Touristinnen stecken, trägt nachweisbar Früchte. Wir sollten deshalb vorsichtig sein, auch wenn das Geld aus anderen Kässeli kommt, dass wir nicht am falschen Ort investieren beziehungsweise sparen. Mit dem vorliegenden Ratschlag kürzen wir unsere Investitionen in Basel Tourismus um 7%, das heisst um mehr als CHF 580'000.-. Dieser Betrag, wie mir von Basel Tourismus versichert wurde, ist nicht tödlich und dank der eindrücklichen Eigenleistung verkraftbar. Auch dies darf man dieser Organisation hoch anrechnen. Deshalb wehrt sich die DSP nicht gegen diese Kürzung und stimmt dem Beschluss auf Seite 20 zu.

Oskar Herzig (SVP): Die Fraktion der Basler SVP unterstützt den Ratschlag über die Betriebskostenbeiträge an Basel Tourismus für die Jahre 2006 bis 2009 in der vorliegenden Form und lehnt den Antrag der SP-Fraktion ab. Tourismusförderung ist für unsere Stadt eine wichtige, wenn nicht existentielle Aufgabe. Wir können heute auf eine erfolgreiche Entwicklung blicken. Dafür möchten wir Daniel Egloff, seinen Mitarbeiterinnen und dem Vorstand unseren Dank aussprechen. Wenn uns bewusst wird, dass wir für die Kulturförderung allein ein Budget von circa CHF 100 Millionen ausgeben, so kann dies nur finanziert werden, wenn eine entsprechende Wertschöpfung stattfindet. Dieses wird hier durch eine erfolgreiche Tourismusförderung möglich. Die rund 7% Kürzung des Unterstützungsbeitrages ist aufgrund des Sparauftrags unseres Kantons gerechtfertigt. Aus der Sicht der Basler SVP ist noch weiteres Sparpotential vorhanden. Wir richten unseren Blick nicht auf die Betriebskostenbeiträge von Basel Tourismus, sondern auf die unzählige Zweispurigkeit mit dem Basler Stadtmarketing. Wir sind der Meinung, dass diese Organisation in der Basler Verwaltung nichts zu suchen hat und kostengünstiger und effizienter in Basel Tourismus integriert werden sollte. Das Zusammenspiel von privaten Interessenten und der Öffentlichen Hand zeigt hier ein erfolgreiches Miteinander. In diesem Sinne empfiehlt die Fraktion der Basler SVP die Annahme des Ratschlages.

Christophe Haller (FDP): Im Namen der FDP-Fraktion darf ich Ihnen Zustimmung zum Antrag mitteilen. Wir sind froh, dass alle Fraktionssprecher anerkennen, dass Basel Tourismus eine ausgezeichnete Arbeit leistet. In diesem Zusammenhang möchten wir Basel Tourismus für diese gute Arbeit danken.

Den Antrag der SP, so sympathisch und unterstützungswürdig dieser Gedanke ist, müssen wir aus prinzipiellen Gründen ablehnen. Es kann nicht sein, dass aus unserem Kreise Basel Tourismus operative Vorschläge gemacht werden. Sonst haben wir hier 130 Tourismusdirektorinnen und Tourismusdirektoren. Das kann nicht unsere Aufgabe sein. Aus diesem Grund bitten wir Sie, den Antrag der SP-Fraktion abzulehnen.

RR Ralph Lewin, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartementes (WSD): Ich danke Ihnen für die Unterstützung. Auch ich finde den Antrag von Bruno Suter durchaus sympathisch, aber es ist kein adäquates Instrument. Man kann eine Organisation auf diesem Weg nicht verpflichten CHF 1'000.- für etwas bestimmtes einzusetzen. Das fällt in die Kompetenz von Basel Tourismus. Basel Tourismus hat doux bâle während fünf Jahren unterstützt und ist nun der Meinung, dass es nicht mehr zu ihren Aufgaben im Rahmen des Leistungsauftrags gehört. Das ist der Grund, warum Basel Tourismus sich entschieden hat, diese Ausgabe zu streichen. Ich glaube, das können Sie mit einer Bewilligung von zusätzlichen CHF 1'000.- nicht rückgängig machen.

Oskar Herzig hat einmal mehr die Frage nach dem Stadtmarketing aufgeworfen. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Aufgaben sehr klar abgegrenzt sind. Das Stadtmarketing hat andere Aufgaben. Es hat die Aufgabe auch Wohnortmarketing zu betreiben. Es unterstützt internationale Firmen bei der Rekrutierung des Personals, das nach Basel kommen muss. Es kümmert sich um Events, es pflegt die Internetseite www.basel.ch etc. Sie können diese Aufgaben nicht mit der Marketingaufgabe von Basel Tourismus, Gäste nach Basel zu bekommen, vergleichen.

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Fernand Gerspach, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission: Ich bin dankbar, dass von fast allen Votanten die grosse Leistung von Basel Tourismus erwähnt wurde. Betreffend dem Antrag der SP von Bruno Suter bitte ich Sie, dem nicht Folge zu leisten. Es fällt in die Kompetenz von Basel Tourismus, wie sie ihre Gelder einsetzen.

Ich bitte Sie, dem Antrag der Regierung unverändert zuzustimmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Abstimmung

Der Grosse Rat lehnt mit 45 zu 42 Stimmen den Antrag der SP-Fraktion auf Erhöhung um CHF 1000 ab.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Basel Tourismus wird für die Jahre 2006 bis 2009 ein nicht indexierter Betriebsbeitrag von jährlich CHF 1'840'000 für die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen gewährt:

Kostenstelle: 8068320

Kostenart: 365100

Auftragsnummer: 806832090101

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

14. Ausgabenbericht betreffend Alarm- und Brandmeldeanlagen für die BVB-Depots.

[15.12.05 09:41:11, UVEK, WSD, 05.1562.01]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Energie- und Verkehrskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht einzutreten und einen Kredit von CHF 498'000 für Brandmeldeanlagen in BVB-Depots zu genehmigen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabebericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Es wird ein Kredit in der Höhe von CHF 498'000 zu Lasten der Rechnung der BVB 2005 bis 2007 (Position 506'000, SAP 819501025406) zum Bau von Alarm- und Brandmeldeanlagen in den BVB-Depots bewilligt. Der erwartete Investitionsbeitrag der Gebäudeversicherung in der Höhe von 20 Prozent der Investitionssumme (ca. CHF 99'600) wird davon in Abzug gebracht.

Als Jahrestranchen sind vorgesehen:

2005: CHF 166'000

2006: CHF 166'000

2007: CHF 166'000

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

15. Ratschlag betreffend die Erstellung eines Mischwasser- und Havarierückhaltebeckens auf dem Areal der Abwasserreinigungsanlage Basel.

[15.12.05 09:42:13, UVEK, BD, 05.1582.01]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Energie- und Verkehrskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und einen Kredit von CHF 9'904'205 zu bewilligen.

RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD): Sie dürfen heute über eine Investition im Bereich der ARA Basel entscheiden. Eine Investition, die bereits vor Jahrzehnten hätte getätigt werden müssen. Es geht um das Regen- und Havarierückhaltebecken in der ARA Basel. Wenn Sie die Jahresberichte der ProRheno diskutieren und genehmigen, sehen Sie in diesen Jahresberichten auch immer sehr deutlich dargelegt, wie die verschiedenen gemessenen Werte eingehalten oder überschritten werden. In der Regel werden die Werte sehr gut eingehalten. Es gibt einen Vorfall während des Jahres, wo diese Werte nicht eingehalten werden können. Wenn wir ein heftiges Gewitter in der Stadt haben, dann fliesst dieses Wasser sehr schnell und in grosser Kubikmeteranzahl in die öffentliche Kanalisation. Das Wasser wird in der ARA Basel gereinigt und dann unter strenger Beobachtung in den Rhein eingeleitet. Bei einem solchen Gewitter sind die ARA-Anlagen, die einen biologischen Abbauprozess beinhalten, nicht in der Lage, sämtliche Wassermengen zu reinigen. Es fliesst Regenwasser ungereinigt in den Rhein. Es sind Wasser, die unter Umständen mit Schmutz von den Strassen verunreinigt sind. Das ist ein Zustand, der nicht tolerierbar ist. Wir haben stark darauf gedrängt, dass endlich ein solches Regenrückhaltebecken gebaut wird. Das ist ein Becken, das Wasser bei einem starken Gewitter zurückhalten kann, um dann portionenenweise in der ARA gereinigt werden zu können. Aus umweltrechtlicher Sicht ist diese Anlage dringend erforderlich. Es war übrigens eine Auflage an die ProRheno in den 70er Jahren, ein solches Becken zu bauen. Es wurde gebaut, wird aber heute als Vorklärbecken genutzt. Die ARA ist zusammen mit der chemischen Industrie in der ProRheno AG zusammengeschlossen. Die chemische Industrie ist an diesem Rückhaltebecken nicht beteiligt. Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, die ARA Basel reinigt auch einen Teil des Abwassers des Nachbarkantones, hat einen Beitrag gesprochen.

Ich beantrage Ihnen, dass Sie heute dem Ratschlag, so wie er vorliegt, zustimmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für den Kostenanteil des Kantons Basel-Stadt am Bau des Mischwasser- und Havarierückhaltebeckens wird ein Kredit von CHF 9'904'250 (Index April 2005, 110.2 Punkte, ZBI 1998) bewilligt, der den Rechnungen 2005 ff. der ProRheno AG belastet wird.
2. Die Entschädigung für die Landbeanspruchung in der Höhe von CHF 2'012'000 ist der Parzelle 9B 210 der Einwohnergemeinde der Stadt Basel gutzuschreiben, abzüglich der anfallenden Kosten für allfällige Altlasten.
3. Der Beschluss des Grossen Rates gilt unter dem Vorbehalt, dass der Landrat des Kantons Basel-Landschaft den auf diesen Kanton entfallenden Kostenanteil gutheisst.
4. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem Referendum.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

16. Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission des Grossen Rates betreffend Umgestaltung Wettsteinplatz und Neugestaltung Theodorsgrabenanlage.

[15.12.05 09:47:02, UVEK, BD, 05.0897.02]

I.

Die Umwelt-, Energie und Verkehrskommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und für die Umgestaltung des Wettsteinplatzes einen Kredit von CHF 4'482'500 zu bewilligen.

II.

Die Umwelt-, Energie und Verkehrskommission des Grossen Rates beantragt, für die Neugestaltung der Theodorsgrabenanlage einen Baukredit von CHF 1'047'500 zu bewilligen.

Stephan Gassmann, Referent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission: Namens der UVEK darf ich Ihnen den Kommissionsbericht zum Ratschlag betreffend Umgestaltung des Wettsteinplatzes und der Neugestaltung der Theodorsgrabenanlage näher erläutern. Beginnen werde ich mit der Umgestaltung des Wettsteinplatzes.

Sie kennen den Wettsteinplatz. Wenn Sie dort mit dem Auto oder dem Fahrrad durchfahren, dann erweckt er den Eindruck eines Kreisverkehrregimes. Der Ist-Zustand ist so, dass bei den meisten Zufahrten der Rechtsvortritt gilt, mit Ausnahme der Zufahrt aus der Wettsteinallee. Ziel dieses Ratschlags betreffend der Umgestaltung ist es, dass die Verkehrsführung nach dem Umbau im Sinne des Kreisverkehrsregimes erfolgen soll. Es kommt erschwerend dazu, dass sowohl Tram als auch Buslinien dieses Kreisels ihre Haltestellen dort haben. Eine einzigartige Situation eines Kreisverkehrs. Die UVEK behandelte diesen Ratschlag an fünf Sitzungen, was zeigt, dass sich die Kommission intensiv mit der Umgestaltung beschäftigte, wobei sie sich speziell mit der Sicherheit der Fussgänger und des Zweiradverkehrs auseinander gesetzt hat. Aufgrund dieser Diskussion hat das Baudepartement bei der schweizerischen Beratungsstelle für Unfallverhütung, BFU, einen technischen Bericht in Auftrag gegeben. Ebenfalls hat die UVEK eine Stellungnahme bei der Verkehrsabteilung bei der Kantonspolizei Basel-Stadt zur Verkehrsführung im Kreisel eingeholt. Die zukünftige Kreiselanlage wird einzigartig sein. Tram und Bus haben im Kreisel eine Haltestelle, was zur Folge hat, dass die Fussgänger den Kreisel queren müssen. Sowohl die BFU als auch die Verkehrsabteilung erwähnen in ihren Berichten, dass nach dem Umbau die Vorteile gegenüber dem heutigen Zustand überwiegen. Speziell zu erwähnen ist die Vergrösserung der Mittelinsel für den öffentlichen Verkehr, welcher den Fahrgästen des ÖV mehr Sicherheit und Komfort vermittelt. Die BFU erwähnt weiter, dass mit der Umgestaltung die Verkehrssicherheit klar erhöht wird. In den Beratungen der UVEK kam auch der Vorschlag auf, einen neuen Fussgängerstreifen von der Mittelinsel der Tramlinie 2 in Richtung Kunstmuseum zur Theodorskirche zu errichten, welcher den Passanten, die die Kirchgasse benützen, sicher eine Erleichterung bringen würde. Die BFU empfahl aus Sicherheitsgründen auf diesen Fussgängerstreifen zu verzichten, da er zu schnell auf den vorhergehenden folgt und die Aufmerksamkeit der Autofahrer bei zu vielen Fussgängerstreifen nachlässt.

Die UVEK weicht in einem Punkt vom regierungsrätlichen Vorschlag ab. Anders als das Baudepartement sieht die UVEK bei der Verkehrsführung aus Richtung Basel eine einspurige Kreiseleinfahrt, anstatt der im regierungsrätlichen Ratschlag enthaltenen zweispurigen Kreiseleinfahrt beim Wettsteinplatz. Gleichzeitig verlangt die UVEK, dass die separate Velospur bis 20m vor die Kreiseleinfahrt führt. Dies ist eine gesetzliche Regelung. Diese Vorgehensweise empfiehlt auch die BFU in ihrem Bericht, welcher sich die UVEK anschloss. Gleichzeitig fordert die UVEK das BD auf zu prüfen, ob die verbleibenden 20m vom Ende der Velospur bis zur Kreiseleinfahrt zur Sicherheit der Velofahrenden rot eingefärbt werden könnte.

Eine weitere Abweichung gegenüber dem regierungsrätlichen Ratschlag. Die UVEK fordert auf, die im Kreisel vorgesehenen Spurmarkierungen zu verzichten. Warum diese Forderung? Die UVEK ist der Auffassung, dass bei einer einspurigen Verkehrsführung im Kreisel die Sicherheit der Fussgänger und der Velofahrenden stark erhöht wird. In den Spitzenzeiten können, wie bereits heute, zwei Fahrzeuge nebeneinander in den Platz fahren. Wenn sie heute den Wettsteinplatz beobachten, dann fahren die Autos während Spitzenzeiten teilweise dreispurig nebeneinander. Die Verkehrsabteilung steht dieser Forderung ablehnend gegenüber, weil zu viele Flächen ohne Struktur entstehen. Sie meint, dass stärkere Verkehrskategorien diese Flächen dominieren würden. Die UVEK beruft sich bei ihrer Forderung nach Verzicht auf eine Bodenmarkierung auf den Bericht der BFU, welcher festhält, dass eine zweistreifige Verkehrsführung Nachteile mit sich bringen wird, da eine solche zu zahlreichen Spurwechseln führen wird und deshalb vor allem die Verkehrssicherheit des Zweiradverkehrs sowie der Fussgänger beeinträchtigt.

Nun zu einem Punkt, der im regierungsrätlichen Ratschlag nicht enthalten ist. Es geht um die Tramwartehallen, ein Thema, das wir gestern beim ÖV-Programm bereits behandelt haben. Die UVEK ist der Meinung, dass auf dem Wettsteinplatz bei der Traminsel in Richtung Grossbasel sowie bei der Businsel in Richtung Claraplatz je eine Tramwartehalle erstellt werden soll. Ein attraktiver öffentlicher Verkehr verlangt nach einem angemessenen Fahrgastkomfort. Dazu gehören nach Meinung der UVEK auch Wartehallen. Wie Sie bereits vernehmen konnten, wehren sich Stadtbildkommission und Denkmalpflege dagegen, auf dem Wettsteinplatz diese Wartehallen aufzustellen. Sie begründen dies damit, dass ein Wettbewerb für städtebaulich attraktive Wartehallen erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden soll. Gleichzeitig weisen die beiden Organisationen darauf hin, dass auch aus finanziellen Gründen vorerst auf Wartehallen verzichtet werden soll. Die UVEK erachtet es als wichtig, dass ein attraktiver öffentlicher Verkehr einen Fahrgastkomfort anbieten muss. Dies bestätigen die entsprechenden Umfragen in der Bevölkerung und bei den Fahrgästen. Es ist deshalb logisch, dass die UVEK die Argumentation der Denkmalpflege und der Stadtbildkommission nicht folgen kann. Sie beantragt deshalb für die Erstellung je einer Wartehalle in der Grössenordnung von 20 Laufmeter auf der Traminsel in Richtung Grossbasel und einer solchen von 10 Laufmeter bei der Bushaltestelle in Richtung Claraplatz einen Kredit von CHF 300'000.-. Das Baudepartement hat bereits entsprechende Abklärungen vorgenommen und bestätigt, dass eine für den Platz gestalterisch angemessene Lösung gefunden werden kann. Kompensiert werden soll die Aufstockung des Kredits zugunsten der Wartehallen durch eine Senkung des Kredits bei der Neugestaltung der Theodorsgrabenanlage. Damit möchte ich zu dieser Neugestaltung überleiten.

Die UVEK hat sich intensiv mit dieser Neugestaltung auseinander gesetzt. Mehrheitlich ist die UVEK der Auffassung, dass die Aufwertung der Theodorsgrabenanlage zwar wünschbar, aber nicht in allen Punkten notwendig ist. Ein direkter Zusammenhang mit der Umgestaltung des Wettsteinplatzes besteht nur im oberen Teil der Anlage, zwischen Wettsteinplatz und Alemannengasse. Hier sieht auch die UVEK Handlungsbedarf, schlägt aber vor, dass die auf der Seite der Alemannengasse geplante selbstreinigende Toilettenanlage auf Seite der Wettsteinstrasse erstellt werden soll. Im unteren Teil der Theodorsgrabenanlage, zwischen Alemannengasse und Schaffhauserrheinweg, stellt die UVEK mehrheitlich die Notwendigkeit einer neuen Wegführung und Beleuchtung in Frage. Bei Dunkelheit ist davon auszugehen, dass die Passanten nicht den Weg durch den Park benützen werden, sondern den parallel zur Anlage verlaufenden Theodorsgraben. Deshalb sieht die UVEK vor, dass der um CHF 300'000.- reduzierte Kredit primär für die im oberen Teil der Anlage vorgesehenen Massnahmen sowie den im Aktionsprogramm Stadtentwicklung aufgenommenen Kinderspielplatz im unteren Teil der Anlage verwendet werden soll.

Zu einem Druckfehler im Beschlusstext. Sie haben die korrigierte Fassung vor sich. Bei der Umgestaltung des Wettsteinplatzes im Beschlussestext muss es in der dritten Zeile richtigerweise heissen: CHF 4'482'500 und im Grossratsbeschluss zur Neugestaltung des Theodorsgrabenanlage im Beschluss 1 unter 2007: CHF 847'500. Sie haben diese korrigierten Fassungen letzten Mittwoch auf Ihren Tischen vorgefunden.

Namens der UVEK beantrage ich Ihnen, dem Ratschlag zur Umgestaltung des Wettsteinplatzes und der Neugestaltung der Theodorsgrabenanlage mit den im Bericht der UVEK erwähnten und von mir erläuterten Änderungen zuzustimmen.

RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD): Der Wettsteinplatz ist eine dieser Verkehrsanlagen in der Stadt, die am dringendsten saniert werden muss. Der Wettsteinplatz wurde seit Jahren zurückgestellt, einerseits weil die beantragten Mittel für eine umfassende Sanierung sehr hoch sind, andererseits weil dieser Platz von der Verkehrsführung her eine Knacknuss darstellt. Wir haben gewartet, bis die BVB mit der Sanierung der Tramgeleise nicht mehr länger warten kann und nun steht die Sanierung des Platzes an.

Die Vorlage, die der Regierungsrat dem Parlament vorgelegt hat, kann als Zwidderlösung bezeichnet werden. Das Ziel ist es, den Kreisel auch verkehrstechnisch zu einem Kreisel zu gestalten, sodass die mittlerweile bekannten und geübten Verkehrsregeln gelten, nämlich kein Vortritt bei der Einfahrt in den Kreisel und keine Rechtsvortrittregelung. Die Erschwernisse sind, dass in diesem Kreisel auch ein Tramverkehr und Busspuren gelegt sind und mitten im Kreisel die Haltestellen sind. Die Vorlage ist eine deutliche Verbesserung zur heutigen Situation, weil die Verkehrsregeln klar sind. Die UVEK hat sich intensiv mit der Vorlage auseinander gesetzt und hat die Verbesserungsideen ausgearbeitet, wie vor allem der Langsamverkehr, Fussgänger und Velofahrer, zu besseren Lösungen kommen. Ich kann fast allen Vorschlägen der UVEK zustimmen. Die Verlängerung des Fahrradstreifens, die einspurige Einführung in den Kreisel mag auf der Wettsteinbrücke zur Rückstaus führen, aber ist machbar.

Meine Schwierigkeit ist die Erwartung der UVEK, auf die Markierung im Kreisel zu verzichten. Wir stützen uns auf die Messungen und Erfahrungen der Sicherheitsabteilung der Verkehrssicherheit ab. Die geübten Fahrerinnen und

Fahrer wissen, dass vor einigen Jahren noch keine Markierung vorhanden war. Heute ist eine Markierung vorhanden. Der Wettsteinplatz hat zum Zeitpunkt ohne Markierung einen Schwerpunkt von Unfällen auf Stadtgebiet dargestellt. Mit der Markierung von zwei Spuren hat die Verkehrsabteilung eine deutliche Abnahme von Unfällen festgestellt. Es gibt immer noch kleine Karambolagen, aber keine grossen Unfälle mit Personenschäden. Diese Feststellung hat uns überzeugt. Wenn nach der Spursignalisation eine Verbesserung aufgetreten ist, dann kann ich mich nur für diese Verbesserung aussprechen. Wir sind uns darüber in der UVEK nicht einig geworden und haben heute zwei Positionen. Die UVEK spricht eine Erwartung aus. Ich darf Ihnen zusichern, diese Erwartung sehr ernst zu nehmen. Wir werden mit der Verkehrsabteilung der Kantonspolizei dies noch einmal exakt prüfen. Ich muss es leider sagen, der Grosse Rat kann keine Markierungen beschliessen. Ich bitte Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass beide Versionen nochmals sehr ernsthaft geprüft werden. In diesem Sinne kann die Erwartung im Bericht stehen bleiben. Im revidierten Antrag ist sie nicht enthalten.

Bei der Theodorsgrabenanlage können wir mit dem Antrag der UVEK leben. Es geht darum, eine viel genutzte städtische Anlage so zu pflegen, damit sie auch noch nächsten Generationen zur Verfügung steht. Die Kürzung um CHF 300'000.- ist zu verkraften. Die Aussagen des Sprechers der UVEK zu den Tramwartehallen kann ich bestätigen. Es war nie die Absicht, keine Tramwartehallen auf dem Wettsteinplatz aufzustellen. Es ist aber nicht machbar, dass die Normwartehalle der BVB dort aufgestellt wird. Für diesen historischen und schönen Platz muss eine Sonderlösung gesucht werden. Diese Arbeiten sind bereits im Gange.

Ich bitte Sie, auf den Ratschlag und den Bericht der UVEK einzutreten und ihn so zu verabschieden wie ihn die UVEK beantragt. Sie geben damit grünes Licht, damit diese Verkehrsanlage zusammen mit den BVB-Arbeiten im nächsten Jahr der Umgestaltung entgegensehen kann.

Kurt Bachmann (SVP): beantragt **Nichteintreten** auf den Bericht der UVEK (beide Beschlüsse).

Namens und auftrags der SVP-Fraktion danke ich der UVEK für den Bericht. Dieses Doppelgeschäft mit zwei Grossratsbeschlüssen hat in unserer Fraktion einiges zu reden gegeben. Die massive Kritik, Sie haben es heute aus dem Munde der Baudirektorin gehört, die Verschwendung von Geld, darin eingeschlossen die Mittel aus dem Fonds der Mehrwertabgaben, ist mehr als berechtigt. Denken wir endlich an die finanzielle Gegebenheiten in unserem Kanton, die uns die Pflicht zum behutsamen Umgang mit Steuergeldern auferlegt.

Das Positive vorweg: Es ist erfreulich, dass ein im Ratschlag nicht vorgesehenes Tramhäuschen von der UVEK postuliert und einhellig gefordert wird. Allerdings befürworten wir nicht, dass die in aller Stille aufgestockte Stadtbildkommission, zu lesen in der BaZ vom 12. September 2005, einmal mehr die hinlänglich bekannten Designer-Tramhäuschen durchsetzen will. Das führt nicht nur zu unnötigen Kosten, sondern auch zu unnötigen Verzögerungen. Im Baudepartement wird von einer kleinen notwendigen Studie von Kosten in Höhe von CHF 460'000.- pro Stück geredet. So viel soll ein Designer-Tramhäuschen kosten. Dabei genügt ein standardmässiger üblicher Warteunterstand vollauf. Die echten Bedürfnisse und Erwartungen der ÖV-Benützer, Einrichtungen, die genügend wirksam vor Wind und Regen schützen, sind zu einem Bruchteil von diesem Preis auf dem Markt erhältlich. Das führt mich zu einer kleinen Gedankenassoziation.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle die Nutzung der einzigartigen Gelegenheit für eine Einblendung zu den neusten Entwicklungen in Sachen Stadtbildkommission. Der SVP liegt es sehr daran in Bezug auf Zusammensetzung und Corporate Governance etwas Licht ins Dunkel zu bringen. Die aktuelle Zusammensetzung: Regierungsrätin Barbara Schneider, Vorsitz, Fritz Schumacher, Kantonsbaumeister, Stellvertretender Vorsitz, Sibylle Aubort Raderschall, Ehemann ist Inhaber eines Landschaftsarchitekturbüros, Hannelore Deubzer zu Berlin, spontaner Gedanke des Sprechenden eines geflügelten Satzes aus deutschen Landen: Was kümmert mich Hamburg, wenn ich in Stettin wohne. Unseren Gegebenheiten Rechnung tragend, müsste es heissen: Was kümmert mich Basel, wenn ich in Berlin wohne. Harry Gugger, Mitinhaber vom Architekturbüro Morgen und Degelo. Hanspeter Müller, selbstständiger Architekt, Basel, Ulrike Zophoniasson, Dr. Phil. Basel, Gattin von Architekt Zophoniasson. Wie es mit den Aufträgen und dem Beziehungsgeflecht bestellt ist, müssen die Medien einmal gründlich recherchieren und eruieren. Ich überlasse es Ihnen, Ihre Gedanken selbst zu machen. Sollte ich im Bezug auf die Staatskalender nicht aufgeführte neue Zusammensetzung etwas falsch gesagt habe, ist Frau Regierungsrätin Barbara Schneider bestimmt so freundlich, mich zu korrigieren. Soweit die Sichtweise der SVP zur Corporate Governance und dem subtilen Spiel um Geld und Macht. Nach diesem kleinen der Aufklärung und der Offenbarung dienenden Intermezzo zurück zu den Warteständen.

Sie sehen, nicht nur wegen der finanziellen Gegebenheiten erwartet die SVP keine Designertramhäuschen. Wenn ich als Fraktionssprecher den gegenwärtigen Finanzhaushalt angetippt habe, dann auch deshalb, weil uns das Ansinnen mit der Neugestaltung der Theodorsgrabenanlage unvernünftig erscheint. Der Preis ist für die vorgesehenen Massnahmen zu hoch, die meisten dieser Massnahmen sind keineswegs zwingend nötig und sind nicht einmal der Kategorie nice-to-have zuzuordnen. Die Kernfrage lautet: Ist das Ansinnen von der Flickstubengesellschaft auf dem Münsterhügel überhaupt sinnvoll? Auch hier werden, wie im Ratschlag äusserst diffus umschrieben, wieder Bäume gefällt. Zitat: "Der alte zum Teil geschützte Teilbestand setzt sich aus einer reichen Sammlung ausgefallener Arten zusammen, die frei über das Areal verteilt sind. Deren Zusammenentwicklung wird weiter entwickelt und abgängige Bäume werden durch neue ersetzt". Werden unter den abgängigen Bäumen auch einige der wunderschönen Ginkgo biloba Bäume sein? Braucht es in dieser Anlage, die ohnehin aus hinlänglich bekannten Gründen gemieden wird, eine öffentliche Beleuchtung in Form von gleichmässig verteilten Lichtpunkten? Die Bevölkerung, die den Gürtel immer enger schnallen muss, wird mit Unverständnis reagieren. Kurz: Wir betrachten dieses Geschäft mit der Theodorsgrabenanlage als referendumsträchtig.

Zur Umgestaltung des Wettsteinplatzes: Hier ist die Verkehrsführung suboptimal. Der Hauptvorteil eines Kreisels ist die Verflüssigung des Verkehrs und die Erhöhung der Sicherheit. Wir sind, wie massgebliche Verkehrsfachleute, der Meinung, die vorgesehene Verkehrsführung verringere nicht nur die Kapazität des Kreisels, sondern der Wegfall der Spurmarkierung erhöhe wegen Verunsicherung die Unfallgefahr beträchtlich. Dies ist die Auffassung der Kantonspolizei. Sie sagt explizit: Die ursprünglich vorgesehene Markierung dient nicht nur zur Optimierung des Verkehrsflusses, sondern auch für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer im Kreisel. In Anbetracht, dass der Wettsteinplatz mit bislang 72 Verkehrsunfällen an dritter Stelle der Unfallstatistik steht, betrachten wir die Bastelarbeiten der UVEK an der ursprünglich vorgesehenen Version des Baudepartements zur Sanierung dieses Knotens höchst problematisch, nicht zuletzt auch für die Velofahrer. Es kommt hinzu, dass dieser Fehlentscheid Auswirkungen auf die Kapazität des Wettsteinplatzes sowie auf das ganze Verkehrskonzept in Basel haben wird. Der Stopp am Kreisverkehr mit Staus bis weit in das Grossbasel wird die Luftschadstoffbelastung markant ansteigen lassen. All diese Erkenntnisse haben uns dazu bewogen, auf den Ratschlag nicht einzutreten. Dies gilt sowohl für die Umgestaltung des Wettsteinplatzes als auch für die Neugestaltung der Theodorsgrabenanlage. Sollten wir mit unserem Rückweisungsantrag nicht durchkommen, so beantragen wir auf den einjährigen Versuch mit einstreifiger Verkehrsführung zu verzichten. Hier stimme ich für einmal mit der Baudirektorin voll und ganz überein.

Schlussbemerkung: Aus unserer Sicht könnten zweckmässige den Bedürfnissen der ÖV-Benützer dienende Warteunterstände in der von der UVEK geforderten Grösse und Preislage auch ohne Umgestaltung des Wettsteinplatzes umgehend verwirklicht werden.

Brigitte Heilbronner (SP): Die SP-Fraktion bittet Sie, den Bericht der UVEK zum Ratschlag Wettsteinplatz und Theodorsgrabenanlage mit den von ihr empfohlenen Änderungen zu verabschieden. Es ist klar, dass auch nach der Umwandlung des Wettsteinplatzes in einen Kreisel es keine ideale Verkehrsführung dort geben wird. Dafür finden schon jetzt zu viele Verkehrsbeziehungen von zu unterschiedlichen Verkehrsteilnehmern statt und das wird auch in Zukunft so bleiben. Dennoch wird die Einführung des Kreiselverkehrs zu klareren Verhältnissen führen als sie heute herrschen. Das vom Bundesamt für Unfallverhütung erstellte Verkehrsgutachten hat viel dazu beigetragen, die intensiven Diskussionen in der UVEK rund um den Wettsteinplatz mit einem in meinen Augen guten Kompromiss zu beenden. Es ging dabei vor allem um die Verkehrsführung in den Kreisel, wenn man von der Wettsteinbrücke her kommt, um die Verkehrsführung im Kreisel selber, die Platzierung der Fussgängerstreifen und um die Frage einer eventuellen Lichtsignalanlage für das Tram.

Der von der UVEK erarbeitete Vorschlag ist sicher nicht sakrosankt. Die Frage der Spurmarkierung zum Beispiel liegt in der Kompetenz der Kantonspolizei. Auch der unkontrollierte Wildwechsel von Fussgängern, welche den Platz ohne lästige Umwege queren möchten, wird von den schönen Rabatten auf dem Platz nicht verhindert werden können. Letztendlich wird man erst mit der Inbetriebnahme des neuen Kreisels sehen, wo eventuelle Schwachstellen liegen und wo nachträgliche Änderungen noch nötig sind.

Unverständlich ist, dass in der Planung des neuen Wettsteinplatzes keine Wartehallen für Tram- und Buspassagiere vorgesehen wurden. Solche Wartehallen entsprechen einem Bedürfnis und sind das Minimum an Fahrgastkomfort, Stadtbildkommission hin oder her, das gewährleistet werden muss. Damit diese Wartehallen realisiert werden können, wurde von der UVEK der Beitrag zur Sanierung der Theodorsgrabenanlage um CHF 300'000.- gekürzt und das Geld für die Errichtung dieser Wartehallen eingesetzt. Dabei hat diese Umlagerung rein symbolischen Charakter. Es ist klar, dass dieses Geld aus dem Mehrwertabgabefonds gebunden ist und damit nicht einfach von der Theodorsgrabenanlage zum Wettsteinplatz verschoben werden kann. Mit dieser Transaktion auf dem Papier soll gezeigt werden, dass die Errichtung von Wartehallen wichtiger ist als eine Topsanierung der Theodorsgrabenanlage.

Paul Roniger (CVP): Im Namen der CVP bitte ich Sie, der Umgestaltung des Wettsteinplatzes und der Theodorsgrabenanlage im Sinne der im UVEK-Bericht vorgesehenen Änderungen zuzustimmen.

Die Massnahmen rund um den Wettsteinplatz sind kein Luxus. Wir haben das Geld schon für unnötigere Projekte ausgegeben. Sie sind auch verkehrstechnisch nötig. Der Kreiselverkehr bringt in Bezug auf die Vortrittsregelung klarere Verhältnisse. Wer die Situation kennt, weiss um das Gerangel, welches sich durch das Zusammenfliessen des Verkehrs von der Brücke, der Grenzacherstrasse und der Wettsteinallee ergibt. Die Vergrösserung der Mittelinsel ist für die Personenfrequenz von einigem Vorteil. Die von der Regierung vorgeschlagene zweistreifige Verkehrsführung aus Richtung Brücke und die damit verbundene Zurücknahme des Velofahrwegs bringt für die Radfahrer ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Sie müssen frühzeitig und in den Autoverkehr hinein die Spur wechseln, das hat auch die BFU beanstandet. In diesem Sinne sind wir für die Verlängerung der Velospur bis an die Kreiseleinfahrt. Die Erstellung der von der UVEK geforderten Wartehallen entspricht nicht nur an diesem Standort einem Wunsch der Öffentlichkeit. Dass Denkmalpflege und Stadtbildkommission sich dagegen aussprechen, braucht in Anbetracht der im ganzen Stadtgebiet auch sonst nicht über alle Zweifel erhabenen Entscheide dieser Gremien kein Grund zu sein, etwas nicht zu realisieren. Die vorgeschlagenen Wartehallen besitzen auch Priorität gegenüber der Weggestaltung in der Theodorsgrabenanlage, weshalb die von der UVEK vorgeschlagene Kompensation absolut vertretbar ist.

Lassen Sie mich zu einem Punkt sprechen, der zwar nichts mit dem Projekt, aber mit dem Kredit zu tun hat. Es ist unbefriedigend, dass hier, wie in anderen ähnlichen Fällen auch, als Ersatz der konventionellen Toilettenanlagen eine selbstreinigende Kabine vorgesehen ist. Dies erst noch an einem nicht sehr publikumsfreundlichen Ort. Dies

hängt natürlich nicht mit dem Projektkredit, sondern mit dem seinerzeit beschlossenen Toilettenkonzept zusammen. Ich habe damals schon als Mitglied einer Subkommission darauf hingewiesen, dass selbstreinigende Kabinen eine saubere und vandalensichere Lösung sind, aber die Platzverhältnisse von den alten Anlagen nirgends kompensieren. Basel wird oft bei unpassenden Gelegenheiten, zum Beispiel wenn es um eine Innenstadt-Maut geht, mit europäischen Grossstädten verglichen. Aber was das Toilettenkonzept angeht, da halten wir mit unserer wesentlich kleineren Fläche einen solchen Vergleich nicht aus. Allein mit ein paar auf die ganze Stadt verteilten Einzelanlagen kann die Allmendverschmutzung nicht vermieden werden. Mit der Notdurft haben wir weiterhin unsere Not, oder: “Bsunders jetzt hesch nüt meh z’lache, jetzt koschts e Buess, s’drnäbe mache”.

Ich bitte Sie, den Anträgen der UVEK zuzustimmen.

Christoph Zuber (DSP): Wir wissen gut genug, wie die UVEK gearbeitet hat. Sie hat es sich nicht leicht gemacht. Trotzdem sehen Sie bei uns auf dem Krüzlistich, dass wir einen Antrag stellen möchten. Wir wissen, wie dringend dieser Wettsteinplatz umgestaltet werden muss. Wir möchten unser Anliegen lediglich im Protokoll festgehalten haben. Wir sind überzeugt, dass die zuständigen Leute dieses Anliegen prüfen werden. Das Anliegen ist nicht auf meinem Mist gewachsen, aber es hat mich sofort überzeugt. Ich bin sicher, es wird Sie auch überzeugen.

Sind Sie schon einmal auf dem Wettsteinplatz gestanden? Waren Sie da auch schon einmal in Not? Unser Anliegen ist, die WC-Anlage zum Wettsteinplatz hervorzubringen, dort, wo wirklich viele Leute sind und ein schnelles Bedürfnis haben. In der Anlage haben Sie keine Eile und Sie könnten allenfalls unter der Wettsteinbrücke Ihre Not erledigen. Wir möchten, dass die WC-Anlage verschoben wird, damit ist sie auch sicherer für die Benützer des Wettsteinplatzes, wenn nicht eine zweite realisierbar ist.

Grün ist nicht immer grün. Wenn man Bäume fällen muss, dann ist das etwas ganz anderes. Wenn man eine Anlage neu gestalten will, dann sieht es ganz anders aus. Sie haben die Vorlage sicher studiert und gesehen, wo dass unsere Fachleute Sie überzeugen müssen. Zwei Pläne sind da drin. Ein Plan für die zu fällenden Bäume und ein Plan für die neuen Bäume. Wir haben nur geschützte Bäume in Basel. Unser Baumschutzgesetz will das so haben. Waren Sie schon einmal an einem schönen Tag in einem Park? Wo sitzen Sie hin? Sie sitzen unter einen Baum, aber wollen Sicht auf die Wiese haben. Sie wollen nicht unter einem geschlossenen Baumdach sein. Deshalb ist es nicht immer nötig, einen Baum zusätzlich zu setzen, also wenn man fünf Bäume wegnimmt, sechs zu setzen. Im Gegenteil, für eine schöne Anlage kann es sogar möglich sein, weniger Bäume zu pflanzen.

Ich habe gar kein Verständnis für Kürzungen, obwohl ich das alles verstehe. Sie bestellen doch nicht einen Pelzmantel und wollen eine Jeans. Wenn Sie ein solches Projekt vorhaben, dann sagen Sie, was Sie wollen. Alles andere ist Frustration für die Mitarbeiter, die sich Mühe geben und immer wieder eins aufs Dach bekommen. Das macht unsere guten Fachleute, die wissen, wann und wo ein Baum weg muss, nicht zu freudigen Arbeitnehmern, sondern sie werden die Freude verlieren und werden zu reinen Jobempfängern, wenn Sie das immer wieder so machen.

Conradin Cramer (LDP): Der UVEK gebührt unser Dank von Herzen. Wir danken ihr, dass sie den Wink mit dem Zaunpfahl beherzigt hat und die Sanierung der Theodorsgrabenanlage um mindestens einen Teil ihrer Luxuselemente gebracht hat. Bei der Sanierung dieser Anlage wurden dank dem Eingreifen der Parlamentskommission die Prioritäten anders gesetzt als durch den Regierungsrat. Nach Auffassung der liberalen Fraktion wurden die Prioritäten so gesetzt, dass sich die Vorlage ins Annehmbare entwickelt hat. Die UVEK hat A gesagt, indem sie CHF 300’000.- bei der Theodorsgrabenanlage gespart hat und schlägt uns nun vor, B zu sagen, indem wir diese CHF 300’000.- wieder ausgeben, nämlich für Tramhäuschen. Vielleicht war es auch umgekehrt und die UVEK hat gesagt, wir wollen Tramhäuschen. Das kostet CHF 300’000.- und wir müssen diese CHF 300’000.- an einer anderen Stelle weglassen. Jedenfalls fällt es auf, dass hier eine glückliche Fügung vorliegt und das Sparpotential bei der Theodorsgrabenanlage genau gleich hoch ist, wie die Kosten zweier Tramhäuschen. Das könnte ein Zufall sein, ich glaube es aber nicht. Unweigerlich stellt sich die Frage, ob man bei dieser Anlage nicht auch CHF 400’000.- hätte sparen können. Und wenn man CHF 400’000.- gespart hätte, ob dann die Tramhäuschen auch CHF 400’000.- gekostet hätten. Das Problem ist, dass hier Ausgaben und Einnahmen, die in keiner sachlichen Beziehung zueinander stehen, sich auf einmal proportional verhalten. Das ist ein böser Verdacht und falls er zutrifft, dann richtet sich der Vorwurf weniger gegen die UVEK als gegen die Aussagekraft des Zahlenmaterials, welches das Baudepartement den Kommissionen präsentiert. Diese etwas ruckartige Zahlenverschiebung in der Kommissionsberatung zeigt eines, nämlich dass die Vorlagen des Baudepartements für uns genauer werden müssen. Es muss möglich sein, die Kosten von Elementen eines grossen Projektes mit einer gewissen Verbindlichkeit zu isolieren. Nur so kann eine Kommission ihrer Verantwortung nachkommen und das Nötige von dem für die Kommission Wünschbaren trennen und das für die Kommission Wünschbare von dem für das Baudepartement Wünschbare. Bei Projekten mit relativ beschränkten Umfang wie Sanierung der Elisabethenanalge oder der Theodorsgrabenanlage wollen wir es genau wissen. Wir wollen es nicht auf den Rappen genau wissen, aber wir wollen es auf CHF 100’000 genau wissen.

Ein anderer und wichtigerer Teil dieser Vorlage betrifft das Verkehrsregime am Wettsteinplatz. Hier befand es die UVEK für nötig, einige Änderungsvorschläge einzubringen. Zu Fragen Anlass geben Empfehlungen bezüglich Anzahl von Spuren und Strassenmarkierungen, die von der Kantonspolizei als klar unsicherer als die vom Regierungsrat vorgeschlagenen beurteilt wurden. Man kann sich grundsätzlich fragen, ob eine Parlamentskommission sich mit der Markierung von Strassen zu befassen hat. In der Sache fällt auf, dass offenbar

noch immer viele Parlamentarier und Parlamentarierinnen der Illusion nachhängen, man können Durchgangsstrassen sicherer machen, indem man die Autospuren verkleinert, verengt, verstopft und den motorisierten Verkehrsfluss möglichst stört. Eine solche bewusste Einschränkung des motorisierten Verkehrs mag allenfalls in einem Wohngebiet seine Berechtigung haben, aber nicht an einem Nadelöhr einer Hauptdurchgangsstrasse. Für die Stauvermeidung der Innenstadt, für die Vermeidung von blockierten Trams und ins Sandwich genommenen Velos, ist es entscheidend, dass der Verkehr auf den Durchgangsstrassen fliessen kann. Hier hat der Regierungsrat gute Lösungen für eine von Grund auf schwierige Ausgangslage an diesem komischen Kreiselverschnitt Wettsteinplatz präsentiert. Die UVEK gefährdet diese Lösungen teilweise, indem sie punktuell selbst in die komplexe Verkehrsflussplanung eingreifen will und dabei wohlgemerkt die Unfallstatistik und die Argumente der Kantonspolizei einfach beiseite wischt.

Die Liberalen haben die Erwartung, dass das Baudepartement in der Detailbearbeitung einem guten Verkehrsfluss für alle Verkehrsteilnehmer verpflichtet bleibt und damit automatisch der Verkehrssicherheit Priorität einräumt.

Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis): Das Grüne Bündnis wird dem von der UVEK vorgeschlagenen Grossratsbeschluss im Sinne eines Kompromisses zustimmen. Der Wettsteinplatz ist für den gesamten Verkehr ein neuralgischer Knotenpunkt. Mit dem Vorschlag des Regierungsrates sollte sich die Verkehrssicherheit verbessern. Das Problem ist, dass der Wettsteinplatz einen Kreisel enthalten soll, der keiner ist. Mit den Worten des BFU: Der geplante Kreisel ist einmalig.

Die UVEK hat sich eingehend und vertieft mit diesem Ratschlag auseinander gesetzt. Sie hat eine Stellungnahme bei der BFU eingeholt. Die Quintessenz dieser Stellungnahme war, dass der bereits heute unsichere Wettsteinplatz mit dem Kreisel nicht sicherer wird. Wieso also diesem Ratschlag zustimmen? Die Doppelspurigkeit und die doppelspurige Einfahrt des motorisierten Individualverkehrs in den Kreisel von Grossbasel her, bildet eine grosse Gefahr für die Velofahrerinnen und Velofahrer. Das können wir nicht akzeptieren. Darum unterstützen wir den Vorschlag der UVEK. Die doppelte Fahrbahn wird nicht markiert. Es besteht damit für Velofahrerinnen die Möglichkeit an den Rand des Kreisels zu fahren. Ein Velostreifen wäre die bessere Lösung gewesen, dies ist aber aus verkehrsrechtlichen Gründen nicht möglich. Wir begrüssen die rote Markierung der Velospur auf den letzten 20m vor dem Kreisel sehr. Es sollen keine Fahrbahnen markiert werden. In diesem Sinne stimmt das Grüne Bündnis dem Grossratsbeschluss zu.

Wir sind der Meinung, dass Warteunterstände geschafft werden sollen. Wir werden dem zweiten Antrag auch zustimmen.

Zum Theodorsgraben. Wir können uns wenig mit der Begründung anfreunden, dass CHF 300'000.-, die für die Haltestellen Unterstände ausgegeben werden, bei der Parkneugestaltung gespart werden sollen. Wir können uns nicht damit anfreunden, weil eine aufwändige Neugestaltung aus dem Mehrwertfonds finanziert wird. Trotzdem sind wir der Meinung, dass es dem Baudepartement trotz gekürzten Mitteln gelingen wird, den Theodorsgraben aufzuwerten. Der untere Bereich des Parks ist in einem desolaten Zustand. Ein besonderes Augenmerk soll dem oberen Bereich gewidmet werden. Zum Schluss möchte ich sagen, dass eine Aufwertung möglich ist, ohne dass es zu einer Umkrempelung der ganzen Anlage kommt, ähnlich wie wir das auch beim Matthäuskirchplatz beschlossen haben. Es scheint uns in diesem Zusammenhang wichtig zu sagen, dass bei der Neugestaltung des Theodorsgraben der Dialog mit der Anwohnerschaft dringend geführt werden muss, beim unteren und beim oberen Teil. Vor allem soll die Anwohnerschaft in Bezug auf die zu fällenden Bäume angehört werden.

Christian Egeler (FDP): Ich war zuerst ein grosser Gegner dieser Totalrenovation. Ich habe mich gefragt, ob es wirklich notwendig ist, jeden Randstein zu versetzen, das wird nämlich teuer. Nach Gesprächen vor Ort mit Anwohnern, Vertretern des Baudepartements und mit Baufachleuten setzte bei mir ein Umdenkungsprozess ein. Der Platz ist heute schön, allerdings nur für Personen wie mich, die sich für das Verhalten im Verkehr interessieren. Entweder wurde bei meinen Besuchen verschwörungsmässig vorgegangen oder es war purer Zufall, was sich bei meinen Besuchen auf diesem Platz alles abspielte. Oder ist es doch der tägliche Wahnsinn? Ich sah querstehende Lastwagen, ich sah Pannenfahrzeuge, ich hörte quietschende Reifen, umherirrende Velos und hupende Autos. Nur ein Unfall fand nicht statt, den hatte ich während meiner Fahrprüfung auf diesem Platz, und habe trotzdem bestanden. Baulich wäre eine reduzierte Variante möglich gewesen. Aber das Projekt wäre dadurch nicht massiv billiger geworden. Der Platz wäre ganz sicher nicht schöner geworden, er wäre ein Flickwerk geblieben. Die Verkehrssicherheit wäre dadurch auch nicht besser geworden. Der Vorschlag der Regierung ist nicht billig, aber er ist eine Investition in die Verkehrssicherheit und in die Platzarchitektur.

Die FDP und ich haben Mühe unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit mit den Vorschlägen der UVEK, vor allem bezüglich der Markierung. Dieser Kreisel ist von der Breite her in den meisten Querschnitten ein zweispuriger Kreisel. Ich sehe nicht ein, wieso dies ohne Markierungen sicherer sein soll. Insbesondere, wenn man den Kreisel genau anschaut, wird man feststellen, dass es kein zweispuriger Kreisel ist, weil im Normalfall die Aussenspur immer abbiegt. Ich frage mich, was daran sicherer sein soll, wenn ein unsicherer Autofahrer - er wird sich in einem Kreisel immer auf der Aussenspur halten - plötzlich rausfahren muss, obwohl er gar nicht will. Er wird anhalten und versuchen, sich nach links reinzudrücken. Zu was für Situationen das auf einem Platz mit solchen Verkehrsmengen führen wird, kann man sich vorstellen. Es wird ein gefährliches Chaos geben. Insofern stimme ich den Bedenken der Verkehrsabteilung voll zu, dort liegt wirklich die Erfahrung.

Zu der einspurigen Einfahrt. Die Basler FDP hat nichts gegen die Verlängerung des Velostreifens nach Vorne,

solange es möglich ist, dass zwei Fahrzeuge gleichzeitig in den Kreisel einfahren können. Wir denken, es ist ignorant, wenn man ausblendet, dass Untersuchungen von Verkehrsplanungsbüros ergeben haben, dass die Verkehrsleistung kritisch wird, wenn man nicht mehr in den Spitzenzeiten zu zweit einfahren kann. Ich möchte eine kleine Replik auf das gestrige Votum von Michael Wüthrich zum ÖV-Programm und zu meiner Person geben. Ich möchte betonen, dass die Basler FDP immer für eine Politik, die dem ÖV dient, einstehen wird. Wir möchten uns aber auch gegen eine Politik wehren, die den IV absichtlich behindert. Eine Verkehrssteuerung, die extra Staub produziert, ist eine schlechte Verkehrspolitik. Wir setzen uns für eine intelligente Verkehrssteuerung im Verkehr ein.

Noch ein Wort zu den Wartehäuschen. Die CHF 300'000.- sollen für stadtbildverträgliche Wartehallen ausreichen. Die ÖV-Kunden sollten an solchen Orten nicht im Regen stehen gelassen werden, weswegen wir die Mehrausgaben gutheissen können. Ich kann Conradin Cramer, zu dessen Votum ich zu fast allem zustimmen kann, erklären, dass diese CHF 300'000.- nicht zufällig gleich hoch ausgefallen sind. Es ist wichtig zu zeigen, dass uns die Wartehallen wichtig sind. Wir haben nachgefragt, ob man ungefähr die gleiche Höhe einsparen kann, ohne die Funktionalität der Theodorsgrabenanlage zu gefährden. Die Funktionalität ist nicht gefährdet. Darum werden wir auch diesem Antrag zustimmen. Der Ruf, dass wir dieses Geld gar nicht einsparen können, da es aus dem Mehrwertfonds stammt, beantworte ich damit, dass für eine solche Beurteilung des idealen Einsatzortes von diesen Mitteln immer noch ein Anzug von mir hängig ist, eine Liste von Projekten, die aus diesem Fonds finanziert werden sollen, damit man eine Abschätzung treffen kann, ob die Investition sinnvoll ist. Solange eine solche Übersichtsliste fehlt, ist das schwierig.

Ich bitte Sie im Namen der FDP dem Grossratsbeschluss, wie er von der UVEK vorgeschlagen wurde, zuzustimmen. glücklicherweise sind die Vorschläge der UVEK bezüglich der Markierung nicht drin. Ich bitte die Verkehrsabteilung, diese nicht zu berücksichtigen.

Urs Joerg (VEW): Als täglicher Benutzer des Wettsteinplatzes möchte ich mich hinter das Projekt, wie es die UVEK überarbeitet hat, stellen. Ich möchte Ihnen im Namen der VEW beantragen, dieses Projekt so zu verabschieden. Wir können nicht darüber entscheiden, ob wir mehrere Spuren oder nur eine Spur machen wollen. Als Benutzer, der regelmässig mit dem Velo aus der Wettsteinallee kommt, bin ich froh, dass dort zwei Spuren kommen, weil ich dann weiss, wer nach rechts und wer nach links abbiegt. Ich könnte mir vorstellen, dass an gewissen Stellen im Kreisel drin zwei Spuren richtig sind. Dass nur einspurig vom Wettsteinplatz hineingeführt wird, ist sinnvoll, denn eine doppelspurige Einführung von der Wettsteinbrücke her würde dazu verleiten, dass man zu schnell in diesen Kreisel hinein fährt.

Wir unterstützen auch die Tramhäuschen. Es ist notwendig, dass man auf dem Wettsteinplatz etwas einrichtet, damit man geschützt ist, auch vor Wind und Regen.

Die Umgestaltung der Theodorsgrabenanlage mit der Reduktion wie sie vorgeschlagen ist, scheint uns sinnvoll. Dieses alte Gebäude, das dort steht, soll nicht mehr weiter bestehen bleiben. Es ist nicht nötig, die ganze Theodorsgrabenanlage auszuleuchten, wie es im ursprünglichen Projekt der Fall war.

Wir beantragen Ihnen im Sinne des Antrags der UVEK, den Ratschlag zu überweisen.

Jörg Vitelli (SP): Ich möchte zum Thema Verkehrsführung ein paar Äusserungen machen. Das ist ein Hauptpunkt, den wir in der Debatte geführt haben. Es war auch ein Hauptpunkt in der Diskussion in der UVEK. Die UVEK hat konsultativ in der Sitzung vom Juli Rückweisung beantragt, aufgrund der Situation mit der Verkehrsführung und den Tramwartehallen. Man konnte sich auf einen Kompromiss bezüglich Verkehrsführung, Wartehallen und Theodorsparkanlage einigen. Ich kann Conradin Cramer zustimmen, dass wir de jure nichts zur Verkehrsführung auf dem Wettsteinplatz zu sagen hat, das ist Sache der Verwaltung. Aber de facto haben wir natürlich schon etwas zu sagen, weil wir diesen Kredit bewilligen und der Sanierung zustimmen oder nicht. Solche Verkehrsvorlagen sind immer ein Geben und Nehmen von Verwaltung und Anliegen des Grossen Rates. Beim Wettsteinplatz haben wir so eine Situation. Die Alternative wäre Rückweisung gewesen. Ich habe mich dafür eingesetzt, dass man eine Alternative sucht und einen Kompromiss findet. Der liegt jetzt vor und das ist der Inhalt des Berichts der UVEK. Ich bitte Sie, dem zuzustimmen.

Die doppelspurige Verkehrsführung im Kreisel, wo Velos drin sind, gibt es weltweit nirgends. Der Dorenbachkreisel ist gleich breit, dort ist das Tram drin, und er funktioniert bestens. Oder schauen Sie den Bundesplatz an. Der hat die Form einer Zwetschge, ist einspurig, genauso breit und es funktioniert auch. Ich verstehe die Bedenken nicht. Ich bin froh, um die Äusserung von Regierungsrätin Barbara Schneider, dass sie das Anliegen ernst nehmen. Ich möchte auch bitten, dass die Verkehrsabteilung das Anliegen der UVEK ernst nimmt und vorerst ohne Markierung schaut, wie das Verkehrsregime funktioniert. Man kann es dann immer noch entsprechend anpassen und Markierungen machen, falls sich das als notwendig erweisen sollte.

Zu den Verkehrsunfällen möchte ich sagen, dass das meistens kleine Auffahrunfälle von Automobilisten sind, die sich nicht achtsam verhalten. Das ist auf die unklare Situation zurückzuführen. Mit einem Kreisel gibt das eine klare Verkehrsführung.

Die Velozufahrt von der Wettsteinbrücke her wurde gesagt. Ein Kreisel bringt eine Verflüssigung des Verkehrs. Man kann sagen, dass es funktionieren wird. In Münchenstein haben wir eine ähnliche Situation wie beim Wettsteinplatz mit einem zweispurigen Kreisel und es funktioniert gut. Ich bitte Sie zuzustimmen.

RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD): Ich möchte auf einige Punkte eingehen, die in den Voten vorgebracht worden sind. Ich beginne mit den Toilettenanlagen. Die UVEK hat vorgeschlagen, dass der ursprüngliche Standort der Toilettenanlage im Theodorsgraben zur Wettsteinstrasse hin verschoben wird. Ich kann dem zustimmen und es soll so geschehen. Die DSP verlangt, dass diese Anlage von der Wettsteinstrasse auf den Wettsteinplatz verlegt wird. Davon möchte ich absehen. Schauen Sie mal an einem schönen oder regnerischen Tag, wer sich in dieser Anlage aufhält. Es hat ein Fussballfeld und im Sommer wird sie als Picknickfläche genutzt. Die Toilettenanlage in unmittelbarer Nähe erfüllt einen Zweck, den wir hier nicht in Frage stellen möchten. Ich nehme es aber entgegen zu prüfen, ob zusätzlich am Wettsteinplatz im Tramhäusschen eine Toilettenanlage installiert werden kann.

Conradin Cramer unterstellt mir oder dem Baudepartement, mit ungenauen Zahlen zu arbeiten. Ich möchte auf ein Schreiben verweisen, das am 17. Oktober im Auftrag der UVEK an die UVEK verfasst worden ist. Dort sind die Zahlen exakt auseinander genommen worden. Die UVEK hat verlangt, dass geprüft wird, ob nur die Theodorsgrabenanlage im oberen Teil, zwischen der Alemannengasse und dem Wettsteinplatz, saniert wird. Das wurde auf CHF 10'000.- genau berechnet worden. Auch die Tramwartehallen wurden exakt berechnet. Zwei Tramwartehallen kosten nicht CHF 300'000.-, die BVB hat einen grösseren Betrag ausgewiesen. Die UVEK hat aber gesagt, dass CHF 300'000.- genügen müssen. Darum die Kürzung um die CHF 300'000.- bei der Theodorsgrabenanlage. Ich möchte zurückweisen, dass diese Zahlen ungenau seien. Die UVEK verlangt exakte Zahlen und die liegen vor.

Ich verzichte darauf, Kurt Bachmann seine ungenauen Recherchen in Bezug auf die Stadtbildkommission vorzuhalten. Sie haben von Architekturbüros geredet, die es nicht mehr gibt. Sie haben von Aufgaben und Verbindungen geredet, die es nicht gibt. Ich kläre Sie gerne mal auf, sofern Bedarf ist.

Gesamthaft möchte ich Ihnen danken, dass Sie die umfassenden Arbeit der UVEK gewürdigt haben. Dass der Ratschlag heute mit diesem zusätzlich abgeklärten Detail durch Fachstellen des Sicherheitsdepartements heute verabschiedet werden kann, ist der umfassenden Arbeit der UVEK zu verdanken. Ich bitte Sie, auf die gekürzten Anträge der UVEK einzutreten und den UVEK-Bericht mit den beiden Grossratsbeschlüssen heute zu verabschieden.

Stephan Gassmann, Referent der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission: Im Namen der UVEK danke ich Ihnen herzlich für die mehrheitlich positive Aufnahme unseres Berichts. Frau Regierungsrätin Barbara Schneider hat die meisten Erklärungen schon abgegeben. Ich möchte auf die CHF 300'000.- zurückkommen. Ich danke Christian Egeler herzlich für die Beantwortung. Es ging darum, dass wir den oberen Teil und den Kinderspielplatz saniert haben wollten. Das war der UVEK ein Anliegen und dies liessen wir berechnen.

Zu Kurt Bachmann: Diese CHF 460'000.- waren für beide Wartehallen. Man ging von Wartehallen aus, wie Sie sie vom Badischen Bahnhof oder vom Messeplatz kennen. Die UVEK war der Meinung, dass es solch gestylte Wartehallen nicht braucht. Darum sind wir im Gespräch mit der Verwaltung auf diese CHF 300'000.- gekommen.

Conradin Cramer kann ich versichern, dass sich die UVEK zukünftig nicht als Verkehrsplaner und Ingenieure betätigen wird. Wir sind uns bewusst, dass das nicht unsere Aufgabe ist. Aber, wie es Jörg Vitelli gesagt hat, haben wir die Möglichkeit, mit dem Kredit dies vorzunehmen. Wir haben uns bei diesem Projekt intensiv damit auseinander gesetzt. Es war auch keine Bastelarbeit, sondern wir haben uns auf den Bericht der BFU gestützt, einer Organisation, der ich nicht vorwerfen möchte, dass sie Bastelarbeiten leistet.

Auf die Verkehrsführung einspurig oder zweispurig möchte ich nicht eingehen. Regierungsrätin Barbara Schneider hat gesagt, dass man es mit der Verkehrsabteilung prüfen werde, damit die bestmögliche Lösung gefunden wird. Ich bitte Sie, den Anträgen zuzustimmen und den Rückweisungsantrag der SVP abzulehnen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 13 Stimmen, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Neugestaltung des Wettsteinplatzes wird ein Baukredit von CHF 4'482'500 bewilligt:

1. CHF 4'000'000 (Preisbasis April 2003, Produktionskosten-Index PKI) zu Lasten Investitionsrechnung (Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur»), Position des Baudepartements / Tiefbauamt der Rechnungen.

   2006: CHF 1'500'000

   2007: CHF 2'250'000

   2008: CHF 250'000

2. CHF 182’500 (Preisbasis April 2004, Produktionskosten-Index PKI) zu Gunsten des Projektkredites zu Lasten der Rechnung des Fonds «Mehrwertabgaben» (Investitionsbereich 1 «Strassen / Stadtgestaltung»), Position des Baudepartements, Departementsekretariat, Pos. 6010.010.20210.

   2006: CHF 100’000

   2007: CHF 82’500

3. CHF 300’000 für die Erstellung von Wartehallen (ZBI 1998, Indexstand April 2005 110.70) zu Lasten Investitionsrechnung (Investitionsbereich 2 “öffentlicher Verkehr“), Position der BVB.

   2006: CHF 80’000

   2007: CHF 200’000

   2008: CHF 20’000

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für die Neugestaltung der Theodorsgrabenanlage wird ein Baukredit von CHF 1’047’500 (Preisbasis April 2005, Produktionskosten-Index PKI) zu Lasten der Rechnungen des Fonds „Mehrwertabgaben“ (Baudepartement, Departementsekretariat, Pos. 6010.010.20210) bewilligt.

   2006: CHF 100’000

   2007: CHF 847’500

   2008: CHF 100’000

2. Es wird ein Entwicklungsbeitrag von CHF 204’000 zu Gunsten des Projektkredites zu Lasten der Rechnungen des Fonds „Mehrwertabgaben“ (Baudepartement, Departement-sekretariat, Pos. 6010.100.10008) aufgeteilt auf die Jahre 2008 – 2012 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

17. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates zum Ratschlag betreffend Finanzierung der Stadtentwicklung Basel-Nord sowie zum Anzug Peter Eichenberger und Konsorten betreffend Steigerung der Wohnqualität im St. Johann-Quartier durch Zusammenarbeit des Regierungsrates mit Dritten.

[15.12.05 10:59:18, BRK, BD, 05.0278.02 / 02.7312.03]

Die Bau- und Raumplanungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht einzutreten und einen Kredit von CHF 3’000’000 für die Jahre 2006 – 2009 zu bewilligen.

Andreas C. Albrecht, Präsident der Bau- und Raumplanungskommission: Bei diesem Geschäft geht es um einen Kreditantrag des Regierungsrates im Gesamtbetrag von CHF 3’750’000, den Ihnen die Bau- und Raumplanungskommission in leicht gekürzter Form, nämlich im Umfang von CHF 3’000’000 beantragt. Gegenstand des Kredits ist die befristete Einrichtung einer Plattform integrale Stadtentwicklung Basel-Nord. Ein Tätigkeitsmodell, das Ihnen aus dem Projekt integrale Aufwertung Kleinbasel bestens bekannt ist. In diesem Fall soll das Tätigkeitsgebiet dieser Plattform auf das Gebiet Basel-Nord. Insbesondere ist der Grossbasler Teil von Basel-Nord davon betroffen, wo bedeutende Umwälzungen im Quartier stattfinden, Nordtangente, Volta, Campus usw. Die Bau- und Raumplanungskommission hat sich mit diesem Geschäft ausführlich auseinander gesetzt. Es war in der Kommission unbestritten, dass die Arbeit, die gemäss dem Vorschlag des Regierungsrates geleistet werden soll, eine sinnvolle Arbeit ist. Es war unbestritten, dass in diesem Stadtteil von Seiten des Staates besondere Anstrengungen erforderlich sind, damit die Entwicklung dieses Quartiers in den nächsten Jahren gelingt. Es war ebenso mehrheitlich die Meinung der Kommission, dass das Tätigkeitsmodell, das schon bei der integralen Aufwertung Kleinbasel erprobt wurde, wieder verwendet werden kann. Sie haben dem Kommissionsbericht entnehmen können, dass einerseits einzelne Kommissionsmitglieder die Auffassung vertreten, dass das Anliegen grundsätzlich nicht sinnvoll ist und dass andererseits gewisse Fragen hinsichtlich der Finanzierung gestellt wurden.

Insbesondere wurde die Frage gestellt, ob es richtig ist, für eine solch zentrale Aufgabe des Staates zusätzlich separate Mittel zu bewilligen, oder ob diese Aufgabe nicht aus den ordentlichen Mitteln des Budgets mit dem ordentlichen Personalbestand bewältigt werden müsste. Ferner wurde auch die Frage gestellt, ob es ehrlich ist, von einem befristeten Projekt zu sprechen. Sehen wir doch, dass die integrale Aufwertung Kleinbasel, die auch ein befristetes Projekt ist, durch ein anderes befristetes Projekt abgelöst wird. Man könnte sich die Frage stellen, ob in Zukunft ein weiteres Projekt auftaucht, welches dann wieder befristet ist. Die Tätigkeit der Stadtentwicklung ist keine Aufgabe, die an einem bestimmten Tag einmal aufhört. Die Fragen, die in der Kommission diskutiert wurden, haben dazu geführt, dass verschiedene Anträge gestellt wurden, den vom Regierungsrat beantragten Kredit zu kürzen. Die Kommission hat beschlossen, Ihnen eine Kürzung um CHF 750'000.- vorzuschlagen. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Aussage des Baudepartements, dass eine Kürzung in diesem Umfang die Erfüllung der Aufgabe nicht gefährden würde. Allerdings wurde von Seiten des Baudepartements auch gesagt, dass eine weitergehende Kürzung das Projekt gefährden könnte. Die Bau- und Raumplanungskommission hat mit grosser Mehrheit den Beschluss gefasst, Ihnen den Kredit im Umfang von CHF 3 Millionen mit der genannten Kürzung zu bewilligen. Dies aber nicht aus der Absicht, dass Arbeiten aus dem Projekt nicht geleistet werden sollen, sondern in der Absicht, dass zumindest ein Teil dieser Arbeit mit den ordentlichen Mitteln und dem ordentlichen Personalbestand bewältigt werden muss.

Ich bitte Sie, dem Kredit um Umfang von CHF 3 Millionen gemäss den Anträgen aus unserem Kommissionsbericht zuzustimmen.

RR Barbara Schneider, Vorsteherin des Baudepartementes (BD): Die Stadtentwicklung Basel-Nord ist eine Aufgabe, die nicht von einem einzelnen Departement präsentiert oder vertreten werden sollte. Es ist eine klassische Querschnittsaufgabe, die in unserer Staatsverwaltung irgendwie keinen Platz hat. So war es schon vor einigen Jahren, als der Stadtentwicklungsplan integrale Aufwertung Kleinbasel erarbeitet wurde. Das Baudepartement hat diese Aufgabe übernommen, weil die Planung in diesem Departement angesiedelt ist. In der Kommunikation ist die Schwierigkeit aufgetreten, dass das keine Bauaufgabe oder Infrastrukturaufgabe ist. Ich möchte darauf hinweisen, dass das eine Frage ist, die bei der Bildung eines Präsidialdepartements, wie es die neue Kantonsverfassung vorschreibt, gut überlegt werden muss, ob eine solche Querschnittsaufgabe in einem Präsidialdepartement am richtigen Ort ist. Zurzeit ist es noch nicht der Fall. Das Baudepartement hat aus diesem Grund zusammen mit den anderen Departementen diese Vorlage an den Grossen Rat ausgearbeitet.

Die Quartiere im Norden von Gross- und Kleinbasel haben aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte eine ähnliche Struktur. Es sind viele Kleinwohnungen vorhanden, sie haben eine hohe Wohndichte, es hat wenig grüne Freiräume und die Verkehrsbelastungen sind in beiden Quartieren gross. Die Folgen davon sind, dass es einen hohen Anteil an einkommensschwachen Haushalten hat, vielfältige Integrationsaufgaben sind wahrzunehmen und die negative Wahrnehmung von Sicherheit und Sauberkeit muss auch angegangen werden. Sie sehen, dass sehr viele Bereiche und Dienststellen der kantonalen Verwaltung involviert sind. Gleichzeitig sind in diesen Stadtteilen diejenigen Gebiete mit grossem Entwicklungspotential für die Stadtentwicklung vorhanden. Der Bau der Nordtangente verbindet das Gross- und Kleinbasel nicht nur räumlich, sondern in ihrer Entwicklungsperspektive als Ganzes. Mit der Transformation des ehemaligen Güterbahnhofareals in das neue Stadtquartier Erlenmatt und der Projektentwicklung ProVolta im äusseren St. Johann stehen entscheidende Grossinvestitionen in den Quartieren an. Mit der Messe Basel und Novartis haben beide Stadtteile Unternehmen, die wichtige Akzente in die Stadtentwicklung einbringen. Diese komplexen Prozesse der Stadtentwicklung verlangen eine Nachhaltigkeit in allen Dimensionen, wirtschaftlich, sozial, kulturell und ökologisch. Vor allem bauliche Grossinvestitionen, wie sie in Basel-Nord geplant sind, müssen in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet werden, um eine nachhaltige Wirkung für die Quartierbevölkerung zu entfalten. Das sind die Aufgaben, die in einer Plattform zur ganzheitlichen Stadtentwicklung erarbeitet werden müssen. Aus diesem Grunde hat ihnen der Regierungsantrag diesen Antrag gestellt, damit die übergreifende Koordination der staatlichen Aufgabenfelder, wie zum Beispiel Raumentwicklung, Wohnbauförderung, Bildung- und Kulturförderung, Quartierarbeit, Sicherheit und Ordnung, Verkehrsmanagement, Standortförderung und soziale Sicherheit, koordiniert und Synergiegewinne erarbeitet werden können.

Ich bitte Sie, auf den Ratschlag und den Bericht der Bau- und Raumplanungskommission einzutreten und dem Antrag der Kommission auf einen Kredit von CHF 3 Millionen auf die Zeit von fünf Jahren zuzustimmen.

Besuch einer Schulklasse

Der Präsident begrüsst eine Schlulklasse der OS vom Gellert auf der Zuschauertribüne.

Kurt Bachmann (SVP): beantragt namens der SVP-Fraktion **Nichteintreten**. Eventualiter seit der Betrag gegenüber dem Ratschlag um CHF 2'100'00 zu kürzen, dabei sollen die Positionen 1 und 2 gestrichen werden. Der Restbetrag müsse unter Einbezug aller übrigen involvierten Departemente eingespart werden.

Gegenüber dem Bericht beträgt der Kürzungsantrag CHF 1'350'000.

Namens und auftrags der SVP-Fraktion danke ich der Bau- und Raumplanungskommission für ihren Bericht betreffend Finanzierung der Stadtentwicklung Basel-Nord. Wir haben die Botschaft und den Gegenstand inklusiv Erläuterungen zur Vorlage verstanden. Wir unterschätzen keineswegs die hohen Anforderungen an die

Stadtplanungen, dennoch stellt sich bei uns die Frage: Was machen eigentlich alle Planer auf dem Hochbau- und Planungsamt, die jetzt nach zusätzlichen Ressourcen schreiben? Dies insbesondere weil von überall her im Kanton der Ruf erschallt: Stoppt endlich diese Planer. Denken Sie zurück an die Bestuhlung, den Bahnhof, die Clarastrasse und an den so genannten Boulevard im Gundeli. Bei einer schmalen Strasse von einem Boulevard zu sprechen, braucht Phantasie. Ich empfehle Ihnen auf dem Hochbau- und Planungsamt eine Reise auf eigene Kosten nach Paris an die Champs-Elysee zu machen. Dann sehen Sie, was man unter einem Boulevard versteht. Wir haben uns auch die kritische Frage nach dem Preis/Leistungsverhältnis gestellt und damit dem Bedarf dieser Platform zur interdisziplinärer Stadtentwicklung in Frage gestellt. Stadtentwicklung gehört zu den Grundaufgaben dieses Staates und der ohnehin überblähten Verwaltung, man kann das nicht genügend oft sagen. Nicht einmal die Finanzkommission wird von der Verwaltung ernst genommen. Nicht einmal der Grosse Rat nimmt sich selber ernst, sonst würden wir nicht solchen Sachen, wie dem gestrigen Budget, zustimmen. Die Überlegungen der Kommission im Bericht sprechen Bände. Über die fragwürdigen Resultate der integralen Aufwertung im Kleinbasel habe ich mich als Einzelsprecher im Politikplan klar und unmissverständlich geäussert. Deshalb kann ich auf weitere Einzelheiten und Merkwürdigkeiten, die in den Grenzbereich der Scharlatanerie gehören, heute verzichten. Ich habe das in meine Voten schon angedeutet. Tatsache ist, dass die angeblich vorhandenen Kennzahlen und Indikatoren von der Verwaltung und der Regierung nicht herausgegeben werden und das lässt nichts Gutes erwarten. Hier wird mit der Kleinbasler Bevölkerung Schindluderei betrieben. Das gleiche soll sich jetzt im St. Johann abspielen? Das mahnt zu höchster Vorsicht. Der baselstädtische Perfektionismus treibt die Kosten in die Höhe. Deshalb sind wir äusserst skeptisch, der vorgesehene Betrag von CHF 3,75 Millionen ist aus unserer Sicht eindeutig zu hoch. Wir beantragen in Ermangelung der Kennzahlen und Indikatoren, die sich aus der integralen Aufwertung im Kleinbasel ergeben, aber auch aus finanz- und personalpolitischen Überlegungen den Kredit nicht zu sprechen. Wir schaffen ein Präjudiz, die Bestrebungen zur Personalplafonierung und Kostendämmung werden unterlaufen. Ausserdem bestehen für uns berechtigte Zweifel an der zeitlichen Befristung 2005 bis 2009.

Zum Zeitpunkt der Kreditsprechung befinden wir uns in der zweiten Hälfte der 50. Woche des Jahres 2005. Das Jahr 2005 ist bereits gelaufen. Wie wurden die bereits tätige interdisziplinäre Stelle bis jetzt bezahlt? Diese Tatsache macht stutzig. Ich habe von Schindluderei und von Scharlatanerie gesprochen. Aufgrund dieser Fakten, aber auch aufgrund der kritischen Überlegungen der Bau- und Raumplanungskommission in Sachen Personalressourcen und Kosten beantrage ich aus grundsätzlichen Überlegungen auf das Geschäft nicht einzutreten. Zudem lassen die finanziellen Gegebenheiten in unserem Stadtkanton solche Extravaganzen gar nicht zu. Sollten wir mit dem Antrag auf Nichteintreten unterliegen, stellen wir weitere Anträge, nämlich:

Es sei auf das Geschäft nicht einzutreten, eventualiter den Betrag um CHF 2,1 Millionen zu kürzen und die Positionen 1 und 2 sollen gestrichen werden. Der Restbetrag muss unter Einbezug aller übrigen Departemente kompensiert, also ausgeglichen, werden.

Markus G. Ritter (FDP): Kurt Bachmann hat wahrscheinlich versucht, den Unterschied zwischen Königtum und Demokratie zu erklären. In Paris hat der König dem Architekten den Auftrag gegeben zu planen. Er hat das grosszügig gemacht, man hat ganze Quartiere runtergerissen und breite Boulevards gebaut. Aber es gab keine SVP, die gebremst hat.

Die FDP unterstützt das Begehren zur Finanzierung der Stadtentwicklung Basel-Nord gemäss dem Bericht der Bau- und Raumplanungskommission. Das St. Johann-Quartier und das Horburgquartier in Kleinbasel haben nicht zuletzt unter dem Bau der Nordtangente stark gelitten. Beide Quartiere haben aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte viele Kleinwohnungen, eine hohe Wohndichte und dazu eine hohe Verkehrsbelastung. Der Bau der Nordtangente führte besonders im St. Johann dazu, dass Bewohner ausgezogen sind. Wohnungen wurden vernachlässigt und gar nicht mehr oder durch sehr einkommensschwache Leute belegt. Die Attraktivität der Quartiere hat Schaden gelitten. Ein erster Aufschwung ist sicher durch die Bemühungen mit dem ProVolta-Projekt, dem Novartis Campus im St. Johann und mit der Erlenmatt im Horburg entstanden. Ohne Zweifel muss noch aktiv an der Entwicklung gearbeitet werden. Neben baulichen Massnahmen sollen ökonomische, ökologische, verkehrstechnische, soziale, sicherheitstechnische und kulturelle Massnahmen untersucht und eventuell umgesetzt werden. Der Standort Basel-Nord soll für Bevölkerung, Gewerbe und Wirtschaft wieder attraktiv werden. In diesen Quartieren liegt ein hohes Entwicklungspotential. Wir halten die Quartierentwicklungsplanung für eine elementare Aufgabe der Verwaltung und sind darüber befremdet, dass die Verwaltung nicht in der Lage ist, dies mit den ordentlichen personellen Ressourcen zu bewältigen. Wir bringen Verständnis dafür auf, dass ein Teil der Arbeiten in der Koordination zwischen den Departementen steht und dass es dazu einer interdisziplinär tätigen Stadtentwicklungsstelle bedarf. Barbara Schneider hat das als klassische Querschnittaufgabe bezeichnet. Wichtig ist uns, dass die zusätzlich zur Verwaltung eingesetzten Stellen zeitlich begrenzt sind und dass daraus kein Dauerauftrag wird. Wir wollen keine zusätzlichen Dauerstellen und keine neuen dauernden Personalkosten. Deshalb lehnen wir die Einsetzung von Quartiersekretariaten zu Lasten des Staates ab. Wir stehen hinter der Stadtentwicklung Basel-Nord und unterstützen den auf CHF 3 Millionen reduzierten Kredit. Wir werden entsprechend den Anzug Peter Eichenberger und Konsorten abschreiben. Ich hoffe, Sie schliessen sich unserer Meinung an.

Anita Lachenmeier (Grünes Bündnis): Hätte man das grosse Zerstörungspotential durch den Nordtangentenbau vor der damaligen Abstimmung deklariert, so wäre diese Autobahn wahrscheinlich nicht durch die Wohnquartiere gebaut worden. Dieser Fehlentscheid aus vergangenen Zeiten ritzt heute noch Narben in das Quartier: Jahrelanger Baulärm, enorme Einschränkungen der Wohnqualität und der Mobilität, Verlust von Freunden in der Nachbarschaft.

Der Bewohnerschaft, welche dies alles durchgestanden hat, ein Kränzlein zu winden, reicht nicht aus, denen muss man wirklich Danke sagen. Es braucht jetzt enorme Anstrengungen, dieses Quartier wieder bewohnbar zu machen, die Lebensqualität zu erhöhen. Wenn es gelingt, die Menschen, die während dieser Zeit nicht ausgezogen sind, zufrieden zu stellen, dann lohnt es sich, alles in Gang zu setzen.

Stadtentwicklung kommt nicht von alleine. Es braucht Menschen, die sich dies zur Aufgabe machen und es braucht dazu spezielle Projektarbeit. Das Projekt IAK - integrale Aufwertung Kleinbasel - hat positive Früchte getragen. Das untere Kleinbasel hat sich langsam erholt und kann nach und nach aufschnaufen. Dazu hat das Projekt IAK beigetragen. Es braucht im St. Johann ähnliche Bemühungen und diesen speziellen Kredit.

Dazu hat in besonderem Mass das Quartiersekretariat beigetragen. Anliegen werden ernst genommen und dank der wichtigen Scharnierstelle zwischen Bevölkerung und Verwaltung konnten einige Probleme unbürokratisch gelöst werden. Das heutige Stadtteilsekretariat garantiert, dass auch nach der Auflösung der Projektgruppe IAK die Stadtentwicklung in diesem immer noch im Aufbau befindenden Quartier gewährleistet ist. Das Grüne Bündnis beantragt Ihnen deshalb, dass die CHF 3 Millionen für die Aufwertung St. Johann gesprochen werden. Wir wollten eigentlich einen Kreditantrag für ein Quartiersekretariat stellen. Wir verzichten darauf, weil es eine Durchmischung von zwei Aufgaben ist. Wir werden mit anderen Parteien zusammen einen Anzug einreichen und ein Budgetpostulat stellen. Wir denken, dass es beides braucht. Es braucht die kurzfristig schnell angegangene Aufwertung des St. Johann durch Projektgruppen. Und es braucht langfristige Arbeiten eines Stadtteilsekretariats, welches alle Bevölkerungsgruppen, Parteien und Quartiergruppen einbeziehen kann und langfristig die Aufwertung dieses wichtigen Quartiers für Basel gewährleisten kann. Ich hoffe, dass wir diesem Kredit, so wie ihn die Bau- und Raumplanungskommission beschlossen hat, zustimmen werden und später auch dem Antrag auf ein Quartiersekretariat.

Roland Engeler (SP): Die bevorstehende Fertigstellung der Nordtangente schafft uns die Möglichkeit die Quartiere in Basel-Nord, insbesondere im St. Johann, aufzuwerten. Diese Chance wollen wir von der SP nutzen. Für uns ist die Aufwertung von Basel-Nord keine Extravaganz, wie das Kurt Bachmann gesagt hat, sondern eine dringende Notwendigkeit. Die Leute, die dort entlang der Nordtangenten-Baustelle wohnen, haben eine solche Aufwertung verdient. Verschiedene Grossprojekte sind in diesem Gebiet geplant: Campus Novartis, Wohnüberbauung ProVolta, S-Bahn-Haltestelle St. Johann. Diese Grossprojekte müssen untereinander koordiniert werden und in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet werden, um für die Quartierbevölkerung eine nachhaltige Wirkung zu entfalten. Die Steigerung der Standortattraktivität von Basel-Nord für die Bevölkerung und die Wirtschaft ist einer der sechs Schwerpunkte der Basler Regierung im Politikplan. Wir wollen die Regierung bei dieser Zielsetzung unterstützen. Ein grosses Anliegen ist für uns, dass die interessierte Quartierbevölkerung in diesen Entwicklungsprozess, wie geplant, mit einbezogen wird. Wir haben in diesem Zusammenhang in der Bau- und Raumplanungskommission auch über die Schaffung eines Quartiersekretariats für das St. Johann gesprochen. Eine Idee, die nicht Bestandteil des vorliegenden Ratschlags ist, die meines Erachtens nach den guten Erfahrungen im Kleinbasel unbedingt weiterverfolgt werden sollte. In der Bau- und Raumplanungskommission haben wir auch darüber diskutiert, ob die Aufgaben für die Stadtentwicklung für Basel-Nord nicht auch aus den laufenden Mitteln des Baudepartements bestritten werden könnten. Wir haben uns überzeugen lassen, dass dem nicht so ist. Die SP-Fraktion ist bereit, die von der Baukommission beantragte Kürzung des Kredits um CHF 750'000.- mitzutragen, da uns von Seiten des Baudepartements zugesichert wurde, dass dadurch die ins Auge gefassten Aufgaben nicht verunmöglicht werden.

Stephan Gassmann (CVP): Es gibt auch andere Kleinbasler als Kurt Bachmann. Kleinbasler, die froh sind, dass es die integrale Aufwertung Kleinbasel gibt und die nur Positives über diese Stelle berichten können. Dazu gehöre ich. Die CVP hat es schon beim Politikplan erwähnt, wir setzen uns für die Stadtentwicklung Basel-Nord ein. Darum unterstützen wir diesen Ratschlag.

Erlauben Sie mir als Kleinbasler, der die integrale Aufwertung vom positiven Sinn her kennt, die Arbeit kurz zu kommentieren. Es braucht diese Querschnittstellenfunktionen. Diese Stelle koordiniert zwischen den einzelnen Departementen und kann so die Abläufe vereinfachen. Vor allem im unteren Kleinbasel hat diese Stelle sehr viel Positives bewirkt. Ich denke an die Umgestaltung Klybeckstrasse mit Einbezug der Bevölkerung, an die Dreirosenanlage, aber auch Themen wie am unteren Rheinweg die Lärmbelästigung oder der Schmutz. Hier war eine enge Zusammenarbeit mit der integralen Aufwertung Kleinbasel möglich. Ein ganz wichtiger Aspekt ist auch der laufende Wahrnehmungsprozess reiches Kleinbasel, wo Kleinbasler mit ihren Projekten aufzeichneten, welchen Reichtum ihr Stadtteil hat. Hier ist die integrale Aufwertung Kleinbasel stark engagiert. Wir Kleinbasler möchten dies auch auf das St. Johann ausdehnen. Wir sehen hier ein Bedürfnis und erweitern diese Stelle gerne von der integralen Aufwertung Kleinbasel zur integralen Stadtentwicklung Basel-Nord.

Ich kann mich mehrheitlich den Ausführungen von Markus Ritter anschliessen, möchte aber eine kleine Korrektur zum Quartiersekretariat anbringen. Das Quartiersekretariat ist die Anlaufstelle für die Bevölkerung und ihren Anliegen gegenüber der Verwaltung, aber auch Anlaufstelle der Verwaltung und ihren Anliegen gegenüber der Bevölkerung. Es ist immer noch der Irrglaube, dass das Stadtteilsekretariat die Grossrätinnen und Grossräte konkurrenzieren würde. Dem ist nicht so, es ist eine Ergänzung dazu. Das zeigen die 42 Mitgliederorganisationen im Trägerverein, wo sämtliche Parteien, die hier im Grossen Rat vertreten sind, Mitglieder sind. Es geht darum, dass die Anliegen der Bevölkerung im Stadtteilsekretariat eingebracht werden und direkt bei der Verwaltung eingebracht, behandelt und beantwortet werden. An den Delegiertenversammlungen des Stadtteilsekretariats können auch

politische Anliegen eingebracht werden, die dann vie politische Parteien und die einzelnen Grossrätinnen und Grossräte in das Parlament gebracht werden können. Es soll keine Konkurrenz, sondern ein gemeinsames Einbringen von Anliegen sein.

Ich habe grosses Verständnis für ein Quartiersekretariat im St. Johann und habe mich auch so an einer Podiumsdiskussion geäussert. Ich bin mit dem Bericht einverstanden, dass das von diesem Projekt unabhängig finanziert werden soll, so wie das im Kleinbasler Stadtteilsekretariat ist.

Namens der CVP bitte ich Sie, den Anträgen, so wie sie die Bau- und Raumplanungskommission vorschlägt, zuzustimmen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 14 Stimmen, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 15 Stimmen, den Kürzungsantrag der SVP-Fraktion **abzulehnen**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 12 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Zur Prozessentwicklung und -durchführung einer integralen “Stadtentwicklung Basel-Nord” für Kleinbasel und St. Johann wird ein Kredit von CHF 3’000’000 zu Lasten der Rechnungen (Investitionsbereich 1 “Strassen / Stadtgestaltung”) der Jahre 2005 bis 2009 (je CHF 600’000) Position 651030020015 Hochbau- und Planungsamt bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, den Anzug Peter Eichenberger und Konsorten betreffend Steigerung der Wohnqualität im St. Johann-Quartier (02.7312) als **erledigt** abzuschreiben.

18. Ratschlag betreffend Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gegenseitige Abgeltung der Kosten für die nicht akademischen Ausbildungen im Gesundheitswesen. (Vertrag Gesundheitsberufe). Partnerschaftliches Geschäft

[15.12.05 11:35:21, BKK, ED, 04.0977.01]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und den Vertrag Gesundheitsberufe zu genehmigen.

Gisela Traub, Referentin der Bildungs- und Kulrurkommission: Unsere Präsidentin Christine Heuss musste sich kurzfristig von unseren Beratungen entfernen und hat mich als Vize-Präsidentin gebeten, die Anträge der Bildungs- und Kulturkommission zu den folgenden vier Geschäften Ihnen näher zu bringen und ans Herz zu legen.

Der vorliegende Ratschlag ist ein wichtiges Geschäft, da es um einen weiteren Schritt in Richtung Partnerschaft mit dem Kanton Baselland geht. Es fällt auf, dass es vor allem im Bildungsbereich schon jetzt hervorragend funktioniert. Im Kulturbereich sind wir leider noch nicht soweit, immerhin ist bekannt, dass der Bereich Kultur auf der Agenda der beiden regierungsrätlichen Delegationen steht. Der Staatsvertrag und die Leistungsvereinbarung wurde gemeinsam erarbeitet und beruht auf der heutigen Bildungssystematik des Berufsbildungsgesetzes. Es gibt eine neue Berufslehre, der Begriff heisst Fachangestellte Gesundheit auf Sekundar II Stufe und auf Tertiärstufe, wobei die Realteilung hervorragend erreicht wird. Sämtliche Ausbildungen der Sekundar II Stufen geschehen im Kanton Basel-Landschaft, die Ausbildung in der Tertiärstufe in Basel-Stadt. Bei der Finanzierung wird ein Vollkostensystem zugrunde gelegt. Dieser Systemwechsel hat in finanzieller Hinsicht Konsequenzen. Langfristig werden beide Kantone durch Arbeitsteilung und Synergien profitieren. Kurzfristig wird Basel-Stadt um CHF 5 Millionen entlastet, Baselland in gleicher Höhe belastet. Der Landrat hat diesem Geschäft bereits mit 82 zu 0 Stimmen zugestimmt. Ich bitte Sie namens der BKK, die diese Vorlage einstimmig verabschiedet hat, um Zustimmung zu diesem Ratschlag respektive zum Staatsvertrag.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gegenseitige Abgeltung der Kosten für die nicht akademischen Ausbildungen im Gesundheitswesen wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Der Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die Abgeltung der Kosten der nicht akademischen Berufsausbildungen im Gesundheitswesen auf Sekundarstufe II und auf Tertiärstufe (Vertrag Gesundheitsberufe) ist im Kantonsblatt Nr. 100 vom 24. Dezember 2005, Seite 1850, publiziert.

19. Ratschlag betreffend Betriebskostenbeiträge an die "Robi-Spiel-Aktionen", Basel-Stadt, Verein der Pro Juventute Basel-Stadt und der GGG Basel für die Betriebsjahre 2006 und 2007.

[15.12.05 11:39:25, BKK, JD, 05.0798.01]

Der Regierungsrat und die Kultur- und Bildungskommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und dem Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Die Fraktion Grünes Bündnis beantragt, statt CHF 934'586 eine Erhöhung um CHF 137'095 auf neu CHF 1'071'681.

Die SVP-Fraktion beantragt, statt CHF 934'586 lediglich CHF 841'128 pauschal und nicht indexiert zu bewilligen.

Gisela Traub, Referentin der Bildungs- und Kulrurkommission: In der offenen Kinder- und Jugendarbeit finden sich zwölf Subventionsnehmer, wobei 70% der Mittel in die Jugendarbeit und 30% in die Kinderarbeit fliessen. Diese Aufteilung ist offensichtlich nicht ideal, da die effizienteste Methode der Vorbeugung bereits im Kindesalter beginnt. Nicht alle Institutionen mit Subventionen kommen vor den Grossen Rat. Bei der Hälfte von allen entscheidet der Regierungsrat direkt. Im Falle der Robi-Spiel-Aktionen geht es um eine Subvention von etwas mehr als CHF 900'000. Anbegehrt wurden CHF 137'000 mehr. Die Regierung hat diese Erhöhung abgelehnt. Das Subventionsverhältnis gilt für die Betriebsjahre 2006 und 2007. Es wird bewusst auf zwei Jahre beschränkt mit dem Ziel, alle Subventionsverträge auf 2008 hin zu synchronisieren und übergreifend zu steuern. Anfangs 2006 sollte das lange erwartete Konzept vorliegen. Dies wird helfen, die richtigen Prioritäten zu setzen. Seit 1956 ist die Pro Juventute Trägerin der Robi-Spielplätze. 1996 ging sie eine Partnerschaft mit der GGG ein. Zusammen bilden sie den Trägerverein Robi-Spiel-Aktionen. Zielgruppe sind Kinder im Alter von 5 bis 14 Jahren. Der Staat ist gemäss dem Jugendhilfegesetz verpflichtet, wichtige Aufgaben bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit wahrzunehmen. Die Gewährung eines Betriebskostenbeitrages ist ein Mittel dazu. Nach Meinung der BKK sollte die Subvention weder erhöht, noch gesenkt werden. Nicht alle Institutionen kommen vor den Grossen Rat, bei der Hälfte entscheidet der Regierungsrat. Jede Änderung hätte ein starkes Moment der Zufälligkeit bei der Auswahl der Institution. Somit bitte ich Sie dem vorliegenden Ratschlag gemäss Antrag der Regierung zuzustimmen.

RR Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD): Gisela Traub hat in Vertretung der BKK das meiste schon erwähnt. Ich kann aus Sicht des Regierungsrates ein paar Schwerpunkte betonen. Sie haben Anfang dieses Jahres bei den Subventionsverhältnissen im Bereich der offenen Jugendarbeit insbesondere bei der BFA die vorgeschlagenen Kürzungen um 10% rückgängig gemacht und die vollen Subventionsbeträge gesprochen, mit dem klaren politischen Signal, dass dies auch für die offene Kinderarbeit gelten soll. Wir sind dieser politischen Willensäusserung gefolgt und verzichten bei der offenen Kinderarbeit auf eine Kürzung des Subventionsverhältnisses, so wie sie im Kontext der A+L Massnahmen vorgesehen war. Deshalb legen wir Ihnen ein unverändertes Subventionsbegehren für die Robi-Spiel-Aktionen im Betrag von CHF 960'000 vor. Die Aufgaben der Robi-Spiel-Aktionen muss ich nicht erläutern. Die Robinson-Spielplätze sind in den Quartieren sehr gut verankert und werden von den Kindern aus den Quartieren sehr rege benutzt. Die Spielplätze bestehen seit 1957. Mein Anliegen war, das ganze Tätigkeitsfeld offene Kinder- und Jugendarbeit zu koordinieren und als Ganzes anzuschauen. Darum haben wir uns stark bemüht, Ihnen bald eine Übersicht über die gesamten Subventionsverhältnisse in diesem Bereich darzulegen. Wir sind beim Konzept im Schlussspurt und tagen alle 14

Tage. Nächsten Montag möchten wir unsere Resultate ein erstes Mal darlegen und Rückmeldungen empfangen. Die Arbeiten sollen Ende Januar abgeschlossen werden. Ihrem Grundanliegen, eine Übersicht über dieses Tätigkeitsfeld zu erhalten, sind wir gerecht geworden. Deshalb haben wir die Subventionsverhältnisse im Bereich offene Kinderarbeit auf die Jahre 2006 und 2007 begrenzt, damit wir für die nächsten Subventionsverhältnisse ab 2008 wirklich alle gemeinsam hier im Rat behandeln können, unsere Überlegungen darlegen, steuernd eingreifen und Prioritäten setzen können. Der Bereich Kinderarbeit wird etwas vernachlässigt. Er erhält nur 30% der gesamten Subventionssumme. Im Präventionsbereich müsste man sehr viel früher eingreifen. Es ist unbestritten, dass in dem Bereich mehr Aufwände nötig wären. Es wäre verfehlt, jetzt eine Kürzung zu sprechen. Ich bitte Sie, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen.

Joël A. Thüring (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion nehme ich gerne zu dem vorliegenden Ratschlag Stellung. Wir beantragen Ihnen bei den Robi-Spiel-Aktionen eine zehnprozentige Subventionskürzung, also nicht CHF 934'586, sondern CHF 841'128. Den Antrag hatten Sie letzte Woche auf Ihrem Tisch. Warum stellt die SVP diesen Antrag?

Wir haben im Frühjahr eine Subventionskürzung nicht gesprochen. Das ist ein finanzpolitischer Sündenfall, der damals begangen worden ist. Das hat zu einer Präjudiz geführt. Die SVP hat in ihren damaligen Voten klar gesagt, dass mit einer Verweigerung der Kürzung eine gefährliche Präjudiz für weitere Subventionsverhandlungen gemacht wird. Es ist nun eingetroffen, sogar früher als erwartet, dass der Regierungsrat auf eine zehnprozentige Kürzung verzichtet. Als Parlamentarier und Vertreter des Volkes ist es die Pflicht der SVP-Fraktion, diesen Kürzungsantrag zu stellen, um gemäss A+L vorzugehen und den Bestrebungen eines schwarzen Zahlenbudgets irgendwann einmal Rechnung zu tragen. Die Arbeiten der Robi-Spielplätze sind wertvoll, das ist auch für die SVP-Fraktion unbestritten. Einmal mehr müssen wir erkennen, dass der Staat beziehungsweise dessen subventionierte Betriebe immer mehr Aufgaben der Eltern übernehmen müssen. Der Staat hat offenbar die Hauptverantwortung für die Erziehung. Das ist aus unserer Sicht der falsche Weg. Die Verantwortung für die Kinder bis zum 18. Lebensjahr tragen die Eltern, nicht die Schule, und schon gar nicht andere Institutionen, die wesentliches für die Erziehung beitragen. Die Verantwortung für die Erziehung der Kinder ist bei den Eltern. Hier dürfen wir nicht zu viel Spielraum lassen und die Eltern damit aus der Verantwortung nehmen. Das ist eine gefährliche Richtung. Zu Recht fragen sich Eltern, welche bereit sind auf eine Arbeit zu verzichten, weil sie Kinder haben, warum sie verzichten, wenn der Staat Angebote erstellt und immer wie mehr Möglichkeiten gibt. Die Abschiebung der Kinder in solche Bereiche können wir nicht unterstützen. Ich habe es Ihnen bereits gesagt, wir haben eine zehnprozentige Kürzung im Frühjahr diskutiert und debattiert. Damals waren auch die bürgerlichen Parteien für diese Kürzungen. Davon ist jetzt nichts mehr zu spüren. Das überrascht mich, denn die Grundlage für diese Kürzungen hat sich nicht entscheidend verändert. Für den Regierungsrat hätte sich auch nichts geändert, wenn man damals diese Kürzung nicht abgelehnt hätte.

Wir sind unserer jungen Generation gegenüber auch verpflichtet. Wir sind verpflichtet, ihnen eine schuldenfreie Zukunft zu hinterlassen. Wenn wir nicht bereit sind, auch in anderen Bereichen zu sparen, werden wir dieses Ziel niemals erreichen. Das Konzept, welches Guy Morin angesprochen hat, ist begrüssenswert. Wir dürfen uns nicht hinter diesen Konzepten verstecken, es muss trotzdem gehandelt werden. Dem Trend, immer mehr Aufgaben durch den Staat zu übernehmen, müssen wir etwas entgegensetzen. Wir sind der Meinung, dass darum die bestehenden Angebote eher abzubauen und nicht auszubauen sind. Die Eltern sollen mehr in die Verantwortung genommen werden. Sie stehen in der Hauptverantwortung gegenüber ihren Kindern, dieser Verantwortung müssen sie gerecht werden. Ansonsten haben die Eltern ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Wir werden heute zum gleichen Geschäft einen Erhöhungsantrag der Grünen Fraktion diskutieren. Ich hoffe sehr, dass dieser Antrag nicht angenommen wird. Das wäre wirklich der ganz falsche Weg, wenn man über den Regierungsratsbeschluss hinaus geht. Ich bin gespannt auf die Diskussion. Ich weiss, dass sich Vertreterinnen der Linken auch noch äussern werden. Doris Gysin hat bereits ein Budgetpostulat angekündigt. Es ist wichtig, dass wir ein Zeichen setzen und sagen, dass wir es uns nicht leisten können, so schön es auch ist. Deswegen beantragen wir Ihnen diese Kürzung.

Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis): Die Fraktion Grünes Bündnis beantragt eine Erhöhung der Betriebskosten an die Robi-Spiel-Aktionen. Obwohl die Zahl von Kindern und Jugendlichen, die in einem schwierigen Umfeld aufwachsen, in den letzten Jahren stetig zunimmt, wurden die Beiträge des Kantons in den 90er-Jahren eingefroren. Im Jugendbereich kam es erst im Jahr 2000 zu einem kleinen Ausbau der Beiträge. Davon ausgenommen blieb aber der Kinderbereich. Selbstverständlich ist uns bewusst, dass bei der aktuellen zehnprozentigen Kürzung dieser Bereich verschont blieb. Das heisst auch, Verantwortung zu übernehmen und nicht immer mit dem gleichen Prinzip an allen Orten vorzugehen. Generell lässt sich trotzdem festhalten, dass mit einem seit den 90er-Jahren gleich bleibenden Budgetbetrag eine stetig wachsende Anzahl an Kindern, die unter anderem kaum eine adäquate Betreuungssituation erfahren dürfen, von Institutionen wie der Robi-Spiel-Aktion eine wichtige Unterstützung auf ihrem Lebensweg erhalten. Die Robi-Spiel-Aktionen bieten Kindern die Möglichkeit, sich auf offenem Raum zu treffen und von den Betreuerinnen und Betreuern zu sinnvollem und wertvollem Spielen animiert beziehungsweise angeleitet zu werden. Die Robi-Spiel-Aktionen setzen ihren Schwerpunkt auf Quartiere, deren Bedingungen aufgrund fehlender oder ungenügender Spiel- und Grünflächen kein Ausleben für ihr Spielbedürfnis bieten. An dieser Stelle erlaube ich mir eine kleine Klammerbemerkung und damit einen Blick auf den Mehrwertsabgabefonds, der gerade in diesem Bereich eine tragende Rolle für die Schaffung zusätzlicher Grün- oder Spielräume hätte. Speziell das natürliche und für die Entwicklung wichtige Spielen wird durch die Robi-Spiel-Aktionen unterstützt und gefördert. Mit ihren Aktionen leisten die Robi-Spiel-Aktionen einen enorm wichtigen Beitrag im Bereich der Prävention, aber auch im Bereich der Förderung von Kindern. Je früher die Unterstützung und Betreuung einsetzt, um so tief greifender ist deren präventiver Charakter.

Ein weiterer wichtiger Grund für unseren Antrag ist die Tatsache, dass die Robi-Spiel-Aktionen bisher drei Lehrlinge ausbildeten, die alle in diesem Sommer mit ausgezeichneten Noten abgeschlossen haben. Die Verantwortlichen konnten aufgrund der unsicheren Budgetsituation keine neuen Lehrlinge mehr aufnehmen. Sollte unser Antrag die nötige Unterstützung von Ihnen erhalten, werden von den Robi-Spiel-Aktionen wieder neue Lehrlinge aufgenommen. Wie wir alle wissen, sind von Seiten des Kantons grosse Anstrengungen im Gange, Lehrlingsstellen zur Verfügung zu stellen. In Anbetracht der schwierigen Lehrstellensituation ist es ein Paradoxum, wenn bestehende Lehrlingsstellen gestrichen werden müssen, wenn der finanzielle Spielraum dies nicht mehr ermöglicht. Vor diesem Hintergrund, der ein verantwortliches und vorausschauendes Handeln von uns Politikerinnen und Politikern fordert, beantragen wir eine Erhöhung des Beitrags um CHF 137'095 auf CHF 1'071'681. Wir sind überzeugt, damit einen wichtigen Beitrag für eine Gesellschaft, die auch in Zukunft noch als gesund bezeichnet werden kann, zu leisten. Ich bitte Sie im Namen der Fraktion Grünes Bündnis, den Antrag auf Budgeterhöhung zu unterstützen.

Doris Gysin (SP): Ich möchte Ihnen erklären, wie die SP zu diesen beiden Geschäften steht. Ich spreche für beide Geschäfte, die Betriebskostenbeiträge an die Robi-Spiel-Aktionen und den Betrieb der Spielwerkstatt Kleinhüningen. Um es vorweg zu nehmen, vom Inhalt und der Dringlichkeit der Forderung her, hätte die SP in beiden Fällen den Erhöhungsanträgen der beiden Institutionen folgen wollen. Sie tut dies nicht, weil sie die beiden zur Debatte stehenden Anträgen im Vergleich zu den anderen Institutionen nicht willkürlich bevorzugen will. Die SP wird den Anträgen der Regierung in beiden Fällen zustimmen und den Kürzungsantrag der SVP ablehnen. Zugleich hat die SP gestern ein Budgetpostulat in der Höhe von CHF 160'000 für das ganze Tätigkeitsfeld der offenen Kinder- und Jugendarbeit für das Jahr 2006 eingegeben. Das vorgezogene Budgetpostulat in der Höhe von CHF 240'000, das wir in der Januarsitzung eingeben werden, soll garantieren, dass auch im Jahr 2007 die nachhaltige und präventive Arbeit in der offenen Kinder- und Jugendarbeit ausgebaut werden kann. Damit ein Mensch seine Persönlichkeit entfalten und sich eigenständig fühlen kann, muss er seinen Platz finden. Dies gilt auch für die jüngsten Mitglieder der Gesellschaft, für Kinder und Jugendliche. Die Entwicklung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen vollzieht sich im Spannungsfeld von Freiheit und Begrenzung. Ohne Beachtung der Grenzen, welche die Umwelt dem kindlichen Handeln entgegensetzt, kann sozialisierendes Wachsen und Lernen gar nicht entstehen. Nur, wo neben Familie und Schule, Joël Thüring, können diese Regeln noch eingeübt werden? Was ist, wenn die Familien nicht mehr so funktionieren? Was, wenn neben Kindergarten und Schule grosse Betreuungslücken da sind? 45% unserer Schulkinder sind nach der Schule unbetreut. Vor allem für Quartiere mit hohem Migrantenanteil ist die von den subventionierten Institutionen der AJFP geleistete primäre Präventionsarbeit für Kinder und Jugendlich, aber auch für ihre Familien, von grösster Wichtigkeit.

Fast alle subventionierten Institutionen in der offenen und Kinder- und Jugendarbeit machen einen erheblichen Mehrbedarf geltend. In einzelnen Institutionen, wie zum Beispiel bei der Spielwerkstatt Kleinhüningen, bestehen Wartelisten. Aus finanziellen Gründen müssen dringend nötige Leistungen abgebaut werden, eine befriedigende nachhaltige Elternarbeit ist nicht mehr möglich. Das sind Notsignale, welche die Politik nicht überhören darf. Die SP ist überzeugt, dass sich spätestens in zehn Jahren als Problem bemerkbar machen wird, was heute an Kinder- und Jugendförderung verpasst wird. Sie will deshalb nicht bis im Jahr 2008 warten. Es braucht jetzt mehr Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit. Die mit unseren beiden Budgetpostulaten geforderten CHF 400'000 sollen neben den bestehenden Subventionsverträgen ausschliesslich in die nach Fachmeinung der AJFP dringendst benötigte praktische Basisarbeit investiert werden.

Ich lade Sie bereits jetzt ein, unsere Budgetpostulate zu überweisen.

Sitzungsunterbruch: 12:00 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung: 16:00 Uhr

Fortsetzung der Beratungen zu Traktandum 19: Ratschlag betreffend Betriebskostenbeiträge an die "Robi-Spiel-Aktionen", Basel-Stadt, Verein der Pro Juventute Basel-Stadt und der GGG Basel für die Betriebsjahre 2006 und 2007.

Hansjörg M. Wirz (DSP): Wir haben uns als Parlament entgegen dem Antrag der Regierung anfangs Februar geweigert, Kürzungen im Jugendbereich zu akzeptieren. Es ist deshalb nur gerecht und folgerichtig, dass wir das hier im Kinderbereich auch nicht tun. Darum werden wir den SVP-Antrag auf Kürzung ablehnen. Die Robi-Spiel-Aktionen sind ohnehin schon knapp gehalten. Es wird kein Teuerungsausgleich vergütet. Sie sind dankbar für die zusätzlichen Leistungen, wie zum Beispiel die unentgeltliche Überlassung von Räumlichkeiten, Baracken und den Arealen als Kinderspielplatz an der Allmendstrasse, Felsplattenstrasse und Wiesenschanzweg, die als Teil des heutigen Grossratsbeschlusses quasi verbrieft werden. Ohne diese Leistungen könnte die wichtige Arbeit in unserer Stadt gar nicht geleistet werden, wie mir die Leitung der Robi-Spiel-Aktionen versichert hat. Was diese Organisation mit einem Personaleinsatz von 925 Stellenprozenten im Kanton Basel-Stadt jährlich leistet, darf mit Dank und Anerkennung gewürdigt werden. Sie kümmern sich um unsere Kleinsten zwischen 5 und 14 Jahren durch die so genannte offene Kinderarbeit mit viel Einsatz, Energie und Phantasie. Wer einmal einen Robi-Spielplatz besucht hat, kann sich selber davon überzeugen. Ich schlage der SVP vor, dass sie ihren nächsten Fraktionsausflug auf einen Robi-Spielplatz macht.

Auch die Kinderferienstätte und Tageslager, die jeweils im Dalbeloch während den Schulferien angeboten werden, entsprechen einem echten Bedürfnis für Kinder, die nicht in die Ferien fahren können. Auch da empfehle ich einen Besuch, obwohl diese nicht Bestandteil dieses Ratschlages sind, sondern durch die CMS unterstützt werden. Dasselbe gilt für die Mittagstische, die einem echten Bedürfnis entsprechen und vom Erziehungsdepartement unterstützt werden. Ich erwähne die beiden letzten Projekte, um zu zeigen, wie diese Organisation mit viel Phantasie und Energie verschiedene Bedürfnisse erkennt und Projekte anbietet, die diese befriedigen können. Last but not least: Sie bietet Jugendlichen die Möglichkeit, Verantwortung wahrzunehmen, sich in Führung und Leitung zu üben, indem sie ihnen die Gelegenheit gibt, auf den Spielplätzen bei der Betreuung von jüngeren mitzuhelfen. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Dienst an den Jugendlichen, aber auch an unserer Gesellschaft. Die Beiträge, die wir heute sprechen, sind eine gute Investition in eine Organisation, die es versteht mit ihren Mitteln haushälterisch umzugehen und diese zugunsten von Kindern in unserem Kanton effizient einsetzt.

Die DSP stimmt der Gewährung der Betriebskostenbeiträge, wie in diesem Ratschlag vorgeschlagen, zu. Wir akzeptieren keine Kürzung und stimmen heute einer Aufstockung nicht zu. Wir unterstützen das Budgetpostulat, das bei Gelegenheit von Doris Gysin folgen wird. Diese Organisation ist es Wert.

Stephan Gassmann (CVP): Namens der CVP- und der FDP-Fraktion darf ich Ihnen Zustimmung zum vorliegenden Ausgabenbericht mitteilen. Wir lehnen die beiden Anträge ab. Eine Bemerkung zum Antrag der SVP. Vor knapp 24 Stunden wetterte die SVP gegen angebliche Sicherheitsmankos und Kriminalität in unserer Stadt. Die gleiche SVP will in der Kinder- und Jugendarbeit einen Kürzungsantrag durchbringen. Das geht für uns nicht auf.

Am Bericht hat uns auf Seite 6 der Hinweis betreffend der Buchhaltungsstelle gestört. Diese wird bisher ehrenamtlich geleistet. Uns stört der Satz, dass es ehrenamtlich nicht möglich sei, eine solch grosse Buchhaltung zu führen und dass das professionell erfolgen müsse. Es müssen Stellenprozente für die Buchhaltung freigesetzt werden. Dazu steht, dass dann halt die Öffnungszeiten eingeschränkt werden müssen. In der Freiwilligenarbeit gehen wir davon aus, dass es auch Profis mit Fachkenntnissen gibt, die bereit sind, eine solch grosse Buchhaltung ehrenamtlich zu führen.

Wir unterstützen die Robi-Spiel-Aktionen und erachten sie als sinnvolle Institutionen in unserer Stadt. Darum stimmen wir dem Ratschlag zu.

Gestern und heute wurde über das Geld debattiert. Geld, das vorhanden ist, Geld, das nicht vorhanden ist, und Geld, das für Wünschbares gerne da wäre. Umso mehr waren wir heute Morgen überrascht, als wir in der Basler Zeitung lesen durften, dass sich Regierungsrat Guy Morin einen persönlichen Berater leistet. Dieses Geld hätten wir lieber in der offenen Kinder- und Jugendarbeit gesehen.

Urs Joerg (VEW): Brauchen wir Spielplätze, die vom Staat unterstützt werden? Wir hatten vorhin ein glänzendes Beispiel dafür, dass wir staatliche unterstützte Spielplätze brauchen, nämlich der Statthalter hat gespielt. Wir haben vor einigen Monaten von einer Aktion, die staatliche unterstützt war, ein Spielzeug bekommen. Die VEW unterstützt die Beiträge an die Robi-Spielplätze und an die Spielwerkstätte Kleinhüningen. Nur dort, hat Schiller einmal gesagt, wo man spielt, ist der Mensch echt Mensch. In diesem Sinne braucht es das auch in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Die SVP sagt, dass das auch die Familie übernehmen kann. Die Familie ist ein wichtiger Ort der Erziehung, des Spielens und der Integration in die Gesellschaft. Wir haben leider oder Gott sei Dank eine Entwicklung durchgemacht. Zu meiner Jugendzeit konnte ich noch praktisch überall in dieser Stadt spielen. Ich erinnere mich noch bestens daran, wie wir im Gellertquartier auf leerstehenden Schrebergärten gespielt haben. Wo

kann ein Kind das heute noch? Wir verbetonieren die Stadt und machen vieles, was es verunmöglicht, Lernfelder für die Kinder zu haben. Robi-Spielplätze und Spielwerkstätten sind Lernfelder für die Kinder, wo sie Erfahrungen machen können und Lebenskompetenz erhalten, die sie sonst nirgends bekommen.

Der Robi-Spielplatz ist ein guter Ort, wo phantasievoll und kreativ solche Erfahrungen gemacht werden können. Die VEW meint, dass das unterstützt werden soll, auch durch staatliche Beiträge. Wir bauen in dieser Stadt auch Strassen, damit der Verkehr geregelt ablaufen kann. Also brauchen wir auch Lernorte, wo man geregelt in einer geschützten Atmosphäre etwas für das Leben erfahren kann. Es ist nötig, dass wir diese Lernorte begleiten. Deshalb braucht es eine Qualitätskontrolle von unserer Seite aus. Es sind meistens Private und Freiwillige, die mit solchen Dingen anfangen und selten der Staat. Wir steigen ein, weil wir sehen, dass das Bedürfnis wichtig ist, und dann können wir Qualität garantieren. In diesem Sinne möchten wir Ihnen beliebt machen, die beiden Vorlagen anzunehmen, sie nicht zu kürzen, aber auch nicht zu erhöhen.

Heidi Mück (Grünes Bündnis): Es hat mir über den Mittag keine Ruhe gelassen, deshalb möchte ich kurz als Einzelsprecherin Stellung nehmen zur Begründung von Doris Gysin, warum die SP die Erhöhung der Robi-Spiel-Aktionen und der Spielwerkstatt Kleinhüningen nicht unterstützt, obwohl die Gründe einsehbar sind. Die SP möchte keine willkürliche Bevorzugung von einzelnen Institutionen. Das Grüne Bündnis will mit seinem Erhöhungsantrag keine willkürliche Bevorzugung einer einzelnen Institution, wir haben uns das gut überlegt. Die Robi-Spiel-Aktionen haben den Erhöhungsantrag nicht einfach so gestellt. Das Lob für diese Institution ist gross. Das Grüne Bündnis kann differenzieren. Wir haben nach intensivem Austausch mit der Spielwerkstatt Kleinhüningen auf einen Erhöhungsantrag für diese Institution verzichtet. Das war kein willkürlicher Akt, denn die Lobby für die Spielwerkstatt ist mindestens genau so gross in unserer Fraktion wie die Lobby für die Robi-Spiel-Aktionen. Unser Fraktionssprecher, Thomas Grossenbacher, hat die Gründe für eine Erhöhung aufgezählt. Es geht um die drei Lehrstellen, die nicht mehr angeboten werden können. Das war bis jetzt ein erfolgreiches Angebot. Die Lehrlinge haben mit guten Noten abgeschlossen. Es geht auch um die Kinderferienstätte. Das ist ein äusserst beliebtes Angebot und es geht um die Lohnbuchhaltung. Die wurde bis jetzt ehrenamtlich geleistet und für die gibt es jetzt kein zusätzliches Geld mehr, deshalb muss ein Stellenabbau bei der Basisarbeit, bei den Kindern, in Kauf genommen werden. Das mit der Ehrenamtlichkeit ist sehr heikel und willkürlich. Darauf können wir uns nicht verlassen.

Wenn bei der Basisarbeit, bei den Kindern, Stellenabbau für eine administrative Arbeit gemacht werden muss, dann ist das eigentlich ein Skandal. Ich bitte Sie dringen, den Erhöhungsantrag anzunehmen.

RR Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD): Joël Thüring, was wir Ihnen vorschlagen, nämlich an den ursprünglichen Subventionsbeiträgen festzuhalten, ist kein finanzpolitischer Sündenfall. Wir glauben, dass wir finanzpolitisch verantwortlich handeln. Sie sind sicher mit mir einig, dass wenn wir bei der offenen Kinderarbeit Folgeschäden, die sich später in Kriminalität, Verwahrlosung, Desintegration, Arbeitslosigkeit etc. auswirken, mit einfachen Mitteln vermeiden können, dann nehmen wir unsere finanzpolitische Verantwortung sehr ernst. Es ist ein kleines Zeichen einer Schwerpunktbildung in der finanzpolitischen Verantwortung. Ich bin dem Parlament dankbar für diese Signale.

Zur Frage der Verantwortung der Eltern. Natürlich sind die Eltern verantwortlich. Wir werden von der AJFP aus, die Elternkompetenzen ansprechen und zu fördern versuchen, zusammen mit dem Erziehungsdepartement und anderen Dienststellen. Das wird ein Schwerpunkt unserer Politik in den nächsten Jahren sein. Ein Teil dieser Klienten, die die Robi-Spiel-Aktionen aufsuchen, wären ohne diese Angebote auf der Gasse. Das ist auch eine Realität.

Zu Stephan Gassmann und Heidi Mück in Bezug auf diese Buchhaltungsstelle. Es ist eine Anforderung der Finanzkontrolle des Finanzdepartements auch an die subventionierten Betriebe, dass die Buchhaltung gewissen Normen entspricht. Wir sind dazu verpflichtet, den subventionierten Betrieben diese Normen zu verlangen. Ob sie das ehrenamtlich machen oder jemanden dafür anstellen, das liegt nicht in meiner Kompetenz. Die Normen müssen erfüllt werden. Ich kann mir vorstellen, dass das auch in ehrenamtlicher Arbeit möglich ist.

Eine persönliche Bemerkung zum persönlichen Berater, Sie konnten das in den Zeitungen lesen. Wir werden im Departementssekretariat keinen einzigen Rappen mehr Geld ausgeben. Wir kompensieren das im Departementssekretariat. Es ist nur eine Umorganisation, die stattfindet. Ich hatte gestern eine Veranstaltung, um prozessorientierte Abläufe im Departementssekretariat einzuführen, und um Ressourcen richtig einzusetzen.

Herzlichen Dank für die gute Aufnahme des Geschäftes.

Gisela Traub, Referentin der Bildungs- und Kulrurkommission: Ich danke im Namen der BKK für die fast ausschliesslich positive Aufnahme des Geschäftes. Zum Antrag des Grünen Bündnis: Ich habe im Eingangsvotum bereits gesagt, dass jede Änderung zum jetzigen Zeitpunkt eine Zufälligkeit darstellen wird. Wir tun gut daran, dass wir, wenn in zwei Jahren ein Gesamtkonzept vorliegt, Prioritäten setzen. Alle, die das jetzige und das folgende Geschäft finanziell besser ausrüsten würden, haben die Möglichkeit, ein Budgetpostulat zu unterstützen. Jetzt hatte ich nicht den Hut der BKK an, sondern den Hut der SP.

Ich beschränke mich darauf, ein paar Sätze an Joël Thüring zu richten. Regierungsrat Guy Morin hat es auch

angesprochen. Sie haben von Abschiebung der Kinder durch die Eltern gesprochen. Es gibt eine Überlieferung, gemäss der der Apostel Paulus der Mentor vom Timotheus ist. Timotheus war noch relativ jung als er in den jungen christlichen Gemeinden rund ums Mittelmeer umhergereist ist, um die Leute zur Änderung ihres Lebensstils zu bringen. Er war oft frustriert, weil man ihm gesagt hat, er sei viel zu jung, um solche Vorschriften zu machen. Dann hat Paulus Timotheus geschrieben: Keiner soll dich wegen deiner Jugend verachten. Ich finde, da hat Paulus Recht. Aber ich finde auch, die Jugend sollte keine verächtlichen Äusserungen machen gegen ältere Menschen, die in einem schwierigen Umfeld versuchen, ihre Kinder bestmöglich auf das Leben vorzubereiten. Wenn sie dazu Hilfe vom Staat bekommen, dann kann uns das allen nur Recht sein.

Ich empfehle allen hier anwesenden, den Ratschlag der Regierung und den Empfehlungen der BKK zu folgen und so zu beschliessen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst mit 48 gegen 14 Stimmen, eventualiter dem Antrag des Grünen Bündnisses den Vorzug zu geben.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr zu 14 Stimmen, dem Antrag der Kommission zu folgen.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem Verein „Robi-Spiel-Aktionen“ werden folgende Beiträge bewilligt:

Geldleistungen:

- Betriebskostenbeitrag von CHF 934’586 p.a., pauschal und nicht indexiert
- Beitrag für den ordentlichen Liegenschafts- und Gebäudeunterhalt von CHF 30’000 p.a., pauschal und nicht indexiert(Buchungskreis: 3070 Subventionen; Kostenstelle: 307C025; Auftrag; 307C02590825 „Verein Robi-Spiel-Aktionen 2006 – 2007“; Kostenart: 643100)

Unentgeltliche Überlassung von Räumlichkeiten mit den entsprechenden Arealen als Kinderspielplatz:

- Allmendstrasse 219 (Wert 2001: CHF 8000)
- Felsplattenstrasse 11 (Wert 2001: CHF 8000)
- Lichtstrasse 30 (Wert 2001: CHF 8000)
- Wiesenschanzweg 49 (Wert 2001: CHF 8000)

Zudem die unentgeltliche Benützung u.a. einer Holzbaracke als Materiallager an der Grenzacherstrasse und Räumlichkeiten im Wiedenhof (Arlesheim), die vom Baudepartement, Stadtgärtnerei und Friedhöfe, zur Verfügung gestellt wird.

Die Kosten für die Instandhaltung von Dach und Fach gehen zu Lasten Budget Baudepartement.

Die Kosten für den Unterhalt der Spielgelände gehen nach effektivem Aufwand zu Lasten Budget Stadtgärtnerei/Baudepartement (CHF 25’000 p.a.).

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

20. Ausgabenbericht betreffend Betriebskostenbeiträge an den Verein "Haus für Kinder und Eltern" für den Betrieb der "Spielwerkstatt Kleinhüningen" für die Betriebsjahre 2006 und 2007.

[15.12.05 16:30:41, BKK, JD, 05.0798.02]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht einzutreten und den Beitrag von jährlich CHF 168'000 zu bewilligen.

Die SVP-Fraktion beantragt, statt CHF 168'000 lediglich CHF 151'200 pauschal und nicht indexiert zu bewilligen.

Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission: Sie sehen bei diesen Geschäften die Vielfalt der Arbeit der Bildungs- und Kulturkommission. Wir bewegen uns von der Universität, den Museen bis zu der Spielwerkstatt in Kleinhüningen. Das macht die Arbeit spannend. Ich bin froh, dass wir diesen Ausgabenbericht und den folgenden Ratschlag in dieser Dezembersitzung beraten können, gilt die Subventionsperiode doch ab 01. Januar 2006. Als es um die Schliessung der Bibliothek im Kleinhüningen ging, wurde in diesem Parlament ein Rettungsversuch gemacht. Dehnen Sie bitte ihr damaliges Wohlwollen für Kleinhüningen auf den Betrieb der Spielwerkstatt aus. Diese stellt ein Mischangebot dar, das sehr geschätzt wird. Es gibt sowohl offene wie auch geschlossene Gruppen. Die Arbeit der Spielwerkstatt wird mit Elternarbeit gekoppelt. Die Spielwerkstatt ist stark im Quartier verwurzelt. Auch hier wurde von Seiten der Subventionsnehmer eine Erhöhung beantragt zwecks Ausbau von bisherigen Angeboten sowie für neue Angebote. Die BKK wartet gespannt auf das Konzept der Kinder- und Jugendarbeit, das uns helfen wird, nicht nur Pflästerlipolitik zu machen, sondern das Ganze in grösserem Zusammenhang zu sehen. Ich bitte Sie namens der Mehrheit der BKK, der Regierung zu folgen und dem Verein CHF 168'000 pro Jahr zu sprechen, beschränkt auf die nächsten zwei Jahre.

Joël A. Thüring (SVP): Ich kann mich bei diesem Ratschlag kurz halten. Es geht im Grundsatz für die SVP um das gleiche Anliegen wie beim vorher behandelten Antrag. Dazu möchte ich noch ein Wort sagen. Es hat mich sehr befremdet, dass Regierungsrat Guy Morin nur zum Kürzungsantrag der SVP Stellung genommen hat. Er hat kein Wort zum Erhöhungsantrag seiner eigenen Partei gesagt. Ich erwarte, dass er als Regierungsrat parteipolitisch neutral auch den Erhöhungsantrag von der anderen Seite kommentiert. Das gleiche gilt für die Sprecherin der BKK. Ich erwarte, dass sie beim nächsten Mal einen Erhöhungsantrag kritisch hinterfragt, auch wenn er von der gleichen parteipolitischen Ideologie herstammt. Bitte in Zukunft mehr Neutralität.

Zum Antrag: Die Spielwerkstatt Kleinhüningen ist eine sehr gute Einrichtung. Wir werden dort dann vielleicht die übernächste Fraktionssitzung abhalten. Es stellt sich für uns die Frage, was wir finanzieren können und wollen. Wir sind der Ansicht, dass A+L angewendet werden muss. Eine zehnprozentige Kürzung erachten wir als gegeben und realistisch, und sie ist einfach zu kompensieren. Man könnte die Erträge aus dem Mittagstisch moderat erhöhen, dann hätte man diese Kürzung bereits wieder ausgemerzt. Zu anderen Tätigkeiten der Spielwerkstatt: Es befremdet mich sehr, dass viele Gelder für Integrationstätigkeiten ausgegeben werden. Das sollte in erster Linie dem Budget des Integrationsbüros abgezwackt werden, wenn es sich um eindeutige Integrationsbemühungen kümmert, und nicht der Kinder- und Jugendarbeit zulasten gehen. Es gibt andere Vereine, die viel für die Jugend unternehmen, Sportvereine, Fussballvereine. Diese Vereine werden grösstenteils nicht subventioniert und tragen auch dazu bei, dass Kinder von der Strasse gehalten werden und ein Hobby haben, welches sie vor grösseren Dummheiten bewahrt. Das will auch die SVP nicht bestreiten. So, wie es auch private Fussballvereine schaffen, mit wenig Geldern auszukommen, sollte es auch staatlichen und staatlich subventionierten Betrieben möglich sein, mit weniger Geld in Zeiten, in welchen gespart werden muss, auszukommen.

Thomas Grossenbacher (Grünes Bündnis): Die SVP spricht wieder einmal vom Sparen. Irgendwann scheint mir das absurd, wenn ich mir die Perspektive eines gesunden finanzielle Haushalts vorstelle, aber eine kranke Umwelt und eine Gesellschaft in einem entsprechenden Zustand sehe. Immerhin ist die SVP sehr konsequent. Sie spart auch bei sich selbst, denn ihre inhaltlichen Beiträge sind äusserst sparsam.

Im Gegensatz zu den Robi-Spiel-Aktionen verzichtet die Fraktion Grünes Bündnis auf einen Erhöhungsantrag. Man sieht hier den Unterschied zur SVP, wir versuchen realpolitisch zu wirken. Obwohl man das Anliegen der Spielwerkstätten unterstützen könnte, ist in Anbetracht des Entscheids der Verantwortlichen der Spielwerkstatt der vorliegende Budgetrahmen zu akzeptieren und aufzuzeigen, dass ein gesundes Kantonsbudget für ihre Arbeit eine wichtige Basis darstellt, in der klaren Hoffnung, dass das Budget in zwei Jahren eine positive Veränderung, eine spürbare Erhöhung für den Wegfall der GGG und des Barracuda Jugendzentrums erfährt. Grundsätzlich gilt das Gesagte bei den Robi-Spiel-Aktionen auch für die Spielwerkstätte Kleinhüningen. Die Spielwerkstätte Kleinhüningen umfasst neben festen Gruppen einen Mittagstisch, einen Treffpunkt für Kinder sowie jährliche Aktionen. Zudem besteht ein vielbenutztes Angebot mit Beratungen und Informationsveranstaltungen. Gerade dieses Angebot musste durch den aktuellen Budgetrahmen reduziert werden. Eine sicherlich schmerzhafte Massnahme. Im Einzugsbereich der Spielwerkstatt Kleinhüningen ist die Arbeit, die von dieser Institution geleistet wird, essentiell. Innerhalb des Quartiers und mit seiner Wirkung weit darüber hinaus, leistet der Verein einen wichtigen Beitrag zur Integrationsarbeit und zur Präventionsarbeit in den Bereichen Gewalt, Sucht, Konsum etc. Ebenfalls wird die Kommunikationsfähigkeit und die soziale Kompetenz neben vielen weiteren wichtigen Fähigkeiten gefördert. Diese

Beiträge helfen entscheidend, dass unsere Gesellschaft auch in Zukunft nicht durch soziale Unruhen durchgeschüttelt wird. Wie bereits erwähnt, musste das Quartier durch den Wegfall der GGG und des Barracuda Jugendzentrums schmerzhafte Verluste hinnehmen. Wir verlangen deshalb, dass in der laufenden Konzeptarbeit im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ein Augenmerk auf das Quartier und im Speziellen auf die Spielwerkstatt Kleinhüningen gelegt wird. Die Spielwerkstatt hat Pionier- und Vorbildcharakter mit ihren breiten und professionellen Angeboten.

RR Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD): Eine Bemerkung zu Joël Thüring. Es ist mir ein sehr wichtiges Anliegen Ihnen aufzuzeigen, dass wir in der Regierung zwischen den verschiedenen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit nicht unterscheiden und die einzelnen Angebote nicht werten. Was die Sportvereine, die Kirchen oder die Pfadfinder tun, ist uns sehr bewusst. Sie leisten viel in der offenen Kinder- und Jugendarbeit und werden von uns sehr wertgeschätzt. Sie werden auch mit öffentlichen Geldern unterstützt. Wir werden im Konzept aufzeigen, welche Vielfalt von Vereinen und Angeboten in der offenen Kinder- und Jugendarbeit bestehen.

Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission: Joël Thüring spricht ein Problem an, auf das wir in der BKK immer wieder stossen. Es wird viel getan in der Kinder- und Jugendarbeit. Er hat auf die private Seite hingewiesen, die wir nicht vergessen dürfen. In diesem Zusammenhang ist mir wichtig, dass das Konzept der offenen Kinder- und Jugendarbeit uns vorgelegt wird. Als Ergebnis dieser Konzeptarbeit wird eine Liste vorliegen, die aufzeigt, wo Handlungsbedarf besteht. Anhand davon werden Prioritäten gesetzt. Eine Erhöhung oder ein Kürzungsantrag wäre heute ein Bauchentscheid. Es ist auch zu bedenken, dass nicht alle Institutionen vor den Grossen Rat kommen, bei den anderen entscheidet die Regierung allein. Wir dürfen die Institutionen, die dem Parlament vorgelegt werden müssen, nicht bestrafen. Ich bitte sie namens der Mehrheit der BKK, dem Antrag der Regierung zu folgen und dem Kürzungsantrag nicht stattzugeben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf den Ausgabebericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 14 Stimmen, den Antrag der SVP-Fraktion **abzulehnen**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig unter Verzicht auf eine zweite Lesung, dem Verein „Haus für Kinder und Eltern“ folgenden Beitrag zu bewilligen:

Betriebskostenbeitrag von CHF 168’000 p.a., pauschal und nicht indexiert (Buchungskreis: 3070 Subventionen; Kostenstelle 307C029; Auftrag 307C02990829 Spielwerkstatt Kleinhüningen 2006 – 2007; Kostenart: 643100).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

21. Ratschlag betreffend Betriebsbeiträge an den Basler Frauenverein am Heuberg für die Frauenberatungsstelle BFV für die Betriebsjahre 2006 bis 2009.

[15.12.05 16:43:39, BKK, JD, 05.0459.01]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag einzutreten und einen jährlichen Beitrag von CHF 380’000 zu gewähren.

Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission: Die Frauenberatungsstelle des Basler Frauenvereins am Heuberg ist auf den 01. Januar 2004 vom Erziehungsdepartement ins Justizdepartement übergegangen, im Hinblick auf eine bessere Steuerung der Beratungsangebote für Frauen. Die Beratungsstelle existiert seit 100 Jahren und führt ein Angebot, das sich an Frauen ab 18 Jahren bis ins Rentenalter richtet, die in Basel-Stadt leben und nicht in der Lage sind, sich privat beraten zu lassen. Es werden 430 Kundinnen betreut und rund 3’300 Beratungen pro Jahr durchgeführt. Die Beanspruchung wächst kontinuierlich mit jedem Jahr. Es gibt 280 Stellenprozente, davon 230% Sozialarbeit, 20% für juristische Beratungen und 30% für das Sekretariat. Die juristische Beratung soll wegen der häufigen Rechtsaspekte bei der Beratung ins reguläre Angebot mit

Subventionierung überführt werden. Zum Budget steuert der Basler Frauenverein CHF 30'000 bei. Die Kundinnen leisten freiwillige Beiträge, wobei die meisten Frauen am Existenzminimum leben. Bei vielen Fällen geht es um Beziehungs- und Trennungsprobleme. Oft spielt häusliche Gewalt eine Rolle. Weitere Themen sind Schwangerschaft, Schulden, Beruf und Sozialversicherungen. Die Frauenberatungsstelle erfüllt eine Aufgabe des Gleichstellungsbüros, nämlich die Beratung von Privaten, die sich das aus Ressourcengründen nicht leisten können. Die Leistungen der Frauenberatungsstelle sind im sozialen Basel seit langem anerkannt. Die Nachfrage ist unvermindert hoch. Würde der Basler Frauenverein dieses Angebot nicht mehr führen, müsste eine staatliche Stelle diese Aufgabe übernehmen. Ohne Subventionen wäre der Basler Frauenverein nicht in der Lage, das Beratungsangebot längerfristig weiterzuführen. Wir haben uns in der BKK von einer Mitarbeiterin des Gleichstellungsbüros überzeugen lassen, dass dieses Geld sinnvoll eingesetzt wird.

Bemängelt wurde in unserer Kommission der Ratschlag. Es fehlen einige Angaben, die uns mündlich nachgeliefert worden sind. Es wäre interessant gewesen, wenn dies ebenfalls im Ratschlag festgehalten worden wäre.

Ich bitte Sie namens der BKK, die den Ratschlag einstimmig bei zwei Enthaltungen verabschiedet hat, für die Jahre 2006 bis 2009 einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von CHF 380'000 zu bewilligen.

Patrick Hafner (SVP): In Anlehnung an mein Votum von gestern betone ich nochmals, dass ich kein Gegner von Beratungen oder Initiativen für Frauen bin. Ich sehe die Notwendigkeit. Mich stört, und darum ist die SVP gegen diesen Ratschlag, dass die Gesamtsicht nach wie vor fehlt. Wir haben eine Vielzahl von unkoordinierten Beratungsmöglichkeiten in unserem Kanton. Wir sind dagegen, dass die weiterhin subventioniert werden, und dass jeder, der irgendwann mal eine gute Idee verfolgt hat, irgendwann Subventionen verlangt und diese auch erhält. Gerade beim Frauenverein ist das das falsche Argument. Der Frauenverein ist keine Institution, die vorgestern begonnen hat zu arbeiten und übermorgen Subventionen will. Aber es geht um das Prinzip. Es geht darum, dass wir eine Gesamtsicht entwickeln, das Notwendige vom Wünschbaren trennen. Wir müssen das Notwendige effizient und effektiv mit der geeigneten Organisation und einem Leistungsauftrag realisieren und den Rest der privaten freiwilligen Initiative überlassen. Ich dränge immer wieder darauf, dass separat ausgewiesen wird, welchen Anteil die so genannte Integration ausmacht.

Im Bereich Verkehr heisst es immer, dass ein vermehrtes Angebot unverzüglich vermehrte Nachfrage produziert. Bauen wir eine Strasse, kommt unverzüglich mehr Verkehr. Ich frage mich, warum dieselben Leute, die das beim Verkehr sagen, bei Beratungsleistungen dies überhaupt nicht sehen. So lange es kein Gesamtkonzept gibt, wird das so sein.

Und ich vermisse nach wie vor den Basler Männerverein.

Esther Weber Lehner (SP): Ich möchte im Namen der SP-Fraktion Stellung nehmen. Die Frauenberatungsstelle des Frauenvereins am Heuberg bietet ein seit langem bewährtes Angebot, wie es die Präsidentin der BKK ausgeführt hat. Das Bedürfnis nach den Beratungen ist gross. Die Zahlen im Bericht belegen dies eindrücklich. Die Beratungsmöglichkeiten werden nicht nur von Migrantinnen sehr geschätzt und in Anspruch genommen. Das Angebot ist niederschwellig, ganzheitlich und familienpolitisch sehr wertvoll. Die Arbeit der Frauenberatungsstelle ist allgemein anerkannt und entspricht unvermindert grosser Nachfrage. Die Integration der juristischen Beratung in Form eines 20% Pensums bedeutet eine wichtige und sinnvolle Ergänzung des Angebots, da die Klientinnen dadurch ganzheitlicher und für verschiedene Lebenssituationen beraten werden können. Es steht darum ausser Frage, dass diese Beratungsstelle weitergeführt werden soll. Zudem möchte ich positiv erwähnen, dass sich die Beratungsstelle um Einsparungen im Vergleich zur letzten Subventionsperiode bemüht hat. Es wurde ein neues Lohnsystem eingeführt, welches keine Unterhaltszulagen mehr vorsieht. Dies stellt eine empfindliche Lohneinbusse für die betroffenen Mitarbeitenden, mehrheitlich alleinerziehende Mütter, dar. Durch den Umzug an den Hauptsitz des Frauenvereins am Heuberg konnte Fremdmiete eingespart werden. Diese beiden Massnahmen ergeben Einsparungen von über CHF 20'000.

Es ist uns ein grosses Anliegen, dass diese Beratungsstelle weiter bestehen kann. Ich bitte Sie im Namen der SP diesem Ratschlag zuzustimmen.

RR Guy Morin, Vorsteher des Justizdepartementes (JD): Zum Anliegen von Patrick Hafner, dass wir eine Übersicht über die Vielzahl der Angebote in der Sozialberatung schaffen. Hier rennen Sie offene Türen ein. Der Regierungsrat hat mehrere Arbeitsgruppen eingesetzt, die genau dies beabsichtigen: Eine Arbeitsgruppe Harmonisierung der sozialen Unterstützungsleistungen, eine Arbeitsgruppe interinstitutionelle Zusammenarbeit und in der letzten Woche eine regierungsrätliche Delegation zum Thema Sozialhilfe. Wir wollen uns eine Übersicht verschaffen, welche Beratungsleistungen es überhaupt gibt, wie koordiniert werden kann und wie Doppelspurigkeiten vermieden werden können. Ich habe departementsintern einen solchen Auftrag erteilt.

Den Basler Männerverein gibt es nicht, aber es gibt eine Vielzahl von Männerberatungsgruppen. Ich bin gerne bereit, Ihnen einige Adressen zu geben.

Christine Heuss, Präsidentin der Bildungs- und Kulturkommission: Der Vorwurf von Patrick Hafner ist, dass eine Gesamtübersicht fehlt. Wir werden in der Januarsitzung zwei Geschäfte aus dem Beratungsbereich behandeln, die wir bereits in der BKK verabschiedet haben. Der Vorwurf wurde immer wieder genannt, dass wir nicht genau wissen, was wir mit dem vielseitigen sozialen Basel beschliessen. Wir haben uns in der BKK vorgenommen, einen Anzug einzureichen, damit ein Konzept der Beratungsarbeit erstellt wird. Offenbar rennen wir damit offene Türen ein. Die Situation ist erkannt und ich begreife diesen Vorwurf. Ich kann Ihnen versichern, dass wir das Gesuch der Subventionierung eines Männervereins sehr kompetent prüfen werden. Ich bitte Sie, dem Ratschlag zuzustimmen und die Subvention zu gewähren.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 8 Stimmen unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem Basler Frauenverein am Heuberg werden für die Frauenberatungsstelle BFV Beiträge an die Betriebskosten von jährlich CHF 380’000 für die Jahre 2006 bis und mit 2009 (Kostenstelle 307E035; Auftrag 307E03590935) gewährt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

23. Motionen 1 - 5.

Motion Nr. 1 Beat Jans und Konsorten betreffend Rosentalstrasse 9 - 13

[15.12.05 16:57:10, BD, 05.8394.01]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 05.8394 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Conradin Cramer (LDP); Roland Engeler (SP); Markus G. Ritter (FDP); Kurt Bachmann (SVP); Patrizia Bernasconi (Grünes Bündnis); Beat Jans (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 70 gegen 33 Stimmen, die Motion an den Regierungsrat **zur Stellungnahme zu überweisen**.

Motion Nr. 2 Rolf Häring und Konsorten betreffend die Schaffung eines kantonalen Berufsbildungsfonds

[15.12.05 17:11:03, ED, 05.8395.01]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 05.8395 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Désirée Braun (SVP); Maria Berger (SP); Heidi Mück (Grünes Bündnis); Baschi Dürr (FDP); Fernand Gerspach (CVP); Désirée Braun (SVP); Rolf Häring (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 60 gegen 45 Stimmen, die Motion an den Regierungsrat **zur Stellungnahme zu überweisen**.

Motion Nr. 3 Gabi Mächler und Konsorten betreffend Arbeitslosenfonds soll Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen helfen!

[15.12.05 17:31:55, WSD, 05.8396.01]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 05.8396 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Stephan Ebner (CVP); Tommy E. Frey (SVP); Annemarie von Bidder (VEW); Urs Müller (Grünes Bündnis); Michael Martig (SP); Christophe Haller (FDP); Gabi Mächler (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 23 Stimmen, die Motion an den Regierungsrat **zur Stellungnahme zu überweisen**.

Motion Nr. 4 Sabine Suter und Konsorten betreffend Wählbarkeit der Inspektionsmitglieder § 83b und die Möglichkeit einer Abwahl von Inspektionsmitglieder bei Nichterfüllung ihrer Pflichten

[15.12.05 17:51:00, ED, 05.8397.01]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 05.8397 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Joël A. Thüring (SVP); Esther Weber Lehner (SP); Sabine Suter (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 10 Stimmen, die Motion an den Regierungsrat **zur Stellungnahme zu überweisen**.

Motion Nr. 5 Sibylle Schürch und Konsorten betreffend Ausbau der Tagesschulen

[15.12.05 17:58:25, ED, 05.8403.01]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 05.8403 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Joël A. Thüring (SVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 11 Stimmen, die Motion an den Regierungsrat **zur Stellungnahme zu überweisen**.

Sitzungsunterbruch: 18:02 Uhr

Wiederbeginn der Sitzung: 20:00 Uhr

24. Anzüge 1 - 5.

Anzug Nr. 1 Anita Heer und Konsorten betreffend Polizei - unabhängige Beschwerdenstelle

[15.12.05 20:03:31, SiD, 05.8398.01]

Der Regierungsrat lehnt die Entgegennahme des Anzugs 05.8398 ab.

Voten: *Lukas Engelberger (CVP); Theo Seckinger (LDP); Christophe Haller (FDP); Urs Müller (Grünes Bündnis); Patrick Hafner (SVP); Roland Stark (SP); RR Jörg Schild, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes (SiD); Anita Heer (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 48 gegen 46 Stimmen, den Anzug **an den Regierungsrat zu überweisen**.

Anzug Nr. 2 Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Busverbindung nach Grenzach-Wyhlen

[15.12.05 20:24:45, WSD, 05.8399.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 05.8399 entgegenzunehmen.

Voten: *Andreas Ungricht (SVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 67 gegen 14 Stimmen, den Anzug **an den Regierungsrat zu überweisen**.

Anzug Nr. 3 Doris Gysin und Konsorten betreffend Bildungserfolg durch Frühförderung

[15.12.05 20:27:14, ED, 05.8402.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 05.8402 entgegenzunehmen.

Voten: *Tommy E. Frey (SVP); Brigitte Hollinger (SP); Doris Gysin (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit grossem Mehr gegen 13 Stimmen, den Anzug **an den Regierungsrat zu überweisen**.

Anzug Nr. 4 Michel Remo Lussana und Konsorten betreffend Einführung der Unterschriftspflicht für Stimmberechtigte auf Abstimmungs- und Wahlunterlagen bei brieflicher Stimmabgabe (2. aktualisierter Versuch)

[15.12.05 20:34:39, SiD, 05.8404.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 05.8404 entgegenzunehmen.

Voten: *Rolf Stürm (FDP); Michel Lussana (SVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 52 gegen 17 Stimmen, den Anzug **an den Regierungsrat zu überweisen**.

Anzug Nr. 5 Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Aufwertung des Marktplatzes

[15.12.05 20:41:34, SiD, 05.8405.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug 05.8405 entgegenzunehmen.

Voten: *Giovanni Nanni (FDP); Oskar Herzig (SVP); Sabine Suter (SP); Anita Lachenmeier (Grünes Bündnis)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 46 gegen 37 Stimmen, den Anzug **an den Regierungsrat zu überweisen**.

25. Antrag Michael Martig und Konsorten zur Einreichung einer Standesinitiative betreffend Harmonisierung der Alimentenbevorschussung und des Alimenteninkassos

[15.12.05 20:52:11, JD, 05.8406.01]

Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag 05.8406 entgegenzunehmen.

Voten: *Conradin Cramer (LDP); Doris Gysin (SP); Gisela Traub (SP); Michael Martig (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

mit 51 gegen 35 Stimmen, den Antrag **an den Regierungsrat zu überweisen**.

26. Bericht der Petitionskommission zur Petition P223 “Lärmbelästigung Fischmarkt/Marktgasse”.

[15.12.05 21:02:11, PetKo, 05.8324.02]

Die Petitionskommission beantragt, auf den Bericht einzutreten und die Petition als erledigt zu erklären.

Anita Lachenmeier, Präsidentin Petitionskommission: Es ist keine weltbewegende Petition. Es geht um die Geräusche beim Fischmarkt und der Marktgasse. Die Petitionskommission hat abgeklärt, dass dort in nächster Zeit eine Sanierung der Geleise stattfinden wird und dass dann die Geräusche der Trams sehr wahrscheinlich reduziert werden. Die Leute, die die Petition eingereicht haben, können dann aufatmen. Wir hoffen, das wird der Fall sein und beantragen, die Petition abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Der Grosse Rat beschliesst

einstimmig, die Petition P 223 als erledigt zu erklären.

Die Petition P 223 ist damit **erledigt**.

27. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Urs Müller und Konsorten betreffend "Heuwaage-Gleisgerade Auberg-Innere Margarethenstrasse hilft BVB Betriebskosten sparen".

[15.12.05 21:03:35, WSD, 04.7816.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Anzug 04.7816 ist **erledigt**.

28. Beantwortung der Interpellation Nr. 78 Andrea Bollinger betreffend Wegfall des Angebots Berufsförderungskurse der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Basel-Stadt.

[15.12.05 21:04:03, WSD, 05.8408.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Andrea Bollinger (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 05.8408 ist **erledigt**.

29. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Kathrin Giovannone und Konsorten betreffend Ausbau statt Abbau der Romanistik an der Universität Basel.

[15.12.05 21:07:54, ED, 03.7672.02]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Anzug 03.7672 ist **erledigt**.

30. Beantwortung der Interpellation Nr. 79 Emmanuel Ullmann betreffend Einführung der Fünftagewoche am Gymnasium Kirschgarten.

[15.12.05 21:08:13, ED, 05.8409.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Emmanuel Ullmann (FDP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort teilweise befriedigt.

Die Interpellation 05.8409 ist **erledigt**.

31. Beantwortung der Interpellation Nr. 80 Anita Lachenmeier-Thüring betreffend Zollfreistrasse nach Schliessung der Zollanlage Weilstrasse.

[15.12.05 21:11:11, BD, 05.8410.02]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Anita Lachenmeier (Grünes Bündnis)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.

Die Interpellation 05.8410 ist **erledigt**.

Bruno Mazzotti, Grossratspräsident: ich danke Ihnen für das Ausharren, wünsche Ihnen frohe Festtage und zum Jahreswechsel alles Gute und freue mich, Sie am Dienstagabend, 10. Januar 2006, im Historischen Musum zum Neujahrsapéro begrüssen zu dürfen.

Schluss der Sitzung: 21:14 Uhr

Basel, 20. Dezember 2005

Bruno Mazzotti
Grossratspräsident

Thomas Dähler
I. Ratssekretär